



gefördert vom
Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

N.U.R.E.C.
INSTITUTE
Duisburg e.V.

Integration zwischen Distanz und Annäherung

Die Ergebnisse der Ersten Duisburger
Integrationsbefragung

Integration zwischen Distanz und Annäherung

Die Ergebnisse der Ersten Duisburger
Integrationsbefragung

Inhalt

===== ===== =====	Vorworte	4	===== ===== =====	Subjektive Indikatoren: eine multidimensionale Perspektive	71
===== ===== =====	Zusammenfassung der Ergebnisse	9		Zeitliche Dimension: erfolgreiche Integrationsbiographien und gruppenspezifische Enttäuschungen	73
===== ===== =====	Einleitung: Kontext, Konzeption, Methoden und Durchführung der Befragung und der Auswertung – Aufbau der Studie	29		Identifikatorische Dimension: geteilte Identifikationen mit dem deutschen Staat und der deutschen Bevölkerung	81
===== ===== =====	Soziodemographische Merkmale der Mehrheits- und Zuwandererpopulation	41		Räumliche Dimension: Disparitäten in Wohnversorgung und Nachbarschaftsbeziehungen	88
	Deutsche und Zuwanderer	42		Institutionelle Dimension: institutionelle Beteiligung zwischen Motivation der Zuwanderer und Öffnung der Institutionen	95
	Die Jugendlichen	44		Kulturelle Dimension: Interkulturalität zwischen Kulturdifferenz, Sprache und Kulturaustausch	102
	Die Zuwanderergruppen	46		Relationale Dimension: Deutsche und Zuwanderer zwischen Annäherung und sozialer Distanz	116
===== ===== =====	Strukturelle Indikatoren: Integration in Bildung und Beruf	51	===== ===== =====	Einstellungen und Verhaltensweisen der Mehrheitsbevöl- kerung: „unerwiderte“ Liebe in den Beziehungen zwischen Mehrheitsbevölkerung und Zuwanderern	129
	Schulische Bildung: das Fundament für berufliche und gesellschaftliche Partizipation	52			
	Berufliche Bildung: das Eintrittsticket in den Arbeitsmarkt?	56	===== ===== =====	Integration in Duisburg: Ein Gesamtbild	149
	Erwerbsleben I: das Standbein der Integration	60			
	Erwerbsleben II: drinnen oder draußen?	62	===== ===== =====	Ausblick: Potenziale und Nachhaltigkeit der Ersten Duisburger Integrationsbefragung	169
	Einkommen: die materielle Basis gesellschaftlicher Partizipation	64			
	Transferleistungsbezug: die eingeschränkte wirtschaftliche Unabhängigkeit	64			
	Konklusionen: Integration in Bildung und Beruf zwischen Defiziten und Angleichungsprozessen	65			

Vorwort



Armin Laschet
Minister für Generationen,
Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen

Integration ist für die Stadt Duisburg nie ein Fremdwort gewesen. Früher als andere hat sie sich der Herausforderung gestellt, Menschen in die Stadtgesellschaft einzubinden, die als sogenannte Gastarbeiter, Aussiedler, Flüchtlinge oder im Rahmen des Familiennachzugs zugewandert sind. Viele Duisburgerinnen und Duisburger haben eine Zuwanderungsgeschichte, viele sind inzwischen deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten.

Als Integrationsminister Nordrhein-Westfalens freue ich mich darüber, dass das Land die Integrationsanstrengungen der Stadt durch vielfältige Fördermaßnahmen nachhaltig unterstützen konnte. Besonders hervorheben möchte ich unser Programm „KOMM-IN - Innovationen in der kommunalen Integrationsarbeit“, dessen Ziel es ist, Impulse für die Weiterentwicklung der kommunalen Integrationspolitik zu liefern.

Im Rahmen von KOMM-IN ist auch die in mehrfacher Weise innovative erste Duisburger Integrationsbefragung gefördert worden. Sie ist

ein wichtiger Baustein für den Aufbau eines umfassenden Integrationsmonitorings in Nordrhein-Westfalen. Klar ist: Integration benötigt Indikatoren, die eine Beobachtung und Beschreibung von Zuwanderungs- und Integrationsprozessen ermöglichen und Hinweise darauf geben, wo Handlungsbedarf besteht. Dabei kommt es nicht auf die Anzahl, sondern auf die Qualität der Indikatoren an. Nordrhein-Westfalen ist bundesweit Vorreiter bei der Entwicklung eines aussagestarken und anwendungsorientierten Integrationsmonitorings. Gemeinsam mit Berlin leitet Nordrhein-Westfalen die Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der 16 Bundesländer.

Im Herbst 2008 hat die Landesregierung ihren Integrationsbericht „Nordrhein-Westfalen: Land der neuen Integrationschancen“ vorgelegt. Er enthält auf breiter Datengrundlage eine indikatorengestützte Analyse des Standes der Integration der mehr als 4,1 Mill. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-Westfalen. Die wichtigste Datenquelle des Integrationsberichts ist der Mikrozensus, der differenziert Auskunft gibt über die „harten“ Aspekte von Integration, die Bildungsabschlüsse, die Erwerbstätigkeit und Erwerbsstruktur, Arbeitslosigkeit und die Einkommen der zugewanderten Menschen und ihrer Familien. Der Mikrozensus sagt aber nur wenig aus über die ebenso wichtigen „weichen“ Aspekte der Integration, also darüber, ob sich die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte hier zu Hause füh-

len, ob sie sich als angenommen oder ausgegrenzt empfinden, und wie sie ihr Verhältnis zu den Einheimischen bewerten.

Diese Informationslücke musste gefüllt werden. Deshalb hat das Land die erste Duisburger Integrationsbefragung im Rahmen von KOMM-IN gefördert. Wir haben gezielt Duisburg ausgewählt, weil die Stadt „voll im Leben steht“, einen hohen Zuwandereranteil hat und die Chancen wie die Probleme der Integration im Alltag der Menschen spürbar sind. Bemerkenswert ist die Studie auch deshalb, weil nicht nur die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte befragt wurden, sondern auch diejenigen ohne Zuwanderungsgeschichte. So ist von Beginn an berücksichtigt worden, dass der Erfolg von Integration nicht alleine von der Integrationsbereitschaft der Zuwanderinnen und Zuwanderer abhängt, sondern auch von der Aufnahmebereitschaft und dem Verhalten der Einheimischen.

Zwei Ergebnisse der Befragung möchte ich besonders herausgreifen: Die große Mehrheit der zugewanderten Menschen ist mit ihrem Leben in der Stadt zufrieden, wünscht sich mehr Kontakte zu den deutschen Nachbarn und begreift Integration als eigene individuelle Aufgabe. Andererseits zeigt die Studie allerdings auch, dass nicht alle Zugewanderten dieser Auffassung sind und viele Deutsche skeptisch bleiben.

So liefert diese Untersuchung sehr konkrete Ansatzpunkte, um das Miteinander aller Duisburgerinnen und Duisburger weiter zu verbessern. Sie liefert Fakten, die der Politik Aufschluss darüber geben, wo die kommunale Integrationspolitik ansetzen kann und soll. Diese Form wissenschaftlicher Politikberatung hat, dessen bin ich sicher, Vorbildfunktion für andere Kommunen in Nordrhein-Westfalen und Deutschland.



Armin Laschet

Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Adolf Sauerland
Oberbürgermeister der
Stadt Duisburg

Schon seit Jahrzehnten prägt das Zusammenleben von Angehörigen unterschiedlicher Kulturen die Duisburger Stadtgesellschaft. Heute leben in unserer Stadt Bürgerinnen und Bürger aus über 140 Staaten, und nahezu ein Drittel der Duisburgerinnen und Duisburger besitzt eine Zuwanderungsgeschichte. Bei uns ist es gute Tradition, diese Menschen am politischen und gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Das Zusammenleben von Angehörigen unterschiedlicher Herkunft und Kultur wird wie selbstverständlich als kulturelle Bereicherung des Lebens in Duisburg verstanden.

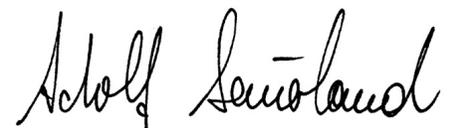
In unserer Stadt hat das Thema Integration schon immer einen besonderen Stellenwert gehabt. Dieser ist in den vergangenen Jahren noch weiter gewachsen. Ausgehend von zwei gesamtstädtischen Integrationskonferenzen ist ein langfristig angelegter und nachhaltig wirkender integrationspolitischer Prozess eingeleitet worden.

Mit der Einrichtung des Referates für Integration wurde eine strategische Fachstelle geschaffen, die diesen Prozess koordiniert, steuert und generell zur Weiterentwicklung der Integrationsarbeit in der Stadtgesellschaft beiträgt.

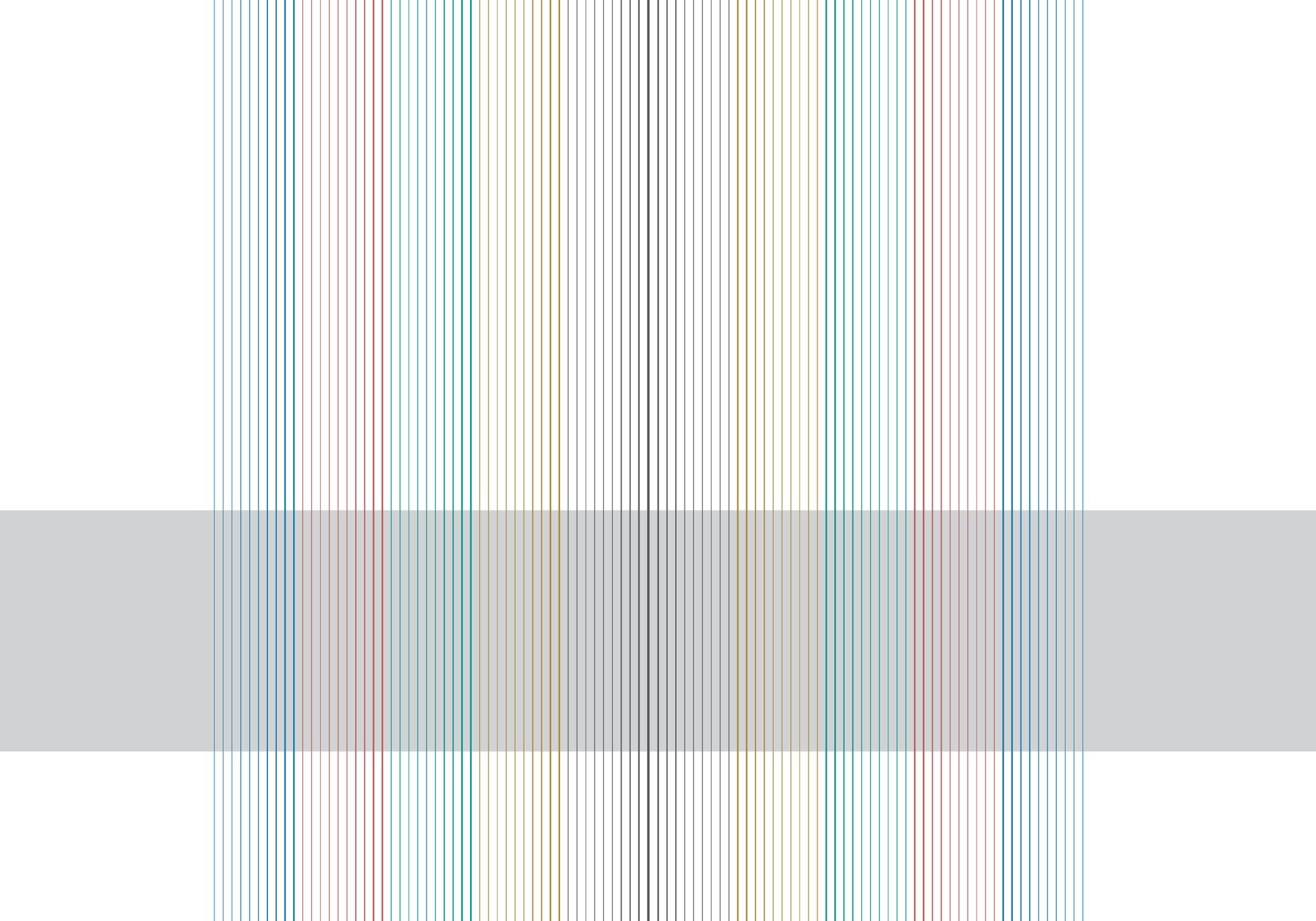
In Anbetracht der Tatsache, dass Integration als gesamtstädtische Querschnittsaufgabe zu verankern ist, sind zur Verwirklichung des strategischen Leitzieles „Interkulturelle Urbanität“ nunmehr eine Integrationskonzeption und ein detailliertes Integrationsprogramm entwickelt worden. Mittlerweile sind viele Initiativen, die das Integrationsprogramm vorgesehen hat, umgesetzt, weitere befinden sich in Durchführung oder Planung. Zur Organisation dieses integrationspolitischen Prozesses gehört aber auch die Frage, wie weit die Stadt tatsächlich voran gekommen ist. Erste Antworten sollte die 2008 durchgeführte 1. Duisburger Integrationsbefragung liefern, deren Ergebnisse hier vorgelegt werden.

Darin bestätigen Zuwanderer und Einheimische, wie sehr in Duisburg das Zusammenleben von beiden Gruppen inzwischen zur Normalität geworden ist. Die Antworten der Duisburgerinnen und Duisburger zeigen aber auch, dass in Zukunft noch weitere Schritte auf dem Weg hin zu wechselseitiger Akzeptanz zu tun sind.

Dafür, dass es in Duisburg möglich geworden ist, ein in dieser Differenziertheit für Deutschland wohl einzigartiges Bild des Standes kommunaler Integration zu zeichnen, danke ich selbstverständlich all denen, die an der Durchführung dieser anspruchsvollen Studie mitgewirkt haben. Besonderer Dank gebührt dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, das die Studie von Anbeginn an gefördert und begleitet hat.

A handwritten signature in black ink, reading "Adolf Sauerland". The script is cursive and elegant, with the first letters of the first and last names being capitalized and prominent.

Adolf Sauerland
Oberbürgermeister der Stadt Duisburg



Zusammenfassung der Ergebnisse

Integration ist ein Sachverhalt und eine Aufgabe, die alle Gruppen der Stadtbürgerschaft betrifft. Zuwanderer und Mehrheitsbevölkerung sind von daher gefordert, aufeinander zuzugehen und gewisse Zugeständnisse in ihrer Lebensführung zu machen.

Viele der in Duisburg lebenden Zuwanderer weisen in verschiedenen Lebensbereichen noch deutliche Unterschiede und Defizite gegenüber den Einheimischen auf, bei anderen Zuwanderern zeichnen sich Angleichungsprozesse und Potenziale ab. Die einheimischen Duisburger besitzen eine ausgeprägte Distanz zu Zuwanderern, die Integration nicht immer erleichtert.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Präliminarien

Integration ist ein Merkmal und eine Aufgabe, die „Zuwanderer“ und „Deutsche“ gleichermaßen betrifft.

Lange Zeit wurde „Integration“ hauptsächlich als auf Seiten der Zuwanderer herzustellender Zustand begriffen. Dies ist inzwischen in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Frage gestellt worden; es wird davon ausgegangen, dass „Integration“ zwischen Zuwanderern und Einheimischen von dem Verhalten und den Einstellungen beider Gruppen abhängt. In vielen öffentlichen Diskursen und auch den meisten wissenschaftlichen Untersuchungen ist eine solche Sichtweise bisher allerdings nur unzulänglich berücksichtigt worden.

„Deutsche“ sind „Einheimische“, d. h. Personen, deren Familie schon seit Generationen in Deutschland lebt.

Die Bezeichnung als „Deutsche“ bezieht sich hier und im Gesamtbericht nicht auf die Staatsangehörigkeit der betreffenden Personen, sondern auf ihre langfristige Herkunft aus Deutschland. Zwar besitzen im Regelfall alle „Deutschen“ im definierten Sinn die deutsche Staatsangehörigkeit, aber nicht alle Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit sind nach der verwendeten Definition „Deutsche“.

„Zuwanderer“ sind „Personen mit Migrationshintergrund“, die selbst nach Deutschland zugewandert sind oder deren Eltern im Ausland geboren wurden.

„Zuwanderer“ werden ohne Bezug auf ihre Staatsangehörigkeit identifiziert. Entscheidend ist ihre kulturelle und familiäre Prägung durch die Herkunft aus einem anderen Land. Eine solche Prägung kann darauf beruhen, dass die betreffende Person in diesem Land geboren worden ist, oder, im Falle ihrer Geburt in Deutschland, auf dem Einfluss einer der beiden Elternteile, der aus einem anderen Land stammt. „Zuwanderer“ können demnach die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und tun dies tatsächlich immer häufiger. Die hier verwendete Definition stützt sich weitgehend auf die seit 2005 im Rahmen der Mikrozensususerhebung vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Erhebung von Personen mit Migrationshintergrund.

Die Zuwanderer: Unterschiede und Defizite im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung

Duisburg ist eine der multikulturellsten deutschen Städte. Ca. ein Drittel der Stadtbevölkerung sind Zuwanderer.

Es existieren unterschiedliche Schätzungen des Zuwandereranteils an der Duisburger Bevölkerung (was zum Teil von unterschiedlichen Definitionen von „Migrationshintergrund“ abhängt). Aufgrund der gegenseitigen Abwägung der verschiedenen Schätzungen ergibt sich für Duisburg der besagte Anteil von einem Drittel. Damit gehört Duisburg auf jeden Fall zu den zehn deutschen Städten mit dem höchsten Zuwandereranteil.

Viele Zuwanderer sind in Deutschland geboren, die meisten leben schon lange Zeit in Deutschland.

Ca. ein Fünftel der in Duisburg lebenden Zuwanderer ist bereits in Deutschland geboren, und nahezu die Hälfte lebt bereits seit über 20 Jahren in Deutschland, wobei die Aussiedler allerdings eine deutlich „kürzere“ Migrationsgeschichte aufweisen.

Der Anteil der Zuwanderer an der Duisburger Bevölkerung wird auch in Zukunft zunehmen.

Die Studie hat eine größere Häufigkeit von jugendlichen Zuwanderern und aktuell höhere Kinderzahlen in Zuwandererfamilien ergeben. Damit ist für die nähere Zukunft (unabhängig von einer weiteren Zuwanderung) von einem zunehmenden Zuwandereranteil an der Duisburger Bevölkerung auszugehen. Diese junge Bevölkerungsstruktur stellt vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückgangs ein wichtiges Potenzial dar und muss in allen gesellschaftlichen Bereichen stärker berücksichtigt werden. Langfristig (immer unabhängig von weiterer Zuwanderung) ist allerdings aufgrund der heute schon an die Werte der deutschen Frauen angeglichenen Geburtenraten der Zuwandererfrauen zukünftig von einer geringeren Kinderzahl auch in Zuwandererfamilien und damit von einer Stabilisierung des Zuwandereranteils auf hohem Niveau auszugehen.

Die Duisburger Zuwanderer setzen sich aus drei großen Gruppen zusammen: den Ausländern, den Eingebürgerten (ehemaligen Ausländern) und den Aussiedlern.

Für die Untersuchung ist – bis auf wenige Ausnahmen – auf eine Auswertung nach nationalen Herkunftsgruppen verzichtet worden. Stattdessen sind diese drei großen Gruppen zur Grundlage der Ausdifferenzierung der Ergebnisse herangezogen worden. Die Untersuchung hat gezeigt, dass sich zwischen diesen Großgruppen signifikante und handlungsrelevante Unterschiede identifizieren lassen, wodurch diese Entscheidung bestätigt worden ist.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Etwa die Hälfte der Duisburger Zuwanderer besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Dies sind die Aussiedler und die eingebürgerten ehemaligen Ausländer.

Auch hierfür stehen erneut unterschiedliche Schätzungen zur Verfügung, die zum Teil von unterschiedlichen Erhebungsmethoden ausgehen. Aufgrund des Abgleichs dieser unterschiedlichen Schätzungen ist von der angegebenen 50-zu-50-Verteilung auszugehen – mit der Tendenz einer Zunahme für die Gruppe mit deutscher Staatsangehörigkeit.

In Duisburg leben deutlich mehr ausländischstämmige Zuwanderer (Ausländer und Eingebürgerte) als Aussiedler.

Duisburgs Zuwandererbevolkerung ist von der spezifischen Zuwanderergeschichte der Stadt gekennzeichnet. Dominierend sind weiterhin die seit Ende der 50er Jahre zugewanderten Arbeitsmigranten vor allem aus südeuropäischen Ländern und der Türkei und ihre Nachkommen. Die ausländischstämmigen Zuwanderer machen ca. vier Fünftel der Duisburger Zuwandererbevolkerung aus, während die Aussiedler das restliche Fünftel der Zuwanderer repräsentieren.

Duisburg hat den höchsten Anteil an türkeistämmiger Bevölkerung unter den deutschen Großstädten.

Aufgrund verschiedener Schätzungen ist für Duisburg von einem Anteil von nahezu 50% an türkeistämmigen Zuwanderern auszugehen, womit Duisburg mit Abstand den größten Anteil dieser Gruppe unter allen deutschen Großstädten aufweist (gefolgt von Köln mit geschätzten 37%).

Auch in Duisburg zeichnet sich eine größere Vielfalt von Herkunftsnationalitäten ab.

Mit einem Anteil von 15% von Zuwanderern, die nicht den dominierenden Herkunftsländern entstammen, deutet sich an, dass die weltweit zu beobachtende zunehmende Diversifikation von Migrationsströmen auch in Duisburg zu einer immer vielfältigeren Zuwandererbevolkerung führt.

Zuwanderer besitzen deutlich häufiger keinen Schul- und Berufsabschluss.

Bei den höheren und mittleren Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen haben sich keine besorgniserregenden Defizite der Zuwanderer ergeben. Ihr Anteil bei den Schul- und Berufsausbildungsabbrechern liegt allerdings um ein Mehrfaches höher als bei den Deutschen.

Zuwanderer sind deutlich häufiger erwerbslos als Deutsche, nehmen häufiger Sozialleistungen in Anspruch und beziehen ein deutlich niedrigeres Einkommen.

Auch bei diesen Indikatoren wirtschaftlicher (Nicht-)Integration zeichnen sich deutlich schlechtere Werte bei den Zuwanderern ab. Z. B. sind mehr als doppelt so viele Zuwanderer erwerbslos als Deutsche. Dies betrifft durchaus auch hochgebildete Zuwanderer, was dafür spricht, dass die schlechte berufliche Position von Zuwanderern nicht ausschließlich mit mangelhaften Bildungsabschlüssen zusammenhängt. Vielmehr ist auch von gewissen Diskriminierungen höher gebildeter Zuwanderer im Zugang zu einer ihrem Bildungsniveau entsprechenden beruflichen Position auszugehen.

Zuwanderer leben seltener in Einfamilienhäusern und in Eigentum und wohnen räumlich beengter.

Unter den Hinweisen auf eine deutlich schlechtere Wohnsituation von Zuwanderern fällt besonders ins Gewicht, dass Zuwandererfamilien im Allgemeinen eine größere Anzahl von Haushaltsmitgliedern aufweisen (und trotzdem in kleineren Wohnungen leben).

Zuwanderer sind meist mit ihrem Leben in Deutschland zufrieden und planen nicht, in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Das ist als ein eindeutiges Indiz für ihren Niederlassungsprozess zu verstehen.

Für die überwiegende Anzahl der Zuwanderer haben sich ihre mit der Umsiedlung nach Deutschland verbundenen Erwartungen erfüllt und nur ein kleiner Teil plant wieder in das Herkunftsland zurückzukehren. Für solche Rückkehrabsichten scheinen mangelhafte berufliche Perspektiven insbesondere der schlechter Gebildeten von Bedeutung zu sein.

Zuwanderer haben Schwierigkeiten, sich mit Deutschland und der deutschen Bevölkerung zu identifizieren.

Zuwanderer (allerdings mit deutlichen Unterschieden zwischen den Zuwanderergruppen) besitzen weiterhin eine starke Bindung an ihr Herkunftsland und nehmen sich auch weiterhin stark als „Zuwanderer“ und nicht als „Deutsche“ wahr. Inwieweit dies vor allem auf einer Selbstzuschreibung oder auf einer Fremdzuschreibung von Seiten der Deutschen beruht, kann aufgrund der Daten nicht geklärt werden.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Zuwanderer wählen seltener und engagieren sich weniger in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Sie sind vorwiegend Mitglied in (religiösen) Organisationen der eigenen Herkunftsgruppe.

Auch die wahlberechtigten Zuwanderer beteiligen sich seltener an Wahlen als Deutsche und sind auch seltener in Vereinen und sonstigen Verbänden/Organisationen Mitglied. Eindeutig dominiert bei ihnen die Mitgliedschaft in religiösen Organisationen, die im Regelfall von der eigenen oder einer ihr nahestehenden Herkunftsgruppe getragen werden.

Zuwanderer nutzen institutionelle Hilfs- und Unterstützungsangebote im Allgemeinen im gleichen Umfang wie Deutsche.

Entgegen der Erwartungen existieren aufgrund der Daten generell keine zugewandererspezifischen Barrieren im Zugang zu den Hilfs- und Unterstützungsangeboten der Mehrheitsgesellschaft. Gleichwohl bestehende Unterschiede betreffen die Art der genutzten Angebote: Zuwanderer nutzen seltener familien- und beziehungsrelevante Angebote und konzentrieren sich eher auf funktional- und sachbezogene Unterstützungsleistungen.

Zuwanderer meinen im Allgemeinen die deutsche Sprache genauso gut wie ihre Herkunftssprache zu beherrschen.

In ihrer Selbsteinschätzung gehen die Zuwanderer von einer nahezu gleich guten Beherrschung der deutschen Sprache wie der Herkunftssprache aus. Signifikante Abweichungen ergeben sich aber bei älteren Zuwanderern und Zuwandererfrauen, die eine deutlich schlechtere Einschätzung ihrer Deutschkenntnisse besitzen. Jüngere Zuwanderer geben hingegen an, die deutsche Sprache eindeutig besser als die Sprache ihrer Herkunftsgruppe zu beherrschen.

Zuwanderer verwenden in gleichem Maße deutsche und Herkunftsmedien.

Dieser „gleichgewichtige“ Befund wird durch die Angabe gestützt, dass deutsche und Herkunftsmedien (Zeitung, Rundfunk, Internet) in gleichem Umfang genutzt werden.

Zuwanderer benutzen in Familie und Freundeskreis meist ihre Herkunftssprache.

In Bezug auf den für Spracherwerb und -beherrschung zentralen Bereich der informellen Sozialbeziehungen in Familie, Verwandtschaft und Freundeskreis erweist sich eine ganz deutliche Dominanz der Herkunftssprache. Die deutsche Sprache wird hier nur ausnahmsweise verwendet. In welchem Umfang diese geringe Verwendung der deutschen Sprache tatsächlich Einfluss auf die Kenntnisse dieser Sprache nimmt, kann aufgrund der vorliegenden Daten nicht bewertet werden.

Mangelnde Deutschkenntnisse werden von allen Gruppen als zentrales Integrationshindernis betrachtet.

Trotz der positiven Selbsteinschätzung, die Zuwanderer von ihren Deutschkenntnissen besitzen, benennen sie „mangelnde deutsche Sprachkenntnisse“ als denjenigen Faktor, der für ihre Beziehungen zu den Deutschen die größten Probleme mit sich bringt. Tatsächlich tun sie dies sogar häufiger als die Deutschen.

Mangelnde Deutschkenntnisse stellen nur ein Integrationshindernis unter anderen dar.

Die Studie liefert deutliche Hinweise darauf, dass mangelnde Deutschkenntnisse ein Integrationshindernis darstellen. Gleichzeitig zeigt sie aber genauso deutlich, dass Integrationsprobleme von einer Vielzahl andersartiger Faktoren bestimmt sind, die unabhängig von den Sprachkenntnissen (und dem Bildungsgrad) der Zuwanderer zu deren Benachteiligung führen.

Für Zuwanderer ist die Religion wichtiger als für Deutsche.

Sowohl in Bezug auf die institutionelle Zugehörigkeit zu einer Konfession als auch in Bezug auf die subjektive Relevanz von Religion für unterschiedliche Lebensbereiche weisen Zuwanderer höhere Werte auf. Dieses Ergebnis deckt sich mit anderen, bundesweit durchgeführten Studien zur Religiosität von Zuwanderern, ist allerdings nicht so stark ausgeprägt wie aufgrund solcher Untersuchungen zu erwarten gewesen wäre.

Zuwanderer haben „traditionellere“ Vorstellungen über die Verteilung der Geschlechterrollen in der Familie.

In der Definition der Rollen der Geschlechter in Partnerschaft und Erziehung besitzen Zuwanderer deutlich weniger paritätische Vorstellungen als die deutschen Befragten, allerdings erneut nicht mit dramatischen Unterschieden.

Nicht alle Zuwanderergruppen sind gleichermaßen „integriert bzw. nicht-integriert“

Eine der Aufgaben eines Integrationsmonitorings besteht darin, gruppenspezifische Integrationspotenziale und -defizite als Basis für zielgruppenspezifische politische Interventionen zu identifizieren.

Die Studie hat relevante Unterschiede zwischen den Hauptgruppen der Untersuchung erbracht. Dies betrifft sowohl Unterschiede zwischen den drei untersuchten Großgruppen als auch Geschlechts- und Altersunterschiede.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die „günstigsten“ Werte besitzen die Aussiedler, die „problematischsten“ Werte weisen die Ausländer auf. Die Eingebürgerten bewegen sich zwischen beiden Polen. Solche Unterschiede stehen im Zusammenhang mit unterschiedlichen Migrationsverläufen und Integrationsbedingungen dieser Gruppen.

Nahezu für alle Indikatoren hat sich eine deutliche „Integrationsrangliste“ ergeben: Die Aussiedler stehen in ihren strukturellen Merkmalen, ihren Sozialbeziehungen und ihren Einstellungen der deutschen Bevölkerung eindeutig am nächsten. Die Ausländer hingegen weisen die deutlich größten Defizite und Distanzen gegenüber den Deutschen auf, während die Eingebürgerten im Regelfall mittlere Werte aufweisen. Die Ausnahmestellung der Aussiedlergruppe hängt dabei sicherlich mit der rechtlichen, sozialen und bildungsmäßigen Privilegierung dieser Gruppe innerhalb ihres Integrationsprozesses zusammen.

Zuwandererfrauen haben in den Bildungsinstitutionen und auf dem Arbeitsmarkt deutlich mehr Probleme als Männer.

Bei allen ausgewerteten Indikatoren (vor allem aus dem strukturellen Bereich) hat sich die „doppelte“ Benachteiligung von Zuwandererfrauen erwiesen. Sie besitzen am häufigsten keinen Schul- und Berufsabschluss, und geben nahezu dreimal häufiger als deutsche Frauen an, als Hausfrauen tätig zu sein.

Die junge Generation der Zuwanderer gleicht sich in ihrer Situation an die deutschen Gleichaltrigen an.

Bei allen ausgewerteten Indikatoren (erneut vor allem aus dem strukturellen Bereich, aber auch in Bezug auf die Sprachkenntnisse) hat sich eine deutliche Annäherung an die Werte der Deutschen ergeben. In einzelnen Bereichen weisen Zuwandererjünglinge tatsächlich sogar „bessere“ Werte als deutsche Jugendliche auf.

Das Zusammenleben von Zuwanderern und Deutschen zwischen Distanz und Annäherung

Zuwanderer haben mehr Kontakte zu Deutschen als Deutsche zu Zuwanderern.

Auch wenn man die quantitativen demographischen Ungleichgewichte zwischen beiden Gruppen berücksichtigt, bleibt bestehen, dass Zuwanderer deutlich häufiger Kontakte zu Deutschen unterhalten, als dies umgekehrt der Fall ist.

Zuwanderer haben viel häufiger deutsche Lebenspartner als umgekehrt.

Dies bestätigt sich auch in den für soziale und kulturelle Annäherung besonders relevanten „Intimbeziehungen“: Zuwanderer haben mehr als doppelt so häufig deutsche Lebenspartner wie Deutsche Zuwandererpartner.

Zuwanderer nehmen häufiger an „deutschen“ Veranstaltungen teil als Deutsche an „Zuwandererveranstaltungen“.

Auch in Bezug auf die Veranstaltungsteilnahme zeigt sich, dass Zuwanderer eher bereit sind, an von Deutschen getragenen Initiativen teilzunehmen als dies umgekehrt der Fall ist – erneut ist hierbei aber sicherlich auch die quantitative Frage des unterschiedlichen Umfangs der Angebote von beiden Gruppen mit zu berücksichtigen.

Zuwanderer wünschen sich mehr Kontakte zu Deutschen; Deutsche bescheiden sich mit dem Ist-Zustand.

Der deutlich stärkere Wunsch nach häufigeren Kontakten auf Seiten der Zuwanderer spricht erneut für eine größere soziale Hinwendung der Zuwanderer zur anderen Gruppe. Ein größerer Teil der Deutschen ist hingegen mit den bisher eher eingeschränkten Kontakten zu Zuwanderern zufrieden und wünscht dementsprechend keine Intensivierung solcher Kontakte.

Zuwanderer sind zufriedener mit ihren Beziehungen zu den Deutschen als umgekehrt.

Trotz des offensichtlichen Nachholbedarfs in den Kontakten zu den Deutschen sind Zuwanderer mit den bisher bereits bestehenden Beziehungen zu den Deutschen zufriedener, als dies umgekehrt bei den Deutschen der Fall ist.

Zuwanderer mögen die Deutschen am meisten unter allen Nationalitäten; nur eine kleine Gruppe hat Vorurteile gegenüber den Deutschen.

Mit einem Wert von über 7 auf einer 9er-Sympathieskala sind die Deutschen allen Zuwanderern deutlich am sympathischsten, mit klarem Abstand zu den anderen Arbeitsmigrantengruppen, die ebenfalls hohe Sympathiewerte aufweisen. Vorurteile der Zuwanderer gegenüber Deutschen lassen sich nur bei einzelnen Zuwanderergruppen (vor allem bei Frauen und Personen mit niedrigem Bildungsabschluss) und auch dort nur begrenzt identifizieren.

Zuwanderer begreifen Integration vor allem als ihre Aufgabe.

Zuwanderer stellen zwar auch Anforderungen an die Deutschen in Sachen Integration, akzeptieren aber zumindest in gleichem Maße, dass auch sie wichtige Beiträge zur Integration leisten müssen. So wird zum Beispiel die Forderung nach Anpassung an die deutschen Lebensverhältnisse auch von Seiten der Zuwanderer deutlich unterstützt.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Weder die Deutschen noch die Zuwanderer sehen nennenswerte Konflikte in ihren Beziehungen.

Beide Gruppen empfinden ihre Nachbarschaftsbeziehungen zur anderen Gruppe zu einem verschwindenden Anteil (für alle Teilgruppen unter 10%) als mit Konflikten behaftet, wobei allerdings erneut bei den Zuwanderern eine positivere Sicht der Beziehungen überwiegt.

Ein echtes „Miteinander“ erleben allerdings nur wenige Zuwanderer und Deutsche.

Ein „sehr gutes“ Verhältnis zwischen Deutschen und Zuwanderern wird von beiden Gruppen ebenfalls nur von einem geringen Prozentsatz (ca. 10%) genannt; dominierend sind dagegen die Sichtweisen eines „normalen nachbarschaftlichen Verhältnisses“ und eines „Nebeneinanderherlebens“.

Die Deutschen in deutlicher Distanz zu den Zuwanderern

Deutsche sehen kaum Unterschiede zwischen sich und den „Italienern“, aber große Differenzen zu den „Türken“.

Deutsche nehmen im Verhältnis zu EU-Europäern (in diesem Fall den Italienern) nur noch geringe Unterschiede im Lebensstil und den Werten wahr. Gegenüber den „Türken“ werden dagegen vor allem in Bezug auf die private Lebensführung (Familie, Religion, Geschlechterverhältnis) von mehr als 90% der Deutschen starke bzw. gewisse Unterschiede wahrgenommen (mit einem eindeutigen Schwergewicht auf der Betonung starker Unterschiede).

Deutsche mögen die beiden größten Zuwanderergruppen in Duisburg (die „Türken“ und die „Russen“) am wenigsten.

Die große Distanz der Deutschen gegenüber der größten in Duisburg lebenden Zuwanderergruppe schlägt sich auch in den (hinter der irakischen Gruppe) niedrigsten Sympathiewerten für die „Türken“ nieder. Auch der zweitgrößten (und aufgrund der anderen Befunde deutlich besser integrierten) Duisburger Zuwanderergruppe, den „Russen“, wird eine ähnlich geringe Sympathie entgegengebracht.

Deutsche sind gegen weitere Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern bzw. möchten diese stark begrenzen.

Die besondere Distanz der Deutschen gegenüber den „Türken“ wird auch anhand der zum Ausdruck gebrachten Reserviertheit gegenüber der weiteren Zuwanderung von Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Staaten (die aufgrund der Duisburger Verhältnisse im Wesentlichen türkeistämmige

Viele Deutsche haben Vorurteile gegenüber Zuwanderern; manche verbinden auch starke Ängste mit der Präsenz von Zuwanderern.

Personen betrifft) deutlich: Ein Fünftel der deutschen Befragten spricht sich für eine völlige Schließung aus, und weitere 70% akzeptieren allenfalls begrenzte weitere Zuwanderungen.

Deutsche meinen, dass sich vor allem die Zuwanderer mehr Mühe in Sachen Integration geben sollten.

Die faktorenanalytische Auswertung zentraler Einstellungsfragen hat deutliche Vorurteile der deutschen Befragten gegenüber den Zuwanderern erbracht. Für nicht unerhebliche Teile der Befragten hat sie darüber hinaus ausgeprägte Ängste gegenüber Zuwanderern, insbesondere in Bezug auf eine mögliche Überfremdung und Ausnutzung durch Zuwanderer, zu Tage gefördert. Diese negative Sicht der Präsenz von Zuwanderern findet dabei durchaus auch Zuspruch bei Angehörigen der deutschen Mittelschicht.

Deutsche fordern von Zuwanderern, sich ihrem Lebensstil anzupassen.

Wenn es um die Frage der Verantwortung für die existierenden Probleme zwischen Deutschen und Zuwanderern geht, haben die Deutschen nicht den geringsten Zweifel, dass diese vor allem bei den Zuwanderern zu suchen ist. Als wesentliche Probleme werden hierbei mangelnde deutsche Sprachkenntnisse, mangelnder Integrationswille und große kulturelle/religiöse Unterschiede benannt.

Die deutschen Duisburger haben in den letzten Jahren besser verstanden, dass das Zusammenleben mit Zuwanderern zur Normalität geworden ist, haben aber noch viel zu lernen.

Engagement für die Verbesserung der Integrationssituation ist für die überwiegende Zahl der Deutschen ausschließlich von den Zuwanderern zu leisten. Entsprechend der von deutscher Seite gelieferten Problemdiagnose kann es hierbei nur um eine bessere Anpassung der Zuwanderer an das Leben in Deutschland und den Lebensstil der Deutschen gehen.

Die hier vorgelegte Studie kann selbstverständlich nur eine Momentaufnahme der Duisburger Integrationssituation liefern. Die jährlich durchgeführte Duisburger Bürgerumfrage hat gezeigt, dass die Offenheit der deutschen Stadtbürger gegenüber der Präsenz und den Merkmalen von Zuwanderern in den letzten zehn Jahren zugenommen hat. Zu einer umfassenden Akzeptanz bleibt allerdings noch ein weiter Weg zurück zu legen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Zuwanderer fühlen sich in Duisburg nur selten diskriminiert.

Trotz der deutlichen Distanz und partiellen Ablehnung der Zuwanderer von Seiten der deutschen Stadtbevölkerung fühlen sich Zuwanderer in Duisburg nur selten diskriminiert. Mehr als fünfzig Prozent haben solche Diskriminierungen nie empfunden und nur 9% haben häufig Diskriminierungen erlebt. Darüber hinaus ist im Falle von Diskriminierungserfahrungen im Regelfall von einer geringeren Quote tatsächlicher gegenüber berichteter Diskriminierungen auszugehen.

Fazit: Duisburg – eine „normale“ multikulturelle Stadt

Duisburg hat die „üblichen“ Integrationsprobleme von Städten mit einem hohen Anteil an klassischen Arbeitsmigranten (die vor allem aus den „wenig entwickelten“ Gebieten der Herkunftsländer stammen).

Als „Schlusslicht“ der vom Berliner Institut für Bevölkerung und Entwicklung vorgelegten Integrationsrangliste ist Duisburg zu Beginn 2009 stark ins Gespräch gekommen. Die vorliegende Studie hat dagegen keine gegenüber anderen Städten dramatisch ausgeprägten Integrationsprobleme erbracht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in Duisburg der Anteil der sozial und bildungsmäßig benachteiligten Arbeitsmigranten besonders hoch ist, was selbstverständlich zu einer gewissen Verschlechterung in zentralen Integrationsindikatoren führt.

Duisburg weist eine schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt und in bestimmten Stadtteilen auf. Diese schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen stellen die Stadt vor besondere Integrationsherausforderungen.

Duisburg steht seit der Strukturkrise der Montanindustrie, die insbesondere die Arbeitsplätze von Arbeitsmigranten gefährdet hat, vor einer insgesamt schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt und in der Sozialstruktur. Diese Probleme sind darüber hinaus meist sehr stark in einzelnen Stadtteilen konzentriert. Niedrige Werte in einzelnen Integrationsindikatoren hängen insofern häufig stärker von wirtschaftlichen, sozialen und sozialräumlichen Benachteiligungen ab als von genuinen Integrationsdefiziten zwischen der Zuwanderer- und der Mehrheitsbevölkerung.

Die auf Seiten der deutschstämmigen Duisburger bestehenden Vorurteile und Ängste haben bisher zu keinen signifikanten Diskriminierungen und Konflikten geführt.

Es hat sich gezeigt, dass – trotz der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen, einer deutlichen Distanz zwischen Zuwanderern und der Mehrheitsbevölkerung sowie ausgeprägten Vorurteilen vor allem von Seiten der Mehrheitsbevölkerung – kaum konflikthafte Zuspitzungen der Beziehungen zwischen beiden Gruppen vorzufinden sind. Auch die Diskriminierungen von Seiten der deutschen Mehrheitsbevölkerung haben sich als nicht erheblich erwiesen.

Gewisse Verbesserungen im Zusammenleben zeichnen sich in den letzten Jahren ab.

Schließlich lässt sich in den letzten Jahren – auch aufgrund des intensivierten integrationspolitischen Engagements der Stadt Duisburg – eine gewisse Entspannung in den Beziehungen zwischen Zuwanderer- und deutscher Stadtbevölkerung beobachten. Wie ausgeprägt diese ist und inwieweit sie sich als nachhaltig erweisen wird, ließe sich nur durch zukünftige und wiederholte Erhebungen belegen.

Was tun? Von der Disparität zur Gleichheit und vom Neben- zum Miteinander

Integrationsmonitoring ersetzt nicht die Entwicklung konkreter und kleinräumiger Handlungsempfehlungen für spezifische Zuwanderergruppen, aber erlaubt die Identifikation von Handlungsfeldern und –leitlinien.

Integrationsmonitoring gibt im Regelfall nur ein globales Bild der Integrationssituation und dies in deskriptiv-analytischer Form. Die aus den Ergebnissen abzuleitenden politischen Forderungen und konkreten Handlungsempfehlungen sind von den zuständigen Akteuren und Institution zu entwickeln. Integrationsmonitoring kann allenfalls sensible Handlungsfelder bestimmen und grobe Handlungsorientierungen bieten.

Integrationspolitik muss sich an den Maximen „Anerkennen“, „Stärken“ und „Anbinden“ orientieren.

Erfolgreiche Integrationspolitik beruht auf der Anerkennung der kulturellen Eigenarten der beteiligten Gruppen, der Stärkung sozial, bildungsmäßig und politisch benachteiligter Gruppen und der Herstellung intensiver und gleichberechtigter Beziehungen zwischen diesen Gruppen. Besondere Bedeutung kommt hierbei der Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten für Zuwanderer zu.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Zuwanderer müssen gezielt im Schul- und Ausbildungsbereich unterstützt werden, vor allem um einem größeren Anteil von ihnen zu einem Schul- bzw. Berufsabschluss zu verhelfen.

Benachteiligungen am Arbeitsmarkt – vor allem für Zuwanderer mit höheren Bildungsabschlüssen – müssen beseitigt werden, z. B. durch leichtere Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen. Die Beseitigung solcher Benachteiligungen könnte auch dazu beitragen, im öffentlichen Dienst den Anteil von Zuwanderern in gehobenen Positionen zu erhöhen.

Besonderes Augenmerk im Bildungs- und Arbeitsmarktbereich ist auf die Gruppe der weiblichen Zuwanderer zu richten.

Benachteiligungen am Wohnungsmarkt müssen ebenfalls angegangen werden.

Besonders große Defizite im Bereich der unteren Bildungsabschlüsse sind vor allem bei den älteren Zuwanderern deutlich geworden, während sich die Situation für die jugendlichen Zuwanderer hier eher günstig darstellt. Insofern wäre in diesem Bereich vor allem an Angebote für nachholende Bildungs- und Berufsqualifikation zu denken. Weiterhin sollte die Gruppe der Jugendlichen aber beobachtet und, wenn nötig, entsprechend unterstützt werden.

Notwendig sind in diesem Bereich sicherlich gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die es Zuwanderern auch mit niedrigem Schul- und Berufsabschluss ermöglichen, wieder den Anschluss an das Erwerbsleben zu finden. Gleichzeitig sollte auch ein besonderes Augenmerk auf die Gruppe der hochqualifizierten Zuwanderer gerichtet werden, um evt. bestehende Diskriminierungen im Zugang zu den ihrer Qualifikation entsprechenden Berufspositionen zu verbessern. Deutlich höhere Rückkehrabsichten dieser Gruppe – aufgrund ihrer beruflichen Enttäuschungen – konnte die Untersuchung nicht belegen, sind aber für die Zukunft nicht auszuschließen. Auch im Sinne einer notwendigen interkulturellen Öffnung des öffentlichen Dienstes wäre der beruflichen Situation dieser qualifizierten Zuwanderer besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Eine besondere Problemgruppe des Arbeitsmarkts stellen die weiblichen Zuwanderer dar, wobei allerdings sicherlich auch zugewandererspezifische familiäre Wert- und Rollenverteilungsmuster Einfluss nehmen. Hier wären auf verschiedenen Ebenen – sowohl arbeitsmarktpolitisch als auch sozial- und familienpolitisch – intensive Bemühungen um eine stärkere Einbeziehung von Zuwandererfrauen in den Arbeitsmarkt zu unternehmen.

Im Wohnbereich sollten gezielte Fördermaßnahmen für Wohneigentum von Zuwanderern überlegt werden und dort, wo politisch darauf Einfluss genommen werden kann, auf die Zurverfügung-Stellung von angemessenem Wohnraum für die (relativ großen) Zuwandererfamilien geachtet werden. Diskriminierungen von Zuwanderern bei der Vergabe bestimmter Wohnungstypen in bestimmten Wohnvierteln können aufgrund der vorliegenden Ergebnisse nicht belegt werden, sind aber aus anderen Untersuchungen durchaus bekannt.

Die Einbürgerung von lange in Deutschland lebenden Ausländern sollte erleichtert werden.

Es hat sich auch in der Duisburger Erhebung gezeigt, dass Eingebürgerte deutlich „bessere“ Integrationswerte aufweisen als Ausländer. Dies kann zum Teil auch daran liegen, dass die entsprechenden Personen schon vor ihrer Einbürgerung „besser integriert“ waren. Gestützt durch andere Untersuchungen ist allerdings auf jeden Fall davon auszugehen, dass eine erleichterte Einbürgerung und die damit verbundenen verbesserten Partizipations- und Identifikationschancen günstigere Voraussetzungen für eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Integration der neuen Staatsbürger schaffen.

Einbürgerung stellt nicht das „Allheilmittel“ für Integrationsprobleme dar.

Auch Zuwanderer mit deutscher Staatsangehörigkeit weisen zum Teil nicht unerhebliche Benachteiligungen und Integrationsdefizite auf. Weitere Fortschritte der Integration machen eine stärkere Akzeptanz und Anerkennung seitens der Mehrheitsgesellschaft auch im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich notwendig.

Die Möglichkeiten zur politischen Teilnahme von lange in Deutschland lebenden Ausländern sollten verbessert werden.

Ausländer tun sich aufgrund der Ergebnisse der Studie besonders schwer in ihrer Identifikation mit Deutschland und den Deutschen. Erweiterte Möglichkeiten der politischen Teilhabe (vor allem auf kommunaler Ebene) könnten hier – solange eine Einbürgerung nicht möglich ist – Ausländern wenn auch beschränkte Einflussmöglichkeit auf die ihren zentralen Lebensort betreffenden Entscheidungen einräumen und würden gleichzeitig als Signal einer stärkeren Öffnung der Deutschen ihnen gegenüber verstanden werden.

Deutsche Vereine und Organisationen und Zuwanderer sollten sich stärker füreinander öffnen.

Vereine und politisch-soziale Organisationen stellen einen wichtigen Ort der Begegnung im zivilgesellschaftlichen Bereich dar. Maßnahmen zu einer größeren Öffnung „deutscher“ Organisationen gegenüber Zuwanderern und die Stärkung der Motivation, solche Angebote zu nutzen, auf Seiten der Zuwanderer sollten zu einer besseren Nutzung dieser Ressource beitragen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Den Migrantenselbstorganisationen ist eine besondere Rolle für den Integrationsprozess zu übertragen.

Die Migrantenselbstorganisationen, in denen nicht selten besonders gut ausgebildete und engagierte Zuwanderer aktiv sind, stellen ein wesentliches Instrument der bürgerschaftlichen Partizipation von Zuwanderern dar und besitzen eine wichtige Brückenfunktion zur Mehrheitsgesellschaft und ihren Institutionen.

Im Bereich der psychosozialen Beratung von Zuwanderern sind weitere Angebote zu entwickeln. In Bezug auf bestehende Angebote muss besser informiert werden und müssen kulturelle und sprachliche Zugangshindernisse beseitigt werden.

Zuwanderer nutzen weiterhin erziehungs- und familienbezogene Hilfeleistungen in geringerem Maße als Deutsche. Dies kann mit einem Mangel an auf ihre spezifischen sprachlichen und kulturellen Bedürfnisse zugeschnittenen Angeboten zusammenhängen, zum anderen an einer unzureichenden Information über die bestehenden Angebote liegen.

Die deutschen Sprachkenntnisse müssen verbessert werden; hierbei ist besonderes Augenmerk auf die Familie und die Mütter zu legen.

Angemessene deutsche Sprachkenntnisse stellen nicht nur eine wesentliche Voraussetzung für eine gleichberechtigte Einbeziehung in Bildung und Beruf, sondern auch eine notwendige Bedingung für intensive soziale Beziehungen zur deutschen Bevölkerung dar. Aufgrund der absoluten Dominanz der Herkunftssprache in familiären Zusammenhängen kommt hier der Frühförderung von Zuwandererkindern in der deutschen Sprache, möglichst unter Einbeziehung insbesondere ihrer Mütter, eine besondere Bedeutung zu.

Auch jugendliche Zuwanderer sollen die Möglichkeit haben, ihre Herkunftssprache zu pflegen.

Für Zuwanderer auch der zweiten oder dritten Generation kommt ihrer Identifikation mit der Herkunftsgruppe und dem Herkunftsland ihrer Eltern bzw. Großeltern weiterhin eine große Bedeutung zu. Dieser bikulturellen Identität und Identifikation von Zuwanderern sollte durch eine systematische Einbeziehung der Herkunftssprache in den unterschiedlichen Bildungsinstitutionen angemessen Rechnung getragen werden.

Die Vielsprachigkeit der Stadtbevölkerung ist als wichtige Ressource in wirtschaftlichen und kulturellen Europäisierungs- und Globalisierungsprozessen zu betrachten und als solche zu bewahren und zu pflegen.

Mehr Räume der Begegnung (im politischen und Kulturbereich) sollten geschaffen werden.

Die Kontakte im Alltag (vor allem im Stadtteil und in den Bildungsinstitutionen) sollten gestärkt werden, um von einem Nebeneinander immer mehr zu einem Miteinander zu kommen.

Eine Stadtbevölkerung, deren Mitglieder eine Vielzahl von Sprachen beherrschen, stellt ein wichtiges kulturelles Kapital für die Duisburger Stadtgesellschaft dar, das in den sich intensivierenden internationalen wirtschaftlichen und kulturellen Kontakten der Stadt Duisburg immer größeres Gewicht gewinnt. Zwei- oder Mehrsprachigkeit von Personen wird so zu einer zentralen Ressource für die gesamte Gemeinschaft.

Ausschlaggebend für die Beziehungen von Gruppen mit unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Orientierungen sind Häufigkeit, Art und Intensität der direkten Kontakte zwischen Mitgliedern dieser Gruppen. Nur so ist es möglich, in Bezug auf unterschiedliche Werte und Verhaltensweisen angemessene Formen des Austauschs und Ausgleichs zu finden. Ein erster Schritt in diese Richtung kann die Schaffung spezieller politischer und kultureller Räume (im Rahmen einzelner Veranstaltungen, aber auch der Durchführung gemeinsamer Initiativen und der Gründung geeigneter Einrichtungen) sein.

Weitaus bedeutsamer ist aber eine Organisation des Alltagslebens, die regelmäßige und intensive Kontakte zwischen Mitgliedern beider Gruppen sozusagen natürlich garantiert. Nur wenn es gelingt, die Voraussetzungen für solche Kontakte sowohl in den Nachbarschaften als auch in den Bildungsinstitutionen als zwei lebensprägenden Bereichen zu organisieren, ist die Entwicklung eines echten „Miteinanderlebens“ zu erwarten. Diese wichtigste Voraussetzung „gelingender Integration“ ist aber gleichzeitig auch diejenige, die am schwierigsten und nur unter Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure und Institutionen herzustellen ist.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Deutsche müssen stärker auf Zuwanderer zugehen.

Die Ergebnisse haben gezeigt, dass viele Duisburger Deutsche eine große Distanz zur Zuwandererbevölkerung besitzen. Ein Miteinander zwischen beiden Gruppen ist nur dann zu erwarten, wenn auch die Deutschen Schritte auf die Zuwanderer zu machen. Dies setzt zunächst die Anerkennung der Einwanderungssituation und somit einen Bewusstseinswandel voraus. Um auf dieses nur langfristig zu behebende Integrationsdefizit auf Seiten der Deutschen Einfluss nehmen zu können, wird erneut ein erhebliches Engagement und eine erhebliche Kreativität von allen Beteiligten erforderlich sein.

Deutsche müssen auch ihre „Bringschuld“ in Sachen Integration akzeptieren.

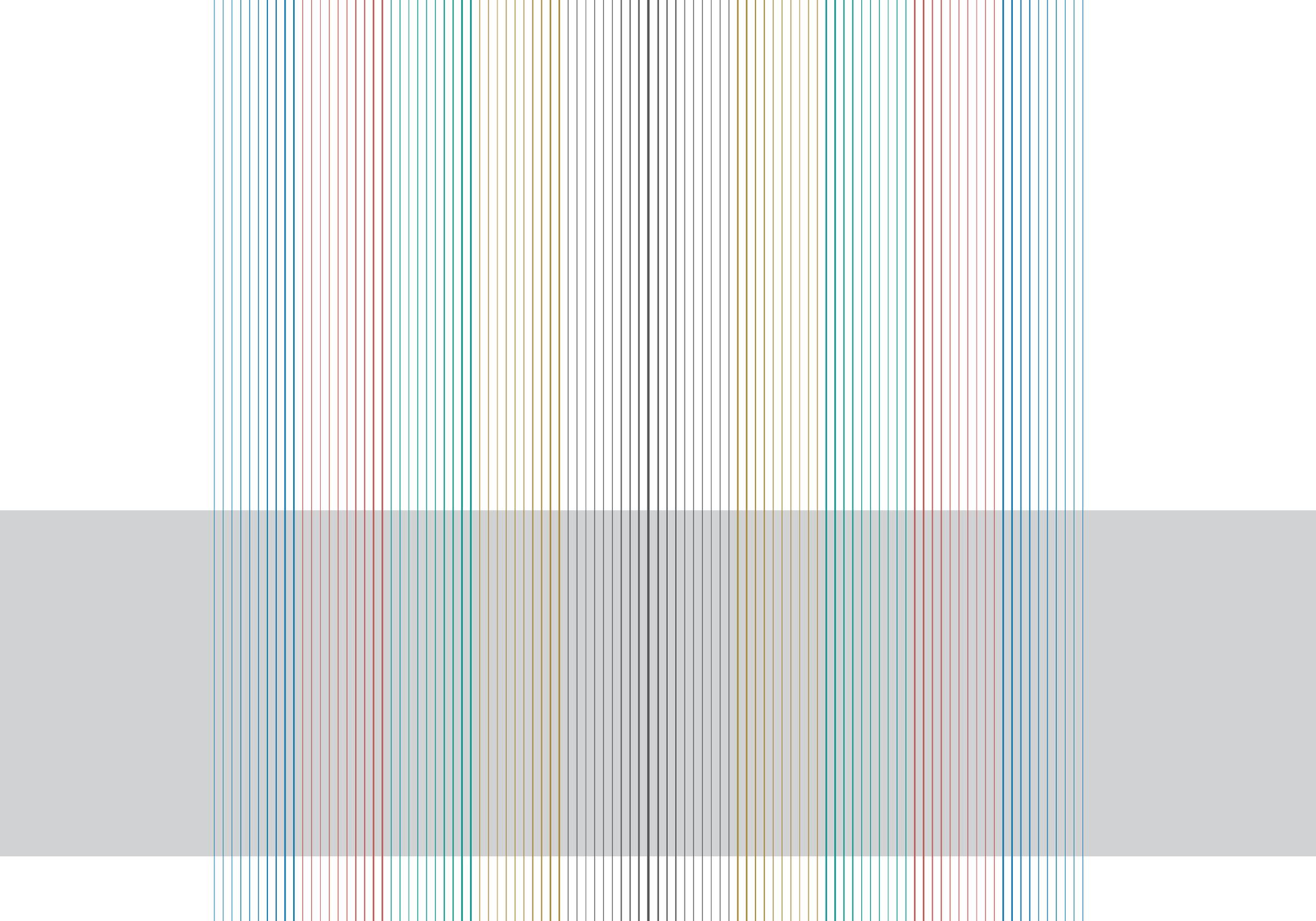
Auch in dieser Hinsicht sind erhebliche Integrationsdefizite auf Seiten der deutschen Bevölkerung zu bearbeiten. Die öffentlich und wissenschaftlich inzwischen vertraute Nachricht, dass „Integration“ beide zusammenlebenden Gruppen betrifft und insofern auch fordert, ist zu einer großen Anzahl Duisburger Bürger mit deutscher Herkunft bisher nicht durchgedrungen. Veränderungen in ihrem Verhalten und ihren Einstellungen, die das Zusammenleben mit Zuwanderern offener und intensiver gestalten, sind erst zu erwarten, wenn diese „Mitverantwortung“ anerkannt wird.

Deutsche müssen akzeptieren, dass die Zuwanderer heute einen festen und integralen Bestandteil der Duisburger Stadtgesellschaft darstellen. Integration ist für das Zusammenleben in Duisburg alternativlos.

Dieser Bereich ist in der Studie im eigentlichen Sinne nicht abgefragt worden; zwischen den Zeilen einer Vielzahl von Antworten und auch aufgrund der direkten Kontakte, die innerhalb der Erhebung mit Deutschen entstanden sind, hat sich dieser Gesichtspunkt allerdings als zentrales Hintergrundproblem abgezeichnet: Bis heute haben viele „deutsche Duisburger“ nur unzureichend akzeptiert, dass sich die „Zuwanderer-Duisburger“ nicht nur dauerhaft in ihrer Stadt niedergelassen haben, sondern inzwischen zu einem organischen Teil dieser Stadt geworden sind (und die Duisburger Zuwanderer deshalb Duisburg legitimerweise auch als „ihre“ Stadt begreifen). In Bezug auf diese zentrale Herausforderung für die Integrationspolitik ist allerdings hervorzuheben, dass auch in Duisburg die öffentliche Auseinandersetzung über diese grundsätzliche Fragestellung überhaupt erst in den letzten Jahren begonnen worden ist.

Integration ist eine Aufgabe, die alle Mitglieder der Stadtgesellschaft betrifft. Eine besondere Bedeutung kommt hierfür der Stadtpolitik zu.

Integration betrifft zunehmend alle Lebensbereiche und damit das Leben aller Stadtbürger und muss dementsprechend wahrgenommen und organisiert werden. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei der Vorbildfunktion der politisch Verantwortlichen zu: Integration ist nicht nur als Querschnittsaufgabe zu begreifen und zu organisieren, die alle Politik- und Verwaltungsbereiche gleichermaßen betrifft, sondern auch als eine Aufgabe, die unabhängig von politischer Orientierung und Parteizugehörigkeit zum gemeinsamen Bestand von Stadtpolitik zu gehören hat.



Einleitung: Kontext, Konzeption, Methoden und Durchführung der Befragung und der Auswertung – Aufbau der Studie

Regelmäßiges und systematisches Integrationsmonitoring ist eine notwendige Voraussetzung für wirkungsvolle Integrationspolitik. Hierbei kommt es darauf an, sowohl die „objektive“ Einbindung von Zuwanderern in die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft als auch die „subjektiven“ Einstellungen der Beteiligten zu berücksichtigen.

Integration muss dabei als mehrdimensionaler Prozess betrachtet werden, der unterschiedliche Lebensbereiche betrifft und dessen Verlauf gleichermaßen vom Handeln und den Einstellungen der Zuwanderer und der Einheimischen abhängt.

Ohne Monitoring keine Erfolgskontrolle: Integrationsmaßnahmen und Integrationsmonitoring

Effiziente und nachhaltige kommunale Integrationspolitik ist nur zu leisten, wenn sie von einer Bestandsaufnahme der Ausgangssituation für integrationspolitische Maßnahmen und von einer beständigen Überprüfung der Ergebnisse solcher Maßnahmen begleitet ist. Aus diesem Grunde ist „Integrationsmonitoring“ als Evaluierung von Integrationspolitiken ein wesentlicher Bestandteil jeder erfolgreichen kommunalen Integrationspolitik.

Integrationsmonitoring kann verschiedene Formen annehmen, d.h. sich sowohl kleinräumig und qualitativ an überschaubaren sozialen Zusammenhängen und Einzelprojekten orientieren als auch auf die Vergleichbarkeit von Ergebnissen zwischen unterschiedlichen sozialen Kontexten und einer Vielzahl von Projekten abzielen. In letzterem Fall ist es von grundlegender Bedeutung geeignete Indikatoren zu entwickeln, die es erlauben „Integration“ und die Ergebnisse von Integrationspolitik zwischen verschiedenen räumlichen und sozialen Kontexten und Gruppen vergleichbar zu machen.

Der integrationspolitische Prozess in Duisburg und das Duisburger Integrationsmonitoring

Im Rahmen des integrationspolitischen Prozesses, der durch die Duisburger Integrationskonferenz (2005–2006) eingeleitet wurde, hat die Stadt Duisburg sich dieser Herausforderung mit verschiedenen Initiativen gestellt. In diesem Kontext hat der Duisburger Oberbürgermeister das Thema Integration zur „Chefsache“ erklärt und ab Januar 2006 in seinem Dezernat angesiedelt. Im Zuge der Dezernatsneuordnung wurde dann ab dem 1. Juli 2007 ein neues und eigenständiges Referat für Integration etabliert. Die Leitung dieses ressort- und fachübergreifend arbeitenden Fachbereichs obliegt der in Duisburg erstmalig ernannten Integrationsbeauftragten und ihrem ebenfalls neu eingestellten Stellvertreter. Die Integrationsbeauftragte ist ständiges Mitglied in der Konferenz des Verwaltungsvorstandes und so unmittelbar in alle richtungsweisenden Entscheidungen der Verwaltungsspitze einbezogen (siehe Stadt Duisburg, Geschäftsbericht 2007, S. 54).

Des Weiteren wurde das Interreg III A-Projekt „Sozialer Zusammenhalt und Integration in

komplexen Stadtgesellschaften“ durchgeführt, das 2005 - 2008 von der Stadt Duisburg koordiniert worden ist. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung, die vom N.U.R.E.C. Institute Duisburg durchgeführt wurde, sind verschiedene Integrationsindikatorensysteme entwickelt und einer ersten Erprobung unterzogen worden. Aus der in diesem Projekt unvermeidbaren Beschränkung auf *bereits vorliegende*

„Integrationsmonitoring ist ein wesentlicher Bestandteil jeder erfolgreichen Integrationspolitik.“

Daten ist in der Folge die Idee einer gezielten indikatorengestützten Erhebung *neuer* Daten zur Integrationswirklichkeit in Duisburg entstanden. Umgesetzt wurde diese Idee durch die „Erste Duisburger Integrationsbefragung“, die in ihrer ersten Phase im Rahmen des KOMM-IN-Programms des Landes Nordrhein-Westfalen und anschließend aus Eigenmitteln der Stadt Duisburg gefördert wurde. Diese Befragung ist erneut vom N.U.R.E.C. Institute in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegen-

heiten und dem Referat für Integration der Stadt Duisburg durchgeführt worden. Die Laufzeit dieses im folgenden Bericht vorgestellten Projekts war von Juli 2007 bis April 2009. Beteiligt waren an den verschiedenen Phasen des Projekts auf Seiten des N.U.R.E.C. Institutes und des Amts für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Stefan Böckler, Alessandra Frazzetto, Wolfgang Kronen, Sinan Kumru, Natalia Maxim und Roland Richter.

Die bisherigen Duisburger Initiativen im Bereich des Integrationsmonitorings sollen in Zukunft integriert werden in eine umfangreichere Strategie der Integrationsbeobachtung, unter anderem durch die regelmäßige Erstellung eines kommunalen Integrationsberichts.

Integrationskonzeptionen, -dimensionen und -indikatoren: die empirische Konkretisierung eines schwierigen Begriffs

Integration stellt einen komplexen Prozess dar, der unterschiedliche Sachverhalte, Gruppen und Lebensbereiche betrifft. Der erste Schritt des Projekts bestand von daher in einer begrifflichen Konkretisierung des Integrationskonzepts. Naheliegender wäre hierfür zunächst die Auseinandersetzung mit unterschiedli-

chen Integrationsbegriffen und -konzeptionen gewesen, da es auf der Hand liegt, dass der Versuch der empirischen Operationalisierung eines Begriffs zunächst dessen theoretisch-konzeptionelle Definition voraussetzt. Tatsächlich hat in Vorgängerprojekten und im Vorfeld der Erhebung eine solche Auseinandersetzung stattgefunden. Dabei wurden drei wesentliche Konzeptionen von Integration unter einer kulturellen und relationalen Schwerpunktsetzung unterschieden: eine „assimilationistische“, eine multikulturelle und eine interkulturelle.

Ergebnis der vergleichenden Bewertung dieser drei Konzeptionen war die Einschätzung, dass eine angemessene Integrationskonzeption grundsätzlich „dialektischen“ Charakter besitzen muss, d.h. sowohl Herstellung von Einheit als auch Akzeptanz von Differenz zwischen Gruppen zu berücksichtigen hat. Um dies zu garantieren, ist es notwendig, Elemente aller drei Konzeptionen einzubeziehen. Besondere – Einheit und Differenz in bevorzugter Form „vermittelnde“ – Bedeutung wurde dabei der interkulturellen Perspektive zugeschrieben, insofern, als in ihr Unterschied und Beziehung zwischen den beteiligten Gruppen gleichermaßen Bedeutung zugeschrieben wird.

Soziale und politische Aspekte sind im Rahmen dieser konzeptionellen Überlegungen dadurch berücksichtigt worden, dass der Erfolg von Integrationsprozessen von einer gleichberechtigten politischen und sozialen Teilhabe der zu integrierenden Gruppen abhängig gemacht wurde.

Allerdings hat sich schon bei der Auswahl der Indikatoren und der Erstellung des Fragebogens und noch viel mehr bei der Auswertung der Befragungsergebnisse gezeigt, dass solche differenzierten konzeptionellen Überlegungen auf der Ebene der Datenanalyse nur schwer einzuholen sind. Z. B. hätte eine empirische Umsetzung dieser Überlegungen die systematische Kombination verschiedener Indikatoren und die Anwendung entsprechend komplexer multivariater Analysemethoden erforderlich gemacht. Da dies aufgrund der Datensituation zum Teil zu aufwändig, zum Teil grundsätzlich nicht möglich war, wurde für die Auswertung auf eine explizite Definition von Integration verzichtet.

Das Schwergewicht wurde hingegen auf die analytisch orientierte Identifikation der unterschiedlichen Aspekte und Bereiche gelegt, in

denen Integration abläuft bzw. ausbleibt und durch Indikatoren als empirische Messgrößen erfasst werden muss. Hierzu ist aufgrund bereits vorliegender Vorarbeiten ein Dimensions- und Bereichsmodell für Integration entwickelt worden.

Prägend für die Auswahl der Indikatoren, die Konstruktion des Fragebogens und die Auswertungsstrategie ist hingegen eine andere theoretisch-konzeptionelle Festlegung geworden: die in der Integrationsforschung und -politik inzwischen weitgehend akzeptierte These, dass

„Integration stellt einen komplexen Prozess dar und findet ihren Ausdruck auch auf Seiten der Mehrheitsbevölkerung.“

der Erfolg von Integrationsprozessen nicht alleine von der Situation, dem Verhalten und den Einstellungen der Zuwanderer abhängt, sondern im selben Maße von den entsprechenden sozialen Merkmalen auf Seiten der Mehrheitsbevölkerung bestimmt ist.

Schon das entwickelte Dimensionenmodell unterscheidet sich aus diesem Grund von den bereits vorliegenden analytischen Schemata dadurch, dass es dieser „Zweiseitigkeit“ des Integrationsprozesses bei der Auswahl der zu berücksichtigenden Dimensionen Rechnung trägt: Durch die Einführung der Dimension „Einstellungen/Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung“ wird von vornherein unterstrichen, dass Integration nicht ausschließlich in den Eigenschaften, Verhaltensweisen und Einstellungen der Zuwanderungsbevölkerung fassbar ist, sondern ihren Ausdruck auch auf Seiten der Mehrheitsbevölkerung findet.

Jeder der im Modell enthaltenen Dimensionen und Bereiche wurden im zweiten Schritt – ausgehend von bereits existierenden Indikatorensystemen und Forschungsergebnissen aus der Integrationsforschung – Einzelindikatoren zugeordnet, die eine direkte Beobachtung und Messung des jeweiligen Integrationsaspekts ermöglichen sollen. Aus dem so entstandenen (etwa 200 Elemente umfassenden) Indikatorenpool wurden schließlich eine Anzahl besonders aussagekräftiger ausgewählt, wobei auf eine relativ gleichgewichtige Berücksichtigung aller Dimensionen geachtet wurde.

Dimensionen der Integration

Institutionell:

Arbeit, Bildung, Recht und Politik, Soziale Sicherheit, Medien

Räumlich:

Wohnqualität, Wohnsegregation und -diskriminierung

Zeitlich:

Geburtsort, Ankunftsalter, Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsunterbrechungen

Relational:

Soziale Netzwerke, institutionelle Kontakte, Familien- und demografische Situation, Beziehung zu anderen Zuwanderergruppen

Kulturell:

Kompetenzen, Orientierungen, Verhaltensweisen

Identifikatorisch:

Selbst- und Fremdwahrnehmung, symbolische Verhaltensweisen

Einstellungen/Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung:

Vorurteile/Ablehnung, soziale Distanz, Diskriminierung, zugestandene Rechte, interkulturelle Öffnung

Die einbezogenen Gruppen und ihre innere Differenzierung

Viele der vorliegenden Versuche von Integrationsmonitoring beschränken sich bei der Erhebung auf die Zuwanderergruppen selbst und vernachlässigen damit die Mehrheitsbevölkerung als zentralen Akteur von Integration.

Darüber hinaus wird die Gruppe der Zuwanderer weiterhin häufig über das rechtliche Kriterium der Staatsangehörigkeit definiert, d.h. über ihren Ausländerstatus, was in der heutigen Situation zum Ausschluss von ca. 50% der aufgrund sozialer Kriterien dieser Gruppe zuzuordnenden Personen führt.

Aus diesem Grund hat sich die Erste Duisburger Integrationsbefragung an zwei große Gruppen gerichtet:

- „Einheimische“/Deutsche:
Personen, die in Deutschland geboren sind und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und bei denen dies auch für die vorangehenden Generationen (zumindest bis zur Großelterngeneration) gilt

- Personen mit Migrationshintergrund/Zuwanderer: Ausländer, ehemalige (eingebürgerte) Ausländer, (Spät-)Aussiedler und die Kinder aller drei Gruppen.

Die Definition dieser Gruppen im Einzelnen ist aus dem nebenstehenden Schema zu entnehmen und orientiert sich im Wesentlichen an der vom Statistischen Bundesamt in der Mikrozensus-erhebung von 2005 verwendeten Definition von „Personen mit Migrationshintergrund“.

Eine Person hat Migrationshintergrund bzw. ist Zuwanderer/in

wenn sie selbst

- im Ausland geboren ist
oder
- eine andere Staatsangehörigkeit besitzt als die deutsche
oder
- die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erhalten hat
oder
- (Spät-)Aussiedler (nach 1950 nach Deutschland zugewandert) ist
oder

wenn ein Elternteil

- im Ausland geboren ist
oder
- eine andere Staatsangehörigkeit besitzt als die deutsche
oder
- die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erhalten hat
oder
- (Spät-)Aussiedler (nach 1950 nach Deutschland zugewandert) ist

Eine Person ist Einheimische/r bzw. Deutsche/r

wenn sie selbst

- in Deutschland geboren ist
 - nur die dt. Staatsangehörigkeit besitzt
 - die dt. Staatsang. seit Geburt besitzt
- oder**
- Vertriebener (1949 und früher nach Deutschland gekommen) ist

und

wenn beide Eltern

- in Deutschland geboren sind
 - nur die dt. Staatsangehörigkeit besitzen
 - die dt. Staatsang. seit Geburt besitzen
- oder**
- Vertriebene (1949 und früher nach Deutschland gekommen) sind

oder wenn ein Elternteil

- in Deutschland geboren ist
 - nur die dt. Staatsangehörigkeit besitzt
 - die dt. Staatsang. seit Geburt besitzt
- und ein Elternteil**
- Vertriebener (1949 und früher nach Deutschland gekommen) ist

Da eines der Ziele der Untersuchung die Analyse der Integrationsituation unterschiedlicher Zuwanderergruppen darstellt, wurde innerhalb der Personengruppe mit Migrationshintergrund weiter unterschieden.

Entgegen einer Vielzahl von Untersuchungen, die dabei eine nationalitätenspezifische Differenzierung favorisieren, um den dadurch gebildeten Gruppen anschließend gemäß ihrer ethnischen Herkunft erfolgreiche bzw. weniger erfolgreiche Integrationsverläufe zuordnen zu können, hat sich die vorliegende Untersuchung dafür entschieden, die unterschiedlichen rechtlichen Ausgangsbedingungen der Zuwanderer in den Vordergrund zu stellen. Aufgrund dieser Entscheidung wurde zwischen drei Zuwanderergruppen unterschieden: Ausländer, Eingebürgerte und deutschstämmige (Spät-)Aussiedler. (Zur Definition dieser Gruppen siehe Kapitel I.)

Dieses Vorgehen bringt sicherlich analytische Einschränkungen mit sich, da innerhalb der durch diese unterschiedlichen Statuskriterien definierten Gruppen keine weitere Unterscheidung mehr vollzogen wurde. Faktisch jedoch bietet ein solches Auswertungskonzept einen

Perspektivenwechsel an, und erlaubt es zu überprüfen, ob rechtliche Teilhabemöglichkeiten als mögliche Einflussgrößen bzw. als fördernde oder eher hinderliche Komponenten bei der sozialen Integration wirken. Gleichzeitig wird dadurch einer vorschnellen Ethnisierung der integrationsrelevanten Bedingungen entgegen gewirkt.

Um deutlich zu machen, dass Integrationsverläufe eben nicht nur von der ethnischen Herkunft und auch nicht ausschließlich von den rechtlichen Ausgangsbedingungen von Zuwanderern abhängen, sondern auch von einer Vielzahl andersartiger integrationsfördernder bzw. -erschwerender Faktoren, wurden je nach Fragestellung – über die Differenzierung nach Alter und Geschlecht hinausgehend – weitere Merkmale wie Schulbildung und Berufsabschluss herangezogen und ausgewertet.

In der Auswertung wurde dabei zunächst nach den beiden Großgruppen (Einheimische/Deutsche vs. Personen mit Migrationshintergrund/Zuwanderer) unterschieden, um dann die jeweiligen Merkmale im Regelfall auch in den drei Zuwanderergruppen vergleichend zu analysieren.

Eine weitere für die Beurteilung von Integrationsverläufen von Zuwanderergruppen vor allem in langfristiger Perspektive relevante Unterscheidung konnte allerdings in der vorliegenden Auswertung nicht berücksichtigt werden. Die Differenzierung der Befunde zwischen Angehörigen der ersten (selbst gewanderten) Generation und der zweiten (bereits in Deutschland geborenen) ist nur auf quantitativer Ebene vorgenommen worden. So erlaubt die Auswertung keine Analyse von Integrationsverläufen im Generationenzyklus. Ersatzweise wurde in Bezug auf einzelne Variablen nach Altersklassen unterschieden, wodurch es möglich wurde, Veränderungen der jüngeren Generation der Zuwanderer gegenüber älteren Zuwanderern zu identifizieren.

Der Fragebogen

Die Methodik der Erhebung war von diesen konzeptionellen Überlegungen bestimmt. In einem ersten Schritt wurden die ausgewählten Indikatoren in Fragen umgesetzt. Im Allgemeinen wurden dabei Antwortalternativen vorgegeben, um die Vergleichbarkeit der Antworten zu verbessern. Bei ausgewählten Fragen wurde den Befragten die Möglichkeit zur freien Äußerung gegeben. (Diese wurde vom Interview-

er protokolliert und anschließend von Mitgliedern der Forschungsgruppe codiert.)

Aufgrund der zeitlichen Begrenzung der Befragung (maximal 45 Minuten) musste die Anzahl der Indikatoren bei der Erstellung des Fragebogens erneut reduziert werden. Die schließlich im Fragebogen berücksichtigten Fragen beruhen zum Teil auf bereits in früheren integrationsbezogenen Untersuchungen verwendeten Items (u.a. aus dem ALLBUS und dem Sozio-ökonomischen Panel); zum Teil wurden sie von der Forschungsgruppe selbst für die spezifischen Zwecke der Befragung entwickelt. Der Fragebogen wurde anschließend einem Pretest unterzogen und aufgrund von dessen Ergebnissen in einigen Fragestellungen modifiziert.

Aufgrund der Berücksichtigung von Zuwanderer- und Mehrheitsbevölkerung ergab sich eine Zweiteilung des Fragebogens. In einem ersten Teil, der allen Befragten vorgelegt wurde, wurden vor allem sozio-demographische und strukturelle Indikatoren abgefragt. Abgeschlossen wurde dieser Teil von einem umfangreichen Fragenkatalog zur Staatsangehörigkeit und Wanderungsgeschichte der befragten Person und ihrer Eltern. Aufgrund

der Antworten zu diesem Fragenkomplex und der oben genannten Definitionen wurde die Person einer der beiden Kategorien „Deutsche“ bzw. „Zuwanderer“ zugeordnet.

Ein zweiter Teil mit zwei Varianten (Zuwanderer- und Deutschen-Fragebogen) enthielt die jeweils die für die Zuwanderergruppe bzw. die Mehrheitsbevölkerung einschlägigen Fragen und wurde nur der entsprechenden Gruppe vorgelegt, wobei es in einzelnen Dimensionen durchaus breite Überschneidungen zwischen beiden Varianten gab. In diesem Teil wurden vor allem relationale und Einstellungsindikatoren abgefragt.

Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Konstruktion des Filters zwischen dem ersten Fragebogenteil und den nachfolgenden Varianten des zweiten Teils gelegt. Dabei wurden „objektive“ und „subjektive“ Kriterien der Gruppenzuweisung kombiniert. Zunächst wurde aufgrund der oben gelieferten Definition von „Einheimische/Deutsche“ und „Personen mit Migrationshintergrund/Zuwanderer“ von Seiten der Interviewer/innen eine Zuordnung der Person zu einer der beiden Gruppen vollzogen. Unter bestimmten Bedingungen (Aussied-

Einleitung

lerstatus und langjährige Anwesenheit in der Bundesrepublik) wurde dann die Selbstzuordnung der Person abgefragt. Verstand sich die Person trotz einer aufgrund objektiver Kriterien eigentlich vorzunehmenden Zuschreibung zur Zuwanderergruppe dann aber als „Deutsche/r“, wurde ihr in der Folge der „Deutschen-Fragebogen“ vorgelegt und sie wurde damit als Deutsche behandelt.

HAUPTFILTER

Interviewer:

Bitte ordnen Sie den / die Befragte/n nun in die folgenden Kategorien ein:

<input type="radio"/> Zuwanderer, ausländischstämm. (z.B. Griechen, Türken, Italiener...)	weiter mit Frageblock (1)
<input type="radio"/> Deutscher	weiter mit Frageblock (2)
<input type="radio"/> Zuwanderer, deutschstämm. (Aussiedler)	weiter mit Fragen A + B

Falls Aussiedler:

A. Falls Sie oder Ihre Eltern als (Spät-)Aussiedler (Deutschstämmige aus Osteuropa) nach Deutschland zugewandert sind, sind sie vor oder nach 1990 eingewandert?

Vor 1990 Nach 1990 WN KA

B. Fühlen Sie sich eigentlich selber als Zuwanderer?

Ja Teils / Teils Nein WN KA

WICHTIG!!!

Falls FRAGE A mit "vor 1990" und FRAGE B mit "Nein" beantwortet wurde, dann bitte den FRAGEBLOCK (2) für DEUTSCHE benutzen!!!

Entwurf

Stichprobenziehung, Durchführung der Befragung und Rücklauf der Fragebögen

Für ein kommunales Integrationsmonitoring ist es notwendig, ein – annäherungsweise – repräsentatives Bild der Integrationssituation in der Gesamtstadt zu liefern. Dies ist auf der Basis einer einzigen Zufallsauswahl aus der Einwohnermeldedatei kaum möglich, da hier bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht in ausreichend großer Fallzahl zur Verfügung stehen und eine entsprechend größere Zufallsauswahl nicht realisiert werden kann. Um die Gesamtstichprobe zu optimieren (im Sinne der Erhöhung der Stichprobeneffizienz, d.h., einer Minimierung der Zahl der Befragten, die erforderlich sind, um die angemessene Verschiedenheit der forschungsrelevanten Bevölkerungsgruppen zu repräsentieren) wurde eine geschichtete Auswahl vorgenommen.

Neben einer Zufallsauswahl aus der Duisburger Gesamtbevölkerung (3.000 Adressen) wurden Zufallsauswahlen aus fünf Wohnquartieren (5 x 800 Adressen) getroffen, in denen unter sozialräumlichen Gesichtspunkten homogene forschungsrelevante Bevölkerungsgruppen leben (ihr jeweiliger Anteil an der Gesamtstichprobe von 7.000 Adressen wurde hinsichtlich

der forschungsrelevanten Fragestellungen also erhöht). Es handelte sich dabei um:

1. Hochemmerich-Mitte (hohe Konzentration türkeistämmiger Einwohner; hohe soziale Belastung)
2. Hagenshof (hohe Konzentration polen- und russlandstämmiger Einwohner; hohe soziale Belastung),
3. Hochheide-Ottostrasse (hoher, sehr gemischter Ausländeranteil; hohe soziale Belastung; Hochhaussiedlung),
4. Angerhausen (überdurchschnittlicher Ausländeranteil; niedrige soziale Belastung) und
5. Neudorf-Nord (studentisch geprägtes innenstadtnahes Wohnquartier).

Die Entscheidung für dieses Auswahlverfahren ermöglicht nicht nur genauere Stichprobenergebnisse sondern auch wohnquartiersbezogene Aussagen.

Die Erhebung hat von Anfang Januar bis Ende März in zwei Wellen als persönliche Befra-

gung aufgrund eines deutschsprachigen Fragebogens stattgefunden. Auch um den daraus möglicherweise entstehenden sprachlichen Verständnisproblemen auf Seiten von Befragten aus der Zuwanderergruppe zu begegnen, wurde der Zuordnung von Interviewern/innen zu Befragten große Aufmerksamkeit gewidmet.

Soweit wie möglich wurden den Befragten aus den vier Großgruppen „Türkeistämmige, Aussiedler, sonstige Zuwanderer und Deutsche“ Interviewer zugeordnet, die derselben Gruppe angehören. Dies bedeutete auch, dass Personen mit Migrationshintergrund weitgehend von Personen mit Migrationshintergrund und Einheimische von Einheimischen befragt wurden. Auf jeden Fall wurde es vermieden, Einheimische von Interviewer/innen mit Zuwanderungshintergrund befragen zu lassen, da anderenfalls erhebliche Verzerrungen der Antworten zu erwarten waren (vor allem im Bereich der Fragen zu „sozialer Distanz, Stereotypen und Vorurteilen“ gegenüber Zuwanderern).

Die aufgrund persönlicher Gespräche sorgfältig ausgewählten Interviewer/innen wurden wegen der Sensibilität der Fragestellung und der Komplexität des Fragebogens vor Beginn

der Befragung intensiv geschult. Darüber hinaus wurde ihnen ein umfangreicher Interviewerleitfaden zur Verfügung gestellt, und es standen ihnen während der Erhebungsphase beständig zwei Mitarbeiter/innen für persönliche und telefonische Rückfragen zur Verfügung. Schließlich wurden die Interviewer/innen aufgefordert, die fertig gestellten Fra-

„Personen mit Migrationshintergrund wurden von Personen mit Migrationshintergrund befragt.“

gebögen etappenweise abzuliefern, wodurch eine weitere Gelegenheit zur Rückmeldung und Beratung bestand.

Aufgrund der intensiven Vorbereitung der Kontaktaufnahme der Interviewer/innen mit den Befragten (durch persönliche Anschreiben an die Befragten und Pressemitteilungen) lieferten die Interviewer/innen insgesamt 2.620 ausgefüllte Fragebögen ab. Die maschinell lesbaren Fragebögen wurden anschließend eingelesen und verschiedenen elektronischen und manuellen Kontrollen unterzogen, die zur

Bereinigung von falschen und ungenauen Zuordnungen führten und schließlich einen für weitere Auswertungen bereinigten Datensatz zur Verfügung stellten. Dieser bereinigte Datensatz stellte die Grundlagen der Auswertung (mit Hilfe des statistischen Programmpakets SPSS) und des nachfolgenden Berichts dar.

Aufbau der Studie

Im **ersten Teil** des Berichts werden zunächst die soziodemographischen Merkmale der Befragtengruppen beschrieben. Entsprechend dem oben skizzierten zweistufigen Analyseverfahren wird hierbei zunächst eine Vergleichsanalyse zwischen der Deutschen- und der Zuwandererstichprobe durchgeführt. Diesbezüglich werden u.a. geschlechts- und altersspezifische Eigenschaften sowie Haushaltsstrukturen illustriert. Im Anschluss daran werden hierzu auch einige aussagekräftige Befunde zu Jugendlichen (18- bis 24-Jährige) vorgestellt. Im nächsten Schritt werden dann die einzelnen Zuwanderergruppen (Ausländer, Eingebürgerte und Aussiedler) gemäß den o.g. Merkmalen nach vorhandenen Besonderheiten bzw. Differenzierungsmerkmalen präsentiert.

Der Kernbereich der Studie gliedert sich in drei Teile: Im **zweiten Teil** des Berichts werden sowohl Bildungs- und Qualifikationsabschlüsse als auch das Berufs- und Erwerbsleben der Befragten Gruppen dargestellt. Diese Befunde werden in den weiteren Berichtsteilen als Bezugsgrößen verwandt. Die Betonung der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Befragten Gruppen deckt Eingliederungsproblematiken auf und stellt diese als zentrale wie auch beeinflussende Komponenten in den Vordergrund.

„Auf Basis des mehrdimensionalen Modells werden unterschiedliche Lebensbereiche beleuchtet.“

Im **dritten Teil** werden auf der Basis des mehrdimensionalen Modells unterschiedliche Lebensbereiche wie Wohnsituation, interpersonale Beziehungen, kulturelle Präferenzen, Partizipation usw. der Befragten Gruppen beleuchtet und vergleichend untersucht. Bei den Zuwanderergruppen werden zusätzlich, sofern diese über einen eigenen Zuwanderungshintergrund (aktive Migration) verfügen, einzelne

Etappen ihrer Zuwanderungsgeschichte rekonstruiert und auf die derzeitige Entwicklung bzw. den Status quo hin analysiert. Diesbezüglich werden u. a. Merkmale wie Eingliederungsschwierigkeiten, anfängliche Hilfsinstanzen, Erwartungshaltung und Rückkehrabsichten erhoben.

Im **vierten Teil** und letzten analytischen Teil des Berichts werden die Einstellungen und Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung gesondert behandelt. Im Gegensatz zum zweiten und dritten Berichtsteil, in dem die Mehrheitsbevölkerung stets zu Vergleichszwecken als „Kontrollgruppe“ für integrationsrelevante Merkmale der Zuwanderergruppe herangezogen wird, werden im letzten Analyseschritt vorwiegend die Meinungen und Sichtweisen der Mehrheitsbevölkerung als eigenständige Einflussfaktoren auf Integrationsverläufe behandelt.

Neben der Betrachtung der unterschiedlichen Orientierungsmuster, wie z. B. familiäre Entscheidungsstrukturen, Geschlechterverständnis, kulturelle und religiöse Wertvorstellungen, liegt der inhaltliche Schwerpunkt der hier behandelten Fragestellungen in der Ermittlung

von sozialer Distanz- bzw. Nähe der Deutschen zu den Zuwanderern. Hierfür wurden eine Vielzahl von Items konstruiert, um eine eventuell vorhandene Intoleranz bzw. eine Vorurteilshaltung seitens der Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Zuwanderern zu erfassen.

Um eine bessere Übersichtlichkeit bzw. Lesbarkeit der Ergebnisse gewährleisten zu können, ist im Bericht eine Auswahl der erhobenen Merkmale und Indikatoren vorgenommen worden. Im Fokus der Betrachtung stehen integrationsrelevante Merkmale, die über Bildungsqualifikationen und Berufsleben bis hin zu relationalen Beziehungen und Partizipationschancen ein breites Spektrum der unterschiedlichen Lebensbereiche abdecken. Allerdings sind durchaus auch Merkmale berücksichtigt worden, denen keine unmittelbare Relevanz für die Integrationsverläufe der beteiligten Gruppen zugeschrieben werden können, die aber dessen ungeachtet zu einem besseren Verständnis von deren Lebenssituation und Einstellungen beitragen.

Generell vollzieht sich die Darstellung in zwei Schritten: Zunächst werden die Daten zu den Einzelindikatoren in deskriptiver und analy-

tischer Hinsicht vorgestellt, wobei die integrationsbezogenen Implikationen zunächst im Hintergrund bleiben. In einem die jeweilige Integrationsdimension abschließenden Kapitel werden diese Einzelbefunde dann zueinander in Beziehung gesetzt und die daraus abzuleitenden Konsequenzen für die Integrationspotentiale und -probleme der beiden Großgruppen und der innerhalb der Zuwanderergruppen unterschiedenen Statusgruppen herausgearbeitet.

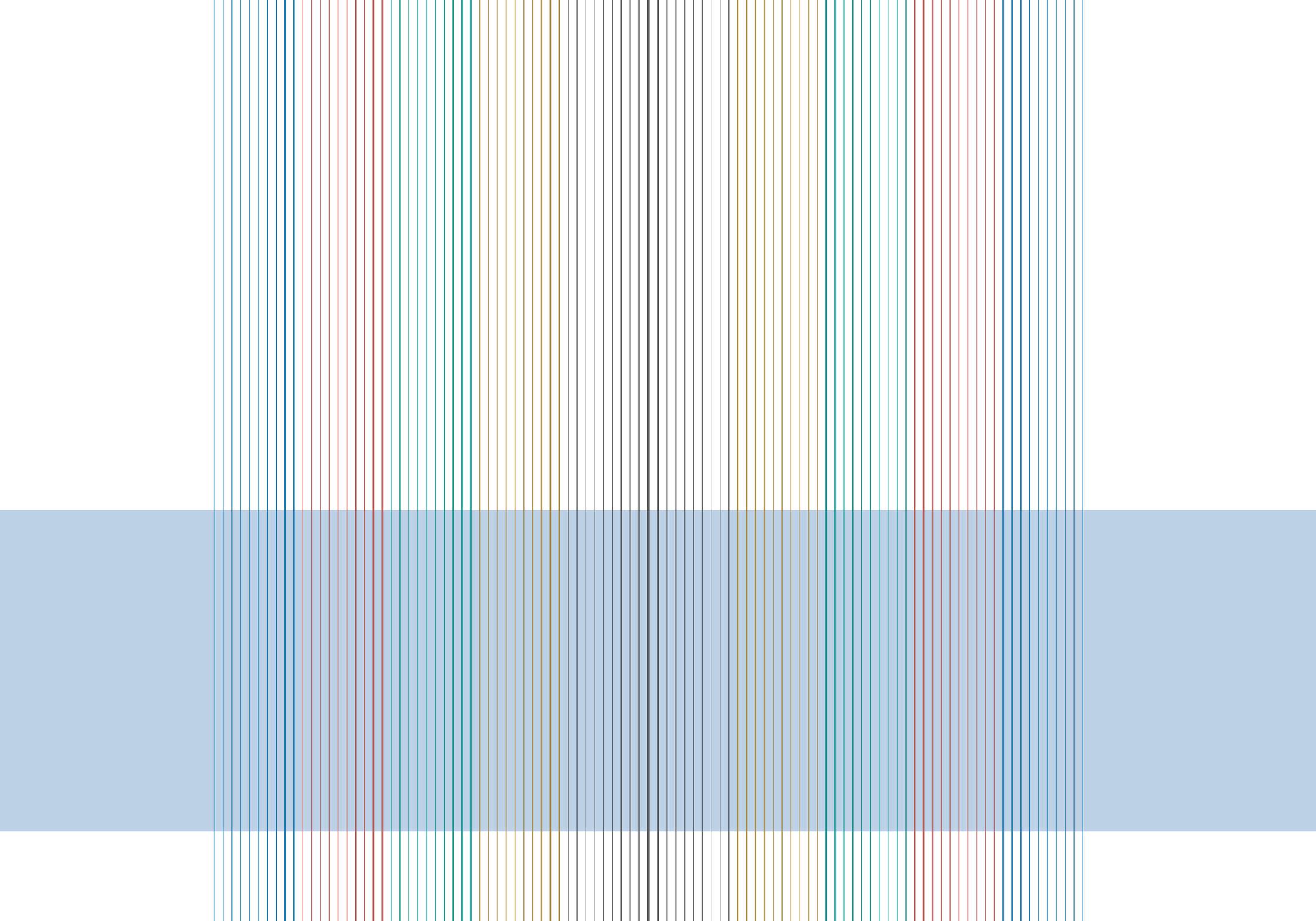
Gerade im letzten „bewertenden“ Teil wird es häufig nur möglich sein, hypothetische bzw. alternative Einschätzungen abzugeben, weil mit größeren Gewissheitsansprüchen auftretende Interpretationen nur auf Basis der Hinzuziehung einer Vielzahl von sozialen Einflussfaktoren gewagt werden könnten, die in der vorliegenden Untersuchung nicht einbezogen werden konnten. Insbesondere erlauben es solche notwendigerweise beschränkten deskriptiven Befunde, so wie sie hier vorgelegt werden, in den seltensten Fällen die Ursachen der benannten Integrationsdefizite zu identifizieren und damit auch Verantwortlichkeiten von Personen, Gruppen und Institutionen zuzuschreiben.

In einem **Abschlusskapitel** wird dann der Versuch unternommen, aus den Ergebnissen dieses multidimensionalen Vorgehens ein Gesamtbild der Duisburger Integrationsituation zu zeichnen. Dabei wird es zum einen darum gehen, die für die Duisburger Zuwanderer- und Mehrheitsbevölkerung insgesamt relevanten „harten“ und „weichen“ Indikatoren aufeinander zu beziehen, und dies auch im Vergleich der unterschiedenen Zuwanderergruppen untereinander. Zum anderen sollen als Ergebnis dieser Gesamtsicht zentrale Integrationspotentiale und -defizite dieser Großgruppen und ihrer internen Untergliederungen identifiziert werden. Unter der Handlungsperspektive des Praktisch-zu-Verändernden soll dabei den Defiziten ein besonderer Augenmerk gewidmet werden. Hierbei kann es aufgrund der deskriptiv-analytischen und globalen Perspektive der Studie selbstverständlich nicht um die Formulierung konkreter Handlungsempfehlungen gehen.

Solche Handlungsempfehlungen könnten nur aus dem Zusammenspiel von weitaus spezifischeren und auf den jeweiligen Handlungsbe- reich gerichteten wissenschaftlichen Untersuchungen und politischen Entscheidungen über die zu Integrationsmaßnahmen ausrichtenden

normativen Leitlinien heraus formuliert werden; ihre Formulierung überschreitet die Möglichkeiten einer an einem Gesamtintegrationsmonitoring orientierten empirischen Studie.

Endgültig abgeschlossen wird der Bericht durch einen **Ausblick**, in dem es darum gehen wird Möglichkeiten der zukünftigen Verwendung der Daten und Ergebnisse der Studie im Rahmen des Duisburger Integrationsmonitorings, aber auch darüber hinaus, zu skizzieren.



Soziodemographische Merkmale der Mehrheits- und Zuwandererpopulation

Für das Zusammenleben zwischen Zuwanderern und Mehrheitsbevölkerung sind auch die Größe der Zuwanderergruppe insgesamt und die Größe einzelner Herkunftsgruppen von Bedeutung. Ca. ein Drittel der Duisburger Stadtbürger besitzt Zuwanderungshintergrund. Damit ist Duisburg eine der multikulturellsten Städte in Deutschland.

Für die nähere Zukunft wird dieser Zuwandereranteil in Duisburg noch zunehmen; auf lange Sicht wird er sich aber voraussichtlich auf hohem Niveau stabilisieren. Duisburg ist gleichzeitig die deutsche Stadt mit dem höchsten Anteil von türkeistämmigen Zuwanderern, aber auch in Duisburg leben immer mehr Zuwanderer aus ganz unterschiedlichen Herkunftsländern.

Soziodemographische Merkmale

Unter soziodemographischen Merkmalen wird im Wesentlichen die Befragtenstruktur verstanden. Angefangen von der Gruppengröße, über die Altersstruktur bis hin zum Herkunftsland, über die Geschlechterproportionen und Haushaltsstrukturen sowie über den Familienstand werden die Ausgangsbedingungen der einzelnen Befragtengruppen kurz dargestellt und nach besonders ausgeprägten Merkmalen vergleichend untersucht. Der folgende Abschnitt ist den ausgewählten Untersuchungsgruppen zufolge in drei Teile aufgliedert: Die Darstellung der einzelnen Merkmale erfolgt zunächst auf der Basis einer vergleichenden Analyse zwischen Deutschen und Zuwanderern. Im zweiten Schritt werden die Jugendlichen bzw. die 18- bis 24-Jährigen nach denselben Ausprägungen als gesonderte Befragtengruppe hervorgehoben. Im letzten Schritt werden die einzelnen Zuwanderergruppen detailliert beschrieben und je nach Abweichungen oder Berührungspunkten verglichen. Neben den o. g. Einzeldarstellungen werden zusätzlich alters- und geschlechtsspezifische Aussagen zusätzlich formuliert.

Deutsche und Zuwanderer

Im Rahmen des Duisburger Intergrationssur-

veys wurden insgesamt 2.620 Duisburgerinnen und Duisburger befragt. Etwa 60% der befragten Personen (N=1.583) waren Deutsche, nahezu 40% der Befragten sind Zuwanderer bzw. Personen mit Migrationshintergrund (N=1.037). Über die Hälfte der befragten Zuwanderer (57%) sind ausländische Staatsangehörige, etwa 27% eingebürgerte Personen und, ca. 16% deutschstämmige Aussiedler (vgl. Abb. A1).

Jeder Fünfte der befragten Zuwanderer ist in Deutschland geboren

Die Erfassung des Migrationshintergrundes basiert vorwiegend auf dem Prinzip des Herkunftslandes bzw. Geburtslandes. Wie aus Abbildung A2 zu entnehmen ist, kann die untersuchte Zuwandererstichprobe somit je nach Herkunftsgebiet und nach entsprechender Gruppenstärke dargestellt werden. Innerhalb der Zuwanderergruppe lässt sich folgende Verteilung erkennen: Die überwiegende Mehrheit (40,5%) der befragten Zuwanderer stammt aus der Türkei, gefolgt von Personen, die aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion (17%) und aus Polen (7,1%) kommen bzw. dort geboren sind. Knapp ein Fünftel der befragten Zuwanderer gibt an, in Deutschland geboren

zu sein. Aufgrund der geringen Fallzahl werden ca. 15% der Befragten unter „Sonstige Länder“ zusammengefasst. Innerhalb dieser Kategorie sind sowohl europäische (ausgenommen Griechenland und Italien) als auch nicht-europäische Länder enthalten.

„Die überwiegende Mehrheit der befragten Zuwanderer stammt aus der Türkei.“

Die Gruppe der Deutschen (vgl. Abb. A3) weist folgende Herkunftsstruktur auf: Eine deutliche Mehrheit (90%) der Befragten gibt an, in Deutschland geboren zu sein und Eltern mit deutscher Abstammung zu haben¹. Demgegenüber geben 10% der Befragten an, in Polen (7,1%), der ehemaligen Sowjetunion (1,2%) oder in „Sonstigen Ländern“ (1,8%) geboren zu sein². Sie sehen sich jedoch als Deutsche.

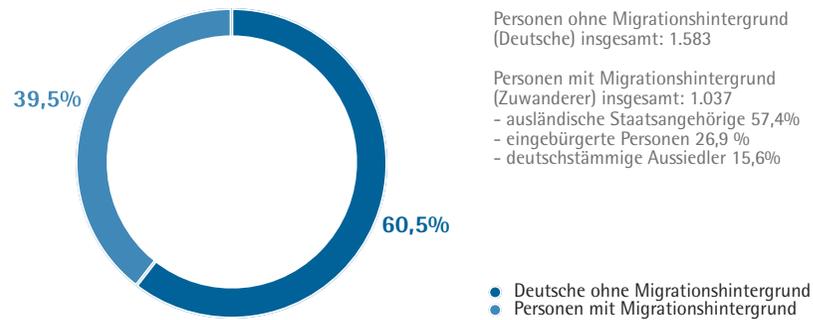
Kaum wahrnehmbare Disparitäten innerhalb der Geschlechterproportionen

Innerhalb der Geschlechterproportionen sind zwischen Deutschen und Zuwanderern nur geringe Abweichungen zu erkennen. Bei den Zuwanderern lässt sich ein leicht erhöhter

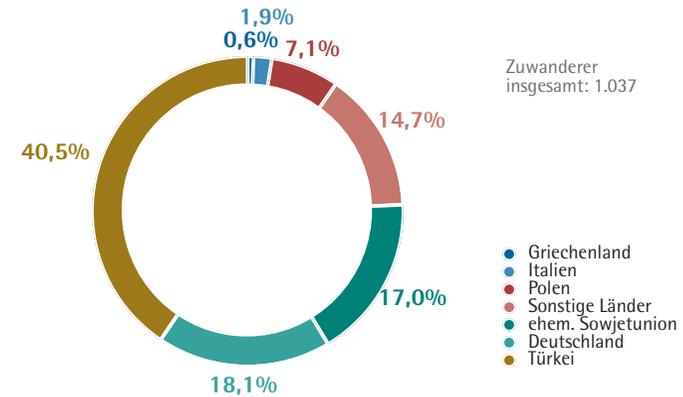
¹ Auch bei dieser Befragtengruppe wird zusätzlich die Herkunft der Eltern überprüft. Die Einordnung in die Kategorie „Deutsche“ setzt u. a. voraus, dass beide Elternteile in Deutschland geboren und seit ihrer Geburt deutsche Staatsangehörige sind.

² Hierbei handelt es sich um Personen, die der Definition des Statistischen Bundesamtes folgend als „Zuwanderer“ definiert werden. Dennoch wird bei dieser Personengruppe vom sog. „Abstammungsprinzip der Eltern“ abgewichen. Siehe hierzu die Bemerkungen zur Konstruktion des entsprechenden Filters in der Einleitung.

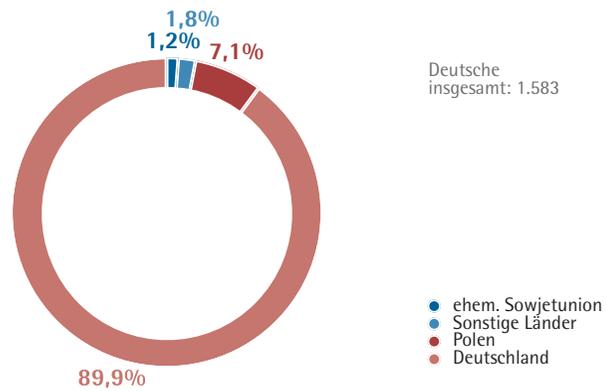
A1: Personen mit und ohne Migrationshintergrund



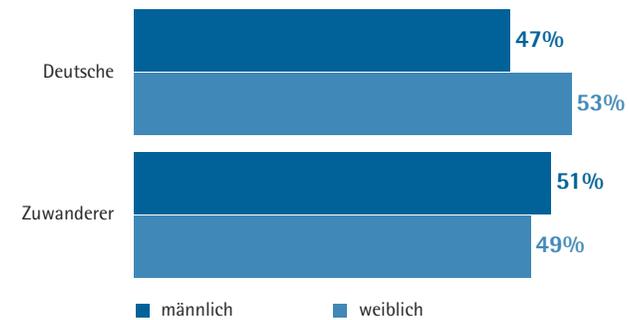
A2: Zuwanderer nach Geburtsland



A3: Deutsche nach Geburtsland



A4: Geschlechterverteilung im Vergleich



Soziodemographische Merkmale

Männeranteil vorfinden (51%). Konträr dazu weisen die Deutschen einen erhöhten Frauenanteil von 53% auf (vgl. Abb. A4). Im Gegensatz zur ersten Zuwanderergeneration, die einen ausgeprägten männlichen Anteil aufgrund der Arbeitsmigration aufwies, lässt sich heute ein gewisser „Ausgleich“ der Geschlechterverhältnisse konstatieren. Dies ist vermutlich auf den relativ hohen Anteil an Zuwanderern der zweiten und dritten Generation zurückzuführen.

„Im Vergleich zu den Zuwanderern kann bei den Deutschen eine deutliche ‚Überalterung‘ verzeichnet werden.“

Zuwanderer sind deutlich jünger als Deutsche
In der Abbildung A5 werden die verschiedenen Altersgruppen je nach Befragtengruppen differenziert abgebildet. Es lassen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Deutschen und den Zugewanderten in Bezug auf die Altersverteilung konstatieren. Im Vergleich zu den Zuwanderern kann bei den Deutschen eine deutliche „Überalterung“ verzeichnet werden. 62,1% der deutschen Befragten sind demnach innerhalb der Alterskategorie der 45- bis 75-Jährigen

vorzufinden. Im Kontrast dazu lässt sich bei den Zuwanderern ein überproportionaler Anteil (63,6%) an jüngeren Jahrgängen aufzeigen, wobei die überwiegende Mehrheit der Gruppe der 25- bis 44-Jährigen zu zurechnen ist. Aus dieser bei weitem jüngeren Struktur der Zuwandererstichprobe ergibt sich ein vergleichsweise hoher Anteil an erwerbsfähigen bzw. erwerbstätigen Personen innerhalb der gesamten Zuwandererstichprobe. Insgesamt geben die oben genannten Ergebnisse – sowohl im Hinblick auf die geschlechts- als auch auf die altersspezifische Ausrichtung – die Duisburger Verhältnisse wieder, so wie sie aus den Kommunalstatistiken zu entnehmen sind³.

Deutsche Haushalte weitgehend „kinderarm“
Zuwanderer zeichnen sich im Vergleich zu den Deutschen durch ihre eher traditionell geprägten Haushaltstrukturen aus. Dies lässt sich sowohl im Hinblick auf den Familienstand als auch hinsichtlich der Kinderanzahl verdeutlichen: Während bei den Deutschen die „Ledigen“ stärker auftreten (25,6%), lässt sich bei den Zuwanderern ein überproportional hoher Anteil an „Verheirateten“ (71,9%) registrieren (vgl. Abb. A6, A7). Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang aber auch die Anzahl der „Ge-

schiedenen“ auf Seiten der Deutschen. Diese ist fast doppelt so hoch wie bei den Zuwanderern. Geringe Unterschiede sind hingegen in der Kategorie „verheiratet und zusammenlebend“ abzulesen. Auch innerhalb der Kategorie „verheiratet und getrennt lebend“ sind nur minimale Abweichungen zu konstatieren.

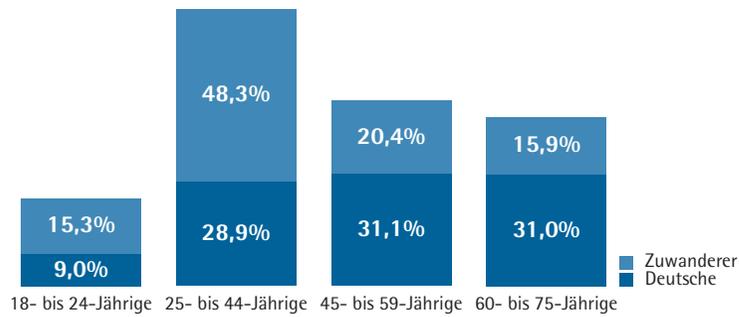
Erwartungsgemäß sind die kinderreichen Haushalte (ab drei Kinder) verstärkt bei den Zuwanderern vorzufinden. Im Gegensatz dazu dominieren bei den Deutschen eher „kinderlose Haushalte“; diese sind – im Vergleich zu den Zuwanderern – mit knapp 10 Prozentpunkten mehr vertreten. Tendenziell lässt sich dennoch zwischen beiden Gruppen eine gewisse „Annäherung“ erkennen: „Zwei-Kinder-Haushalte“ sind sowohl bei Zuwanderern als auch bei Deutschen innerhalb der jeweiligen Verteilung gleichstark repräsentiert.

Die Jugendlichen

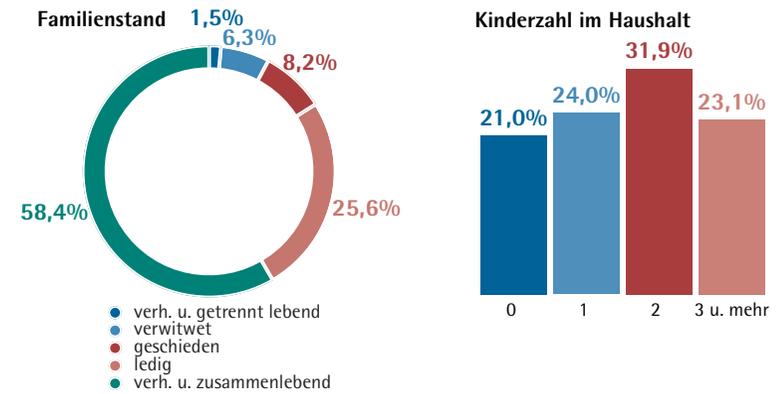
Innerhalb der untersuchten Stichprobe findet sich mit einem knappen Viertel (insgesamt 302 Personen) ein relativ niedriger Anteil an jungen Befragten im Alter von 18 bis 25 Jahre wieder (vgl. Abb. A8). Bei 52,7% der Jugendlichen kann ein Migrationshintergrund ermittelt werden.

³ Vgl. Sozialbericht der Stadt Duisburg 2008.

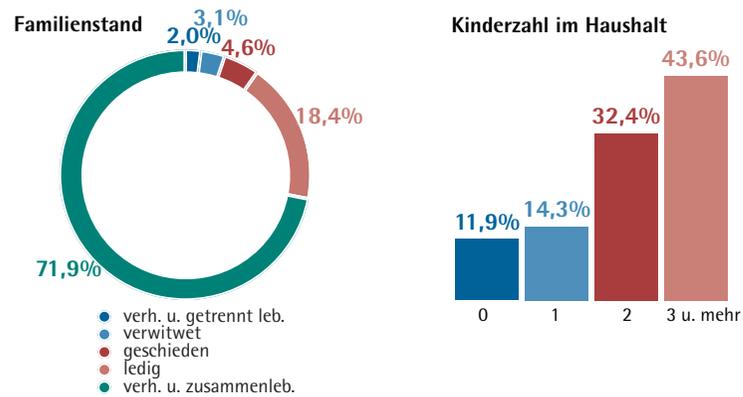
A5: Altersverteilung im Vergleich



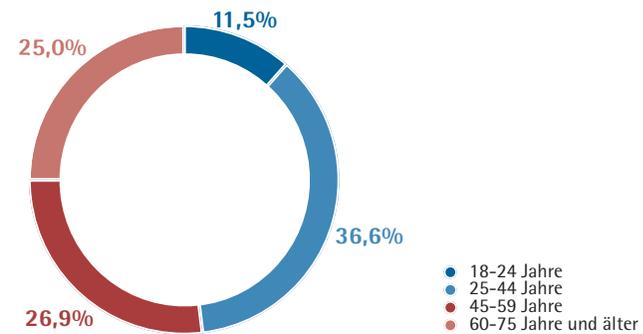
A6: Lebensformen bei Deutschen



A7: Lebensformen bei Zuwanderern



A8: Stichprobenanteile der Altersklassen



Soziodemographische Merkmale

Den Statuskriterien zufolge sind innerhalb der Zuwanderergruppe überwiegend Jugendliche repräsentiert, die eine ausländische Staatsangehörigkeit haben (50,3%), sog. Ausländer, 27,0% können als eingebürgerte Personen und 22,6% als Aussiedler identifiziert werden (vgl. Abb. A9). Diese Proportionen nähern sich mehr oder weniger der Gesamtverteilung der Zuwanderer an. Bezüglich der Geschlechterproportionen werden anteilmäßig sowohl bei Deutschen als auch bei Zuwanderern mehrheitlich junge Männer erreicht.

Ein hoher Anteil an „jungverheirateten“ Zuwanderern

Gegenüber den Deutschen (3,5%) zeigt sich bei jungen Zuwanderern ein überproportional hoher Anteil (25,3%) an Personen, die „verheiratet und zusammenlebend“ sind (vgl. Abb. A10). Dieses Resultat spiegelt sich auch innerhalb der Haushaltsstrukturen wider. Im Vergleich zu jungen Deutschen finden sich innerhalb der Zuwandererstichprobe doppelt so viele (etwa 30%) junge Zuwanderer, die mit einem „Partner/in und/oder in Partnerschaft mit Kindern“ zusammenleben. Derselbe Befund wirkt sich ebenfalls auf die sog. „Single-Haushalte“ bzw. Ein-Personen-Haushalte aus. Im Gegensatz

zu den Zuwanderern (3,2%) haben eindeutig mehr junge Deutsche zwischen 18 und 24 Jahren (15,7%) bereits eine eigene Wohnung (vgl. Abb. A11).

Die Zuwanderergruppen

Wie oben bereits erwähnt, werden innerhalb der Untersuchung unterschiedliche Vergleichs- und Differenzierungsansätze angewandt. Demzufolge werden im Weiteren die einzelnen Zuwandergruppen gesondert auch nach den o. g. Merkmalen (Herkunftsland, Geschlecht usw.) vorgestellt. Dabei wird dem Anliegen gefolgt, mögliche Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten zwischen den Gruppen erkennbar zu machen.

Ausländische Staatsangehörige

Wie aus der Abbildung (vgl. Abb. A12) zu entnehmen ist, setzt sich die Gruppe der Ausländer⁴ überwiegend aus Personen zusammen, die in der Türkei (50,2%), in ehemaligen Gebieten der Sowjetunion (8,6%) und in Polen (4,5%) geboren sind. Außerdem geben etwa 15% der ausländischen Befragten an, in Deutschland geboren zu sein. Weitere 19% lassen sich unter der Kategorie „Sonstige Länder“ zusammenfassen. Die überwiegende Mehrheit der Ausländer (65%) gibt an, über hinreichende

Voraussetzungen für die Einbürgerung zu verfügen. Etwa die Hälfte dieser Personengruppe möchte in Zukunft einen deutschen Pass beantragen bzw. eine Einbürgerung realisieren.

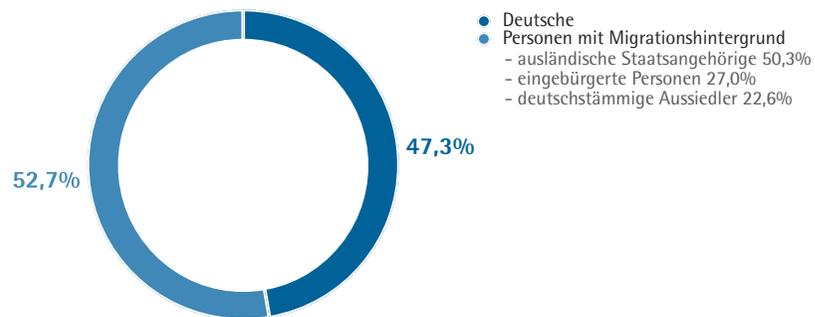
Innerhalb der Geschlechterverteilung lassen sich markante Unterschiede wahrnehmen (vgl. Abb. A13): Männer sind mit knapp 10 %-Punkten mehr deutlich überrepräsentiert. Dieses Ungleichgewicht ist auch in den Kommunalstatistiken aufzufinden⁵. Möglicherweise ist dies auf einen nach wie vor erhöhten Anteil der männlichen „Arbeitsmigranten“ zurückzuführen.

Innerhalb der Altersverteilung finden sich Ausländer, wie auch Eingebürgerte und Aussiedler mit jeweils hohen Anteilswerten überwiegend in der Alterskohorte der 25- bis 44-Jährigen wieder. Dennoch lässt sich unter Berücksichtigung der beiden Altersgruppen (18- bis 24-Jährige sowie 25- bis 44-Jährige) im Vergleich zu den Eingebürgerten (63,2%) und den Aussiedlern (56,8%) auf Seiten der Ausländer eine anteilmäßig „jüngere“ Alterstruktur nachweisen (63,3%) (wenngleich zwischen den Ausländern und den Eingebürgerten nur eine geringfügige Abweichung besteht).

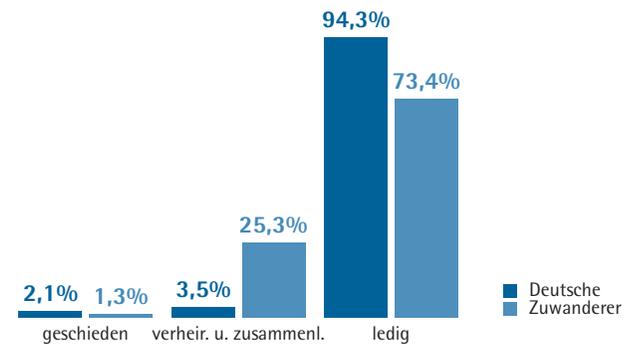
⁴ Innerhalb dieser Gruppen werden Personen zusammengefasst, die nur einen ausländischen Pass bzw. eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen. Die Bezeichnung „Ausländer“ ist der amtlichen Terminologie entnommen.

⁵ Vgl. Sozialbericht der Stadt Duisburg, 2008.v

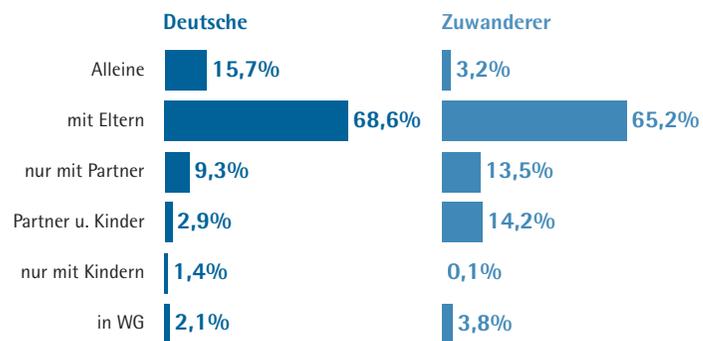
A9: Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund



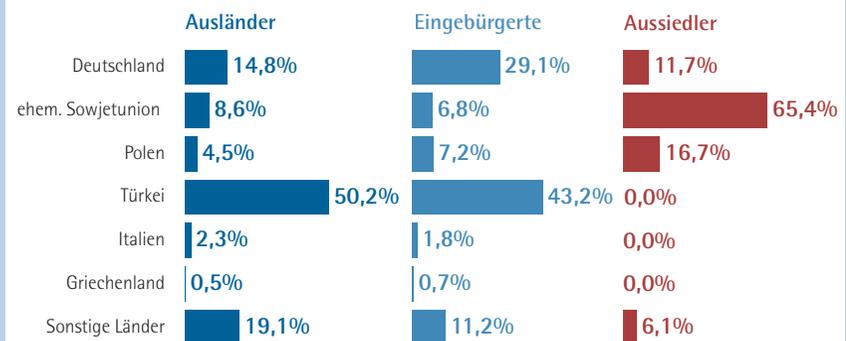
A10: Jugendliche und Familienstand



A11: Jugendliche und Haushaltsstrukturen



A12: Geburtsland nach Zuwanderergruppen



Soziodemographische Merkmale

Die Lebensformen der Ausländer (vgl. Abb. A14 + A15) spiegeln die bereits beschriebenen Zuwandererhaushalte wider. Zu nennen sind vorwiegend kinderreiche Haushalte und ein erheblicher Anteil an Personen, die angeben „verheiratet und zusammenlebend“ zu sein.

Eingebürgerte Personen

Innerhalb der Gruppe der sog. „Eingebürgerten“ werden Personen zusammengefasst, die einerseits durch einen Einbürgerungsanspruch eine Einbürgerung erfahren haben oder Personen, die – vermittelt über einen Elternteil mit deutscher Staatsangehörigkeit – bereits seit ihrer Geburt deutsche Staatsbürger sind, oder andererseits diese durch eine Heirat erworben haben. Nahezu 85% der Eingebürgerten hat die deutsche Staatsangehörigkeit über einen Einbürgerungsantrag bekommen. Knapp 12% durch mindestens einen Elternteil, lediglich 3,3% sind durch Heirat deutsche Staatsbürger geworden.

Die überwiegende Mehrheit (63,3%) der Eingebürgerten gibt an, vorher die türkische Staatsangehörigkeit besessen zu haben, gefolgt von Personen aus Polen und aus der ehemaligen Sowjetunion (vgl. Abb. A12).

Im Vergleich zu Ausländern und Aussiedlern ist bei den Eingebürgerten ein beinahe ausgeglichenes Geschlechterverhältnis zu verzeichnen (vgl. Abb. A13). Eingebürgerte Personen lassen sich – wie Ausländer – v. a. in jüngeren Alterskohorten finden; das Durchschnittsalter dieser Gruppe liegt entsprechend zwischen 25 und 44 Jahren (vgl. Abb. A14).

Hinsichtlich der Formen des Zusammenlebens sind zwischen den Eingebürgerten und den Ausländern nur geringfügige Differenzen ablesbar: beide Gruppen zeigen nahezu analoge Strukturen (vgl. Abb. A15). Etwa 78% geben an, verheiratet zu sein. Bei den Ausländern sind dies knapp 5%-Punkte weniger. Gleichwohl zeigt sich bei den Eingebürgerten – im Vergleich zu Ausländern – eine sichtbare Tendenz zu „Zwei-Kinder-Haushalten“ (vgl. Abb. A16).

Aussiedler

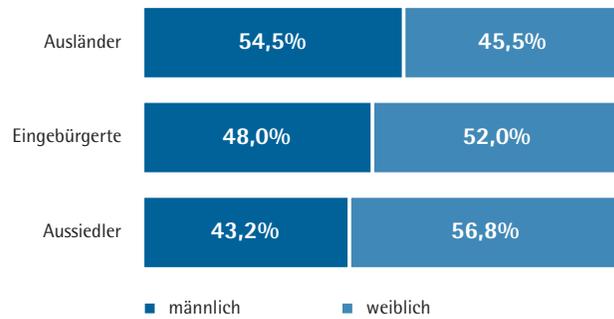
Über die Hälfte der befragten Personen, die als deutschstämmige „Aussiedler“ identifiziert werden (vgl. Abb. A12), stammt aus den Herkunftsregionen der ehemaligen Sowjetunion, knapp ein Fünftel der Befragten ist in Polen geboren. Etwa 11% der Aussiedler sind hingegen in Deutschland geboren. Etwa 95% der befrag-

ten Aussiedler haben die deutsche Staatsangehörigkeit aufgrund ihres deutschstämmigen (Spät-)Aussiedlerhintergrundes. Die restlichen 5% geben an, die deutsche Staatsbürgerschaft seit Geburt zu besitzen. Im Verhältnis zu der Gruppe der Ausländer und der Eingebürgerten lassen sich in dieser Gruppe auffällige Differenzen aufzeigen. Hier zeigt sich ein dominierender Frauenanteil – im Vergleich zu den Männern ist dieser mit über 13 %-Punkten deutlich überrepräsentiert. Diese geschlechtsspezifische Divergenz kann als Anhaltspunkt für eine eventuell verstärkte weibliche Einwanderung dieser Zuwanderergruppe interpretiert werden (vgl. Abb. A13) ⁶.

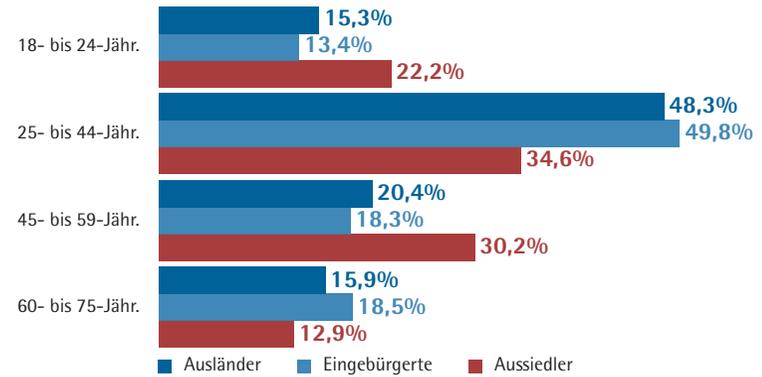
Im Vergleich zu den anderen Gruppen, zeigt sich bei den Aussiedlern ein höherer Anteil an Jugendlichen (18- bis 25-Jährigen) (vgl. Abb. A14). In Gegenüberstellung zu den anderen Zuwanderergruppen repräsentieren die Aussiedler die Gruppe, die am ehesten den Deutschen „ähnlich“ ist (was z. B. am Anteil der kinderlosen Haushalte zu sehen ist) (vgl. Abb. A15). Außerdem weisen sie in allen Lebensformen (vgl. Abb. A16) z. B. ob ledig, verheiratet oder geschieden, eine fast spiegelbildliche Struktur zu der der Deutschen auf.

⁶ Über diese Zuwanderergruppe liegen auf der Basis der Kommunalstatistiken bzw. über das Einwohnermelderegister lediglich quantitative Daten über die Gesamtgruppengröße vor.

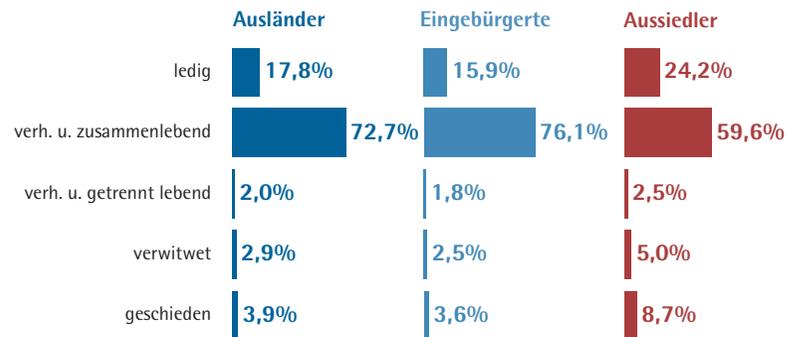
A13: Geschlechterverteilung nach Zuwanderergruppen



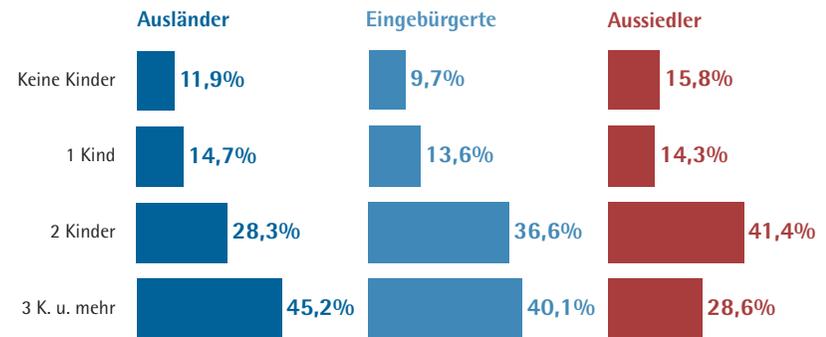
A14: Altersverteilung nach Zuwanderergruppen

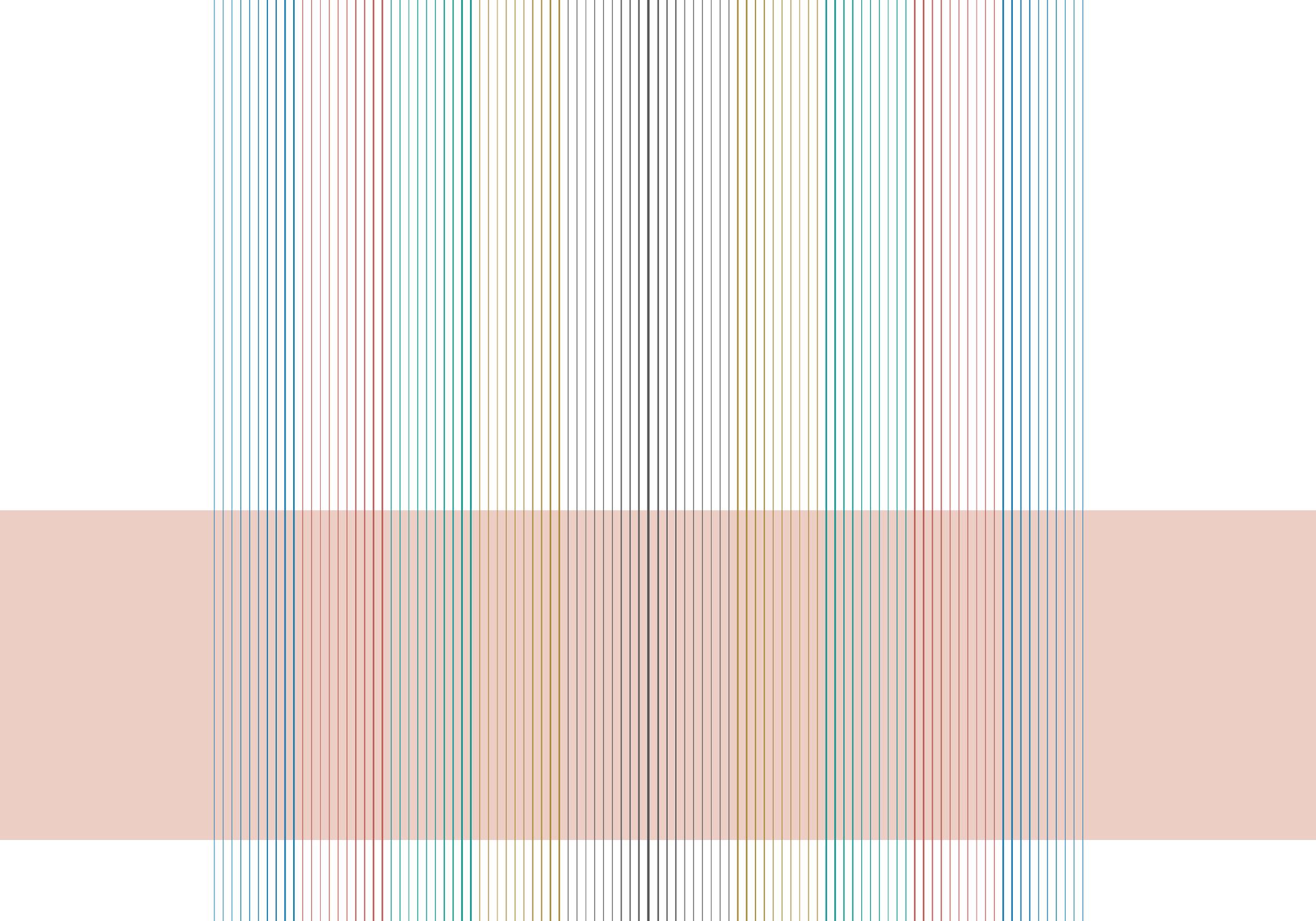


A15: Familienstand nach Zuwanderergruppen



A16: Kinderanzahl pro Haushalt nach Zuwanderergruppen





Strukturelle Indikatoren: Integration in Bildung und Beruf

Die Integration von Zuwanderern in die Einwanderungsgesellschaft hängt entscheidend davon ab, inwieweit sie in die zentralen gesellschaftlichen Institutionen von Bildung und Arbeit einbezogen werden und ob dies in gleichberechtigter Form passiert.

Die Duisburger Zuwandererbevolkerung weist sowohl bei den Bildungsabschlüssen als auch bei der Integration in den Arbeitsmarkt noch deutliche Defizite gegenüber der Mehrheitsbevölkerung auf. Bei den Aussiedlern und in der jüngeren Generation zeichnen sich allerdings Angleichungstendenzen ab, während die Ausländergruppe und die Zuwandererfrauen weiterhin erhebliche Rückstände gegenüber der Mehrheitsbevölkerung besitzen.

In diesem Kontext werden Merkmale hervorgehoben, die einen erheblichen Einfluss sowohl auf die soziale als auch auf die ökonomische Integration einnehmen können. Demzufolge werden strukturelle bzw. „harte“ Indikatoren herangezogen und untersucht, wobei der Schwerpunkt der Betrachtung auf die Bereiche: Bildung, Berufsleben, Einkommen sowie soziale Sicherung gelegt wird. In Verbindung mit einer Bestandsaufnahme der gruppenspezifischen Ausgangsbedingungen sollen die möglichen Folgen an erfolgreichen bzw. misslungenen beruflichen Eingliederungsprozessen gemessen werden.

Nachfolgend werden einige zentrale Aspekte aus dem schulischen Bereich sowie aus dem Berufs- und Erwerbsleben vorgestellt. Diese „harten“ Indikatoren gehören der im Dimensionenmodell enthaltenen „institutionellen“ Dimension an. Die „weichen“ dieser Dimension zugehörigen Indikatoren werden im IV. Teil behandelt.

Schulische Bildung: das Fundament für berufliche und gesellschaftliche Partizipation

Neben Familie und Kindergarten stellt die

Schule den entscheidenden Sozialisations- und Lernzusammenhang für die heranwachsende Generation dar. Sie schafft für diese nicht nur die Voraussetzungen für die weitere berufliche Bildung und Berufskarriere, sondern bestimmt auch entscheidend die Fähigkeiten und Motivationen für ihre zukünftige gesellschaftliche, politische und kulturelle Partizipation.

Unter den Deutschen verlassen lediglich 1,1% die Schule ohne Schulabschluss. Bei den Zuwanderern hingegen liegt der Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss bei 7,3%. Zwischen beiden Gruppen lassen sich weitere Abweichungen feststellen (vgl. Abb. B1): Der Anteil der deutschen Befragten, der angibt, einen Grund-, Volks- bzw. Hauptschulabschluss zu besitzen, fällt höher aus (48,1%). Im Vergleich zu den Deutschen liegt dieser Anteil bei den Zuwanderern mit 40,1% niedriger. Bei den höheren Schulabschlüssen (Fachhochschul-/ Hochschulabschluss) liegen die deutschen Befragten leicht vorn (25,6% gegenüber 23,2%).

Neben den o. g. Disparitäten zeichnen sich also – insbesondere hinsichtlich der „höheren“ Bildungsabschlüsse – zwischen Deutschen und Zuwanderern deutliche Angleichungstenden-

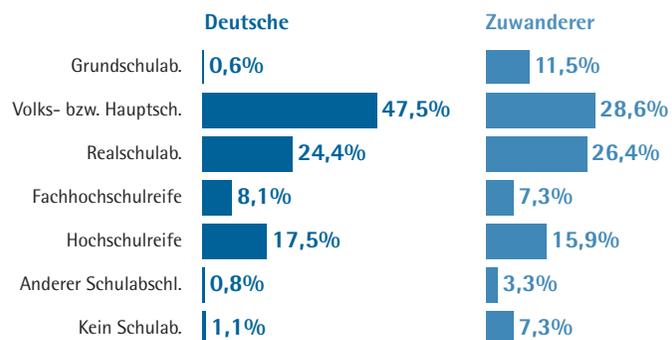
zen ab. Dies lässt sich bei näherer Betrachtung auch innerhalb der Abschlussqualifikation „Mittlerer Reife“, konstatieren; hier weisen die entsprechenden Anteilswerte je nach Befragtengruppen nur geringfügige Abweichungen auf.

Hinsichtlich der Schulabschlüsse und der geschlechtspezifischen Besonderheiten können innerhalb der Zuwandererstichprobe gravierende Unterschiede zwischen Männern und Frauen festgestellt werden. Insbesondere bei Frauen ist der Anteil der Befragten „ohne Schulabschluss“ doppelt so hoch. Eine einzige

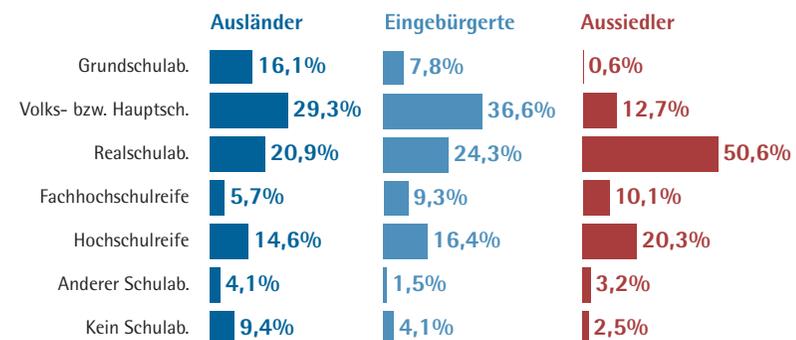
„Insbesondere bei Zuwandererfrauen ist der Anteil der Befragten ‚ohne Schulabschluss‘ hoch.“

Ausnahme stellt der Anteil der Fachhochschulabsolventinnen dar, dieser ist geringfügig mit 0,7 %-Punkten höher als der der Männer. Auch bei deutschen Frauen können im Vergleich zu deutschen Männern Besonderheiten beobachtet werden: Hier zeigt sich eine nahezu konstante Unterrepräsentanz bei allen Schul-

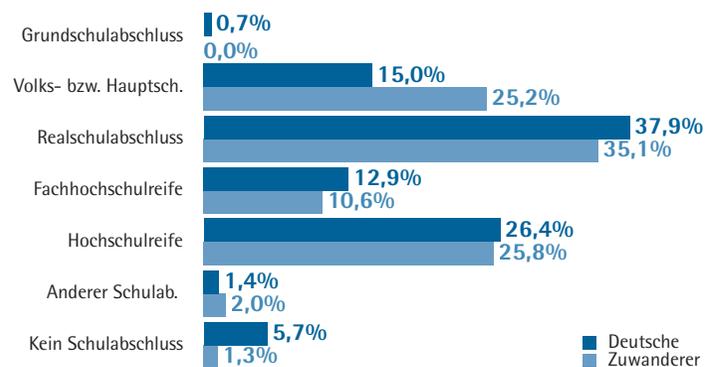
B1: Schulabschlüsse im Vergleich



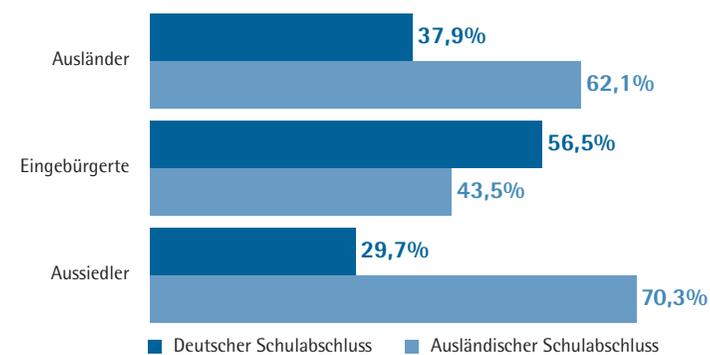
B2: Schulabschluss nach Zuwanderergruppen



B3: Jugendliche und Schulabschluss



B4: Ausländischer bzw. deutscher Schulabschluss



Strukturelle Indikatoren

abschließen. Einzig in der Kategorie „Mittlere Reife“ lässt sich bei den deutschen Frauen ein höherer Anteil (27,1%) vorfinden.

Innerhalb der Zuwanderergruppen lassen sich folgende Besonderheiten hervorheben: Im Hinblick auf die Schulabschlüsse schneiden **Ausländer** am schlechtesten ab. Dies gilt für nahezu alle schulischen Qualifikationen (vgl. Abb. B2). V. a. sind sie vermehrt bei „unte-

„Aussiedler haben im Vergleich mit den anderen Zuwandererkategorien das höchste Bildungsniveau.“

ren“ bzw. niedrigeren Schulabschlüssen anzutreffen. Eine entsprechende alters- und geschlechtsspezifische Überprüfung verdeutlicht, dass es sich bei dieser Personengruppe überwiegend um Männer im Alter von 25 bis 44 Jahren handelt. Bei den Grundschulabgängern und den Personen, die über keinen bzw. einen anderen Schulabschluss verfügen, können vornehmlich höhere Alterskategorien (60 bis 75 Jahre) ermittelt werden. Auch hier sind vor-

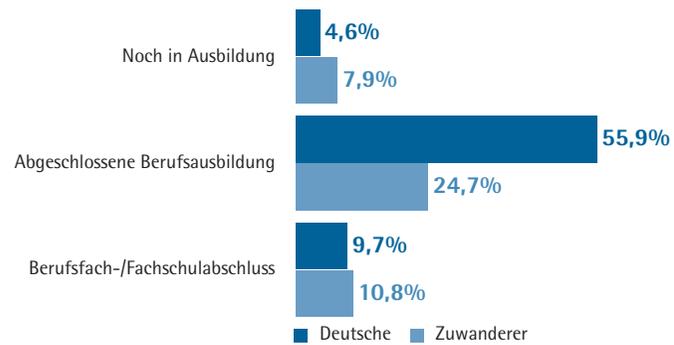
wiegend Männer vertreten. Darüber hinaus ist der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss am höchsten bei den Ausländern. Etwa 9,5% verlassen die Schule ohne Abschluss, dies trifft aber nur auf 4% der Eingebürgerten und 2,5% der Aussiedler zu. Im Vergleich zu den Ausländern verfügen die **Eingebürgerten** insgesamt betrachtet über deutlich bessere Schulabschlüsse (vgl. Abb. B2). Auffällig innerhalb dieser Gruppe ist dennoch der relativ hohe Anteil an Grund-, Volks- und Hauptschulabgängern, der im Vergleich zu Ausländern und Aussiedlern relativ hoch ausfällt.

Frauen treten auch in dieser Zuwandererkategorie tendenziell häufiger mit schlechteren Schulabschlüssen auf. Eine auffällige Abweichung findet sich dennoch innerhalb der „Höher-Qualifizierten“. Hier sind die Frauen sogar mit 20% – gegenüber den Männern mit 12% – deutlich überrepräsentiert. Insgesamt sind junge Eingebürgerte (18- bis 25-Jährige) diejenigen, die im Vergleich zu den 25- bis 44-Jährigen deutlich bessere Abschlüsse vorweisen. Auch hier zeigt sich mit zunehmendem Alter der Befragten ein „Absinken“ der Bildungsqualifikationen.

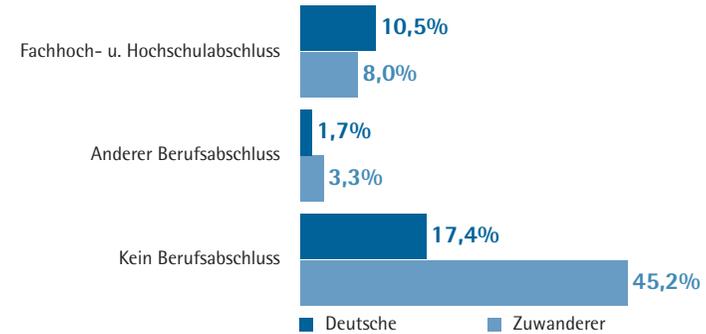
Personen mit einem (Spät-)Aussiedlerstatus sind im Hinblick auf die Schulabschlüsse weit aus erfolgreicher als Deutsche (vgl. Abb. B2). Zu dieser Gruppe gehört ein niedriger Anteil von Personen, die über einen Grund-, Volks- oder Hauptschulabschluss verfügen. **Aussiedler** haben im Vergleich mit den anderen Zuwandererkategorien das höchste Bildungsniveau. Es sind etwa 30% der Befragten, die angeben, die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife erworben zu haben. Während Frauen überwiegend bei mittleren Bildungsabschlüssen vorkommen, sind Männer bei höheren Bildungsabschlüssen deutlich stärker vertreten. Die Altersverteilung hingegen lässt keinen eindeutigen Zusammenhang erkennen. Bezüglich der Bildungsabschlüsse treten deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede zu Tage: Frauen sind mehrheitlich in unteren bis mittleren Abschlüssen vertreten.

Insgesamt lässt sich aus der Verteilung der **Schulabschlüsse** erkennen, dass die jungen Deutschen über bessere schulische Qualifikationen verfügen. Allerdings sind die Unterschiede nicht ausgeprägt. Bei genauerer Betrachtung der „besserqualifizierten“ Schulabschlüsse kann sogar tendenziell eine Annäherung der

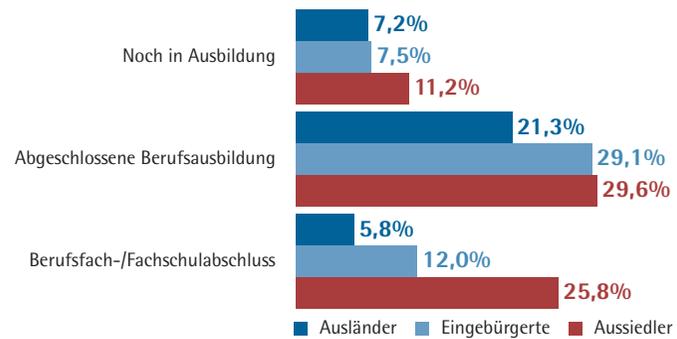
B5: Berufsabschluss im Vergleich (I)



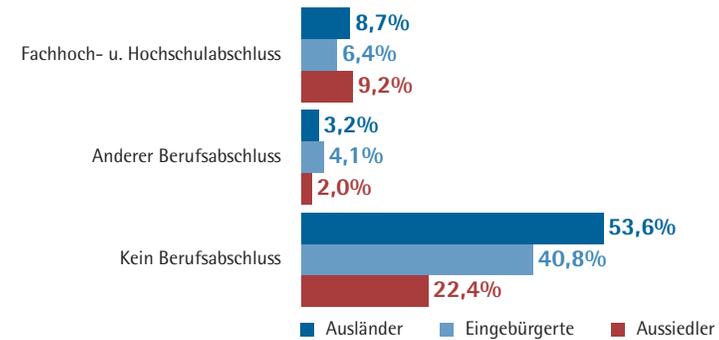
B6: Berufsabschluss im Vergleich (II)



B7: Berufsabschluss nach Zuwanderergruppen (I)



B8: Berufsabschluss nach Zuwanderergruppen (II)



Abschlüsse beobachtet werden (vgl. Abb. B3). Im Gegensatz dazu hat jedoch ein signifikanter Anteil der jungen Zuwanderer (etwa 25%) den Schulabschluss „Haupt- und Volksschulabschluss“ erreicht. Ebenfalls auffällig ist der Anteil der jungen Deutschen, die „keinen Schulabschluss“ besitzen. Ihr Anteil beträgt 5,7% im Vergleich zu 1,3% bei den Zuwanderern.

Etwa 60% der Zuwanderer geben an, ihren Schulabschluss im Ausland erworben zu haben: 62 bzw. 70% der befragten Ausländer und Aussiedler geben an einen vergleichbaren Schulabschluss im Ausland erworben zu haben. Dies lässt sich für beide Gruppen unter Berücksichtigung ihrer Einwanderungsgeschichte ohne weiteres logisch nachvollziehen. Nur die Eingebürgerten haben mit knapp 57% einen Schulabschluss in Deutschland erworben bzw. das deutsche Bildungssystem durchlaufen (vgl. Abb. B4).

Berufliche Bildung: das Eintrittsticket in den Arbeitsmarkt?

In einem Beschäftigungssystem, in dem der Anteil an niedrig qualifizierten Tätigkeiten zunehmend abnimmt, wird ein qualifizierter Berufsabschluss immer mehr zur Voraussetzung

einer erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt und damit in das gesellschaftliche Leben überhaupt.

Auch bei den **Berufsabschlüssen** lassen sich für die Zuwanderer weitgehend schlechtere Ergebnisse erkennen. Auch hier unterschieden sich die Zuwanderer von den Deutschen vorwiegend – wie bei den Schulabschlüssen – in „unteren“ Kategorien.

Ein weitaus markanterer Befund hierzu lässt sich bei den Zuwanderern, insbesondere unter denjenigen, die keinen Berufsabschluss haben, vorfinden. Etwa 45% der Zuwanderer haben

„Etwa 45% der Zuwanderer haben keinen Berufsabschluss.“

keinen Berufsabschluss. Im Gegensatz dazu liegt der Anteil der Deutschen, die über keinen Berufsabschluss verfügen, bei einem deutlich geringeren Wert von 17,4% (vgl. Abb. B5, B6).

Eine entsprechende Disparität zeigt sich bei den Personen mit einer „abgeschlossenen Be-

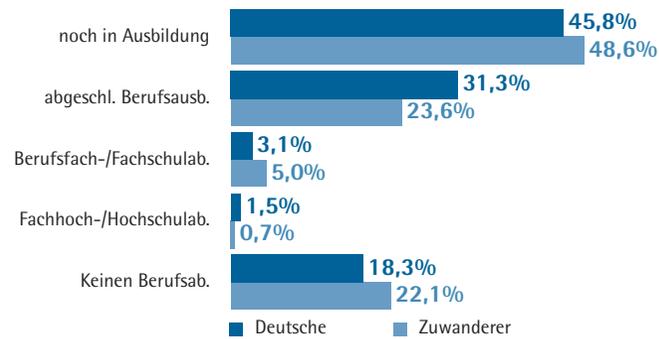
rufsausbildung“. Mehr als die Hälfte der befragten Deutschen (55,9%) verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung, bei den Zuwanderern sind es nur 24,7%.

Hinsichtlich der höher qualifizierten Berufsabschlüsse weisen Zuwanderer im Vergleich zu den Deutschen nur sehr geringe Abweichungen aus: Auch bei den Berufsabschlüssen kann – wie schon bei den Schulabschlüssen – eine Annäherung bei den höheren Abschlüssen beobachtet werden.

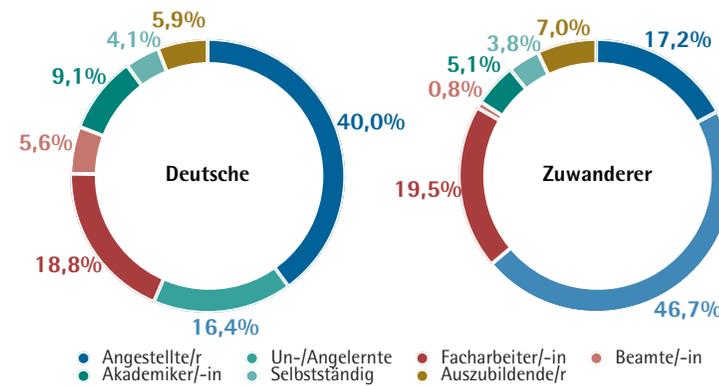
Die alters- und geschlechtsspezifische Betrachtung der einzelnen Personengruppen lässt einige Besonderheiten innerhalb der Gruppen hervorheben. Bei den deutschen Befragten lassen sich hinsichtlich der Geschlechter einige Auffälligkeiten beobachten. Zwar verfügen die Frauen mit 58% häufiger über eine abgeschlossene Berufsausbildung, gleichzeitig aber sind sie bei mittleren und höherqualifizierten Berufsabschlüssen seltener anzutreffen.

Bei den Zuwanderinnen stellt sich quasi eine umgekehrte Situation heraus: Im Vergleich zu deutschen Frauen kann innerhalb dieser Grup-

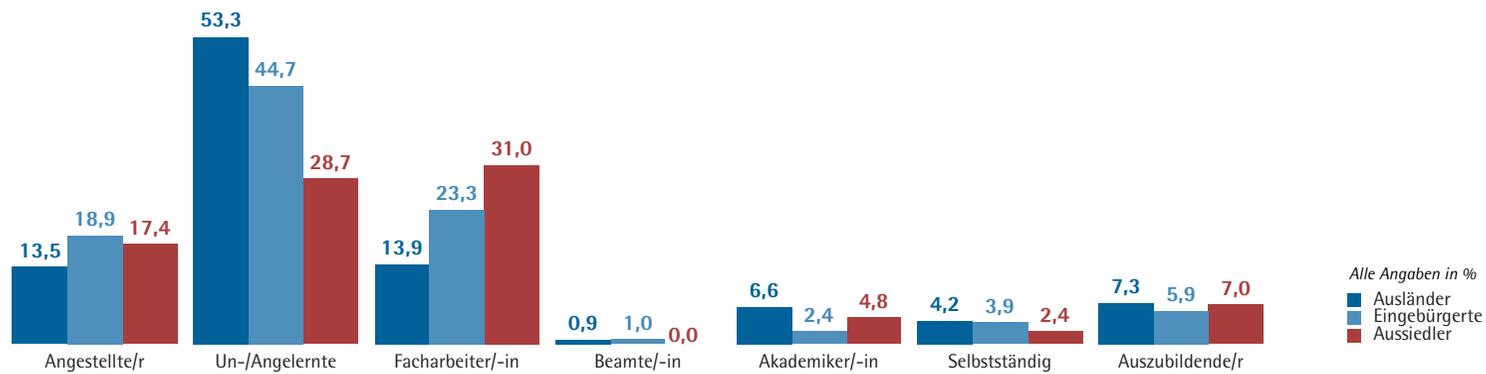
B9: Jugendliche und Berufsabschluss



B10: Berufsstatus im Vergleich



B11: Berufsstatus nach Zuwanderergruppen



pe eine eindeutige Unterrepräsentierung der Frauen in allen Berufsabschlüssen gezeigt werden. Gleichzeitig gehören sie vermehrt zu denjenigen, die „keinen Berufsabschluss“ (48% zu 37%) haben. Bei den Studienabschlüsse hingegen lässt sich, wenn auch geringfügig, ein im Vergleich zu den Männern (8%) höherer Frauenanteil (8,7%) hervorheben (vgl. noch einmal Abb. B1, B2, B3).

Auch innerhalb der Zuwanderergruppen lassen sich bedeutsame Unterschiede festhalten (vgl. Abb. B7, B8): Über die Hälfte der Ausländer (53,6%) gibt an, keinen Berufsabschluss zu haben. Auch 41% der Eingebürgerten haben keine Berufsausbildung vorzuweisen. Aussiedler hingegen gehören zu denjenigen, die – anteilmäßig – überwiegend bei mittleren und höheren Berufsabschlüssen vorzufinden sind, wie z. B. Berufsfachschulabschluss bzw. abgeschlossenes Studium. Innerhalb der Kategorie „abgeschlossene Berufsausbildung“ lassen sich geringe Abweichungen zwischen den Anteilswerten der Aussiedler und denen der Eingebürgerten vorfinden. Beide Gruppen sind in dieser Kategorie nahezu gleich stark vertreten. Ausländer hingegen weisen einen geringeren Anteil auf (8 %-Punkte weniger).

Bei den oben dargestellten Befunden kann, angesichts der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Befragten, ein Zusammenhang zwischen den Schulqualifikationen und den Berufsabschlüssen sichtbar gemacht werden: Innerhalb der untersuchten Zuwanderergruppen lassen sich z.B. bei den Aussiedlern, die über sehr gute bis gute Schulabschlüsse verfügen, dementsprechend erfolgreiche Berufsabschlüsse vorfinden. Ausländer hingegen, die im Vergleich zu Eingebürgerten und Aussiedlern geringerqualifizierte Schulabschlüsse besitzen, haben verstärkt auch keine Berufsausbildung.

Junge Zuwanderer sind verstärkt in der Kategorie „noch in Ausbildung“ vertreten (vgl. Abb. B9). Etwa 24% haben bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen. Hinsichtlich der Beteiligungschancen zeigt sich: Es können nur minimale Unterschiede zwischen jungen Deutschen und jungen Zuwanderern innerhalb der Ausprägung „noch in Ausbildung“ festgestellt werden (45,8% zu 48,6%).

Nur 23,6% der jungen Zuwanderer haben eine abgeschlossene Ausbildung. Dieses Resultat spiegelt sich innerhalb der Kategorie „Kein Berufsabschluss“ wider, hier sind die jungen Zu-

wanderer mit einem Anteil von 22,1 vs. 18,3% (Deutsche) überrepräsentiert. Die Befunde lassen für die jungen Zuwanderer Rückschlüsse

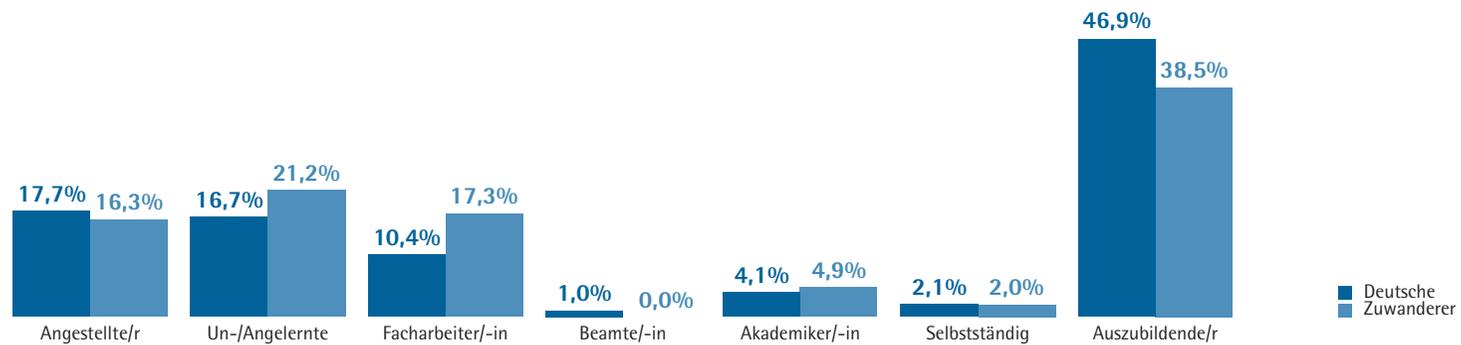
„Im Bereich der höheren Berufsabschlüsse zeichnen sich Angleichungen ab.“

auf ihre mangelnden Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt zu.

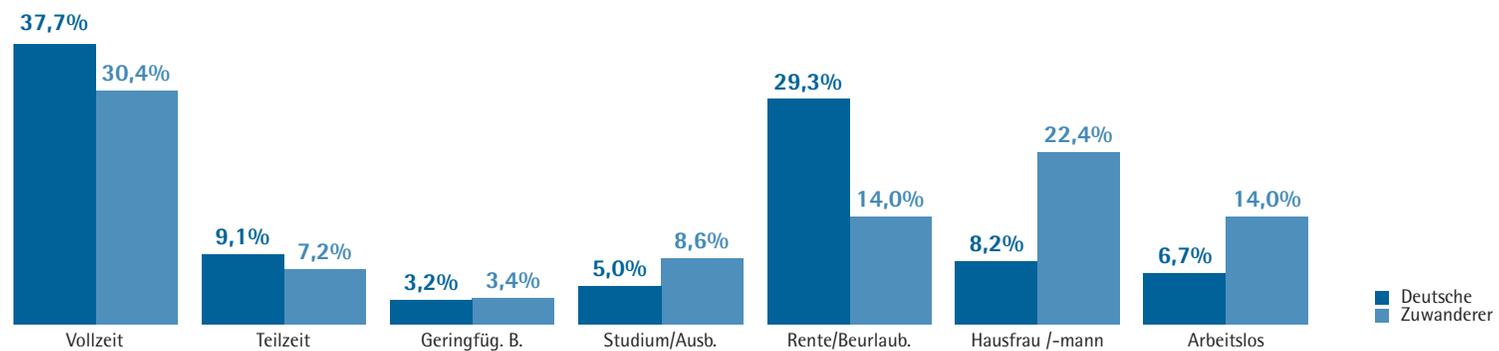
Zusammenfassend spiegelt die ungleiche Verteilung der Berufsabschlüsse sowohl zwischen den Deutschen und den Zuwanderern insgesamt als auch zwischen den verschiedenen Zuwanderergruppen weitgehend die Situation im Bereich der Schulabschlüsse wider. Auch hier konzentrieren sich die Disparitäten in der „unteren“ Kategorie „kein Berufsabschluss“, während sich im Bereich der höheren Berufsabschlüsse Angleichungen an die Situation der deutschen Befragten abzeichnen.

Signifikante Unterschiede lassen sich hier erneut zwischen den Geschlechtern (zu Ungunsten der Frauen) und zwischen den Zuwanderergruppen (mit besonders ungünstigen

B12: Jugendliche und Berufsstatus



B13: Erwerbstätigkeit im Vergleich



Werten für die Ausländer, mittleren für die Eingebürgerten und relativ günstigen Werten für die Aussiedlergruppe) identifizieren.

Auch die oben genannten Angleichungsprozesse der Bildungssituation der Zuwandererjünglichen an die der deutschen Jugendlichen (und dies auch in der „unteren“ Kategorie) finden sich bei den Berufsabschlüssen wieder.

Die vorliegenden Daten sprechen so eher für einen starken Einfluss der erworbenen Schulqualifikationen auf die Chancen und Erfolge von Zuwanderern im Bereich der Berufsbildung als für Diskriminierungen dieser Gruppe auf der ersten Schwelle ihres Zugangs zum Arbeitsmarkt.

Erwerbsleben I: das Standbein der Integration

Die Teilnahme an und die Stellung im Berufsleben sind zentral für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Partizipationsmöglichkeiten, die sozialen Kontakte, das individuelle Selbstverständnis und die Identifikationen von Menschen mit dem sozialen Zusammenhang, in dem sie leben. Für den Zugang zum Arbeitsmarkt überhaupt und die in ihm eingenom-

mene Position sind unterschiedliche Faktoren verantwortlich. Für das Überschreiten dieser

„Strukturelle und aktuelle Diskriminierungen nehmen Einfluss auf den Zugang zum Arbeitsmarkt.“

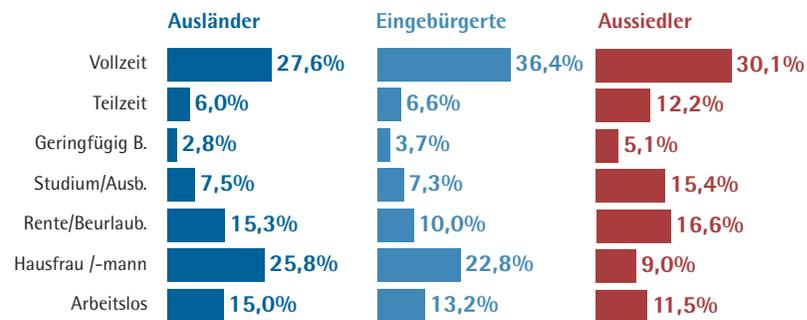
zweiten Schwelle kommt hierbei den Bildungsvoraussetzungen auf Seiten der betreffenden Personen besondere Bedeutung zu; Einfluss nehmen aber auch strukturelle und aktuelle Diskriminierungen bestimmter Gruppen in ihrem Zugang zum Arbeitsmarkt und zu bestimmten beruflichen Positionen.

Tatsächlich finden die oben dargestellten Disparitäten in den Schul- und Berufsabschlüssen auch Eingang in das Merkmal Berufsstatus, und es existieren Hinweise auf einen Einfluss zwischen beiden Bedingungskomplexen. Ein wesentlicher Anteil der Zuwanderer konzentriert sich mit knapp 47% (bei den Deutschen etwa 16,5%) in ungelernten und angelernten Beschäftigungsverhältnissen (vgl. Abb. B10). Dieser Anteilswert drückt sich innerhalb der Verteilung am stärksten aus. Bei den Deut-

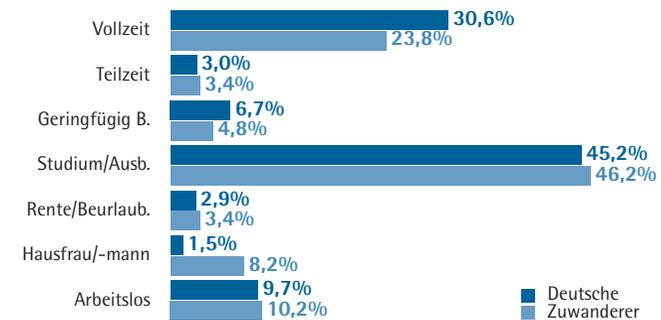
schen hingegen finden sich 40% der Befragten innerhalb der Berufskategorie „Angestellte“. Auch hier ist dieser Anteil innerhalb der Verteilung der Deutschen sehr stark ausgeprägt. Dieser Befund ist sicherlich teilweise noch im Rahmen der deutlich schlechteren bildungsmäßigen Zugangsbedingungen von Zuwanderern zu gehobeneren Segmenten des Arbeitsmarkts erklärbar, verweist aber in seiner Stärke schon auf das Vorliegen andersartiger Einflussfaktoren.

Mit einer geringen Abweichung zu den Deutschen lassen sich die Zuwanderer vermehrt als „Facharbeiter“ in der Verteilung auffinden (19,5% zu 18,8%). Besonders zu den hochqualifizierten Berufsbereichen (z. B. Akademiker) andererseits auch zu Berufsfeldern mit Beamtenstatus finden Zuwanderer nur höchst selten Zugang. Im akademischen Bereich ist – mit Werten von 9,1% für die Deutschen und 5,1% für die Zuwanderer – angesichts der sich zwischen beiden Gruppen annähernden Schul- und Berufsabschlüssen davon auszugehen, dass in diesem „oberen“ Bereich der Berufshierarchie Diskriminierungseffekte (etwa durch die Nicht-Anerkennung von im Ausland erworbenen akademischen Graden) vorliegen.

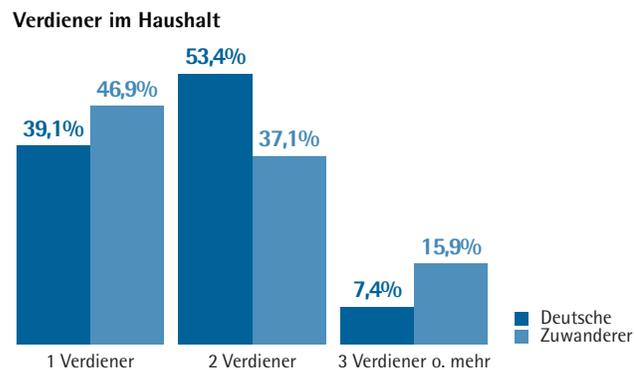
B14: Erwerbstätigkeit nach Zuwandergruppen



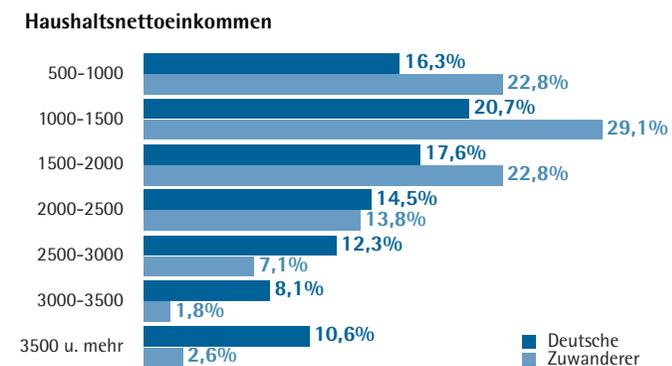
B15: Jugendliche und Erwerbstätigkeit



B16 (a): Einkommensverhältnisse im Vergleich



B16 (b): Einkommensverhältnisse im Vergleich



Zuwanderer, die un- und angelernte Tätigkeiten ausüben, sind in allen Alterskategorien stark vertreten. Innerhalb der jüngeren Jahrgänge sind diese Tätigkeiten zu knapp 35% vorhanden. Mit knapp 57% sind in diesen Berufen vorwiegend Männer vertreten. Angestellte Deutsche finden sich vorwiegend in mittleren Kategorien, also unter den 25- bis 44-Jährigen und den 45- bis 59-Jährigen wieder. Im Angestelltenbereich sind verstärkt Frauen vorzufinden; ihr Anteil beträgt im Vergleich zu den Männern 57%.

Für die unterschiedlichen Zuwanderergruppen lässt sich herausstellen, dass sie sich in spezifischen Tätigkeitsfeldern wiederfinden: Während Aussiedler zu großen Anteilen als Facharbeiter beschäftigt sind, Eingebürgerte überwiegend in gering qualifizierten Tätigkeitsfeldern arbeiten (an-/ungelernte Tätigkeiten), gleichzeitig aber auch in Angestellten-Beschäftigungsverhältnissen anzutreffen sind, lassen sich Ausländer hingegen primär in an- und ungelerten Arbeitsverhältnissen antreffen (vgl. Abb. B11).

Junge Zuwanderer lassen sich zu einem Fünftel in gering qualifizierten Tätigkeiten bzw. im Status des Un- und Angelernten antreffen.

Vorwiegend jedoch befinden sie sich in qualifizierteren Berufsbereichen, z. B. als Facharbeiter oder Angestellte.

Nahezu 39% der jungen Zuwanderer (im Vergleich zu 47% bei den Deutschen) befinden sich in einem Ausbildungsverhältnis. Gemessen an den deutlich schlechteren Berufsabschlüssen der Gesamtzuwanderergruppe kann für diese Altersgruppe der Zuwanderer eine tendenzielle Annäherung an die Situation der Deutschen in derselben Altersgruppe – insbesondere innerhalb der höherqualifizierten Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse – herausgestellt werden (vgl. Abb. B12).

Erwerbsleben II: drinnen oder draußen?

Von noch größerer Bedeutung für die Integration von Menschen in das Erwerbsleben ist die Frage, ob sie unabhängig von der Stellung, die sie in diesem zentralen Lebensbereich einnehmen, überhaupt in dieses System einbezogen werden und in welcher Art von Beschäftigungsverhältnis dies geschieht.

Im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit können diverse Auffälligkeiten beobachtet werden: Etwa 38% der deutschen Befragten gehen einer

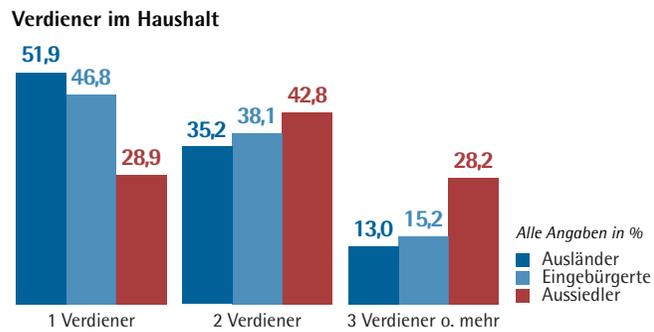
Vollzeitbeschäftigung nach. Die Zuwanderer sind hierbei mit nur 30% vertreten. Unter den Zuwanderern befinden sich anteilmäßig doppelt so viele Arbeitslose wie unter den Deutschen. Auch in dieser Kategorie zeigt sich – wie auch schon bei den Berufabschlüssen – eine

„Unter den Zuwanderern befinden sich anteilmäßig doppelt so viele Arbeitslose wie bei den Deutschen.“

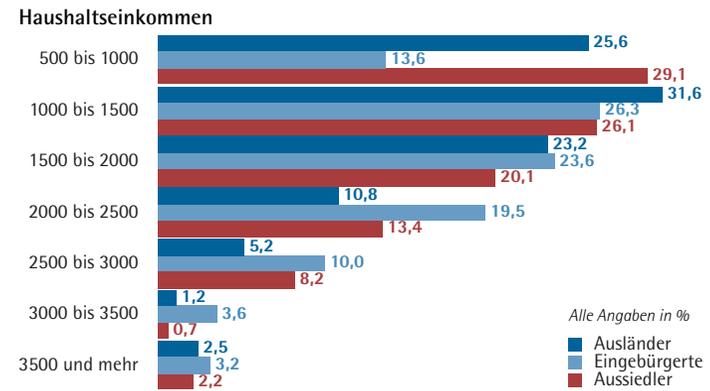
deutliche Tendenz innerhalb der Gruppe der Zuwanderer: sie sind eher erwerbslos und weniger erwerbstätig (vgl. Abb. B13).

Ein Vollzeitwerbstätigenstatus von 38% auf Seiten der Deutschen wird annähernd nur von den Eingebürgerten erreicht (36%). Ausländer sind nur zu 28% vollzeiterwerbstätig. Trotz guter Schul- und Berufsabschlüsse weisen auch Aussiedler und Eingebürgerte in der Gruppe der „Erwerbslosen“ einen deutlich höheren Anteil auf als Deutsche. Ausländer sind mit 15,0% die Zuwanderergruppe, die am höchsten von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Bei Aussiedlern lässt sich anteilmäßig eine höhere Qualifika-

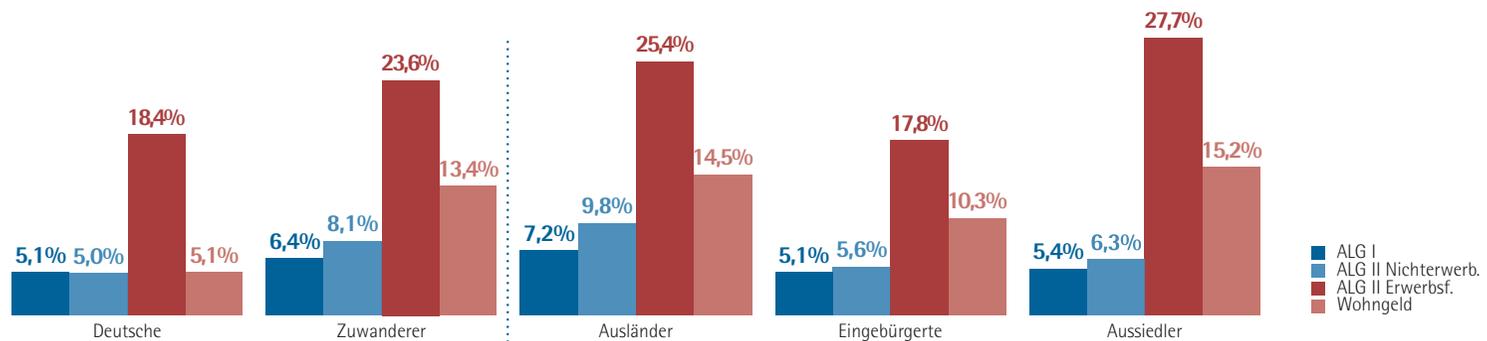
B17 (a): Einkommensverhältnisse nach Zuwanderergruppen



B17 (b): Einkommensverhältnisse nach Zuwanderergruppen



B18: Transferleistungen nach Zuwanderergruppen



tionsbereitschaft wiedererkennen (Studium/ Ausbildung: 15,4%) (vgl. Abb. B14).

Knapp 31% der jungen Deutschen geben an, vollzeitberufstätig zu sein (Zuwanderer 24%) (vgl. Abb. B15). Geringere Abweichungen finden sich zwischen jungen Zuwanderern und Deutschen im Hinblick auf die Kategorie „arbeitslos“ (9,7 vs. 10,2% bei den Zuwanderern).

„In der Kategorie ‚arbeitslos‘ finden sich geringere Abweichungen zwischen jungen Zuwanderern und Deutschen.“

Zwar erklärt dieser Wert nicht die Diskrepanz zwischen Deutschen und Zuwanderern hinsichtlich der Berufstätigkeit, allerdings können der erhöhte „Hausfrauenanteil“ und die ebenfalls erhöhte Ausbildungsquote bei den Zuwanderern eine mögliche Erklärung dafür liefern.

In beiden Gruppen sind die Ausprägungen „berufstätig“ und „in Ausbildung“ am stärksten vertreten. Zuwanderinnen sind in beiden Kategorien anteilmäßig schlechter platziert als

männliche Zuwanderer. Wider Erwarten sind die Erwerbslosenquoten bei jungen deutschen Frauen, die eigentlich über bessere Schul- und Berufsabschlüsse als Zuwandererfrauen verfügen, höher als die der Zuwanderinnen. Im Gegensatz zu den deutschen Frauen liegt die Arbeitslosenrate bei den Zuwanderinnen darüber hinaus um einiges niedriger als bei den Männern (9 vs. 11,3%).

Einkommen: die materielle Basis gesellschaftlicher Partizipation

Das Einkommen von Personen und Familien bestimmt entscheidend ihre Partizipationsmöglichkeiten in wirtschaftlicher, kultureller und Bildungshinsicht. Gleichzeitig beeinflusst sie ihre Zufriedenheit mit der Lebenssituation und ihre Identifikation mit dem beruflichen und sozialen Umfeld.

Die schlechtere Positionierung der Zuwanderer sowohl beim Berufsstatus als auch bei der Erwerbstätigkeit hat einen wesentlichen Einfluss auf die Höhe der Einkommensverhältnisse und auch auf die Höhe des Transferleistungsbezuges. Es können dementsprechend deutliche Disparitäten hinsichtlich der Einkommensverhältnisse von Deutschen und Zuwanderern he-

rausgestellt werden. Erwartungsgemäß finden sich deutsche Haushalte vorwiegend in höheren Gehaltsstufen wieder, so verfügen 45,5% über ein monatliches Netto-Haushaltseinkommen von 2.000 Euro und mehr (vgl. Abb. B16, B17). Eine deutliche Mehrheit der Zuwanderer ist in der Einkommenskategorie 1.000 bis 1.500 Euro zu finden. Deutsche Haushalte sind vorwiegend durch „Doppelverdiener-Haushalte“ geprägt, Zuwanderer weisen mehrheitlich Einzelverdiener-Haushalte auf. Hinzu kommt, dass Zuwanderer in der Regel kinderreichere Familien als Deutsche haben.

Transferleistungsbezug: die eingeschränkte wirtschaftliche Unabhängigkeit

Der Bezug von Transferleistungen schränkt nicht nur quantitativ und qualitativ den eigenständigen Dispositionsspielraum von Personen ein, sondern kann – bei längerfristigem Bezug solcher Leistungen – auch deren Wahrnehmung und Verantwortlichkeit für ihre persönliche Lebensführung verändern. Darüber hinaus nimmt er entscheidenden Einfluss auf die Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation und die Identifikation mit dem gesellschaftlichen Zusammenhang, in den diese eingebettet ist.

Im Hinblick auf den Bezug von „regulären“ bzw. allgemeinen Leistungen wie Kindergeld und Elterngeld lassen sich keine markanten Unterschiede zwischen Deutschen und Zuwanderern erkennen. Hingegen werden „Hilfsleistungen“ wie z. B. ALG II, Wohngeld und Bafög vermehrt von den Zuwanderern in Anspruch genommen. Knapp 38% der befragten Zuwandererhaushalte beziehen Transferleistungen nach SGB II und SGB III (Deutsche: 29%) (vgl. Abb. B18).

Die Differenzierung nach Zuwandererkategorien ergab folgendes: Die Gruppe der Ausländer ist unter den Zuwanderergruppen diejenige Gruppe, die vermehrt öffentliche Leistungen wie ALG II für Erwerbsfähige oder Wohngeld in Anspruch nimmt, allerdings dicht gefolgt von der Gruppe der Aussiedler. Ausländer erhalten darüber hinaus auch vermehrt ALG II-Leistungen für Nichterwerbsfähige (höhere Kinderzahl im Haushalt). Zwischen Eingebürgerten und Deutschen sind kaum Unterschiede im Leistungsbezug erkennbar. Sie beziehen diese Transferleistungen im gleichen Umfang wie die Deutschen.

Knapp 25% der jungen Deutschen beziehen Transferleistungen nach SGB III und SGB II. Bei

den jungen Zuwanderern hingegen sind es schon 33%. Es lässt sich ebenfalls ein hoher Anteil an Bafög-Empfängern innerhalb der Zuwanderergruppe konstatieren. Dies korrespondiert mit dem hohen Anteil der Zuwanderer, die angeben, in Ausbildung/Studium zu sein.

Konklusionen: Integration in Bildung und Beruf zwischen Defiziten und Angleichungsprozessen

Der vorangehend analysierte Integrationsbereich betrifft sozusagen die „Basis“ von Integrationsprozessen: Die gleichberechtigte Eingliederung von Zuwanderern in das Bildungs-, Beschäftigungs- und Einkommenssystem des Einwanderungslandes schafft zum einen die wirtschaftlichen Bedingungen einer gleichberechtigten Teilnahme an dessen gesellschaftlichem Leben, zum anderen stellt sie entscheidende Rahmenbedingungen für die politische und kulturelle Partizipation von Zuwanderern zur Verfügung. Schließlich beeinflusst die Stellung von Zuwanderern in Bildung und Beruf auch deren Zufriedenheit mit ihrer Lebenssituation und darüber vermittelt auch ihre Identifikation mit dem gesellschaftlichen Zusammenhang des Einwanderungslands.

Die vorangegangene Detailanalyse unterschiedlicher „struktureller“ Integrationsindikatoren bietet in dieser Hinsicht ein (bis auf wenige Ausnahmen) kohärentes Bild des Integrationsstandes der Duisburger Zuwandererbevolkerung in diesem Bereich. Generell kann davon ausgegangen werden, dass die Integrationssituation der verschiedenen Gruppen dieser Bevölkerung von zwei gegenläufigen Mustern bestimmt ist. Auf der einen Seite lassen sich für alle Indikatoren deutliche Defizite wichtiger Gruppen identifizieren, auf der anderen Seite haben sich aber für einzelne Gruppen durchaus erfreuliche Befunde im Sinne einer Angleichung der Bildungs- und zum Teil auch der Berufssituation der Zuwanderer an die der deutschen Bevölkerung ergeben. Eine große Bedeutung kommt dabei der Tatsache zu, dass solche Angleichungsprozesse besonders deutlich bei der jüngeren Generation der Zuwanderer zu identifizieren waren.

Was die Bildungssituation der Zuwanderer betrifft, haben die Befunde auf eine weitere Polarisierung innerhalb der Zuwanderergruppe verwiesen. Auf der einen Seite lässt sich im „oberen“ Spektrum der Schul- und Berufsabschlüsse über alle Zuwanderer- und Alters-

gruppen hinweg ein Angleichungsprozess zur Situation der deutschen Bevölkerung und auch zwischen den Zuwanderergruppen feststellen. Davon hebt sich auf der anderen Seite die Situation im „unteren“ Sektor dieser Abschlüsse ab: In diesem Bereich – und dabei in den besonders problemträchtigen Kategorien „ohne Schul-/ ohne Berufsabschluss“ – lassen sich weiterhin deutliche Defizite der Zuwandererbevolkerung identifizieren. Hier zeichnet sich in den Daten ein Weg ab, der vom schulischen Scheitern über eine nicht durchlaufene bzw. nicht abgeschlossene Berufsausbildung im besten Fall in den Bereich „un- und angelernte Tätigkeit“, im schlechteren Fall in die Erwerbslosigkeit führt.

Diese Defizitdiagnose betrifft insbesondere weibliche Zuwanderer, sodass hier die These einer mehrfachen Benachteiligung von Zuwandererfrauen Bestätigung findet.

Allerdings müssen wichtige Unterschiede zwischen den Zuwanderergruppen festgehalten werden. Während die Aussiedler generell ein den Deutschen vergleichbares Niveau von Bildungsabschlüssen und auch im unteren Bereich relativ günstige Werte aufweisen, ist der Anteil der Eingebürgerten in diesem Be-

reich bereits deutlich höher und derjenige der Ausländer drei- bis viermal so hoch. Ca. 10% dieser Gruppe besitzen keinen Schulabschluss und 54% keine Berufsausbildung und damit sehr schlechte bildungsmäßige Voraussetzungen für einen Zugang zum Arbeitsmarkt. Gemildert wird dieser Befund allerdings dadurch, dass sich unter den Jugendlichen auch in dieser Hinsicht ein Angleichungsprozess zwischen einheimischer und Zuwandererbevolkerung abzeichnet. In der Gesamtzuwandererstichprobe der Jugendlichen lässt sich tatsächlich kein eindeutiges Defizit zur deutschen Bevölkerung in dieser Hinsicht erkennen. (Eine weitere Differenzierung nach den unterschiedlichen Zuwanderergruppen war leider aufgrund der geringen Fallzahl in den einzelnen Qualifikationsstufen nicht sinnvoll.)

Mit diesen zusammenfassenden Bemerkungen sind die Bereiche und Gruppen identifiziert, an denen gezielte Integrationsmaßnahmen im Sinne einer Stärkung der Position von Zuwanderern im Bildungsbereich anzuknüpfen hätten. Augenscheinlich kommt es darauf an, vor allem für die mittlere Generation nachholende Bildungsinitiativen zu starten, gleichzeitig aber auch die sich andeutenden positiven Entwick-

lungen bei der jüngeren (und bei zukünftigen) Generationen zu stärken. Besonderes Augenmerk wäre dabei auf nachholende und vorgreifende Initiativen für Zuwandererfrauen und -mädchen zu legen.

„Besonderes Augenmerk wäre auf Initiativen für Zuwandererfrauen und -mädchen zu legen.“

Konkrete Hinweise darauf, woran solche Maßnahmen im Einzelnen anzusetzen hätten, kann die vorliegende Untersuchung nicht liefern. Allerdings hat sich angedeutet, dass im Bildungsbereich (vor allem im Übergang von der Schule in die Berufsausbildung) keine ausgeprägten Diskriminierungseffekte vorliegen. Schul- und Berufsbildungsdefizite entsprechen sich weitgehend in dem Sinne, dass schulische Defizite sich in Defiziten in der Berufsausbildung fortsetzen – was selbstverständlich Diskriminierung innerhalb der Bildungsinstitutionen selbst nicht ausschließt.

Anders gestaltet sich die Situation im Erwerbsbereich. In Bezug auf die eingenommene Be-

rufposition zeigen sich auch dort zunächst deutliche Unterschiede zwischen Deutschen und Zuwanderern in fast allen Stufen der Berufshierarchie. Dabei setzen sich die bildungsmäßigen Defizite in gewisser Weise in den eingenommenen Positionen (vor allem im Bereich un-/angelernte Arbeit) fort, zeigen aber schon in diesem Bereich eine gewisse Verstärkung gegenüber den entsprechenden Bildungsdefiziten.

Besonders deutlich wird dieser Verstärkungseffekt allerdings auf der höchsten Ebene der Hierarchie: Während (bei einer tendenziellen Angleichung der Fachhochschul- und Hochschulabschlüsse zwischen Deutschen und Zuwanderern) nur 5,1% der Zuwanderer in akademischen Berufen arbeiten, sind dies für die deutsche Befragtengruppe 9,1%. Dieser Befund spricht nun relativ deutlich für das Vorliegen von strukturellen und aktuellen Diskriminierungseffekten (beispielsweise aufgrund der Schwierigkeiten bei der Anerkennung ausländischer Hochschuldiplome).

In jedem Fall besteht Handlungsbedarf in Bezug auf diese Gruppen. Allerdings können auch die Befunde für den „unteren“ Bereich der Be-

rufshierarchie nicht beruhigen, insbesondere wenn man sie nach den unterschiedlichen Zuwanderergruppen ausdifferenziert: Erneut weist die Aussiedlergruppe mit 29% (gegen-

„In jedem Fall besteht Handlungsbedarf in Bezug auf die höchste Ebene der Hierarchie.“

über 16% bei den Deutschen) die günstigsten Werte in der Kategorie „un-/angelernte Arbeit“ auf, gefolgt von den Eingebürgerten mit 45% und den Ausländern mit 53%, sodass auch in Bezug auf diese Kategorie ein erheblicher Bedarf an nachholender und vorgegreifender Intervention besteht. Erneut muss allerdings hervorgehoben werden, dass sich die Unterschiede zwischen deutschen und Zuwandererbefragten in der Jugendlichen-Gruppe sowohl im unteren als auch im oberen Bereich stark relativieren.

Noch bedeutsamer für den Verlauf von Integrationsprozessen als die im Berufssystem eingenommene Position ist die Frage, ob über-

haupt eine Verankerung in diesem System besteht und auf dieser Basis eine wirtschaftlich selbständige Lebensführung möglich ist.

In Bezug auf den kurz- oder langfristigen Ausschluss von diesem System durch Erwerbslosigkeit zeigt sich erneut ein deutlicher Unterschied zwischen Zuwanderern und Deutschen. Bei ersteren ist die Erwerbslosigkeit in etwa doppelt so hoch wie bei letzteren.

Darüber hinaus fällt besonders die geschlechtsspezifische Verteilung einer spezifischen Ausschließung aus dem formellen Beschäftigungssystem auf; der Anteil an Hausfrauen/-männern (im Regelfall: Hausfrauen) bei Zuwanderern ist ca. doppelt so hoch als der unter Deutschen, was auf eine spezifische bildungs-, arbeitsmarkt-, aber auch kulturell bedingte Erwerbssituation dieser Gruppe hinweist. Gegenüber den weiterhin bestehenden starken Defiziten in der Gesamtpopulation der Zuwanderer, zeigt sich bei den Zuwandererjugendlichen eine deutliche Angleichung der Erwerbslosenanteile an die der deutschen Jugendlichen.

Die in Bezug auf Schul- und Berufsbildung festgehaltene Rangfolge der drei Zuwanderer-

Strukturelle Indikatoren

gruppen findet ihren Niederschlag (allerdings nicht mit vergleichbarer Deutlichkeit) auch in den Erwerbslosenanteilen dieser Gruppen. Erneut stehen die Aussiedler mit 12% am besten da, gefolgt von den Eingebürgerten mit 13% und den Aussiedlern mit 15%.

Der deutlich höhere Erwerbslosenanteil unter Zuwanderern findet nur beschränkt Niederschlag in der entsprechenden Inanspruchnahme von Transferleistungen. Tatsächlich überschreitet der Anteil der Zuwanderer, die erwerbslosigkeitsbezogene Leistungen (Arbeitslosengeld I und II) in Anspruch nehmen, denjenigen der Deutschen nur um ca. ein Drittel. Dies kann möglicherweise als kulturell bedingter Ausdruck des Versuches verstanden werden, seine Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen durch den Rückgriff auf familiäre Ressourcen zu bewahren, spricht auf jeden Fall aber für eine relativ eingegrenztere In-Anspruchnahme dieser Versicherungs- und Sozialleistungen durch Zuwanderer.

In der Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Zuwanderergruppen ergibt sich eine gewisse Abweichung von dem bisher identifizierten Muster: einer deutlich geringe-

ren Inanspruchnahme von Transferleistungen durch die Eingebürgerten stehen relativ hohe Werte bei den Aussiedlern und (allerdings geringfügig) höhere Werte bei den Ausländern gegenüber. Im Zusammenhang mit dem im folgenden Kapitel vorgestellten Befund zum Umfang der Unterstützung durch deutsche Behörden ist zu vermuten, dass dies auf einem leichteren Zugang der Aussiedlergruppe zu öffentlichen Dienstleistungen bzw. einer größeren Akzeptanz deutscher Behörden gegenüber dieser Gruppe beruht.

Ausgewertet worden ist schließlich mit dem (Haushalts-)Einkommen ein Merkmal, das sozusagen am Ende der Kette von Schul-, Berufsbildung, Erwerbstätigkeit und Erwerbsposition steht und in gewisser Weise eine zusammenfassende Kennzahl für die wirtschaftliche Situation der betrachteten Gruppen darstellt. Hierbei kann es aufgrund des bisher Gesagten nicht überraschen, dass sich die Zuwanderer überproportional in der unteren Einkommensklasse wiederfinden und in der höchsten deutlich unterrepräsentiert sind. Diese Disparität wird darüber hinaus durch die höhere Haushaltsgröße der Zuwandererfamilien verstärkt.

Aufgrund der vorliegenden Auswertung lässt sich allerdings nicht überprüfen, ob eine solche Ungleichheit in der Einkommensverteilung ausschließlich oder in der Hauptsache von der unterschiedlichen Berufsstruktur der Zuwandererbevolkerung abhängt, oder auch von gruppensystematischen Ungleichheiten in der Vergütung vergleichbarer Berufstätigkeiten und somit auch von Diskriminierungseffekten bedingt ist. In Bezug auf die aus den vorliegenden Befunden abzuleitenden Handlungsnotwendigkeiten ist – jenseits der Konzipierung von Einzelmaßnahmen – insgesamt die sich in den Daten abzeichnende Polarisierung von Lebenslagen von Zuwanderern zwischen „unteren“ und „oberen“ Bildungs- und Berufslagen zu berücksichtigen.

Während für die bildungsmäßig benachteiligten Gruppen eher an eine Kombination von bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Interventionen zu denken ist, sollten die gut ausgebildeten Zuwanderergruppen mit einer Kombination von arbeitsmarktpolitischen und Antidiskriminierungsmaßnahmen unterstützt werden. Eine solche Förderung der Beschäftigungsmöglichkeiten für qualifizierte Zuwanderer könnte auch einen wichtigen Beitrag

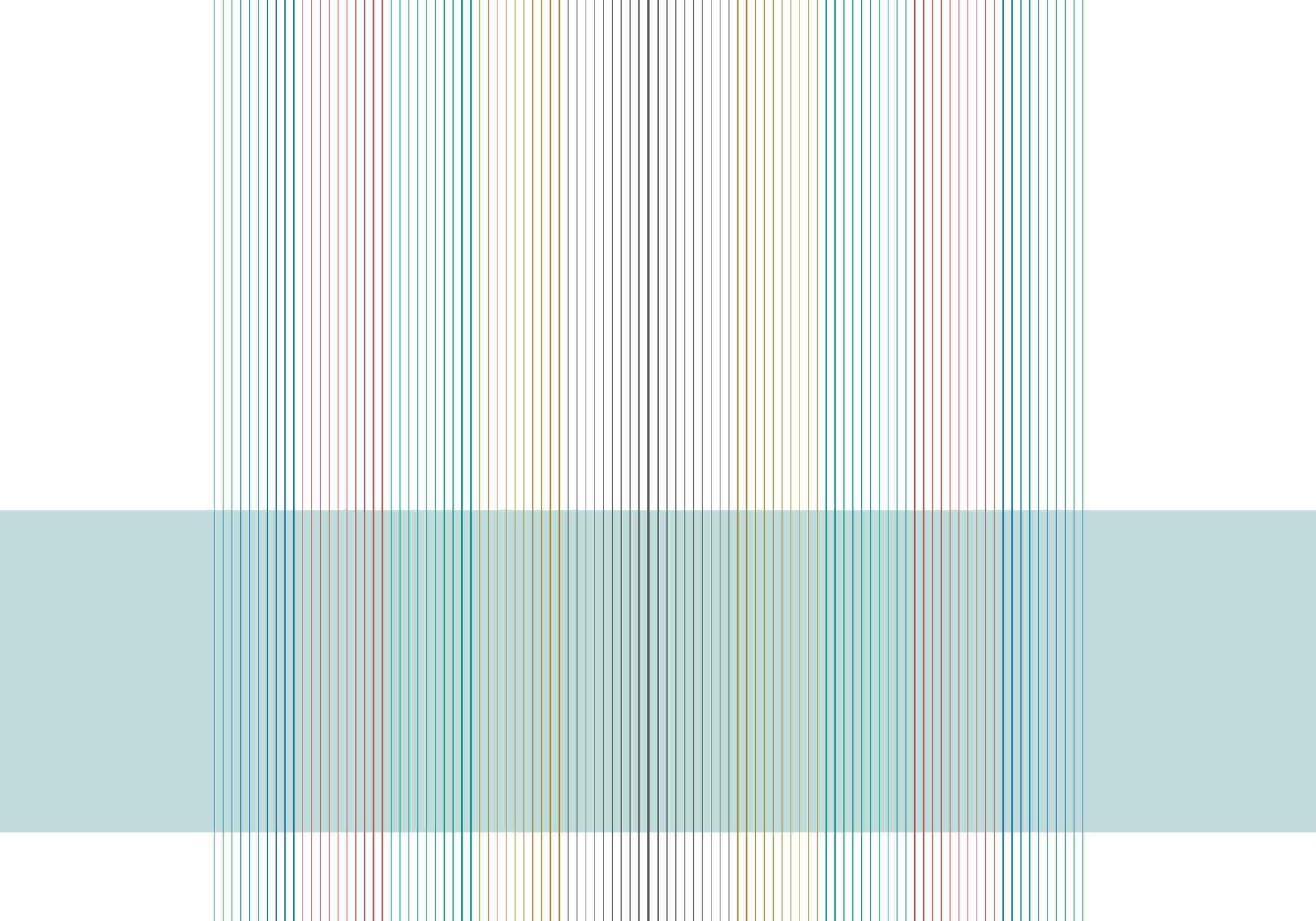
für die anzuzielende Erhöhung des Anteils von solchen Zuwanderern an den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und damit zu einer stärkeren interkulturellen Öffnung auch der kommunalen Verwaltung leisten. Der Polarisierung von Orientierungen und Lebenslagen innerhalb der Zuwanderergruppen wäre auch dadurch entgegenzuwirken, dass beruflich erfolgreich integrierten Zuwanderern eine Vorbildfunktion für weniger erfolgreiche Zuwanderer und eine Brückenfunktion hin zur Mehrheitsgesellschaft zugeschrieben wird.

„Die Polarisierung von Lebenslagen von Zuwanderern ist zu berücksichtigen.“

Aufgrund der offensichtlichen Rangfolge der unterschiedenen Zuwanderergruppen in nahezu allen der herangezogenen Indikatoren ist dabei im „unteren“ Bereich (Personen ohne Schul- und Berufsabschluss und von Erwerbslosigkeit betroffen) besonderes Augenmerk auf die Gruppe der Ausländer zu legen. Zwar existiert auch für diese Gruppe Handlungsbedarf im „oberen“ Bereich (Personen mit guter bzw. sehr guter Schul- und Berufsbildung); dieser

ist allerdings für die Gruppe der Eingebürgerten und noch viel mehr für die der Aussiedler deutlich stärker ausgeprägt.

Zu berücksichtigen wäre bei der Konzipierung von Integrationsmaßnahmen darüber hinaus auch der immer wieder hervorgehobene Unterschied in der Bildungs- und Berufssituation zwischen den älteren und den jüngeren Generationen: Während für erstere im Wesentlichen nachholende berufsqualifizierende und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Frage kommen, sollten für die gegenwärtigen (und zukünftigen) jüngeren Generationen vorgreifende schul- und berufsbildende Maßnahmen ins Auge gefasst werden.



Subjektive Indikatoren: eine multidimensionale Perspektive

Ob eine Gruppe zu einem integralen Bestandteil der Stadtgesellschaft geworden ist, zeigt sich auch in ihren Einstellungen zu ihrem Lebensort und zu unterschiedlichen Lebensbereichen wie Familie und Religion sowie in der Intensität ihrer sozialen Beziehungen zu den anderen Gruppen, aus denen die Stadtgesellschaft besteht.

Zwischen den Duisburger Zuwanderern und der Duisburger Mehrheitsbevölkerung bestehen deutliche Unterschiede und Distanzen in ihren Lebensansichten und sozialen Kontakten. Dieses „Aneinandervorbeileben“ hat allerdings bisher nicht zu relevanten Diskriminierungen und Konflikten zwischen beiden Gruppen geführt.

Subjektive Indikatoren

Neben der Beschreibung soziodemographischer Merkmale werden im Rahmen dieser Studie sogenannte „subjektive“ bzw. weiche Indikatoren zur Ermittlung der Diskrepanzen von Lebenslagen und Einstellungen zwischen Deutschen und Zuwanderern dargestellt und bewertet. Im Bereich des indikatoren-gestützten Integrationsmonitorings dominieren bisher Indikatoren, welche Integration (als messbaren Zustand verstanden) an strukturellen Merkmalen wie z. B. dem erfolgreichen Durchlaufen

„Die Verschmelzung harter und weicher Indikatoren soll Erklärungsansätze liefern.“

des Bildungs- und Qualifikationssystems sowie der Arbeitsmarktgliederung und der rechtlichen Teilhabe bewerten sollen.

Die Verschmelzung harter (objektiver) und weicher (subjektiver) Indikatoren soll Erklärungsansätze über mögliche systematische Zusammenhänge zwischen objektiv bestehenden Lebensräumen und auf sie bezogenen subjektiven Bewertungen und Verhaltensweisen liefern.

Diesbezüglich gewährleistet das methodische Design – die vergleichende Beobachtung und die Akzentuierung der subjektiven Komponenten – einen Einblick in die unterschiedlichen Lebensbereiche und die divergenten Wahrnehmungsmuster aus der Sicht der jeweiligen Befragten-gruppen. Davon ausgehend lassen die hier vorgestellten Auswertungen insbesondere Aussagen zu über:

- Lebens- und Wohnsituation,
- gesellschaftlicher und persönlicher Umgang der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen untereinander,
- identifikative und partizipative Abläufe inklusive deren formelle Beteiligungsinstanzen,
- Vorurteils- und Ablehnungshaltung sowie Orientierungsmuster und Einstellungen.

Um den Integrationsprozess systematisch abbilden zu können, wurde er, wie einleitend dargestellt, in unterschiedliche Dimensionen unterteilt.

Indikatoren-gestütztes Mehrebenenmodell der Integration

- **Institutionelle Dimension**
Arbeit, Bildung, Recht und Politik
- **Räumliche Dimension**
Wohnqualität, Wohnsegregation, Nachbarschaftsbeziehungen
- **Zeitliche Dimension**
Anfangsprobleme, Aufenthaltsdauer, Rückkehrabsichten
- **Relationale Dimension**
Soziale Netzwerke, institutionelle Kontakte
- **Kulturelle Dimension**
Sprachkompetenzen, kulturelle Orientierungen
- **Identifikatorische Dimension**
Zugehörigkeitsgefühl, Selbst- und Fremdwahrnehmung
- **Einstellungen/Verhalten der Mehrheitsbevölkerung**
Vorurteile, Ablehnungshaltung, zugestandene Rechte

Dementsprechend werden die in Form von erläuternden Texten und Graphiken aufbereiteten Analysen der „subjektiven“ Umfrageergebnisse im Folgenden in sieben verschiedenen Themenblöcken (Dimensionen) angeordnet. Trotz willkürlicher Isolierung der einzelnen Dimensionen kommt es zwischen den einzelnen Betrachtungsebenen häufig zu Überschneidungen. Dies ist vor dem Hintergrund einer Prozessbeschreibung in der Regel kaum zu vermeiden.

Zeitliche Dimension

Die Lebensphase, in der sich die Zuwanderung einer Person vollzogen hat, und die Dauer und Kontinuität des Aufenthalts im Einwanderungsland nehmen einen eigenständigen Einfluss auf den Verlauf von Integrationsprozessen. Der zeitliche Verlauf von Zuwanderungsbiographien ist aus diesem Grund als eigenständige Dimension berücksichtigt worden. Hierzu sind die folgenden Indikatoren erhoben worden: Herkunftsland (der Person und der Eltern), aktive und passive Zuwanderung (1. bzw. 2. Generation), Aufenthaltsdauer, anfängliche Schwierigkeiten, Rückkehrabsichten und Hilfsinstanzen. Ein Teil dieser Indikatoren besitzt bereits auch starke Aussagekraft für die nach-

folgend behandelte identifikatorische Dimension.

Verschiebungen zwischen aktiver und passiver Migrationserfahrung

Ob eine Person in einem anderen Land geboren, dort wesentliche Lebensabschnitte verbracht hat und dann erst in das Einwanderungsland zugewandert ist oder ob sie in diesem geboren ist und dort ihre prägenden Kindheits- und Jugenderfahrungen gemacht hat, besitzt im Regelfall einen Einfluss auf eine Vielzahl von Aspekten des Integrationsprozesses.

Als Konsequenz langandauernder Migrationen verschieben sich allmählich die Gewichte zwischen aktiver und passiver Wanderungsbiographie, d.h. zwischen 1. und 2. Generation. Während vor einigen Jahren die aktive Migration, d.h. die selbstdurchlebte Einwanderungserfahrung, eine wesentliche Rolle einnahm (durch verstärkte Arbeitsmigration und darauf folgenden Familiennachzug), zeigen sich heute zunehmend „passive“ Migrationsmuster. Über die Hälfte aller befragten Personen mit Migrationshintergrund weist innerhalb der untersuchten Stichprobe bereits einen passiven Migrationshintergrund auf. Dennoch lassen

sich Unterschiede innerhalb der befragten Zuwanderergruppen konstatieren (vgl. Abb. C1). Über 66% der Aussiedler haben – aufgrund einer relativ kurzen Zuwanderungsgeschichte dieser Gruppe – eine eigene Einwanderung realisiert, gefolgt von der Gruppe der Ausländer mit 57%, die selbst zugewandert sind. Hingegen sind nur knapp 40% der Eingebürgerten selbst eingewandert, die überwiegende Mehrheit ist in Deutschland geboren. Solche Befunde gehen mit der rechtlichen Regulation der Statuskriterien und der Aufenthaltsdauer einher (wie z. B. rechtlicher Status der Eltern usw.). De facto verfügen mehr als Dreiviertel der befragten Zuwanderer über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis (82%).

Langjährige Migrationserfahrung

Auch die Länge des Aufenthalts im Einwanderungsland nimmt im Regelfall Einfluss auf den Verlauf und die Erfolge von Integrationsprozessen, auch wenn diese rein „temporale“ Variable nur wirksam wird im Zusammenhang mit den während der entsprechenden Zeiträume sozial und kulturell wirksamen Integrationsfaktoren.

Innerhalb der untersuchten Stichprobe weisen über die Hälfte der befragten Personen mit Mi-

Subjektive Indikatoren

grationshintergrund einen relativ langen Aufenthalt in Deutschland auf. Ihre Aufenthaltsdauer beträgt in der Tat zwanzig Jahre und länger (vgl. Abb. C2).

Den Zuwandererkategorien zufolge sind die Eingebürgerten diejenigen, die über einen dauerhafteren Aufenthalt in Deutschland verfügen. Ihr Anteil innerhalb der Klasse „zwanzig Jahre und länger“ liegt bei 60%, gefolgt von den Ausländern (50%). Bei den Aussiedlern hingegen beträgt der Anteil gerade mal 16%. Faktisch weist diese Gruppe im Vergleich zu den anderen Zuwanderergruppen insgesamt eine relativ kurze Aufenthaltsdauer bzw. kurze Migrationserfahrung auf.

Bei der überwiegenden Mehrheit der Aussiedler konzentriert sich die Aufenthaltsdauer auf den Zeitraum „zehn bis neunzehn Jahre“ (53%). Die unterschiedlichen Aufenthaltszeiträume sind zum einen als Konsequenz der rechtlichen Aufenthaltsbedingungen (z. B. Staatsangehörigkeitsrecht usw.) als auch der politisch gesteuerten Wanderungswellen (z. B. Anwerbemigration) eines Landes zu werten. Der individuelle „Stabilisierungswunsch“ und die unterschiedlichen Migrationshintergründe

(strukturelle Ausgangsbedingungen, Auswanderungsmotivation) der jeweiligen Zuwanderergruppen stellen hierbei andererseits eine wesentliche Einflusskomponente dar.

Alle haben mehr oder weniger die gleichen Anfangsprobleme durchlebt

Besonders prägend für die Integrationsbiographie von Zuwanderern ist im Regelfall die erste Phase ihres Aufenthalts im Einwanderungsland, in der entscheidende Weichen für die nachfolgenden Phasen gestellt werden. Um Eingliederungsprozesse annähernd beschreiben zu können, müssen Wanderungsbiographien deshalb auch hinsichtlich der Erlebnisse sowie der Erfahrungen der Anfangszeit betrachtet werden. Durch derartige Beschreibungen können wesentliche Hilfsangebote auf bestimmte Lebensbereiche zugeschnitten werden, die als Eingliederungshilfen im Integrationsprozess einen positiven Einfluss nehmen können. Gleichzeitig können diese aber auch die Aufnahme- und die Integrationsbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft signalisieren.

Wie aus Abbildung C3 zu entnehmen ist, werden sprachliche Barrieren von allen befragten Zuwanderern an erster Stelle genannt. Als

besonders problematisch gestaltet sich die Arbeits- und Wohnungssuche. Ebenso schwierig wird der Aufbau von sozialen Kontakten empfunden, wie z. B. Freunde zu finden und nachbarschaftliche Verhältnisse zu festigen.

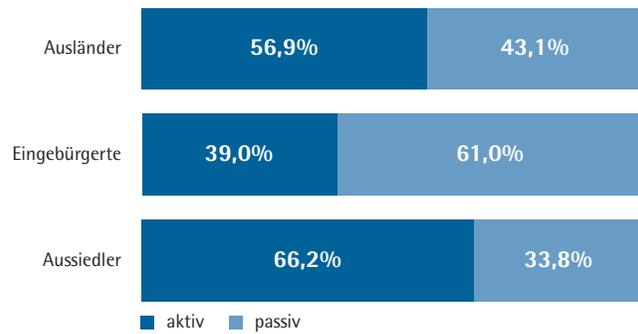
„Sprachliche Barrieren werden von allen befragten Zuwanderern an erster Stelle genannt.“

Innerhalb der Zuwanderergruppen sind es die Ausländer, die rückblickend vermehrt auf Schwierigkeiten gestoßen sind.

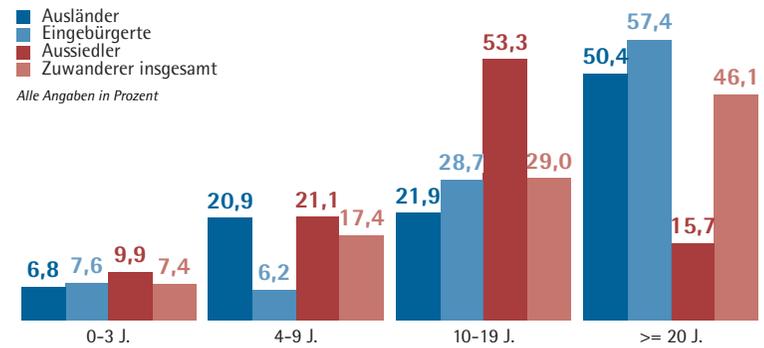
Innerethnische Netzwerke als wesentliche Eingliederungsinstanzen

Besonders in der Anfangszeit erweisen sich die innerethnischen und familiären Netzwerke als wesentliche und gut funktionierende Hilfsinstanzen. Vornehmlich wurden von den Befragten, neben den familiären Bezugspersonen (Partner, Verwandte), auch Freunde genannt. Kaum Unterstützung leistete, so die überwiegende Mehrheit der Zuwanderer, die deutsche Gesellschaft (Nachbarschaft, Bekannte usw.). Hingegen – wie aus Abb. C4 ersichtlich – be-

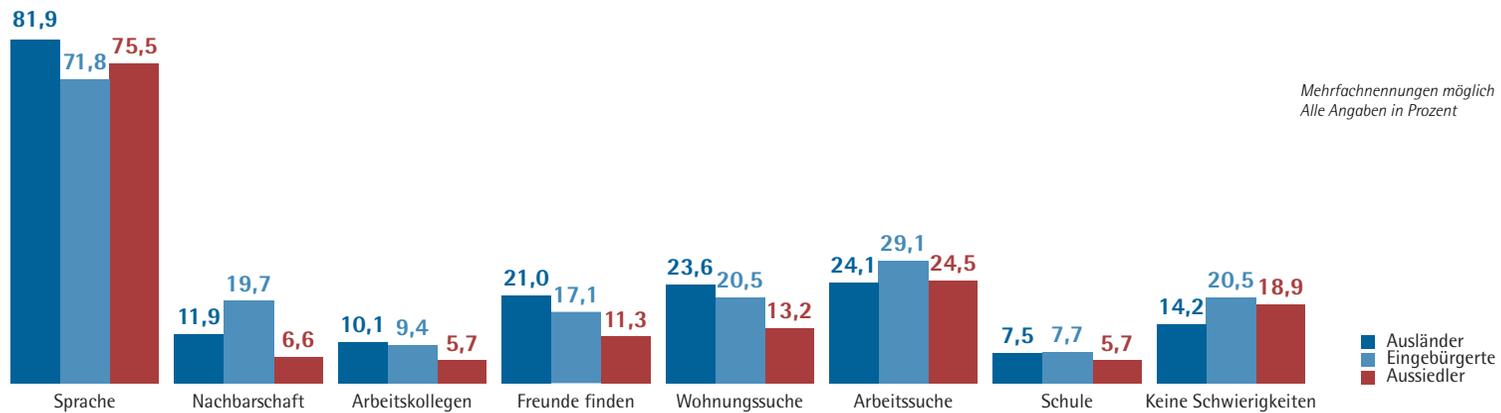
C1: Aktive vs. passive Migrationserfahrung



C2: Aufenthaltsdauer



C3: Anfangsschwierigkeiten



Subjektive Indikatoren

kamen Aussiedler (30%), im Vergleich zu den anderen Zuwanderergruppen, vermehrt formelle Unterstützung durch Institutionen (wie z. B. deutsche Behörden).

Positive Bilanz: Die meisten Erwartungen haben sich erfüllt

Der Umfang, in dem sich die mit der Zuwanderung verbundenen Erwartungen erfüllt haben, beeinflusst entscheidend die Zufriedenheit von Zuwanderern mit ihrer Lebenssituation im Einwanderungsland und trägt im Regelfall auch zu einer erhöhten Bindung und Identifikation in Bezug auf dieses Land bei. Unterschiedliche Migrationsmotive bedingen dabei gleichzeitig unterschiedliche Erwartungshaltungen, die einen Einfluss auf die jeweiligen Lebensgestaltungsräume einnehmen können. Für durch-

„Nur 4% der Zuwanderer wollen ganz gewiss zurückkehren.“

schnittlich 30% aller Zuwanderer haben sich die Anfangerwartungen erfüllt. Sie haben ihre Vorhaben und Wünsche über die Jahre hinweg realisieren können. Am wenigsten empfinden

dies jedoch Ausländer (ca. 29%), während Aussiedler mit einem Anteil von über 36% zu denjenigen gehören, die positiv zurückblicken können (vgl. Abb. C5). Die unterschiedliche Wahrnehmung kann u. a. auf die begrenzten Teilhabemöglichkeiten – sowohl in rechtlicher als auch in ökonomischer Hinsicht – der jeweiligen Gruppen zurückgeführt werden.

Die meisten wollen bleiben

Zurückkehren oder bleiben? Aus welchem Blickwinkel die Frage auch beantwortet wird, es handelt sich zumeist um das Abwägen von Pro- und Contra-Argumenten für ein Bleiben oder Fortgehen. Ob es sich hierbei um ökonomische Aspekte, rechtliche Statuskriterien (wie z. B. eine fehlende, unbefristete Aufenthaltserlaubnis) oder bestehende soziale und familiäre Netzwerke im Herkunftsland handelt, die Remigrationsmotive können vielfältig sein.

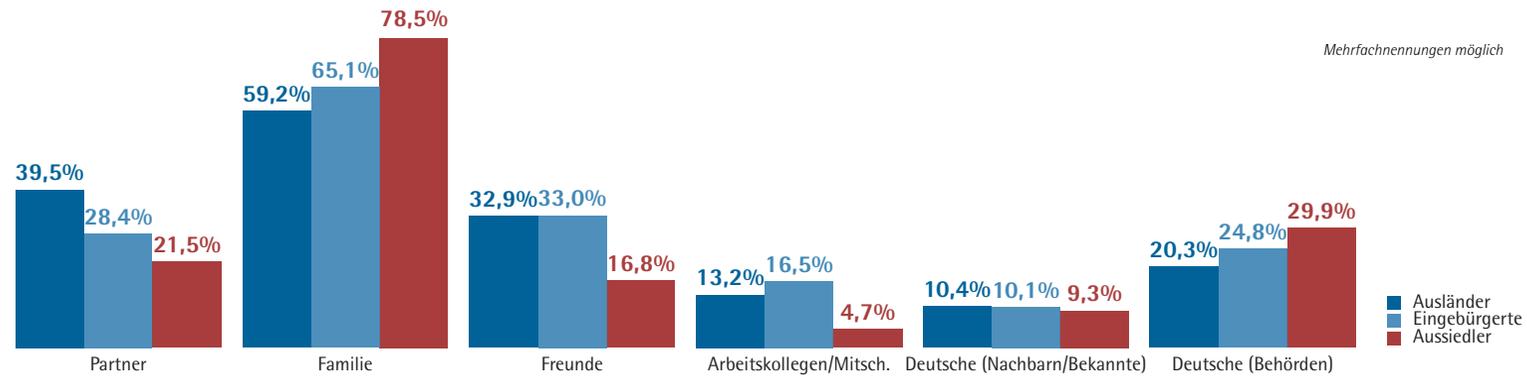
Wie hoch ist der Anteil derer, die eigentlich zurückkehren wollen? Den Befunden zufolge sind es insgesamt nur 4% der Zuwanderer, die ganz gewiss zurückkehren wollen (vgl. Abb. C6a). Vor dem Hintergrund einer langen Aufenthaltsdauer (über 50% der Befragten leben bereits zwanzig Jahre und länger in Deutschland) ist

eine eindeutige Rückkehrabsicht – wie erwartet – selten vorzufinden.

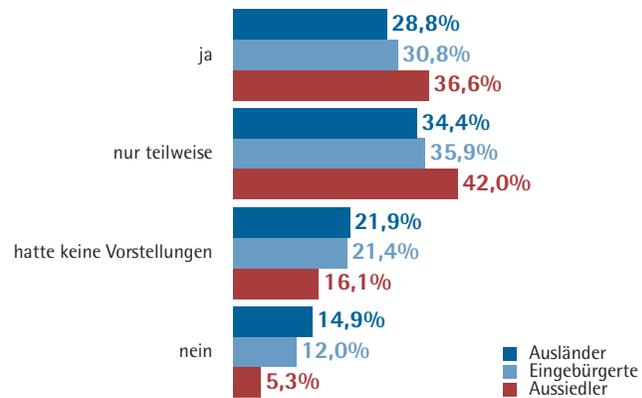
Ein solcher Befund kann als Indiz für langfristig angelegte Migrationsprojekte gelten und als Ausdruck einer starken Bindung und Identifikation in Bezug auf das Einwanderungsland interpretiert werden. Andererseits kann die Entscheidung für ein weiteres Leben in diesem Land aber auch auf eventuell fehlenden Perspektiven bei einer Rückkehr in das Herkunftsland basieren (wie z. B. fehlende soziale Netzwerke, Arbeitslosigkeit, institutionelle Hürden usw.).

Auf die Frage, ob eine Rückkehrabsicht besteht oder nicht, antworten 70% der Zuwanderer, dass sie „ganz sicher nicht“ und/oder „wahrscheinlich nicht“ in ihre Herkunftsländer zurückkehren möchten. Innerhalb der Zuwanderergruppen sind es die Aussiedler, die am eindeutigsten eine Rückkehrabsicht ablehnen (70,3%). Demgegenüber beträgt dieser Anteil bei den Ausländern knapp 31%; bei den Eingebürgerten sind es bereits deutlich mehr – nämlich über die Hälfte (50,2%) (vgl. Abb. C6b).

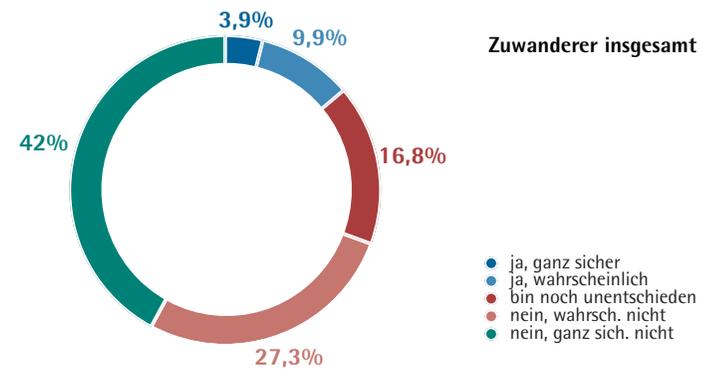
C4: Anfängliche Unterstützung



C5: Erwartungen erfüllt?



C6 (a): Rückkehrabsichten



Subjektive Indikatoren

Die vertiefende Analyse hinsichtlich struktureller Merkmale wie Alter, Geschlecht und Berufsabschluss lässt zunächst keine nennenswerten geschlechtsspezifischen Differenzen erkennen (vgl. Abb. C7a). Die altersspezifische Differenzierung bringt – im Gegensatz zur Geschlechterverteilung – deutliche Ergebnisse zum Vorschein: es zeigt sich ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Alter und Rückkehrabsichten. Je jünger die Befragten, desto geringer die Neigung zur Rückemigration (vgl. Abb. C7b). Bei den 18- bis 24-Jährigen Zuwanderern liegt der Anteil der Personen, die „ja wahrscheinlich“ oder „ganz sicher zurückkehren“ möchten, bei gerade 8,7%. Dieser Wert steigt je höher die Alterskategorien sind: bei den 60- bis 75-Jährigen liegt der Rückkehreranteil bei etwa 20%. Unter den „Unentschlossenen“ finden sich allerdings die 25- bis 44-Jährigen Zuwanderer mit einem Anteil von knapp 22% (stärkste Ausprägung innerhalb der Verteilung) wieder.

Ausgehend davon, dass die Gruppe hinsichtlich ihrer Bildungs- und Qualifikationsabschlüsse die größten Defizite innerhalb der Zuwanderergruppen aufweist, wird eine zusätzliche Differenzierung nach Berufsabschlüssen vorgenommen (vgl. Abb. C8).

Unter denjenigen, die konkrete Rückkehrabsichten („ja, wahrscheinlich“ oder „ja, ganz sicher“) geäußert haben, finden sich mit gut 18% verstärkt Personen wieder, die keinen Berufsabschluss haben. Auch die sog. „Unentschlossenen“ sind in dieser Gruppe relativ stark vertreten (18,4%). Insgesamt lässt sich dennoch kein eindeutiger linearer Zusammenhang zwischen Berufsabschluss und Rückkehrabsichten konstatieren. Dies zeigt sich u. a. bei denjenigen, die eine Berufsausbildung absolviert haben.

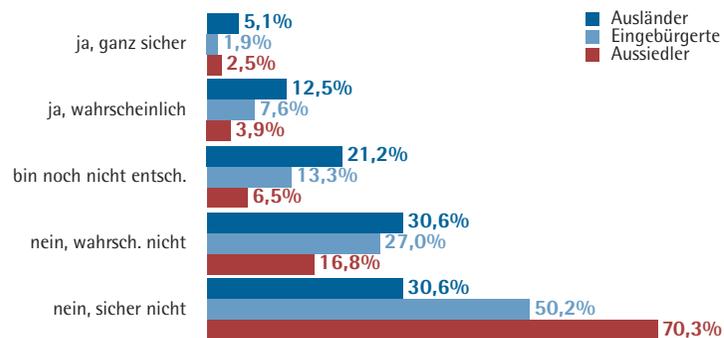
Insgesamt ist eine verstärkte Bleibeabsicht der Befragten sicherlich auch an identifizierbaren Aspekten (siehe Zugehörigkeitsgefühl und Verbundenheitsgrad) festzumachen, die zum einen durch eine Verwurzelung in Deutschland und durch familiäre bzw. ökonomische Faktoren bedingt sind, und zum anderen durch die strukturellen Eingliederungserwartungen (wie z. B. durch Partizipation, rechtliche Gleichstellung, Reisefreiheit usw.) determiniert sind.

Konklusionen: erfolgreiche Integrationsbiographien und gruppenspezifische Enttäuschungen

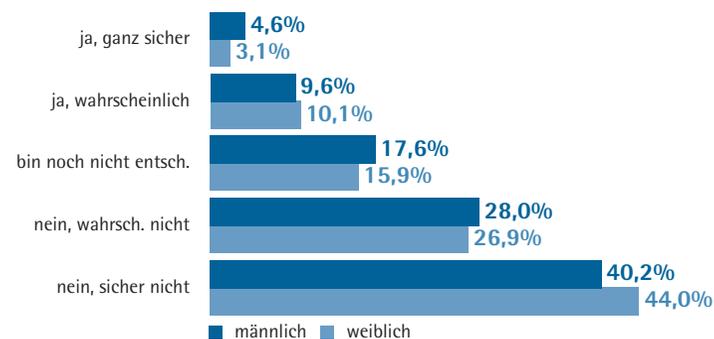
In der Auswertung der strukturellen Indikatoren hatte sich bereits eine Abstufung zwischen den drei unterschiedenen Zuwanderergruppen ergeben. Während integrationsrelevante bildungs- und arbeitsmarktbezogene Problemlagen in der Gruppe der Ausländer durchweg überrepräsentiert waren, traten diese im Regelfall seltener bei der Gruppe der Eingebürgerten auf und besaßen bis auf wenige Ausnahmen deutlich geringeres Gewicht für die Gruppe der Aussiedler.

Dieser Befund setzt sich auch in Bezug auf die für diese Gruppen typischen Integrationsbiographien fort. Dies gilt, obwohl die Mitglieder der Aussiedlergruppe aufgrund der spezifischen Migrationsgeschichte dieser Gruppe mit einem Anteil von 66% (gegenüber 57% bei den Ausländern und 39% bei den Eingebürgerten) deutlich überproportional selbst zugewandert sind und mit 16% (im Vergleich zu 50 bzw. 58% bei den anderen beiden Gruppen) auch das „Schlusslicht“ in der Gruppe derjenigen Zuwanderer darstellen, die sich zwanzig Jahre und länger

C6 (b): Rückkehrabsichten nach Zuwanderergruppen

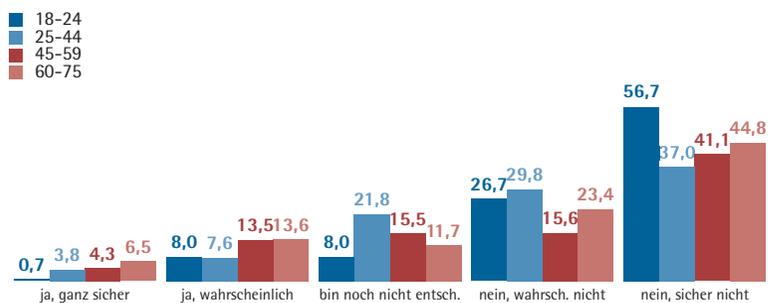


C7 (a): Rückkehrabsichten nach Geschlecht

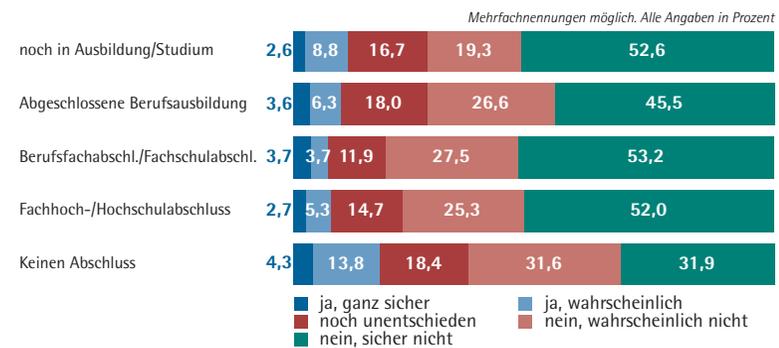


C7 (b): Rückkehrabsichten nach Alter

Alle Angaben in Prozent



C8: Rückkehrabsichten und Berufsabschluss



Subjektive Indikatoren

in Deutschland aufhalten. Trotz einer solch zeitlich relativ begrenzten „Integrationsgeschichte“ weist diese Gruppe in allen Bereichen Werte auf, die für eine engere Bindung an das Einwanderungsland als bei den anderen beiden Gruppen spricht.

Dies beginnt bei der in Deutschland erfahrenen Unterstützung durch deutsche Behörden, die von den Aussiedlern zu 30% angegeben wird (von den Ausländern zu 20 und den Eingebürgerten zu 25%), während es allerdings in Bezug auf eine von der deutschen Bevölkerung geleistete Unterstützung keine signifikanten Unterschiede gibt.

Die mit ihrer Zuwanderung verknüpften Erwartungen dieser Gruppe haben sich bei 37% ihrer Mitglieder erfüllt und bei 5% nicht, während die entsprechenden Werte für die Eingebürgerten 31 und 12% und für die Ausländer 29 und 15% betragen. Noch deutlicher schlägt sich diese relative Zufriedenheit mit ihrer Lebenssituation in Deutschland darin nieder, dass die Aussiedler zu 70% erklären, dass sie „ganz sicher nicht in ihr Herkunftsland“ zurückkehren möchten, während die Eingebürgerten sich in dieser

Hinsicht zu 50% und die Ausländer nur zu 31% sicher sind. Diese deutlichen Unterschiede hängen sicherlich auch mit rechtlichen Statusfragen für eine eventuelle Rückkehr ins Herkunftsland und mit einer unterschiedlichen Attraktivität der Herkunftsländer für eine solche Rückkehr zusammen, sind aber sicherlich auch als Ausdruck einer stärkeren bzw. schwächeren Bindung an das Einwanderungsland zu verstehen.

Ebenfalls bestätigt sich der obige Befund einer Verbesserung der Integrationsbedingungen im Generationenzyklus: Auch in Bezug auf die Rückkehrabsichten weist die jüngere Generation der 18- bis 24-Jährigen eine deutlich stärkere Bindung an das Einwanderungsland bzw. eine deutlich stärkere Distanz zum Herkunftsland auf: In dieser Altersgruppe wollen 83% sicher oder wahrscheinlich nicht zurückkehren und nur 9% dies auf jeden Fall oder wahrscheinlich tun. (Die entsprechenden altersgruppenübergreifenden Werte betragen 69 und 14%.)

Schließlich zeigt sich, dass – jenseits von zuwanderergruppen- und altersgruppenspezifischen Einflüssen – auch strukturelle Be-

dingungen Einfluss auf die Bindung an das Einwanderungsland bzw. die Distanz zum Herkunftsland nehmen. In der Gruppe der Zuwanderer ohne Berufsabschluss beträgt der Anteil derjenigen, die ganz sicher oder wahrscheinlich in ihr Herkunftsland zurückkehren möchten, 18% und derjenigen, die dies ganz sicher oder wahrscheinlich nicht tun werden, 64%, während sich die entsprechenden Werte für die anderen Berufsabschlussgruppen unter 10 bzw. deutlich über 70% bewegen. Augenscheinlich nimmt eine schlechtere berufliche Position entscheidenden Einfluss auf die innerhalb des persönlichen Migrationsprojekts gesetzten Akzente.

Insgesamt ergibt sich so das Bild einer Zuwandererbevolkerung, die in der weitaus großen Mehrheit mit der Art und Weise, in der sich ihre Erwartungen an ihr Migrationsprojekt in Deutschland erfüllt haben, zufrieden ist und auf dieser Basis Deutschland als ihr Lebenszentrum akzeptiert hat – allerdings mit einem nicht unerheblichen Anteil von „Unzufriedenen“ und „Rückkehrwilligen“ vor allem in der Gruppe der Ausländer.

Identifikatorische Dimension

Die Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe findet ihren Ausdruck auch in der Stärke der Identifikation ihrer Mitglieder mit dieser Gruppe und den symbolischen Formen, in denen sich diese Identifikation manifestiert. Integration in die Einwanderungsgesellschaft ist deshalb auch fassbar über die Selbstzuordnungen von Zuwanderern zu sozialen Gruppen und politisch-territorialen Einheiten (Staat, Region, Stadt, Nachbarschaft).

Für diese Dimension sind die folgenden Indikatoren, die Einfluss auf die Identifikation mit dem Einwanderungsland nehmen bzw. Ausdruck dieser Identifikation sind, erhoben worden: räumliche Identifikation (Ort/Gegend, in der man sich zu Hause fühlt) und Gruppenidentifikation (Zugehörigkeitsgefühl).

Eingebürgerte fühlen sich überall wohl, Ausländer und Aussiedler setzen eindeutige Akzente

Die Verbundenheit von Personen mit dem Land, der Stadt und dem Ortsteil, in dem sie aktuell leben, stellt ein zentrales Element ihrer Identität und ihrer Identifikationen dar. Da auch heute noch vor allem nationalstaatlich

verfasste Gesellschaften den Bezugsrahmen für „Integration“ darstellen, kommt dabei den Identifikationen mit dem Staat des aktuellen Lebenszusammenhangs und dem Herkunftsstaat eine besondere Bedeutung zu. Allerdings spielen sich Integrationsprozesse durchaus auch auf der Ebene der Stadt und des Stadtteils ab. Aus diesem Grunde kommt auch den Zugehörigkeitsgefühlen zu diesen politisch-territorialen Einheiten eine gewisse Bedeutung zu. Und auch die Zugehörigkeitsgefühle zu übernationalen Zusammenhängen können Hinweise auf die Art der politisch-territorialen Identifikationen von sozialen Gruppen liefern.

Ein Gesamtvergleich zwischen Deutschen und Zuwanderern im Hinblick auf die Eigenzuweisung regionaler und nationaler Identitäten

„Deutsche und Zuwanderer fühlen sich hauptsächlich mit ihrer Stadt und ihrem Stadtteil verbunden.“

lässt zunächst keine eindeutigen Unterschiede innerhalb der beiden Gruppen erkennen. Bei-

de fühlen sich hauptsächlich mit ihrer Stadt und ihrem Stadtteil sehr verbunden. Nachvollziehbar scheint auch die Tatsache, dass sich Deutsche mit überwiegender Mehrheit (knapp 60%) mit Deutschland verbunden fühlen, während sich Ausländer je zur Hälfte sowohl mit Deutschland als auch mit ihrem Herkunftsland identifizieren. Allein über den Zugehörigkeitsgrad der Befragten mit Europa lässt sich innerhalb der Verteilung ein erwähnenswerter Unterschied zwischen Zuwanderern und Deutschen erkennen. Deutsche identifizieren sich stärker als Europäer.

Auch innerhalb der Zuwanderergruppen treten deutlich erkennbare Unterschiede hervor. Aussiedler fühlen sich nur wenig mit ihrem Herkunftsland (18%), ihrem Stadtteil (32%) und mit Europa (15%) verbunden (vgl. Abb. C9).

Bei den Eingebürgerten sind – mit Ausnahme einer verstärkten Verbundenheit mit Europa – keine eindeutigen Präferenzen erkennbar, während sich Ausländer zu 56% noch mit Ihrem Herkunftsland identifizieren. Sicherlich sollten bei der Interpretation der unterschiedlichen Verbundenheitsgrade und Zugehörigkeitsgefühle wesentliche Faktoren wie z. B. die

Subjektive Indikatoren

unterschiedlichen Migrationsgeschichten, die Aufenthaltsdauer und das Alter der Befragten mitberücksichtigt werden. Bei den Eingebürgerten lässt sich, unter Berücksichtigung der o. g. Faktoren, ein ausgeprägter Identifikationsgrad mit der Mehrheitsbevölkerung beobachten.

Nur Aussiedler identifizieren sich eher als Deutsche

Noch deutlicher als die Verbundenheit mit bestimmten nationalstaatlich definierten Orten lässt sich die Identifikation mit der jeweiligen staatstragenden Bevölkerungsgruppe als Indiz für eine Integration in die Einwanderungsgesellschaft verstehen. Bei der Bewertung solcher Selbstzuschreibungen ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich hierbei die Frage der Zugehörigkeit zur staatstragenden Bevölkerungsgruppe häufig mit der Staatsangehörigkeit überlagert, sodass in diesem Bereich bei Ausländern allein aus begrifflichen Gründen schon eine schwache Selbstidentifikation als „Deutsche“ zu erwarten ist.

Auf die Frage, ob man sich eher als Deutscher oder eher als Zuwanderer sieht, antworten 30% der befragten Aussiedler, dass sie sich

eher als Deutsche sehen. Diesem Anteil stehen die Anteile bei den Eingebürgerten (18%) und den Ausländern (8%) konträr gegenüber (vgl. Abb. C10a). Als ein mögliches Indiz für die jeweilige Selbstzuschreibungsstärke kann auch der mittlere Wert (teils/teils) gewertet werden: Je stärker bzw. eindeutiger die eigene Positionierung innerhalb der Merkmalsausprägungen „Deutscher bzw. Zuwanderer“ ist, umso geringer der mittlere Wert. Bei den Aussiedlern liegt er erstaunlicherweise bei 46%, bei den Eingebürgerten bei 39% und bei den Ausländern bei 26% (vgl. Abb. C10b).

Zuwanderer positionieren sich in der sozialen Schichtung eher „unten“

Die Selbstverortung innerhalb der sozialen Hierarchie ist als Ausdruck der wahrgenommenen Randstellung bzw. Privilegierung innerhalb eines gesellschaftlichen Zusammenhangs zu verstehen. Unabhängig ob eine solche Wahrnehmung der tatsächlichen Stellung im Schichtungssystem entspricht, beeinflusst sie zentral die Wahrnehmung der eigenen Partizipations- und Einflussmöglichkeiten und die Identifikation der betreffenden Person mit der gesellschaftlichen Gliederung der Einwanderungsgesellschaft.

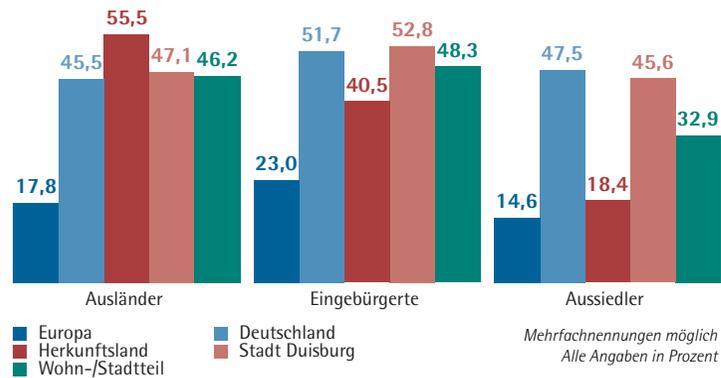
Insgesamt positionieren sich alle Befragtengruppen – Zuwanderer und Deutsche – vorwiegend im mittleren Wertebereich bzw. in der „Mittelschicht“. Dieser sog. mittlere Wert liefert in diesem Zusammenhang keine konkreten Schlussfolgerungen. Aufschlussreicher sind im

„Ausländer identifizieren sich zu 56% noch mit ihrem Herkunftsland.“

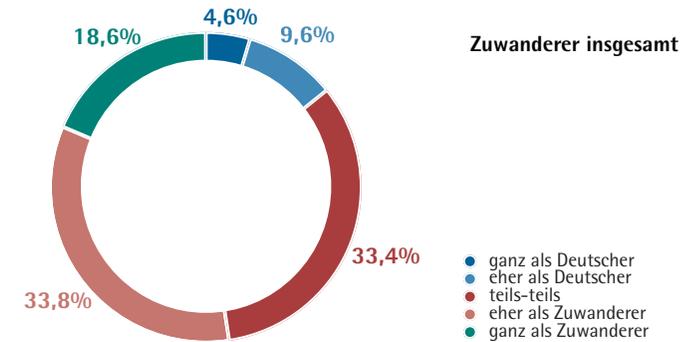
Gegensatz dazu die jeweiligen „Extremwerte“ innerhalb der Verteilung. Demzufolge zeigt sich bei den Deutschen eine deutliche Tendenz zur „oberen Mittelschicht und/oder Oberschicht“.

Innerhalb der Zuwandererkategorien gilt dies auch für die Eingebürgerten. Die Aussiedler und die Ausländer ordnen sich hingegen eher der „Unterschicht“ und der „unteren Mittelschicht“ zu. Wie aus der Graphik hervorgeht (vgl. Abb. C11), sind es überwiegend die Ausländer, die sich im Vergleich zu den anderen Zuwanderergruppen verstärkt innerhalb der „Unterschicht“ einordnen.

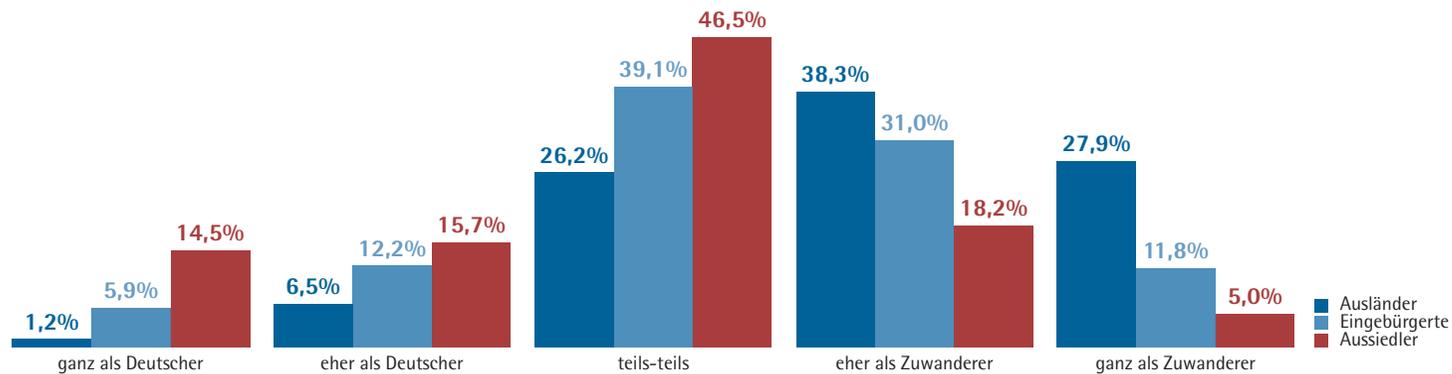
C9: Zugehörigkeitsgefühl



C10 (a): Fühlen sie sich eher als Deutscher oder ...



C10 (b): Fühlen sie sich eher als Deutscher oder ...



Subjektive Indikatoren

Sind Deutsche fleißig, ordnungsliebend und pflichtbewusst, aber emotional kalt?

Auch die Art und Weise, in der die Zuwanderer die Mehrheitsbevölkerung wahrnehmen, trägt nicht unerheblich dazu bei, wie stark sie zu dieser Bevölkerung Gemeinsamkeiten oder auch Distanzen verspüren und stellt damit einen Aspekt der Integration zwischen beiden Gruppen dar. Um die Besonderheiten der Fremdwahrnehmung der deutschen Mehrheitsbevölkerung durch die Zuwanderergruppen deutlich hervortreten zu lassen, ist diese Wahrnehmung mit der Selbstwahrnehmung der deutschen Mehrheitsbevölkerung vergleichend analysiert worden.

Um Diskrepanzen zwischen der Selbstwahrnehmung der Deutschen und der Fremdwahrnehmung der Zuwanderer erfassen zu können, wurden gängige Vorurteilsbilder gegenüber den Deutschen als Grundlage für unterschiedliche Merkmalszuschreibungen angewandt. Demnach soll einerseits die Wahrnehmung der Zuwanderer hinsichtlich bestimmter Vorurteilshaltungen und möglicher Typologisierungen der deutschen Mehrheitsbevölkerung untersucht werden. Gleichzeitig werden aber auch eigene Identifikationsmuster der Deut-

schen (Selbstwahrnehmung) vergleichend analysiert. Die unterschiedlichen Bewertungen werden auf einer Skala von eins (stimme überhaupt nicht zu) bis sieben (stimme völlig zu) abgebildet. Die entsprechenden Skalenmittelwerte sind der Abbildung C12 zu entnehmen.

Sowohl negativ als auch positiv besetzte Verhaltensmuster der Deutschen wurden von beiden Gruppen weitgehend einvernehmlich abgelehnt bzw. befürwortet. Eine deutliche Diskrepanz lässt sich zwischen dem Skalen-

„Bei den Zuwanderern zeichnet sich eine latente Vorurteilshaltung ab.“

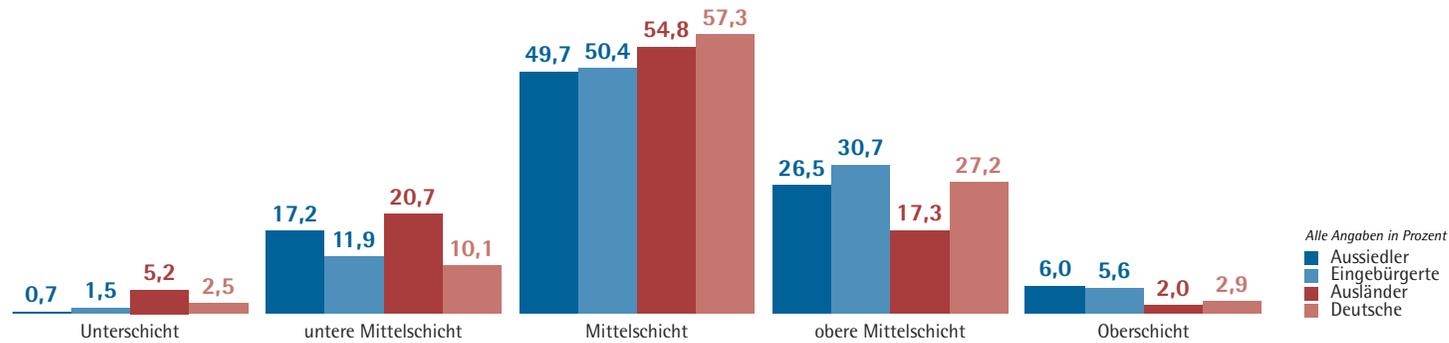
mittelwert der Deutschen (4,61) und dem der Zuwanderer (3,95) erkennen, wenn es darum geht, die Deutschen als tolerant und gastfreundlich zu bewerten. Diese Aussage wird von den Zuwanderern eher abgelehnt. Ebenso unterschiedlich positionieren sich die Zuwanderer im Hinblick auf die Aussage „Deutsche sind emotional kalt“. Der „Gefühlskälte“ der Deutschen stimmen die Zuwanderer mit einem

Mittelwert von 4,26 zu. Die Deutschen lehnen sie mit einem Mittelwert von 2,91 deutlich ab.

Erwähnenswert ist innerhalb der dargestellten Verteilung der Mittelwerte die Übereinstimmung zwischen Deutschen und Zuwanderern im Hinblick auf die Aussage „Deutsche sind pflichtbewusst und gehorsam“ (Deutsche: 5,02 versus Zuwanderer: 5,09), obgleich es sich hierbei für die deutschen Befragten um eine möglicherweise negative Konnotation handeln kann.

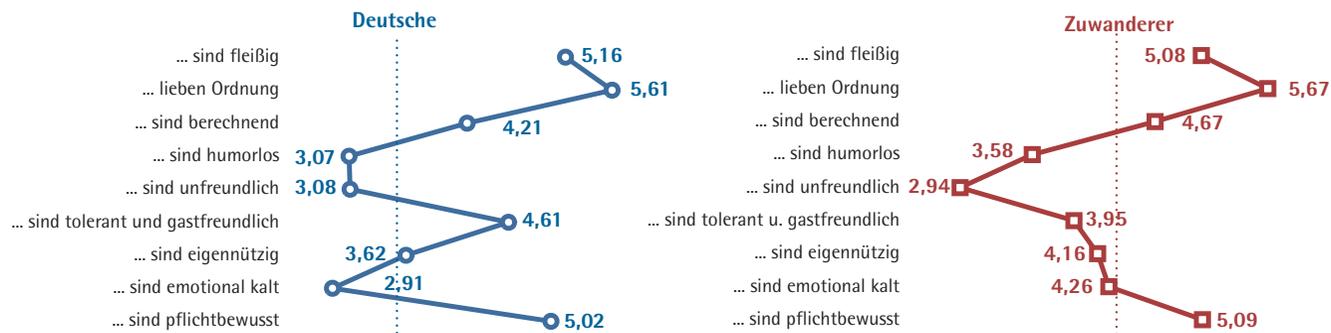
Insgesamt betrachtet können – bis auf wenige Abweichungen – keine gravierenden Diskrepanzen zwischen den Beurteilungen der Deutschen und denen der Zuwanderer beobachtet werden. Allerdings zeichnet sich bei den Einschätzungen der Zuwanderer eine latente Vorurteilshaltung ab, was sich in den Aussagen „Deutsche sind emotional kalt, berechnend und eigennützig“ widerspiegelt.

C11: Gesellschaftliche Positionierung nach Befragtengruppen



C12: Wahrnehmung der Deutschen: Selbst- und Fremdeinschätzung

"Nun werde ich Ihnen einige Aussagen über die Deutschen bzw. Zuwander vorlesen. Ich bitte Sie mir an Hand einer Skala von 1 bis 7 zu sagen, ob Sie dieser Aussage zustimmen oder nicht."



Anm.: Mittelwerte auf einer Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme völlig zu).

Subjektive Indikatoren

Konklusionen: geteilte Identifikationen mit dem deutschen Staat und der deutschen Bevölkerung

Wie schon oben angedeutet, besteht die Möglichkeit, dass Ausländer in Bezug auf die abgefragten Identifikationen mit Deutschland und ihrem Herkunftsland und der deutschen bzw. Zuwanderergruppe allein schon aufgrund der bloßen Tatsache ihrer ausschließlich ausländischen Staatsangehörigkeit eher zu einer Selbstzuordnung zu ihrem Herkunftsland und ihrer Herkunftsgruppe neigen. Diese Tendenz bestätigt sich tatsächlich in den Daten. Mehr als die Hälfte der Ausländer (56%) fühlt sich ihrem Herkunftsland verbunden und nur 46% dem Einwanderungsland Deutschland. Bei den Eingebürgerten kehren sich diese Werte tendenziell um: 41% optieren für ihr Herkunftsland, 52% für Deutschland. Von diesen nahezu paritätisch geteilten Verbundenheitsgefühlen setzen sich die Aussiedler eindeutig ab, indem sie sich nur mit 18% mit ihrem Herkunftsland, dagegen mit 48% mit Deutschland verbunden fühlen.

Diese geteilten Identifikationen treten bei der Selbstzuordnung zur Gruppe der Deut-

schen bzw. der Zuwanderer noch deutlicher hervor. Insgesamt identifizieren sich hierbei nur 14% der Zuwandererpopulation ganz oder eher als Deutscher, während 52% sich ganz oder eher als Zuwanderer verstehen.

Dieser deutliche Befund ist zwar dadurch zu relativieren, dass durch den in der Befragung eingesetzten Filter (siehe hierzu die Einleitung) ein gewisser Teil der Zuwandererbevolkerung aus der Aussiedlergruppe aufgrund ihres zu Beginn der Befragung geäußerten

„Die genannten Anteile weisen auf starke Probleme auf Seiten der Zuwandererbevolkerung hin, sich als Deutsche zu identifizieren.“

Selbstverständnisses als Deutsche dann tatsächlich auch für die weitere Befragung und Auswertung als Deutsche behandelt worden ist. Die Anzahl der sich als Deutsche identifizierenden Zuwanderer wurde durch dieses Vorgehen also von vornherein reduziert.

Dessen ungeachtet weisen die genannten Anteile auf starke Probleme auf Seiten der Zuwandererbevolkerung hin, sich als Deutsche zu identifizieren. Und dies betrifft eben nicht nur die Gruppe der Ausländer, die aus den bereits genannten Gründen hierbei besonderen Schwierigkeiten gegenübersteht, sondern auch die der Eingebürgerten. Auch unter ihnen verstehen sich 43% ganz oder eher als Zuwanderer und nur 18% ganz oder eher als Deutsche. Allein die Werte für die Aussiedler sprechen eine andere Sprache: Mit 31% versteht sich hier eine Mehrheit (gegenüber 23%, bei denen ein Zuwanderer-selbstverständnis vorherrscht) als Deutsche. Darüber hinaus ist durch das beschriebene Filterverfahren aus dieser Gruppe bereits vorweg ein Teil aufgrund seiner Selbstidentifikation als Deutscher ausgegliedert worden. Da dieser Teil zum genannten Prozentsatz der deutschen Selbstidentifikation hinzuaddiert werden müsste, ist von einer eindeutigen Dominanz eines deutschen Selbstverständnisses bei der Aussiedlergruppe auszugehen.

Umgekehrt ist allerdings auch darauf hinzuweisen, dass diese Gruppe mit einem Wert von 46% (gegenüber 47% bei den Auslän-

dern und 53% bei den Eingebürgerten) die niedrigste Verbundenheit mit der Stadt Duisburg und den deutlich niedrigsten Wert in Bezug auf die Verbundenheit mit ihrem Stadtteil aufweist (33% gegenüber 46% bei den Ausländern und 48% bei den Eingebürgerten). Inwiefern dies mit der spezifischen Zuwanderungs- und Ansiedlungsgeschichte der Aussiedlergruppe zusammenhängt (etwa mit kürzerer Aufenthaltsdauer, schwächerer räumlicher Konzentration oder größerer Mobilität), kann aufgrund der vorliegenden Daten nicht überprüft werden.

Die Art und Weise, in der Zuwanderer die deutsche Mehrheitsbevölkerung (im Unterschied zu deren Selbstbild) wahrnimmt, liefert hingegen keine starken Befunde im Sinne einer Distanzierung der Zuwanderergruppe von der Mehrheitsbevölkerung. Trotz einiger deutlich abweichender Werte im Bereich von Toleranz und Emotionalität deckt sich die Fremdwahrnehmung der deutschen Bevölkerung von Seiten der Zuwanderer weitgehend mit deren Selbstwahrnehmung.

Die Selbstverortung der drei Gruppen im Schichtungssystem der deutschen Gesell-

schaft bestätigt schließlich aus der Perspektive ihrer Selbstwahrnehmung erneut die schwierigere Position der Ausländergruppe, sowie sie sich anhand der strukturellen Indikatoren bereits gezeigt hatte. Während sich nur 0,7% der Aussiedler und 1,5% der Eingebürgerten als der Unterschicht zugehörig empfinden, sind dies bei den Ausländern 5%. Der Oberschicht ordnen sich umgekehrt nur 2% der Ausländer zu, gegenüber 6% bei den Eingebürgerten und den Aussiedlern, wobei außer in der Unterschichtzuschreibung auch in den Zuordnungen zu den anderen Schichten kein eindeutiger Unterschied zwischen der Eingebürgerten- und der Aussiedlergruppe fassbar ist.

Insgesamt muss aufgrund der vorliegenden Befunde davon ausgegangen werden, dass es für die ausländischstämmigen Zuwanderer bis heute schwierig ist, sich mit dem Staat, in dem sie dauerhaft leben oder sogar geboren sind, zu identifizieren und sich als integraler Bestandteil von dessen staatstragender Bevölkerung zu begreifen. Auf diesen unbefriedigenden Zustand kann zwar sicherlich auch mit den symbolischen Mitteln einer Identitäts- und Identifikationspolitik ein ge-

wisser Einfluss genommen werden; die Medien wären in Bezug auf die Bereitstellung entsprechender Identifikationsangebote genauso in die Pflicht zu nehmen wie die politisch Verantwortlichen. Ausgeprägter wird die Stärkung der Identifikationen mit dem deutschen Staat und seiner Bevölkerung aber noch von entscheidenden Fortschritten in der wirtschaftlichen und politischen Integration der Zuwanderergruppen in die deutsche Gesellschaft abhängen.

Darüber hinaus ist zu erwarten, dass Zuwanderer sich nur in dem Maße als Bestandteil der deutschen Gesellschaft empfinden werden, in dem es auch für die deutsche Mehrheitsbevölkerung zu einer Selbstverständlichkeit wird, diese Gruppen als integralen Bestandteil der Bevölkerung des deutschen Staates zu betrachten, und auch in dieser Hinsicht spielen die von den Medien und den politisch Verantwortlichen der Mehrheitsgesellschaft vertretenen Positionen eine nicht unerhebliche Rolle.

Räumliche Dimension

Räumliche Aspekte der Lebenssituation von sozialen Gruppen spielen häufig auch eine wichtige Rolle für ihr soziales Zusammenleben mit anderen Gruppen. Üblicherweise werden diese Aspekte im Zusammenhang mit den inhaltlichen und sozialen Merkmalen von Gruppen abgehandelt. In der hier vorgestellten Untersuchung ist diesem Aspekt eine eigenständige Bedeutung zugewiesen worden.

Aus diesem Bereich sind die folgenden „objektiven“ und „subjektiven“ Indikatoren abgefragt worden: Wohnverhältnisse (Größe der Wohnung, Ein- oder Mehrfamilienhaus, Miete/Eigentum/Untermiete, Zufriedenheit mit der Wohnsituation) und interethnische Verhältnisse im Wohnbereich (Zusammensetzung des Wohnhauses und der Wohngegend nach Deutschen und Zuwanderern, Bewertung der Nachbarschaftsbeziehungen). Mit den zuletzt genannten Indikatoren sind auch schon erste Hinweise auf den „relationalen“ Aspekt von Integration geliefert.

Fast genauso viele Eingebürgerte wie Deutsche wohnen im Einfamilienhaus
Unterschiede im Wohnverhalten verschie-

dener Gruppen können von einer Mehrzahl von Faktoren verursacht sein, ausgehend von ungleich verteilten wirtschaftlichen Möglichkeiten dieser Gruppen über Diskriminierung bestimmter Gruppen auf dem Mietwohnungs- und Wohneigentumsmarkt bis hin zu kulturell unterschiedlich geprägten Wohnmodellen. Angleichungen in diesem Bereich sprechen für einen schwindenden Einfluss dieser Faktoren. Darüber hinaus kann das gewählte Wohnmodell (insbesondere in Bezug auf die Alternative Eigentum vs. Miete) Hinweise auf die geplante Dauerhaftigkeit des Integrationsprojekts von Zuwanderern liefern.

Insgesamt wohnt ein doppelt so hoher Anteil Deutscher (ca. 30%) in Ein- und Zweifamilienhäusern als Zuwanderer (ca. 15%). Innerhalb der Zuwanderergruppen sind es die Eingebürgerten, die zu 20% (ähnlich wie die Deutschen) angeben, in einem Ein- oder Zweifamilienhaus zu leben, gefolgt von den Ausländern mit 13% und den Aussiedlern mit knapp 10% (vgl. Abb. C13).

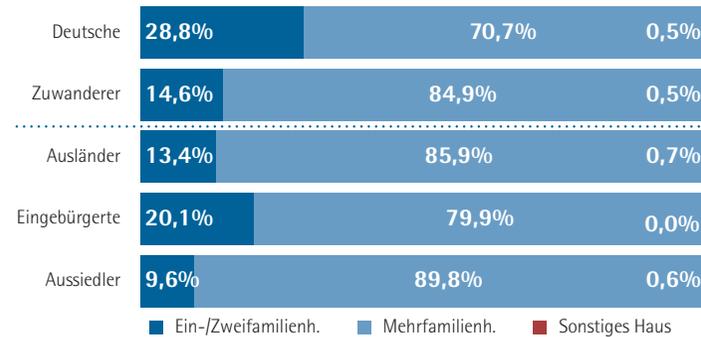
Niedriger Eigentümeranteil bei Aussiedlern

Die dargestellten Befunde bezüglich der Wohnform spiegeln sich – wie aus der Abbildung C14

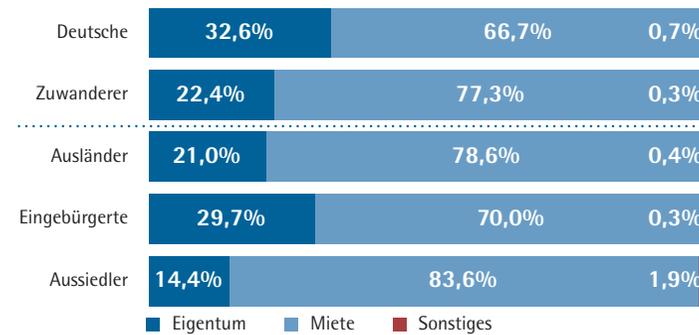
erkennbar – auch in den Eigentums- wie auch Mietverhältnissen der Befragtengruppen wider.

Hier lässt sich der Anteil der deutschen Wohnungs- und Hauseigentümer auf knapp 33% festlegen, während es bei den Zuwanderern einen niedrigeren Durchschnittsanteil von 22% gibt. Außerdem lassen sich auch innerhalb der Zuwanderergruppen Diskrepanzen beobachten. Bei den Eingebürgerten kann ein Eigentümeranteil von knapp 30% ermittelt werden. Aussiedler hingegen weisen die geringsten Werte innerhalb dieser Verteilung mit lediglich 14,4% auf. D.h. nur halb so viele Zuwanderer geben im Vergleich zu den Deutschen an, Wohnungs- bzw. Hauseigentümer zu sein. Die ökonomische und gesellschaftliche Positionierung der Mehrheitsbevölkerung und der Eingebürgerten lassen sich auch innerhalb der räumlichen Dimension wiederfinden. Neben dem Hinweis einer ökonomischen Besserstellung, liefert der Kauf eines Eigenheims indirekt einen Beleg für den Stabilisierungswunsch bzw. für länger ausgerichtete Migrationsprojekte der Zuwanderer. Auch unter diesem Aspekt ist eine dauerhafte Eingliederung dieser Zuwanderergruppe im Sinne einer rechtlichen Regulation auf Dauer sicherlich erstrebenswert.

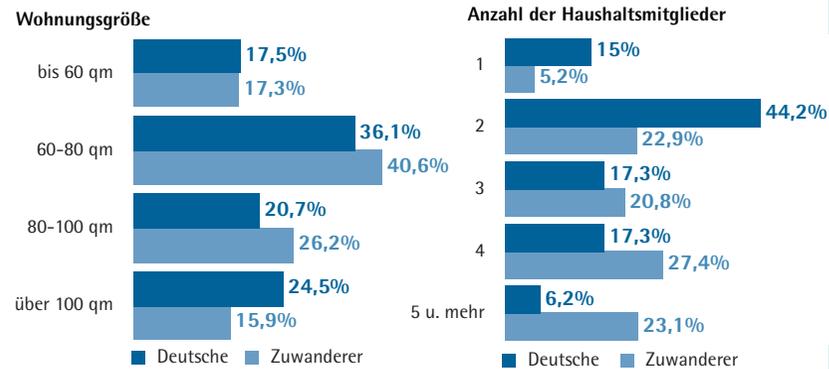
C13: Leben Sie in einem ...



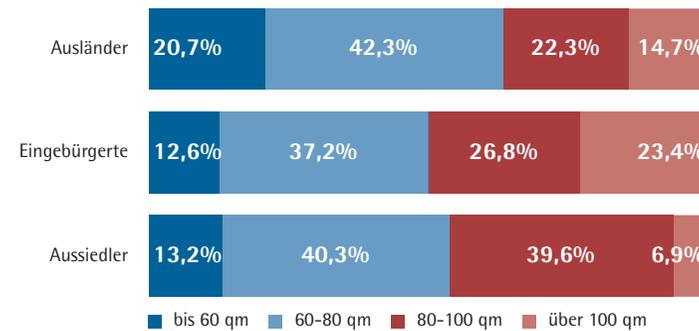
C14: Wohnen Sie ...



C15: Wohnungsgröße und Haushaltsmitglieder



C16: Wohnungsgröße nach Zuwanderergruppen



Subjektive Indikatoren

Ausländer wohnen vorwiegend in beengten Wohnverhältnissen

Auch systematisch zwischen Gruppen zu identifizierende unterschiedliche Wohnungsgrößen können auf die eingangs genannten wirtschaftlichen, Diskriminierungs- und kulturellen Effekte zurückzuführen sein; umgekehrt sprechen Angleichungsprozesse in diesem Bereich für einen Ausgleich der zugrundeliegenden Benachteiligungen und eine Annäherung der kulturell motivierten Wohnmodelle.

Bei der Beschreibung der Wohnverhältnisse (hier: Wohnungsgröße) lassen sich zunächst keine größeren Abweichungen zwischen Deutschen und Zuwanderern erkennen. Die Verteilung ergibt, dass etwa 20% aller Befragten in Wohnungen bis zu 60 m² wohnen, über 40% bewohnen mittelgroße Wohnungen (60 - 80 m²) und 20% leben in großen Wohnungen (zwischen 80 - 100 m²). Auch hier treten Unterschiede erst dann hervor, wenn die einzelnen Zuwanderergruppen gesondert untersucht und vergleichend analysiert werden.

Zusätzliche Informationen können des Weiteren durch die Berücksichtigung der Haushaltsgröße bzw. durch die Anzahl der Haushalts-

mitglieder erschlossen werden. Eine solche vertiefende Analyse ergibt (vgl. Abb. C15):

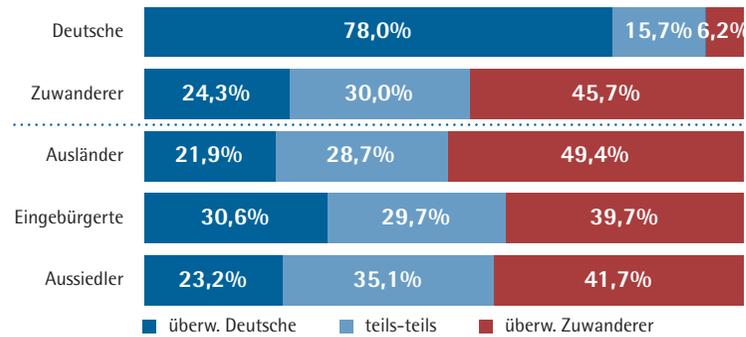
- Deutsche (25%) bewohnen, im Vergleich zu Zuwanderern, vorwiegend große Wohnungen mit über 100 m², konträr dazu sind es bei den Zuwanderern gerade mal nur 16% der Befragten insgesamt.
- Erhebliche Unterschiede sind, vor dem Hintergrund einer größeren Anzahl an Haushaltsmitgliedern bei den Zuwanderern, insbesondere bei den Ausländern wahrnehmbar (vgl. Abb. C16). Sie bewohnen vermehrt kleinere Wohnungen bis 60 m². Nur rund 15% der Ausländer bewohnen im Vergleich zu den Deutschen (25%) Wohnungen mit über 100 m² Wohnfläche.
- Eingebürgerte weisen fast identische Werte (23,4%) wie die Deutschen auf, wobei hier die Eigentumsverhältnisse (siehe oben) gewiss eine Rolle spielen.
- Aussiedler unterscheiden sich sowohl im Hinblick auf die Wohnungsgröße (knapp 7% in Wohnungen über 100 m²) als auch im Hinblick auf die Wohnverhältnisse (z. B. Wohneigentum: 14,4%) deutlich von Ausländern und Eingebürgerten.

Grenzen sich eher die Deutschen oder eher die Zuwanderer ab?

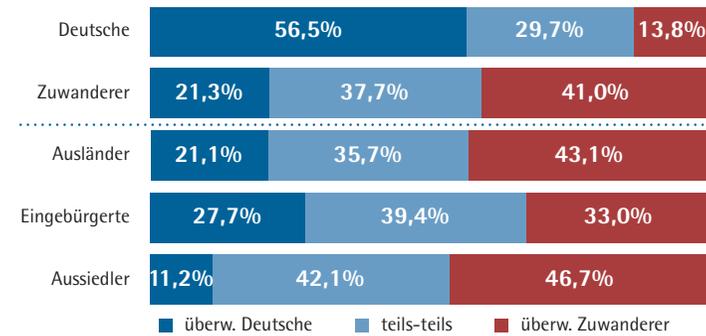
Sowohl Deutsche als auch Zuwanderer wurden nach ihrer Einschätzung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung nach Zuwanderern und Deutschen in ihrem Wohnhaus und ihrer Wohnumgebung befragt, um damit Hinweise auf die Wohnsegregation beider Gruppen zu erhalten. Allerdings sind die Ergebnisse in dieser Hinsicht aus zwei Gründen mit Vorsicht zu interpretieren: zum einen sind allein aufgrund der insgesamt größeren Anzahl der deutschen Wohnbevölkerung höhere Werte in Bezug auf deren Präsenz im Wohnumfeld zu erwarten, zum anderen spiegelt die Wahrnehmung von Befragten (wie andere Untersuchungen immer wieder gezeigt haben) nur unzureichend die tatsächlichen Mischungsverhältnisse beider Gruppen im Wohnbereich wieder.

Um belastbare Aussagen zum tatsächlichen Ausmaß von Wohnsegregation zu machen, müssten zusätzliche sozialräumliche Analysen auf Wohnquartiersebene durchgeführt werden. Gleichwohl geben die hier vorgestellten Befunde erste Hinweise in Bezug auf die Muster, die die Beziehungen zwischen Mehrheitsbevölkerung und Zuwanderern charakterisieren.

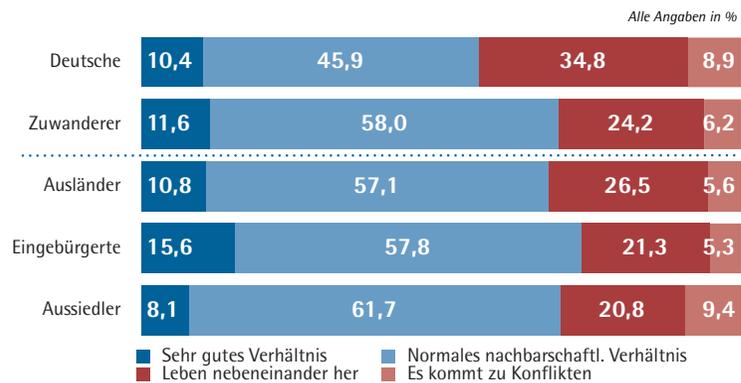
C17: Wahrnehmung des Wohnhauses



C18: Wahrnehmung des Wohnumfeldes



C19: Nachbarschaftsbeziehungen



C20: Wohnzufriedenheit



Anm.: Mittelwerte auf einer Skala von 1 (sehr unzufrieden) bis 7 (sehr zufrieden).

Subjektive Indikatoren

Beide Gruppen, sowohl Deutsche als auch Zuwanderer, nehmen in ihrem Wohnhaus deutlich mehr Personen der entsprechenden eigenen Herkunftskultur wahr. So sagen 78% der Deutschen, dass in ihrem Wohnumfeld überwiegend Deutsche wohnen, bei den Zuwanderern sind es annähernd 46%, die behaupten, überwiegend Zuwanderer um sich zu haben (vgl. Abb. C17).

Dieselben Befunde lassen sich auch für die Wahrnehmung des unmittelbaren Wohngebietes hervorheben. Auch hier sind über die Hälfte der deutschen Befragten der Meinung, in ihrem Wohnumfeld seien mehr Deutsche (57%). Dagegen nehmen nur 41% der Zuwanderer verstärkt Personen aus dem eigenen Herkunftsland wahr, dies gilt auch weitgehend für die einzelnen Zuwanderergruppen, wobei die Eingebürgerten eine deutlich geringere Wahrnehmung des Zuwandereranteils in ihrem Wohngebiet (33%) aufweisen, im Vergleich zu den Ausländern mit 43,1% und den Aussiedlern mit sogar 46,7% (vgl. Abb. C18).

Ist ein „normales“ Nachbarschaftsverhältnis die Regel?

Die Wohnsituation (räumliche Dimension) und

insbesondere die Nachbarschaftsverhältnisse können auf den Grad der sozialen Integration Einfluss nehmen. Abhängig von der Qualität der Beziehungen können sowohl das Verständnis und die Akzeptanz gegenüber anderen Kulturen abgeleitet werden. Um ein möglichst differenziertes Bild der Kontaktqualität erfassen zu können, wird mit Hilfe einer „Viererskala“ das nachbarschaftliche Verhältnis von sehr guten bis konfliktreichen Beziehungen erhoben (vgl. Abb. C19).

Insgesamt beurteilen Deutsche ihre nachbarschaftlichen Beziehungen zu Zugewanderten negativer als Zuwanderer ihre Nachbarschaft zu Deutschen. Etwa 56% der Deutschen sprechen von einem sehr guten bzw. von normalen Nachbarschaftsbeziehungen. Bei den Zuwanderern sind es hingegen weitaus mehr (70%); dies trifft vor allem auf die Eingebürgerten zu (73%).

Ein gleichgültiges „Nebeneinanderherleben“ wird insbesondere von 35% der Deutschen angegeben, von den Zuwanderern dagegen mit gut 10 %-Punkten weniger häufig. Die häufigsten nachbarschaftlichen Konflikte melden Aussiedler, gefolgt von den Deutschen. Sehr

gute nachbarschaftliche Kontakte haben die Eingebürgerten (mit einem Anteil von knapp 16%) im Gegensatz zu den restlichen Zuwanderergruppen. Dementsprechend sind die Nennungen zu nachbarschaftlichen Konflikten bei dieser Gruppe am geringsten, ihr Anteil beträgt nur 5,3%.

Fraglich bleibt, ob ein Zusammenhang besteht zwischen der Perzeption des Wohnumfeldes seitens der Deutschen (geringer Zuwandereranteil) und deren negative Beurteilung hinsichtlich der nachbarschaftlichen Beziehungen zu den Zuwanderern. Dennoch liefern die o. g. Befunde einzelne Hinweise auf eine mögliche Distanzhaltung der Deutschen gegenüber den Zuwanderern, Hinweise die in den unten dargestellten Ergebnissen zu den Einstellungen der Mehrheitsbevölkerung durchaus Bestätigung finden.

Insgesamt sind Deutsche und Zuwanderer mit ihrer Wohnsituation zufrieden

In der Abbildung C20 zeigt sich, dass allen möglichen Konflikten zum Trotz sowohl die Deutschen als auch die Zuwanderer mit ihrer Wohnsituation sehr zufrieden sind. Es können nur minimale Abweichungen innerhalb der

Gruppen ermittelt werden. Bei den Aussiedlern liegt der Zustimmungswert sogar bei 5,8; auf einer Skala von sieben ist dieser Wert als äußerst positiv hervorzuheben. Erstaunlicherweise sind diejenigen, die eher unzufrieden (aber nur geringfügig) sind, im Vergleich zu den anderen Gruppen, die Eingebürgerten. Ihr Skalenmittelwert liegt bei 5,2 und ist somit der niedrigste innerhalb der Verteilung.

Konklusionen: Disparitäten in Wohnversorgung und Nachbarschaftsbeziehungen

In der Wohnungsversorgung haben sich erneut deutlich Unterschiede zwischen der deutschen Mehrheitsbevölkerung und den Zuwanderern ergeben. Diese betreffen gleichermaßen, allerdings mit bestimmten Variationen, den Anteil von Ein-/Mehrfamilienhaushalten, die Eigentumsrate und die Wohnungsgröße.

Im Unterschied zu den bisher vorgestellten Befunden fällt dabei die Stellung der Aussiedlergruppe ins Auge: Während diese in den oben dargestellten Indikatoren nahezu ausnahmslos im Sinne von „Integration“ positiv einzuschätzende Werte aufweist, besitzt sie in diesem Bereich eindeutig die nied-

rigsten Werte, während hier die Eingebürgertengruppe absolut die „Spitzenposition“ einnimmt.

Insgesamt ergibt sich zunächst ein deutlicher Unterschied zwischen den Deutschen und den Zuwanderern: Erstere leben doppelt so häufig in Einfamilienhäusern wie letztere und sind zu 50% häufiger Eigentümer der Wohnung/des Hauses, in dem sie leben. Bei der Wohnungsgröße existieren hingegen in den meisten Größenkategorien keine signifikanten Unterschiede, mit der einzigen Ausnahme der großen Wohnungen (über 100 m²), die von den Deutschen mit 50% größerer Häufigkeit als von Zuwanderern bewohnt werden. Vor dem Hintergrund der deutlich größeren Anzahl von Familienmitgliedern in der Zuwanderergruppe kommt diesem Befund allerdings eine besondere Bedeutung zu.

Die Unterscheidung der drei Merkmale nach Zuwanderergruppen ergibt das oben ange deutete Bild: Die Eingebürgerten leben zu 20% in Einfamilienhäusern, sind zu 30% Eigentümer ihrer Wohnung/ihrer Hauses und leben zu 23% in großen Wohnungen. Für

die Ausländer liegen alle drei Werte deutlich niedriger; die Aussiedler weisen hier mit einem Anteil von 10% Einfamilienhäusern, 14% Wohneigentum und 7% großen Wohnungen in allen drei Merkmalen die mit Abstand niedrigsten Werte auf.

Diese Rangfolge bestätigt sich auch in den beiden zu den Nachbarschaftsverhältnissen erhobenen Merkmalen weitgehend. In der Wahrnehmung der Zusammensetzung der Bevölkerung im Wohnhaus und im Wohngebiet ergibt sich zunächst eine deutliche Asymmetrie zwischen der deutschen und der Zuwanderergruppe: Die Deutschen nehmen in beiden Bereichen 78 bzw. 57% ihrer eigenen Gruppe wahr, die Zuwanderer hingegen 46 bzw. 41%.

Bei der Unterscheidung nach Zuwanderergruppen nimmt die Aussiedlergruppe im ersten Bereich zwar eine mittlere Position zwischen den Eingebürgerten auf der einen und den Aussiedlern auf der anderen Seite ein. In Bezug auf die wahrgenommene Präsenz von Zuwanderern im Wohngebiet ergibt sich allerdings erneut die für den Wohnbereich typische Rangfolge: Eingebürgerte nehmen in

Subjektive Indikatoren

diesem Bereich 33% Zuwanderer wahr, Ausländer 44% und Aussiedler 49%.

Ein vergleichbares Muster lässt sich auch in Bezug auf die Einschätzung der Qualität der Nachbarschaftsbeziehungen identifizieren. Zunächst überschreitet der Anteil der Zuwanderer, die sehr gute bis normale Nachbarschaftsbeziehungen zu den Deutschen erleben, mit 70% deutlich den Wert von 56% bei den Deutschen für entsprechende Nachbarschaftsbeziehungen zu den Zuwanderern.

Auch die Wahrnehmung konfliktbelasteter Beziehungen zwischen beiden Gruppen ist mit 6% bei den Zuwanderern deutlich niedriger als bei den Deutschen (mit 9%). Wenn man den Blick auf die Extremwerte (sehr gutes Verhältnis vs. Konflikte) richtet, ergibt sich zunächst, dass die positive Sichtweise der Beziehungen in beiden Gruppen deutlich die konfliktbezogene überschreitet, wobei dieser Unterschied bei den Deutschen nur geringfügig höher ist, bei den Zuwanderern hingegen sehr deutlich ausfällt. (Auch dies spricht für eine stark unterschiedliche Sicht der Beziehungen von Seiten beider Gruppen.) Insgesamt dominieren allerdings für

alle Gruppen die mittleren Werte (normales Verhältnis und Nebeneinanderherleben), so dass gegenwärtig von einem eher „neutralen“ Klima im Bereich der Beziehungen zwischen ihnen auszugehen ist.

In der Unterscheidung zwischen den Zuwanderergruppen wird erneut die in dieser Hinsicht problematischere Position der Aussiedler deutlich: Sie nehmen die Nachbarschaftsverhältnisse mit 9% als konfliktbelastet wahr, die Ausländer tun dies mit 6%, während die Eingebürgerten nur zu 5% Konflikte in diesen Beziehungen sehen.

Insgesamt haben sich so gewisse Defizite im Bereich der Wohnversorgung ergeben, die im Rahmen geeigneter wohnungspolitischer Maßnahmen anzugehen wären. Hierbei wäre ein besonderes Augenmerk auf die Situation der Aussiedlergruppe zu legen. Als Voraussetzung für die Entwicklung von Maßnahmen für diese Gruppe sollten allerdings zunächst vertiefende Analysen durchgeführt werden, um die Gründe der Schwierigkeiten genauer zu bestimmen, vor denen sie in diesem Bereich offensichtlich steht. (Der einzige Bereich, in dem sich in dieser Hinsicht kei-

ne signifikanten Unterschied zu den anderen Gruppen ergibt, ist der der Wohnzufriedenheit.) In Bezug auf die Beziehungen zwischen Zuwanderergruppen und Mehrheitsbevölkerung lassen sich aus den bisherigen Ergebnissen (auch aufgrund der eingangs angesprochenen methodischen Beschränkungen der Befragung) noch keine eindeutigen Befunde ableiten. Allerdings geben diese Ergebnisse schon erste Hinweise auf räumliche Segregationstendenzen und Unterschiede in der Wahrnehmungen der nachbarschaftlichen Beziehungen, die sich allerdings eher im mittleren Bereich von Distanznahme zwischen beiden Gruppen bewegen. Darüber hinaus verweisen die Ergebnisse auf eine gewisse Asymmetrie zwischen beiden Gruppen in dieser Hinsicht.

Ob die sich hier andeutende stärkere Distanznahme von Seiten der deutschen Bevölkerung tatsächlich vorliegt, wird im Folgenden anhand der Daten zu den relationalen Aspekten von Integration und den Einstellungen der Mehrheitsbevölkerung zu überprüfen sein.

Institutionelle Dimension

Die Integration von sozialen Gruppen in ein gesellschaftliches System insgesamt hängt entscheidend davon ab, in welchem Umfang die Mitglieder dieser Gruppe in die zentralen Institutionen dieses Systems (Arbeitsmarkt, Bildungssystem, politisches System, soziale Sicherung, Medienbereich) eingebunden sind.

Die Einbeziehung von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem ist schon unter dem Titel „Strukturelle Indikatoren“ behandelt worden. An dieser Stelle werden Umfang und Art der Einbeziehung dieser Gruppe in die politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und in die institutionellen Unterstützungsangebote der Mehrheitsgesellschaft zum Gegenstand gemacht.

Aus diesem Bereich sind die folgenden Indikatoren abgefragt worden, die sich sowohl auf den tatsächlichen Stand der Einbeziehung als auch die darauf bezogenen Einstellungen und Wünsche beziehen: politisch-gesellschaftliche Partizipation (Wahlbeteiligung, Wunsch nach Wahlbeteiligung, Mitgliedschaft in Vereinen/Organisationen), zugestandene Rechte seitens der Mehrheitsbevölkerung, sowie die In-

anspruchnahme von öffentlichen Beratungs- und Unterstützungsangeboten.

Zwischen Beteiligungswunsch und fehlender Wahlberechtigung

Die Beteiligung an den politischen Prozessen des Einwanderungslandes stellt einen wichtigen Aspekt der Integration von Zuwanderern dar, indem sie es ihnen ermöglicht, aktiv auf das gesellschaftliche Leben einzuwirken. Auch der Teilnahme in zivilgesellschaftlichen Organisationen kommt eine zentrale Brückenfunktion zur Einwanderungsgesellschaft zu, indem diese als intermediäre Organisationen besonders geeignet sind, informelle persönliche Beziehungen hin zu größeren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen zu öffnen. Und auch die Inanspruchnahme der von der Mehrheitsgesellschaft zur Verfügung gestellten Unterstützungsangebote spiegelt den erreichten Stand der Einbeziehung von Zuwanderern wieder.

Für alle drei Bereiche gilt, dass Art und Umfang von zwei Faktoren bestimmt sind: Zum einen der Bereitschaft und Motivation der Zuwanderer selbst, sich in diese Organisationen und Institutionen einzubringen, zum anderen aber

auch der Öffnung von Seiten dieser Organisationen und Institutionen gegenüber einer Teilnahme von Zuwanderern.

Um den Beteiligungswunsch seitens der Zuwanderer einerseits und die Partizipationsbereitschaft seitens der Mehrheitsbevölkerung andererseits erfassen zu können, werden die Befragten im Folgenden nach Indikatoren wie Wahlverhalten, gewünschte Wahlbeteiligung, Vereinsmitgliedschaften usw. befragt.

Alle Befragten weisen eine hohe Beteiligung bei den vorangegangenen Kommunalwahlen auf (vgl. Abb. C21). Rund 80% der befragten Deutschen geben an, sich an den letzten politischen Wahlen beteiligt zu haben. Bei den Zuwanderern, die wahlberechtigt waren, lag die Wahlbeteiligung bei durchschnittlich 47%. Innerhalb der Zuwanderergruppen sind es die Eingebürgerten (70%), die im Vergleich zu Ausländern und Aussiedlern die höchste Wahlbeteiligung aufweisen. Ein solcher Befund kann als ein Indiz für den Wunsch nach Partizipation auf Seiten der eingebürgerten Personen verstanden werden, dies spiegelt sich durchaus im Wahlverhalten wider.

Subjektive Indikatoren

Politische Partizipation von beiden Seiten gewollt

Für diejenigen Zuwanderergruppen, bei denen aufgrund rechtlicher Beschränkungen keine tatsächliche politische Partizipation stattgefunden hat, erlaubt es die Erhebung ihres Wunsches nach Teilnahme am politischen Leben, ihre Teilnahmebereitschaft abzuschätzen. Aus den folgenden Befunde lassen sich darüber hinaus auch Aussagen über die Eingliederungsbereitschaft seitens der Deutschen als auch über den rechtlichen Beteiligungswunsch seitens der Zuwanderer ableiten: Etwa 86% der Zuwanderer sind der Meinung, dass sie wählen würden, wenn sie dafür das Wahlrecht bekommen (vgl. Abb. C22). Dieser Befund liefert sicherlich einen Anhaltspunkt für die Öffnungsbereitschaft der Zuwanderer, der sich hier über den Teilnahmewunsch am gesellschaftlichen und politischen Geschehen äußert.

Die Möglichkeit der politischen Partizipation wird von der Mehrheit der Deutschen befürwortet. Knapp 53% der deutschen Befragten sind der Meinung, dass Zuwanderer, die schon länger in Deutschland leben, auch das Wahlrecht bekommen sollten.

Deutsche nehmen, im Vergleich zu Zuwanderern, mehr familiäre Hilfsangebote in Anspruch

Die Inanspruchnahme von Hilfs- und Beratungsangeboten kann – je nach „Nutzungsstärke“ – als Hinweis für hinreichende oder mangelnde Öffnung von Seiten der anbietenden Institutionen, aber auch als Indiz für soziale Teilhabe oder Nicht-Teilhabe von Seiten der Nutzer verstanden werden. Aber auch die Auswahl der Angebote kann zusätzliche Anhaltspunkte liefern.

Insgesamt nutzen nur ein Drittel aller Befragten Hilfs- und Beratungsangebote (vgl. Abb. C23). Am wenigsten nehmen Deutsche (30,1%) und Ausländer (30,6%) diese Angebote wahr. Bei den Ausländern kann dies u. a. auf eine grundsätzlich beobachtbare „Institutionenscheu“ aber auch auf eventuell bestehende Sprachbarrieren sowie Informationsmängel zurückzuführen sein. So sind es die Eingebürgerten, die von diesen Angeboten am häufigsten profitieren (35,1%).

Zwar werden vermehrt Hilfen bei der Arbeitssuche in Anspruch genommen. Jedoch lassen sich – je nach Befragtengruppe – unterschied-

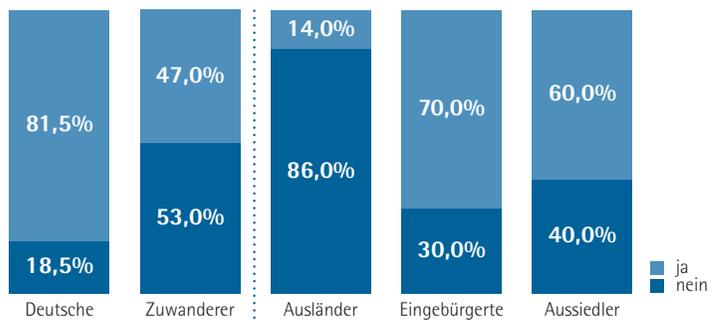
liche Beratungsbedarfe ermitteln (vgl. Abb. C24a und C24b). Tatsächlich variieren die in Anspruch genommenen Angeboten wie folgt: Während Deutsche eher Beratungsstellen für Erziehungs- und Familienhilfe aufsuchen, nehmen die Zuwanderer vermehrt außerfamiliäre Hilfen wie z. B. Bewerbungs- und Hausaufgabenhilfen in Anspruch. Dies zeigt sich deutlich an den Anteilswerten der Ausländer und noch deutlicher an den Werten der Aussiedler.

Geringer Organisationsgrad bei Zuwanderern

Wie oben schon angedeutet, kommt der Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen eine zentrale Bedeutung für Integrationsprozesse zu. Auch hier gilt, dass Art und Umfang der Partizipation sowohl von der Motivation der Zuwanderer als von der Öffnung dieser Organisationen ihnen gegenüber abhängig sind. Zuwanderer sind im Vergleich zu Deutschen „weniger organisiert“. Knapp die Hälfte der Deutschen nehmen an einem Vereinsleben teil. Zuwanderer hingegen sind mit knapp 35% in Vereinen aktiv (vgl. Abb. C25).

Die meisten Zuwanderer sind ebenso wie Deutsche vorwiegend in Freizeitvereinen organisiert. An zweiter Stelle werden von den

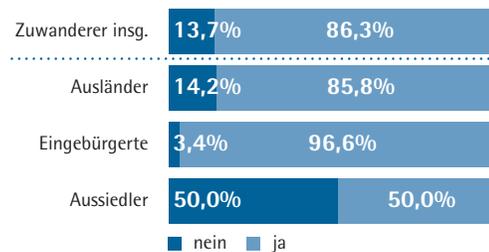
C21: Wahlbeteiligung



C22: Ist politische Partizipation erwünscht ...?

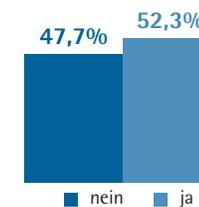
Zuwanderer

„Würden Sie wählen gehen, wenn Sie das Recht dazu bekämen bzw. hätten Sie gewählt, wenn Sie damals das Recht dazu gehabt hätten?“

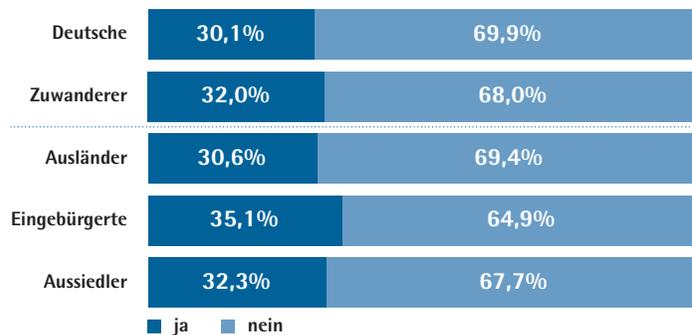


Deutsche

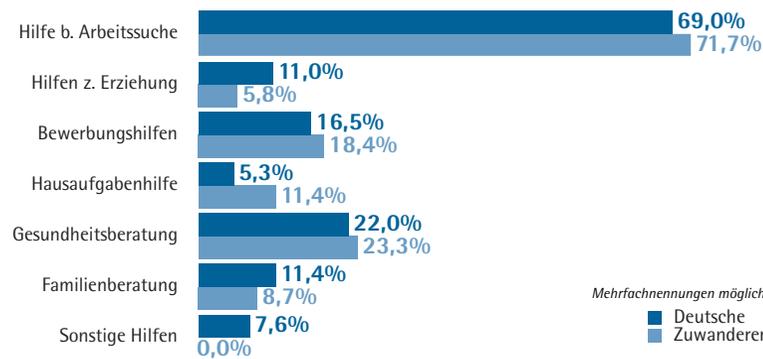
„Sollten die Zuwanderer, die schon länger in Deutschland leben, auch das (Kommunal-) Wahlrecht bekommen?“



C23: Inanspruchnahme von Hilfs- und Beratungsangeboten



C24 (a): Hilfs- und Beratungsangebote



Subjektive Indikatoren

Deutschen Interessenvertretungsorgane wie Gewerkschaften und Berufsverbände genannt. Bei den Zuwanderern hingegen werden an zweiter Stelle religiöse Organisationen angegeben. Angesichts der Tatsache, dass der Organisationsgrad einer Gruppe als Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe verstanden wird, bleibt in diesem Zusammenhang offen, ob diese Befunde auf fehlende institutionelle Angebote für Zuwanderer zurückzuführen sind, oder ob es sich hierbei tatsächlich um einen mangelnden Partizipationswunsch der Zuwanderer handelt.

Auf die jeweiligen Zuwanderergruppen bezogen lassen sich deutliche Differenzen sowohl im Hinblick auf den Organisationsgrad als auch in die individuelle Auswahl der Vereine herausstellen (vgl. Abb. C26). Eingebürgerte sind, ähnlich wie die Deutschen, Mitglieder in Freizeit- und Sportvereinen, sowie auch in Berufsverbänden. Während Ausländer vermehrt in religiösen Organisationen vorzufinden sind, sind konträr dazu Aussiedler überwiegend in Sport- und Freizeitvereinen anzutreffen. Besonders auffällig ist bei den Aussiedlern der geringe Organisationsgrad, dieser beträgt im Vergleich zu den anderen Gruppen gerade mal 26%.

Konklusionen: institutionelle Beteiligung zwischen Motivation der Zuwanderer und Öffnung der Institutionen

Art und Umfang der Beteiligung von Zuwanderern an den politischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Mehrheitsgesellschaft genauso wie der Nutzung der von der Mehrheitsgesellschaft zur Verfügung gestellten Beratungs- und Hilfsangebote beruht auf zwei Pfeilern: zum einen auf der Bereitschaft und Motivation der Zuwanderer selbst sich in diese Organisationen und Angebote einzubringen, zum anderen darauf, ob diese Institutionen ihnen die Informationen und Handlungsspielräume zur Verfügung stellen, um dies zu tun.

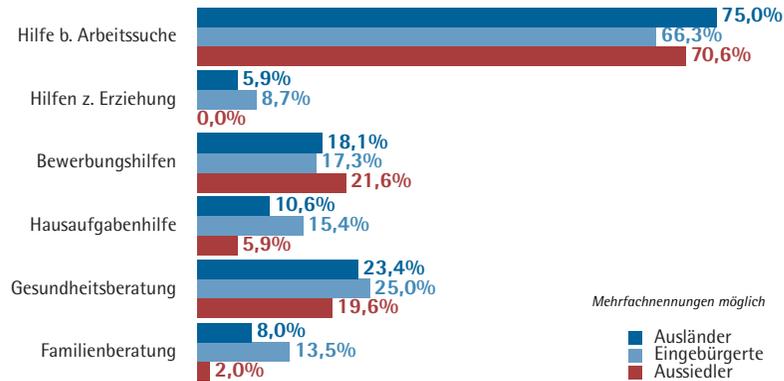
Die vorliegenden Daten erlauben nur begrenzt Aussagen zur Gewichtung dieser beiden Faktoren, da sie sich weitgehend auf die faktische Partizipation von Zuwandern beziehen; in Einzelfällen geben sie gleichwohl Hinweise in diesem Sinne und damit auch Anknüpfungspunkte für die Identifikation notwendiger Veränderungen. Was die tatsächliche Teilnahme an Wahlen betrifft, ergibt sich eine deutliche Differenz zwischen Deutschen und Zuwanderern. Während ers-

tere zu 82% an den letzten Wahlen teilgenommen haben, war dies bei letzteren bei 47% der Fall. Betrachtet man hingegen die verschiedenen Zuwanderergruppen, ergeben sich weitaus geringere Unterschiede in der politischen Partizipation: Unter den Eingebürgerten geben 70% an, gewählt zu haben, und unter den Aussiedlern sind dies 60%.

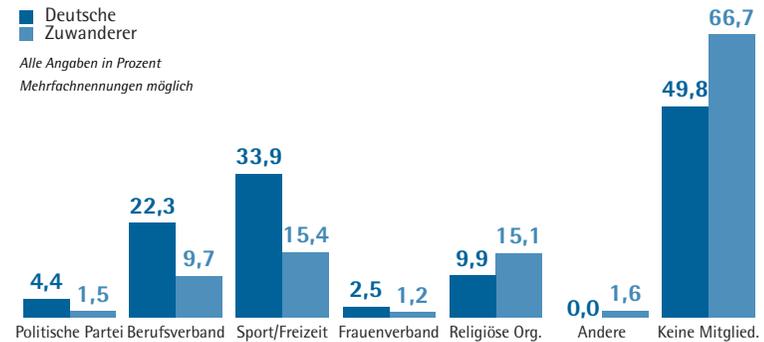
„Was die tatsächliche Teilnahme an Wahlen betrifft, ergibt sich eine deutliche Differenz zwischen Deutschen und Zuwanderern.“

Die sich hier andeutende geringere Beteiligungsbereitschaft der Aussiedler bestätigt sich deutlich in Bezug auf die Erwünschtheit politischer Partizipation: Während hier die Eingebürgerten und die Ausländer sehr hohe Werte aufweisen (97 bzw. 86%), wünschen nur 50% der Zuwanderer an Wahlen teilzunehmen – ein weiterer Hinweis auf die Sonderstellung, die diese Gruppe in Bezug auf zentrale Integrationsindikatoren aufweist.

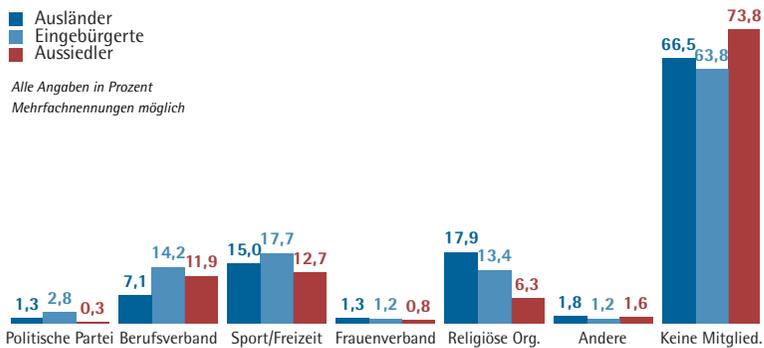
C24 (b): Hilfs- und Beratungsangebote



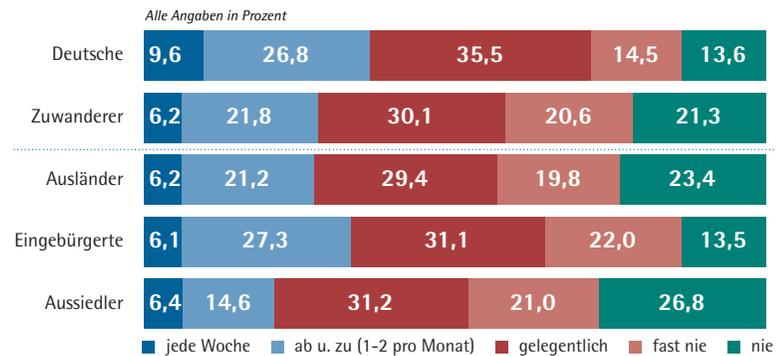
C25: Vereinsmitgliedschaft (I)



C26: Vereinsmitgliedschaft (II)



C27: Teilnahmeintensität: Freizeit- und Kulturveranstaltungen



Subjektive Indikatoren

Dieser insgesamt aber deutlichen Nachfrage nach politischer Partizipation von Seiten der Zuwanderer steht ein eindeutig schwächeres Partizipationsangebot von Seiten der Mehrheitsbevölkerung gegenüber. Nur etwas mehr als die Hälfte der deutschen Befragten (53%) möchte Zuwanderern, die schon länger in Deutschland leben, das Kommunalwahlrecht zugestehen.

In Bezug auf die Inanspruchnahme von Hilfe- und Unterstützungsangeboten ergeben sich keine ähnlich deutlichen Befunde. Insgesamt unterscheiden sich die Zuwanderer

„Insgesamt nutzt nur ein Drittel aller Befragten Hilfs- und Beratungsangebote.“

hierbei nur geringfügig von der deutschen Bevölkerung. Und auch zwischen den Zuwanderergruppen ergeben sich keine starken Unterschiede. (Allenfalls bei der Gruppe der Eingebürgerten lässt sich ein sichtbar höherer Wert identifizieren.) Einzig in Bezug auf den Umfang, in dem die Gruppen unterschiedliche Angebote in Anspruch neh-

men, ergeben sich aussagekräftige Befunde. Die Zuwanderer insgesamt greifen seltener auf erziehungs- und familienbezogene Hilfeleistungen zurück (15% gegenüber 22% bei den Deutschen) und setzen dagegen eher auf sachbezogene Unterstützungen wie die Hausaufgabenhilfe (11% gegenüber 6% bei den Deutschen).

Dies hat sicherlich vor allem mit einem Mangel von an den spezifischen kulturellen und sprachlichen Bedürfnissen von Zuwanderern ausgerichteten Angeboten und einer unzureichenden Information der Zuwanderer über bestehende Angebote zu tun. Möglicherweise steht eine solche relativ geringe Inanspruchnahme psychosozialer Angebote aber auch im Zusammenhang mit einer tendenziellen Ablehnung von öffentlichen Interventionen in den familiären Privatbereich und einer größeren Öffnung gegenüber eher funktional orientierten Angeboten bei der Zuwanderergruppe.

Eine Sonderstellung nehmen auch hier wieder die Aussiedler ein, indem sie in beiden Bereichen die absolut niedrigsten Werte aufweisen (bei erziehungs- und familienbe-

zogenen Hilfsleistungen 2%, bei der Hausaufgabenhilfe 6%). Allein in den berufsbezogenen Bereichen „Hilfe bei der Arbeitssuche“ und „Bewerbungshilfen“ weisen sie mit insgesamt 77% sehr hohe Werte auf. Zusammen mit den oben gelieferten Informationen zum Bezug von arbeitsbezogenen Transferleistungen spricht dies dafür, dass sich diese Gruppe bei der Inanspruchnahme öffentlicher Dienstleistungen vorwiegend auf den Berufsbereich konzentriert.

In Bezug auf den zentralen Bereich der Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Deutschen und Zuwanderern, der allein schon auf eine geringere Integration der letzten Gruppe in diese, meist von der Mehrheitsbevölkerung dominierten Organisationen hinweist: Während ca. die Hälfte der Deutschen Mitglied einer dieser Organisationen ist, ist dies bei den Zuwanderern nur bei einem Drittel der Fall.

Noch deutlicher wird dieser Tatbestand allerdings aufgrund einer differenzierten Betrachtung der einzelnen Organisationen: In Bezug auf alle im Fragebogen angebotenen

Vereinen und Verbänden macht die Mitgliedschaft der Zuwanderer maximal die Hälfte (in einigen Fällen nur ein Drittel) der Mitgliedschaft der Deutschen aus. Allein in religiösen Organisationen ist dies anders, und die Verhältnisse kehren sich tendenziell um: Gegenüber 9% der Deutschen, die sich zu diesen Organisationen zugehörig bekennen, sind das bei den Zuwanderern 15%. Wenn man davon ausgeht, dass es sich dabei häufig um auch von der jeweiligen ethnischen Gruppe geprägte Organisationen handelt, bedeutet dies, dass sich ein beträchtlicher Teil der zivilgesellschaftlichen Kontakte von Zuwanderern, da wo sie bestehen, innerhalb der eigenen Gruppe bewegt.

In der Differenzierung zwischen den Zuwanderergruppen zeigt sich, dass auch diese Besonderheit bei den Ausländern (mit 18%) gegenüber den Eingebürgerten (mit 13%) und den Aussiedlern (mit 6%) am stärksten ausgeprägt ist. Allerdings ist auch davon auszugehen, dass den Migrantenselbstorganisationen, in denen häufig gut qualifizierte und integrierte Zuwanderer vertreten sind, eine wichtige Brückenfunktion zur Mehrheitsgesellschaft zukommt.

Insgesamt ergibt sich aber doch das Bild einer Zuwandererbevolkerung, die aus unterschiedlichen Gründen in zentrale politische und zivilgesellschaftliche Kontexte der Einwanderungsgesellschaft nur unzureichend einbezogen ist. Im Fall der politischen Beteiligung haben sich deutliche Hinweise darauf ergeben, dass dies zum Teil durchaus auf eine geringere Teilnahmemotivation dieser Gruppe selbst zurückzuführen ist, aber auch mit den beschränkten rechtlichen Zugangsmöglichkeiten zu tun hat – denen durchaus auch entsprechende Widerstände auf Seiten der Bevölkerung entsprechen.

Ob auch im Falle der zivilgesellschaftlichen Organisationen der Mehrheitsgesellschaft ähnliche Schließungstendenzen für die geringe Partizipation von Zuwanderern verantwortlich sind, lässt sich aufgrund der vorliegenden Daten nicht überprüfen. In jedem Fall sollten aber im politischen und zivilgesellschaftlichen Bereich gezielt Initiativen zu einer stärkeren Einbeziehung von Zuwanderern eingeleitet werden, wobei insbesondere auch die Vermittlungsfunktion berücksichtigt werden sollte, die die Selbstorganisationen der Zuwanderer übernehmen können.

In Bezug auf die Inanspruchnahme von Unterstützungs- und Hilfeleistungen weisen die Daten insgesamt auf kein solches Inklusionsdefizit hin, was gemessen an anderen Forschungsergebnissen eher überraschend ist. Handlungsbedarf im Sinne einer stärkeren interkulturellen Öffnung besteht hier in Bezug auf psychosoziale Angebote, die von Zuwanderern (aus den oben angedeuteten Gründen) nur unzureichend genutzt werden.

Subjektive Indikatoren

Kulturelle Dimension

Die erworbenen kulturellen Fähigkeiten (zu denen u. a. die Beherrschung der Sprache/n der jeweiligen sozialen Bezugsgruppen gehört) und Wertorientierungen sowie die darauf basierenden kulturellen Praktiken sind zugleich Voraussetzung wie Ausdruck des Umfangs und der Art und Weise, in der sich zugewanderte Personen in die sozialen Zusammenhänge der Einwanderungsgesellschaft eingefügt haben.

Für diese Dimension sind die folgenden Indikatoren erhoben worden: Bedeutung von Religion (Religionszugehörigkeit und aktive Religionsausübung, Bedeutung der Religion für andere Lebensbereiche), kulturelle Partizipation (Teilnahme an Kulturveranstaltungen, Kenntnis von und Teilnahme an deutschen Festen/Feiertagen), Geschlechterrollen (familiäre Entscheidungsstruktur, geschlechtsspezifische familiäre Aufgabenverteilung, geschlechtsspezifische Erziehung, Bedeutung der Mutterrolle), Sprachfähigkeiten (Selbsteinschätzung Sprachkenntnisse deutsche/Herkunftssprache, Sprachgebrauch in Familie und Freundeskreis, individuelle Einschätzung der eigenen), Mediengebrauch (Nutzung von deutschen bzw. Herkunftslandmedien).

Gleichgewichtige kulturelle Partizipation zwischen Deutschen und Zuwanderern

Zwischen Deutschen und Zuwanderern lassen sich prinzipiell keine signifikanten Unterschiede im Hinblick auf die generelle Teilnahme an Freizeit- und Kulturveranstaltungen erkennen. Dennoch können am Teilnehmerhythmus (Teilnahmeintensität) einige Besonderheiten hervorgehoben werden: Deutsche besuchen eher kontinuierlich und in kurzen Zeitabständen solche Veranstaltungen, während Zuwanderer dies eher sporadisch tun. Anzumerken ist hierbei, dass das Angebotsspektrum an „ethnischen“ Veranstaltungen i. d. R. geringer ausfällt als das von deutschen Veranstaltungen. Während Eingebürgerte sich in Bezug auf die kulturelle Partizipation kaum von den Deutschen unterscheiden, sind Aussiedler diejenigen, die mit nahezu 48% im Unterschied zu den Ausländern mit 44%, „fast nie“ oder „nie“ kulturelle Veranstaltungen besuchen (vgl. Abb. C27).

Teilnahmeverhalten: zwischen Angebotsmangel und Distanzverhalten

Gelingende Integration zwischen Gruppen mit unterschiedlichen kulturellen Orientierungen und Kompetenzen hängt entscheidend von der Kenntnis und Akzeptanz der Kultur der ande-

ren Gruppe ab. Hierfür kommt der Teilnahme an Kulturveranstaltungen und Festtagen der anderen Gruppe wichtige Bedeutung zu.

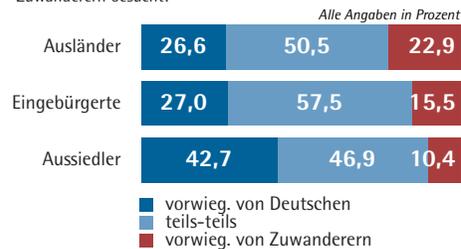
Zuwanderer besuchen eher deutsche Veranstaltungen als Veranstaltungen ihrer Herkunftsgruppe. In wieweit dies unmittelbar von der eigenen, selektiven Auslese oder von fehlenden Angeboten seitens der Herkunftsgruppe abhängt, bleibt zunächst ungeklärt. Aussiedler besuchen am wenigsten sog. „Zuwanderer-Veranstaltungen“, ihr Anteil ist im Gegensatz zu den anderen Zuwanderergruppen am geringsten (10,4%), bei den Ausländern hingegen ist dieser am stärksten ausgeprägt (29,9%). Dieser Befund muss auch im Verhältnis zu der relativen Größe der ethnischen Gruppe bewertet werden (vgl. Abb. C28).

Auch bei den deutschen Befragten muss das Antwortverhalten in Bezug auf die jeweiligen Veranstaltungsangebote relativiert werden; nahezu 70% der Deutschen haben nie Veranstaltungen von Zuwanderern besucht. Lediglich 30% geben an, hin und wieder an solchen Veranstaltungen teilzunehmen. Auch hier bleibt die Frage offen, in wieweit die Angebotsintensität bzw. das Vorhandensein kultu-

C28: Kultureller Austausch

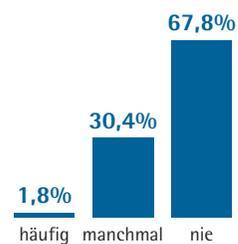
Zuwanderer

"Werden diese Veranstaltungen eher von Deutschen oder eher von Zuwanderern besucht?"



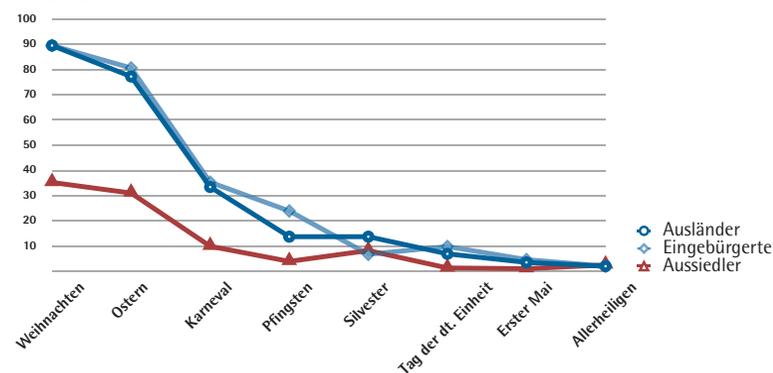
Deutsche

"Nehmen Sie an Veranstaltungen von Zuwanderern teil?"



C29 (a): Kenntnis deutscher Feste/Feiern

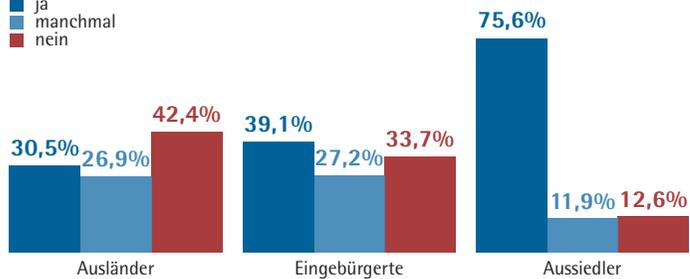
Kenntnis



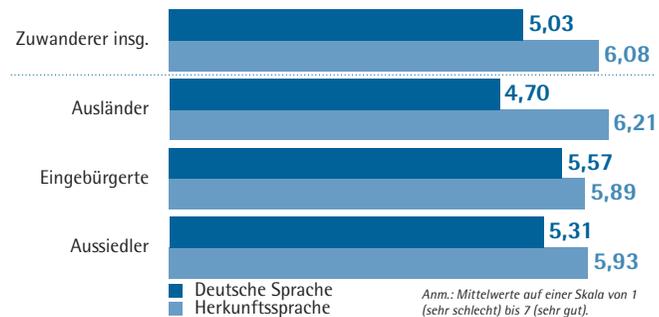
C29 (b): Teilnahme an deutschen Festen/Feiern

Teilnahme

ja
manchmal
nein



C30: Selbsteinschätzung der Sprachkompetenz



Subjektive Indikatoren

reller Angebote (Zuwandererveranstaltungen) mit passivem Verhalten oder Desinteresse der

„Nahezu 70% der Deutschen haben nie Veranstaltungen von Zuwanderern besucht.“

Befragtengruppe zusammenhängt, oder ob sich in der Ablehnungshaltung der Deutschen eher eine grundsätzliche Distanz widerspiegelt.

Aussiedler beteiligen sich häufiger an deutschen Festen und Feiern

Die Kenntnis deutscher Feste und Feiern und viel mehr noch die Partizipation an solchen Festen können als indirektes Indiz zur Erfassung der allgemeinen Akzeptanz und der Wahrnehmung der Mehrheitskultur betrachtet werden. Konkret sollten sich die Zuwanderer dazu äußern, in wieweit sie „typisch deutsche“ Feste kennen und ferner, wie aktiv sie sich daran beteiligen. Hierbei wurde bewusst auf Antwortvorgaben verzichtet (offene Fragestellung). Über alle Zuwandererkategorien hinweg wurden als typische deutsche Feste/Feiern hauptsächlich religiöse Feste genannt. Der Reihenfolge nach wurden zunächst Weihnachten

und Ostern aber auch Karneval benannt. Der „Tag der deutschen Einheit“ wurde mehrheitlich von den Eingebürgerten mit knapp 10% der Nennungen auf den 6. Platz gesetzt (vgl. Abb. C29a).

Ein derartiger Befund dürfte ohne weiteres auf die unterschiedlichen Religionszugehörigkeiten (über die Hälfte der Zuwandererstichprobe hat einen nicht christlichen religiösen Hintergrund) zurückzuführen sein. Aufschlussreicher scheint in diesem Zusammenhang die subjektiv eingeschätzte Teilnahme an den o. g. Festen, obgleich diese Feste bzw. Feiern als „typisch deutsche“ oder religiöse Feste von den Zuwanderern identifiziert wurden. Innerhalb der Zuwandererkategorien stechen die Aussiedler mit über 75% als die „Aktivsten“ hervor. Gefolgt von den Eingebürgerten mit knapp 40% und den Ausländern zum Schluss mit dem geringsten Anteil von 30,5% (vgl. Abb. C29a).

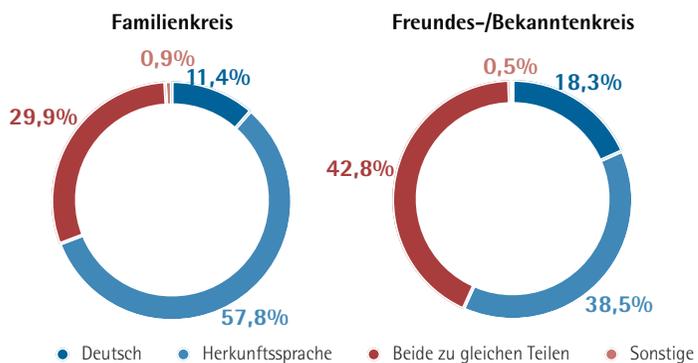
Geringere muttersprachliche Kompetenzen bei jüngeren Zuwanderern/Sprachbarrieren insbesondere bei älteren Zuwanderern

Sprache ist eine grundlegende Dimension des sozialen Zusammenlebens und das Medium für die Kommunikation zwischen Menschen.

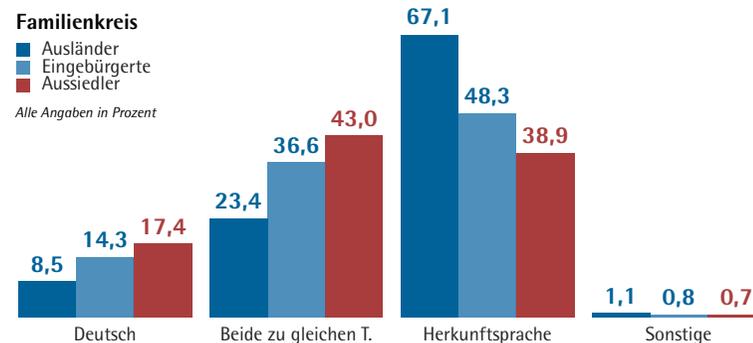
Insofern kommt der Kenntnis einer gemeinsamen Sprache wesentliche Bedeutung für die Integration zwischen sozialen Gruppen zu. Für Zuwanderer bedeutet dies, dass ihre Integration zentral (wenn auch nicht ausschließlich) von ihrer Beherrschung der Verkehrssprache des Einwanderungslandes abhängt. Für die Bewahrung ihrer kulturellen Identität als notwendige Basis einer Öffnung hin zur Zuwanderungsgesellschaft spielt daneben aber auch die Beherrschung der Verkehrssprache ihres Herkunftslandes eine wichtige Rolle.

Die subjektive Einschätzung der eigenen Sprachkenntnisse wurde unter Berücksichtigung bestimmter Aspekte wie Geschlecht, Alter und Berufabschluss untersucht. Diese differenzierte Vorgehensweise identifiziert mögliche Einflussfaktoren, die sich auf die Sprachkenntnisse und den Sprachgebrauch auswirken können. Diese aufgrund von Selbstbeurteilungen erhobenen Befunde können selbstverständlich nur begrenzt „objektive“ Informationen über die tatsächliche Sprachbeherrschung liefern. Dadurch, dass sie im Folgenden mit der Abfrage konkreter sprachbezogener Verhaltensweisen ergänzt werden, ist es gleichwohl möglich, eine angemessene Einschätzung von Sprach-

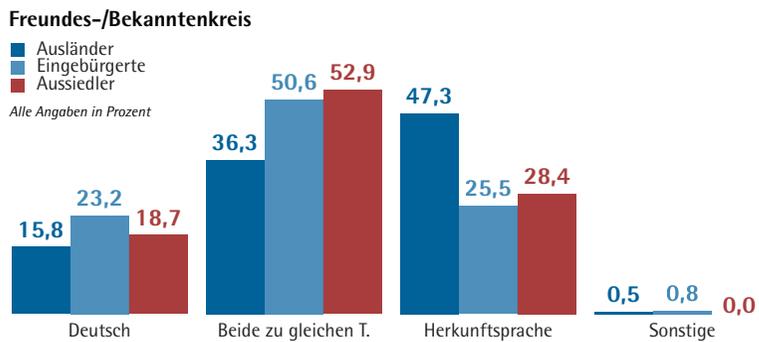
C31: Sprachgebrauch



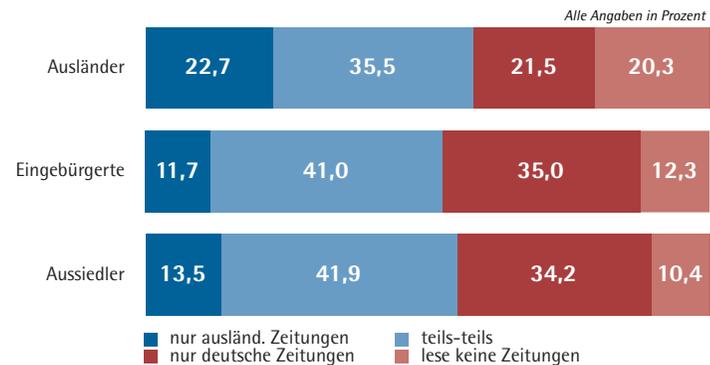
C32 (a): Sprachgebrauch nach Zuwandererkategorie



C32 (b): Sprachgebrauch nach Zuwandererkategorie



C33: Alltägliche Gewohnheiten und Sprachgebrauch: Zeitung



Subjektive Indikatoren

kenntnissen und -gebrauch der Zuwanderer abzugeben.

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Zuwanderergruppen ergibt die vergleichende Analyse Folgendes (vgl. insgesamt Abb. C30):

- Insgesamt schätzen Zuwanderer ihre muttersprachliche Kompetenz durchschnittlich mit gut (Skalenmittelwert: 6,1) ein.
- Von den Zuwanderergruppen heben sich die Ausländer mit einem entsprechend höheren Skalenmittelwert von 6,2 im Gegensatz zu Eingebürgerten (5,9) und Aussiedlern (5,9) geringfügig ab.
- Kaum nennenswerte Unterschiede sind innerhalb der Geschlechterproportionen erkennbar. Im Gegensatz zu den Frauen (49,5%) geben etwa 50,5% der Männer an, über gute bis sehr gute Sprachkompetenz zu verfügen.
- Die Altersverteilung hingegen erbringt tendenziell systematische Zusammenhänge: Die Gruppe der Personen, die angibt über „sehr gute bis gute“ muttersprachliche Kenntnisse zu verfügen, konzentriert sich hauptsächlich auf die jüngeren Alterskategorien.

- Eine entsprechende Überprüfung des Zusammenhangs zwischen Sprachkenntnissen (Herkunftssprache) und Berufsabschluss bringt auch innerhalb der jeweiligen Befragten Gruppen keinerlei bedeutende Anhaltspunkte hervor.

In Anlehnung an die o.g. Ergebnisse zur Sprachkompetenz der Herkunftssprache werden dieselben analytischen Verfahren bezüglich der Selbsteinschätzung der Deutschkenntnisse durchgeführt. Auch hierbei zeigt sich kein si-

„Deutlich mehr jüngere Zuwanderer schätzen ihre Deutschkenntnisse als sehr gut oder gut ein.“

gnifikanter Zusammenhang zwischen Sprachkompetenz (Deutsch) und Berufsabschluss. Ein deutlicher Einflussfaktor ist hingegen der Schulabschluss. Je höher der Schulabschluss, desto höher die subjektive Einschätzung der Sprachkompetenz: Deutsch. Auch geben eine deutliche Mehrheit der Frauen an, über geringere Deutschkenntnisse zu verfügen.

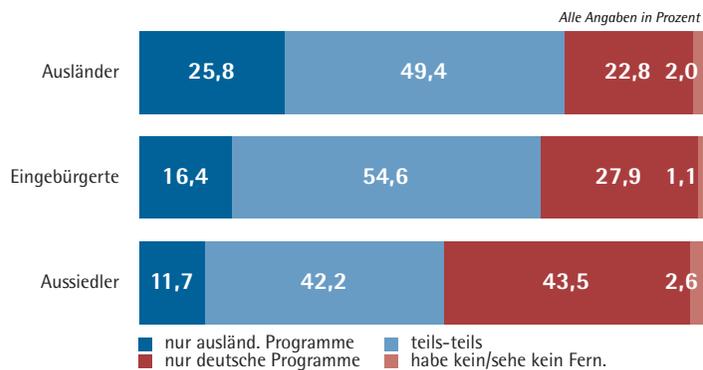
Die altersspezifische Betrachtung im Hinblick auf die Deutschkenntnisse liefert zusätzliche Erkenntnisse: Mit zunehmendem Alter lässt sich ein systematischer Rückgang der selbstzugewiesenen Sprachkompetenz erkennen. Deutlich mehr jüngere Zuwanderer (18- bis 25-Jährige) schätzen ihre Deutschkenntnisse als „sehr gut“ und/oder „gut“ ein. Eine nicht zu unterschätzende Größe sind hierbei neben der Bildungsqualifikation auch die kommunikativen Beziehungen der jeweiligen Zuwanderergruppen zur Mehrheitsbevölkerung.

Sprachgebrauch: die Dominanz der Herkunftssprache in Familie und Freundeskreis

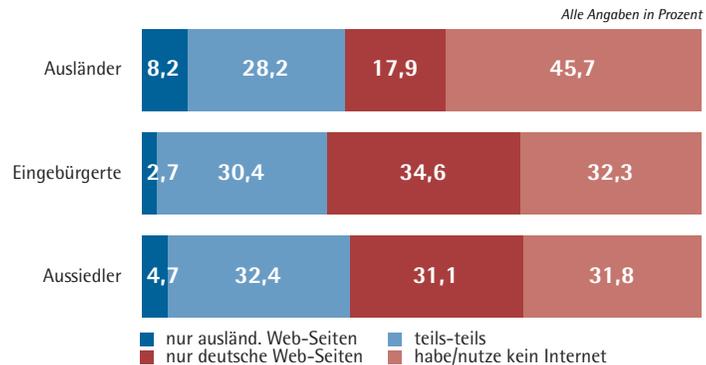
Zu den sog. Austauschbeziehungen zählen auch der tägliche Umgang, die Kontaktintensität, doch vor allem die sprachliche Kommunikation innerhalb der Familie und des Freundeskreises. Der Sprachgebrauch gibt nicht nur Rückschlüsse über die Sprachkenntnisse, sondern auch Hinweise über Verhaltensmuster der jeweiligen Gruppen in Beziehung zur Mehrheitsbevölkerung.

Während die Muttersprache überwiegend im häuslichen Bereich eingesetzt wird, tauschen sich die Zuwanderer insgesamt im Freundes-

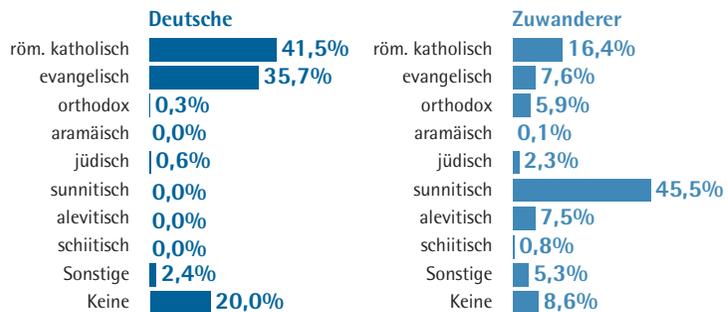
C34: Alltägliche Gewohnheiten und Sprachgebrauch: Fernseher



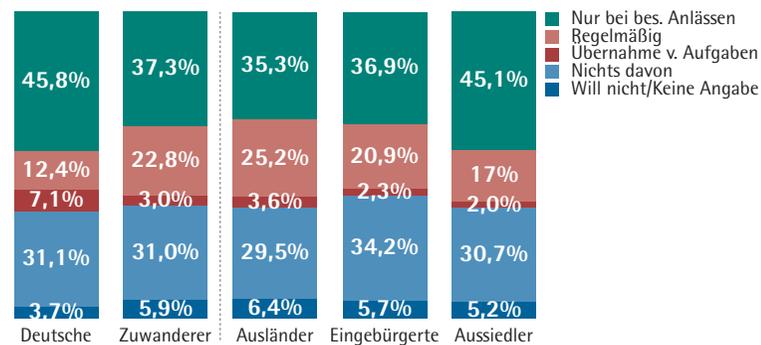
C35: Alltägliche Gewohnheiten und Sprachgebrauch: Internet



C36: Religionszugehörigkeit



C37 (a): Aktivitäten innerhalb der Religionsgemeinschaft



Subjektive Indikatoren

kreis überwiegend auf Deutsch und/oder in beiden Sprachen aus (vgl. Abb. C31). Bei näherer Betrachtung der unterschiedlichen Befragtengruppen zeigen sich dennoch Unterschiede im Sprachgebrauch (vgl. Abb. C32):

Der überwiegende Anteil der befragten Ausländer bevorzugt es, innerhalb des familiären Kreises die eigene Herkunftssprache zu sprechen: ihr Anteil liegt im Vergleich zu Eingebürgerten (48%) und Aussiedlern (39%) bei 67% und ist somit relativ hoch. Diejenigen, die innerhalb der eigenen Familie am meisten Deutsch sprechen, sind Aussiedler mit (17,4%). Nur knapp 15% der Eingebürgerten bevorzugen es, innerhalb der eigenen Familie auf Deutsch zu kommunizieren, während es bei den Ausländern 8,5% der Befragten sind, die zu Hause eher Deutsch sprechen. Dieselben Befunden spiegeln sich auch im außerfamiliären Bereich wider. Demzufolge sprechen Ausländer innerhalb des Freundes- und Bekanntenkreises mit überwiegender Mehrheit (47%) eher die eigene Herkunftssprache. Aussiedler tauschen sich – im Vergleich zu den anderen Gruppen – häufiger auf Deutsch aus. Bei den Eingebürgerten hingegen sind es nahezu 25% .

Keine besonderen Präferenzen zwischen deutschen und ausländischen Medien

Die Nutzung gängiger Medien wie Zeitung, Fernseher und Internet wird als Betrachtungsgröße zur Ermittlung der kulturellen Präferenzen angewandt. Gleichzeitig kann die Medienutzung jedoch, unter Berücksichtigung des Aspekts „Identifikation“, einige Anhaltspunkte zum Informationshintergrund (Herkunftsland bzw. Aufnahme land) und daran anknüpfend über den Kenntnisstand über das jeweilige Land liefern.

Insgesamt lassen sich innerhalb der Verteilung keine eindeutigen Präferenzen zwischen deutschem bzw. ausländischem Medienkonsum feststellen. Alle Zuwanderer gaben an, zu je 20%, nur deutsche bzw. nur ausländische Medien (Zeitung, Fernsehprogramme) zu nutzen. Doppelt so viele Zuwanderer (35 - 40%) greifen sowohl auf deutsche als auch auf ausländische Medien zurück.

Wesentliche Abweichungen zeigen sich bei den unterschiedlichen Zuwanderergruppen in Bezug auf die ausschließliche Nutzung von deutschen bzw. ausländischen Medien (vgl. Abb. C33, C34, C35):

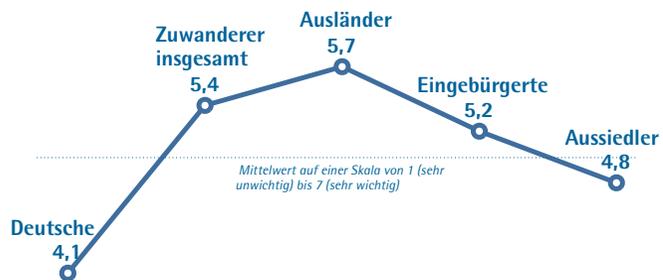
- Aussiedler bevorzugen die Nutzung deutscher Medien (Zeitungen (34%), TV-Programme (44%), Internet (31%)). Ihre entsprechenden Werte liegen, gegenüber denen der Eingebürgerten und denen der Ausländer, vergleichsweise hoch.
- Jeweils mehr als die Hälfte der befragten Ausländer bevorzugten entweder Zeitungen und TV-Sender aus dem Herkunftsland oder sagen „teils/teils“.
- Letztlich: 20% der Ausländer lesen überhaupt keine Zeitung; 46% der Ausländer haben bzw. nutzen überhaupt kein Internet.

Die unterschiedliche Nutzung muss schließlich als Resultat vielfältiger Einflussgrößen wie Alter, Gruppengröße der Zuwanderergruppe (Nachfrage und Angebot), Verfügbarkeit der jeweiligen Medien (wie z. B. Zeitungsanbieter, Kabelanschlüsse, Privatsender usw.) gewertet werden.

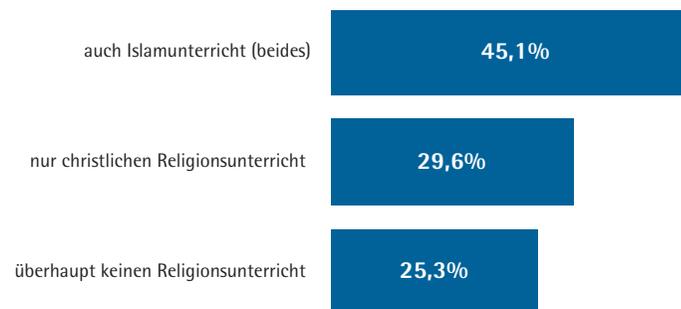
Eindeutig mehr Deutsche konfessionslos

Religiöse Orientierungen nehmen starken Einfluss auf die Werte und das Verhalten von Personen und sozialen Gruppen und beeinflussen von daher auch die Beziehungen zwischen sozialen Gruppen. Gleiche religiöse Orientie-

C37 (b): Persönliche Wichtigkeit von Religion

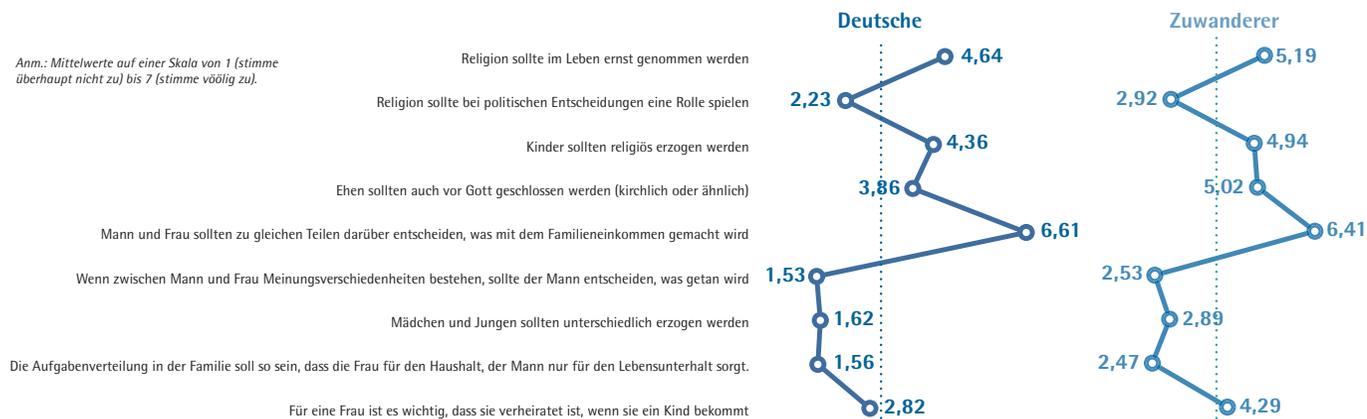


C39: Religiöse Erziehung an Schulen?



C38: Wichtigkeit von Religion und Geschlechterrollen

Anm.: Mittelwerte auf einer Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme völlig zu).



Subjektive Indikatoren

rungen erleichtern dabei im Regelfall das Zusammenleben und -handeln, allerdings sind sie keine notwendige Voraussetzung hierfür. Integration ist durchaus denkbar (und ist auch empirisch vorzufinden) unter der Voraussetzung auch grundsätzlich unterschiedlicher religiöser Orientierungen.

Innerhalb der deutschen Stichprobe finden sich – erwartungsgemäß – über 40% katholische und knapp 36% evangelische Glaubensangehörige (vgl. Abb. C36). In der Zuwandererstichprobe hingegen sind mit überwiegender Mehrheit (knapp 54%) muslimische Glaubensangehörige (sunnitisch, alevitisch, schiitisch) vertreten. Angesichts der Tatsache, dass über 45% der befragten Zuwanderer türkischer Herkunft sind, ist dieses Ergebnis nicht verwunderlich. Darüber hinaus befinden sich in der Gruppe der Zuwanderer 17% katholische und 7,5% evangelische Glaubensangehörige. Im Vergleich zu den Zuwanderern liegt der Anteilswert der Deutschen ohne Konfession bei 20% (und damit um 11 Prozentpunkte höher als bei den Zuwanderern). Hier sind v. a. die Bevölkerungsteile zu finden, die aus der Kirche ausgetreten sind.

Sowohl Deutsche als auch Zuwanderer nehmen nur sporadisch an religiösen Aktivitäten teil

Knapp die Hälfte der befragten Deutschen besuchen Gottesdienste oder ähnliches eher sporadisch, d.h. nur bei besonderen Anlässen. Demnach ist die Verbundenheit zunächst auf punktuelle Ereignisse begrenzt. Bei den Zuwanderern liegt dieser Anteilswert bei 37%, also knapp 10% Punkte niedriger als bei den Deutschen. Eine einzige Ausnahme bildet hierbei die Gruppe der Aussiedler, die ähnliche Werte wie die Deutschen aufweisen (vgl. Abb. C37a).

Grundsätzlich ziehen es alle Zuwanderergruppen vor, regelmäßig an Aktivitäten (wie z. B. Gottesdienstbesuch oder ähnliches) innerhalb ihrer Religionsgemeinschaft teilzunehmen. Die Übernahme von Aufgaben, die auf eine ehrenamtliche und sozial engagierte Einstellung gegenüber der Religionsgemeinschaft hindeuten soll, wird vermehrt von Deutschen (7,1%) angegeben.

Abschließend wurden alle gefragt, wie viel Wert sie der Religion insgesamt beimessen. Ein signifikanter Unterschied lässt sich zwischen

Deutschen und Zuwanderern herausstellen: Zuwanderer beurteilen die Religion tendenziell als einen wichtigen Bestandteil ihres Lebens

„Zuwanderer sind mit überwiegender Mehrheit muslimische Glaubensangehörige.“

(5,4), Deutsche hingegen messen der Religion eher eine geringere Bedeutung (4,1) zu. Ebenso verhalten sich die Aussiedler. Vergleichsweise dazu sind die Ausländer diejenigen, die Religion mit einem Mittelwert von 5,7 am wichtigsten beurteilen (vgl. Abb. C37b).

Mehr traditionell geprägte Lebensbilder bei Zuwanderern

Bei der Betrachtung der subjektiven Einschätzungen aller Befragten hinsichtlich ihrer religiösen Verbundenheit und der damit verknüpften Lebensweltorientierungen (Geschlechterrollen, Familienbild) zeigen sich durchgängig Unterschiede (vgl. Abb. C38).

Unterschiedlicher Auffassung sind die Deutschen gegenüber den Zuwanderern insbesondere im Hinblick auf die Bedeutung der Ehe,

was vermutlich bei den befragten Deutschen mit der geringeren Wertschätzung der Ehe als religiöses Sakrament (siehe Wichtigkeit von Religion) zusammenhängt. Diesbezüglich sind innerhalb der Verteilung markante Unterschiede im Antwortverhalten zu nennen. Zuwanderer sprechen sich eher für eine religiöse Eheschließung aus.

Eine eher traditionelle als religiös tradierte Wertvorstellung zeigt sich bei den Zuwanderern darüber hinaus auch hinsichtlich der Aussage „Für eine Frau ist es wichtig, dass sie verheiratet ist, wenn sie ein Kind bekommt“; auch hier ist die Zustimmung der Zuwanderer wesentlich höher (4,29) als bei den deutschen Befragten (2,82). Außerdem befürworten die Zuwanderer in der Tendenz eine geschlechtsspezifische Erziehung der Kinder. Relativ deutliche Unterschiede ergeben sich schließlich auch in Bezug auf die geschlechtsspezifische Aufgabenverteilung innerhalb der Partnerschaft.

Deutsche: Islamunterricht an Schulen zulassen

Kulturverständnis an sich bedingt die gegenseitige Akzeptanz im Hinblick auf die unter-

schiedlichen Lebensweisen, Traditionen sowie Sprachen und religiösen Hintergrund. Um die Öffnungsbereitschaft der deutschen Befragten zu ermitteln, wird der Akzeptanzgrad bzw. der Grad der zugestandenen Rechte (Religionsausübung) hinsichtlich der religiösen Erziehung in den Schulen ausgewertet.

Wie in Abbildung C39 zu erkennen ist, spricht sich knapp die Hälfte der deutschen Befragten für ein „doppeltes“ Modell des Religionsunterrichts in Schulen aus. Dieser Befund deutet auf eine hohe Akzeptanz der Mehrheitsbevölkerung hin. Ca. 26% befürworten hingegen ein ausschließlich christliches Unterrichtsmodell, während sich etwa 25% für eine Schulerziehung ohne Religionsunterricht entscheiden.

Insgesamt kann der vorliegende Befund als ein positives Signal für die Öffnungsbereitschaft der Mehrheitsbevölkerung interpretiert werden. Allerdings, so wird sich in dem ihren Einstellungengewidmeten Teil zeigen, wird die Ausübung der islamischen Religion von Seiten der Deutschen nur mit Einschränkungen eingeräumt. Vor diesem Hintergrund ist dieses positive Signal von Seiten der Mehrheitsbevölkerung eher mit dem erwünschten Inte-

grationseffekt eines staatlich kontrollierten islamischen Religionsunterrichts als mit einer umfassenden Öffnung gegenüber der Ausübung der islamischen Religion in Zusammenhang zu bringen.

Konklusionen: Interkulturalität zwischen Kulturdifferenz, Sprache und Kulturaustausch

Die Integration auch moderner Gesellschaften hängt von einem von der Mehrheit ihrer Angehörigen geteilten Grundbestand an Regeln, Werten und Orientierungen ab. Genauso bedeutsam ist die Existenz einer gemeinsamen Verkehrssprache, die eine sprachliche Verständigung zwischen den Gesellschaftsmitgliedern ermöglicht. Dies bedeutet allerdings nicht, dass Integration bei Vorliegen unterschiedlicher Wertorientierungen – sofern diese Unterschiedlichkeit nicht die Grundregeln der jeweiligen Gesellschaft betrifft – nicht möglich ist. Tatsächlich lassen sich in der Geschichte eine Vielzahl von Beispielen für kulturell und sprachlich stark differenzierte Gesellschaften finden, in denen der soziale Zusammenhalt trotz großer kultureller Unterschiede auch auf lange Sicht bewahrt werden konnte.

Subjektive Indikatoren

Die Auswertung der Daten hat durchaus deutliche Unterschiede in Bezug auf die kulturellen Orientierungen ergeben, die die Bedeutung von Religion, Partnerschaft und Erziehung betreffen.

In Bezug auf die Religion zeigen sich deutliche Unterschiede in der Konfessionszugehörigkeit:

„Mehr als doppelt so viele Deutsche wie Zuwanderer sind konfessionslos.“

Mehr als doppelt so viele Deutsche wie Zuwanderer sind konfessionslos, wobei sich die Aussiedler erneut den Werten der Deutschen annähern und die Ausländer am stärksten konfessionell gebunden sind. Diese stärkere „Säkularisierung“ der deutschen Mehrheitsbevölkerung schlägt sich auch in der deutlich geringeren Bedeutung nieder, die diese der Religion für ihr Leben, aber auch für Politik, Erziehung und Partnerschaft zuschreibt. Auch in dieser Hinsicht weisen die Aussiedler insgesamt die den Einstellungen der Deutschen ähnlichsten Bewertungen auf, während die Antworten der Ausländer

am stärksten von denen der Deutschen abweichen.

Auch in Bezug auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern in der Familie und zur Frage der geschlechtsspezifischen Erziehung der Kinder ergeben sich zum Teil deutliche Unterschiede, wobei die Ausländer sich erneut eher am traditionellen Pol des Einstellungsspektrums verorten und Eingebürgerte und Ausländer etwa im gleichen Umfang den Einstellungen der deutschen Bevölkerung nahe stehen. Ob eine solche Rangfolge mit dem unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Hintergrund dieser Gruppen oder mit ihrer unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung und den daraus erwachsenden Unterschieden in ihren Wertorientierungen zusammenhängt, kann aufgrund der vorliegenden Daten nicht beurteilt werden.

Insgesamt ergeben sich demnach durchaus deutliche Unterschiede zwischen den Deutschen und den Zuwanderern in den religiösen und kulturellen Orientierungen, die aber keineswegs in ausgeprägte Gegensätze einzumünden scheinen.

Von entscheidender Bedeutung für den Einfluss, den solche religiösen und kulturellen Unterschiede für das Zusammenleben von Gruppen nehmen, ist der Umfang, in dem es diesen Gruppen gelingt, unabhängig von ihren Unterschieden in Kontakt zu treten und sich über diese auszutauschen.

Hierfür stellt die Sprache das entscheidende Medium dar. Voraussetzung von intensiven Kontakten zwischen Personen und Gruppen ist die Existenz einer gemeinsamen Sprache, die in Einwanderungssituationen im Allgemeinen die Sprache des Einwanderungslandes ist. Hinreichende Kenntnisse dieser Sprache stellen insofern eine wichtige Voraussetzung für die Integration zwischen Zuwanderern und Mehrheitsbevölkerung dar, allerdings (und das zeigen die weiteren Ergebnisse der Studie deutlich) keineswegs die einzige Voraussetzung.

Im Sinne der Anerkennung der kulturellen Identität von Zuwanderern, die eine weitere Bedingung für gelingende Integration darstellt, kommt darüber hinaus auch den Kenntnissen ihrer Herkunftssprache eine große Bedeutung zu. Angesichts sich inten-

sivierender Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse stellt die Pflege der Mehrsprachigkeit von Zuwanderern auch für die Stadtgesellschaft insgesamt ein wichtiges Potenzial dar.

In Bezug auf die vergleichende Gewichtung der Kenntnisse in beiden Sprachen zeigt sich für alle Zuwanderergruppen, dass sie in ihrer Selbsteinschätzung die deutsche Sprache besser zu beherrschen meinen als ihre Herkunftssprache. Dieser Unterschied zugunsten deutscher Sprachkenntnisse ist in diesem Falle besonders ausgeprägt bei den Ausländern.

Insgesamt ergeben sich weder in Bezug auf die Kenntnisse der deutschen Sprache noch der Herkunftssprache aussagekräftige Unterschiede zwischen den Zuwanderergruppen. Aufgrund einer Aufgliederung nach Geschlecht und Alter bestätigen sich allerdings die schon bei den strukturellen Indikatoren festgehaltenen gruppenspezifischen Potentiale und Defizite: Ein weitaus größerer Anteil der jungen Zuwanderergeneration gibt an, sehr gute und gute Deutschkenntnisse zu besitzen (während die Kenntnisse in der

Herkunftssprache deutlich geringer eingeschätzt werden).

Unter den Frauen ist der Anteil von Personen mit geringen Deutschkenntnissen hingegen deutlich höher. Neben den bereits angesprochenen strukturellen Ursachen für diese gruppenspezifischen Merkmale können hierfür auch stärker bzw. schwächer ausgeprägte Kontakte zur deutschen Bevölkerung mitverantwortlich sein.

Die genannten Selbsteinschätzungen in Bezug auf die relative Kenntnis der deutschen bzw. der Herkunftssprache werden allerdings ein Stück weit relativiert von den gelieferten Informationen zum Sprachgebrauch in informellen Kontakten, der entscheidend Einfluss auf die Sprachkompetenzen nimmt.

In der gesamten Zuwanderergruppe benutzen im Familienkreis nur 11% vorwiegend die deutsche Sprache und 57% vorwiegend die Herkunftssprache (dieser Unterschied ist in Bezug auf den Freundeskreis geringer ausgeprägt, aber auch deutlich vorhanden). Innerhalb der Zuwanderergruppe ist dieser Unterschied besonders ausgeprägt bei den

Ausländern (9 zu 67%), gefolgt von den Eingebürgerten (15 zu 48%) und den Aussiedlern (17 zu 39%). Dies ist aufgrund der Dominanz der Beziehungen zu Mitgliedern der eigenen Herkunftsgruppe vor allem in diesen informellen Bereichen nicht überraschend, deutet aber doch auf eine unzureichende praktische Pflege der deutschen Sprache in diesen sozialen Primärbeziehungen hin. (Inwiefern dieser geringe Gebrauch der deutschen Sprache tatsächlich zu schlechteren Kenntnissen dieser Sprache führt, kann allerdings aufgrund der vorliegenden Daten nicht beurteilt werden.)

Dieses deutliche Ungleichgewicht im informellen Gebrauch von deutscher und Herkunftssprache wird von den Daten zum Mediengebrauch der Zuwanderer nicht bestätigt. Ausschließlich deutsche oder Herkunftsmedien nutzt diese Gruppe in etwa zu gleichen Teilen; in der Mehrzahl werden aber Medien aus beiden Bereichen genutzt. Auch hier wird erneut die stärkere „kulturelle Nähe“ der Aussiedlergruppe zur Mehrheitskultur deutlich: Aussiedler nutzen zu 37%, Eingebürgerte zu 30% und Ausländer zu 20% ausschließlich deutsche Medien.

Subjektive Indikatoren

Dafür dass mangelnde deutsche Sprachkenntnisse weiterhin die Beziehungen zwischen Einheimischen und Zuwanderern belasten, spricht dann allerdings erneut die im Weiteren noch darzustellende Bedeutung, die diesem Faktor für den Verlauf von Integration zugeschrieben wird: Sowohl die Deutschen als auch die Zuwanderer benennen einen solchen Mangel am häufigsten als eines der Probleme innerhalb der Beziehungen zwischen beiden Gruppen. Eindeutig interpretierbare Befunde in Bezug auf die Beherrschung der deutschen Sprache auf Seiten der Zuwanderer lassen sich aus diesen Ergebnissen also nicht ableiten. (Hierzu wäre eine direkte ‚objektive‘ Abfrage dieser Fähigkeiten, etwa im Rahmen eines Sprachtests, notwendig gewesen.) Insgesamt verweisen die vorliegenden Daten – zusammengekommen mit den Ergebnissen auch anderer Studien zu den deutschen Sprachkenntnissen der Duisburger Zuwanderer – gleichwohl darauf, dass in diesem Bereich weiterhin noch erhebliche Defizite bestehen.

Die Kenntnis der Verkehrssprache der Einwanderungsgesellschaft stellt eine notwendige Voraussetzung für kulturelle

Austauschprozesse zwischen Mehrheitsbevölkerung und Zuwanderern dar. Inwieweit diese Voraussetzung in tatsächlichen Austauschprozessen genutzt wird, wurde durch zwei Indikatoren erhoben: die Teilnahme an Kulturveranstaltungen der anderen Gruppe und die Kenntnis von/Teilnahme an deutschen Festen und Feiern.

In Bezug auf ersteres Merkmal ergibt sich die bereits mehrfach angedeutete Asymmetrie in den Beziehungen zwischen deutscher und Zuwandererbevolkerung: Während 77% der Zuwanderer angeben, an vorwiegend oder

„Insgesamt ergibt sich so ein Bild deutlicher, aber keineswegs dramatischer kultureller Unterschiede.“

zum Teil von Deutschen besuchten Veranstaltungen teilzunehmen, nehmen Deutsche nur zu 32% häufig oder manchmal an Zuwandererveranstaltungen teil. Dies kann erneut an einem quantitativen und auch qualitativen Unterschied im Angebot der von beiden Gruppen angebotenen Veranstaltungen

liegen, ist aber gleichwohl als weiteres Indiz für eine relativ stärkere Öffnung der Zuwanderergruppe hin zur Mehrheitsgesellschaft zu werten.

Besonders deutlich zeigt sich hierbei die „Nähe“ der Aussiedlergruppe zur Mehrheitsbevölkerung: 43% der Aussiedler besuchen vorwiegend von Deutschen frequentierte Veranstaltungen und nur 10% vorwiegend von Zuwanderern besuchte. Für die Eingebürgerten betragen die entsprechenden Werte 27 bzw. 16%, für die Ausländer 27 bzw. 23%. Dieser deutliche Befund wird auch von den Daten zur Teilnahme an deutschen Festen/Feiern bestätigt: Die Aussiedler weisen hier 76% auf gegenüber 39% bei den Eingebürgerten und 31% bei den Ausländern.

Insgesamt ergibt sich so ein Bild deutlicher, aber keineswegs dramatischer kultureller Unterschiede zwischen beiden Gruppen mit ähnlich deutlichen Defiziten im sprachlichen Bereich und innerhalb der kulturellen Austauschbeziehungen.

Während die identifizierten kulturellen Unterschiede zumindest mittelfristig als Vo-

raussetzung von integrationspolitischen Maßnahmen zu akzeptieren sind, besteht im Bereich der Verbesserung der Sprachkenntnisse (wie auch andere Untersuchungen klar belegt haben) deutlicher Handlungsbedarf. In Bezug auf die Kenntnisse der deutschen Sprache müsste dabei auch der Bereich des informellen Sprachgebrauchs in Familie und Freundeskreis einbezogen werden. Hierbei sollte den Sprachkenntnissen der Frauen als denjenigen die den Sprachgebrauch in familiären, vor allem Erziehungskontexten vorwiegend prägen, besonderes Augenmerk geschenkt werden, um die sich abzeichnende Verbesserung der Deutschkenntnisse in der jüngeren Generation zu stärken. Im Sinne einer Politik der Anerkennung und im Interesse der Pflege der Mehrsprachigkeit der Stadtgesellschaft wäre in diesen jüngeren Gruppen allerdings aufgrund der vorliegenden Befunde durchaus auch an eine Verbesserung der Kenntnisse in der Herkunftssprache insbesondere in formellen Kontexten (Schule und Ausbildung) zu denken.

Deutlicher Handlungsbedarf besteht sicherlich auch im Bereich des institutionellen kulturellen Austausches: In Bezug auf die

Teilnahme an den Kulturveranstaltungen der anderen Gruppe bestehen sichtbare Defizite, wobei diese allerdings aus unterschiedlichen Gründen auf Seiten der Mehrheitsbevölkerung besonders ausgeprägt sind.

Der Frage, ob der Austausch zwischen beiden Gruppen auch in anderen Hinsichten ähnlich asymmetrisch ausgeprägt ist, wird im nächsten Abschnitt zu den relationalen Aspekten von Integration nachgegangen.

Subjektive Indikatoren

Relationale Dimension

Im Zentrum der sozialen Integration zwischen Gruppen stehen Umfang und Art der direkten sozialen Beziehungen zwischen den Mitgliedern dieser Gruppen im informellen Bereich (Partnerschaft, Familie, Verwandtschaft, Freundeskreis) und im institutionellen Bereich (Arbeitsplatz, Schule, Vereine). Von Bedeutung sind dabei sowohl die Beziehungen zwischen Zuwanderern und Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung, als auch die Dichte und Intensität der Beziehungen innerhalb der eigenen Zuwanderergruppe.

Für diesen Bereich sind bereits schon einige wichtige Indikatoren in den vorangehenden Teilen betrachtet worden (z. B. die Wohnsegregation in Wohnhaus und Wohngebiet, Art und Zufriedenheit mit den Nachbarschaftsbeziehungen, Teilnahme an Veranstaltungen der anderen Gruppe). Hier werden ergänzend folgende Indikatoren berücksichtigt: Kontakte mit Mitgliedern der eigenen Zuwanderergruppe (nach Lebensbereichen), Kontakte zu im Herkunftsland lebenden Personen, Kontakte mit Deutschen (nach Lebensbereichen), Kontaktwunsch zu Deutschen, Zufriedenheit mit den Beziehungen zu den Deutschen, Schwierigkeiten im Zusammenleben, Diskriminierungserfahrungen und innerethnische bzw. binationale Partnerschaften.

Zuwanderer sind „kontaktfreudiger“

Die Kontaktintensität aber auch die Lebensbereiche der Austauschbeziehungen zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den Zuwanderern werden in diesem Kontext als wesentliche Aspekte der Annäherung beider Gruppen verstanden. Eine Annäherung, die in Bezug auf den Eingliederungsprozess Barrieren aufheben und ein gegenseitiges Kulturverständnis fördern kann. Besondere Bedeutung kommt hierbei den engen, informellen Beziehungen zu, wie sie sich in Partnerschaft, Familie und unter Freunden abspielen.

Deutsche und Zuwanderer werden nicht nur über die faktische Häufigkeit von Kontakten je nach Lebensbereich befragt, sondern über das Merkmal „Kontaktwunsch“ wird anschließend auch ihre Bereitschaft zu solchen Kontakten zwischen den Gruppen erhoben. Insgesamt lassen sich Zuwanderer im Vergleich zu Deutschen als „kontaktfreudiger“ beschreiben. Aber auch die Lebensbereiche in denen die Kontakte stattfinden, sind bei den Zuwanderern vielfältiger als bei den Deutschen. Beide Gruppen geben den Arbeitsplatz als zentralen Ort von Kontakten an (vgl. Abb. C40, C41). Bei den Deutschen sind es knapp 60% der Befrag-

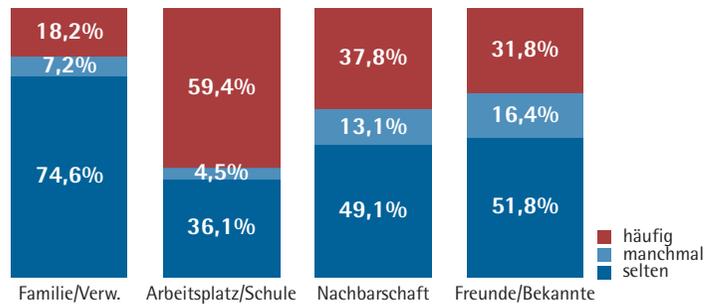
ten, bei den Zuwanderern nahezu 67%. Auffällig ist in diesem Zusammenhang jedoch die Kontakthäufigkeit seitens der Zuwanderer hinsichtlich privater Lebensbereiche. Die Zuwanderer geben an, innerhalb des Familien- bzw. Verwandtschaftskreises vermehrt Kontakte zu Deutschen zu haben. Das gilt auch für die externen Austauschbeziehungen. Tatsächlich geben 55% der Zuwanderer an, Deutsche auch innerhalb ihres Bekannten- und Freundeskreises zu haben. Bei den Deutschen sind es hingegen gerade mal 31%, die ebenso antworten.

„Insgesamt lassen sich Zuwanderer im Vergleich zu Deutschen als ‚kontaktfreudiger‘ beschreiben.“

Innerhalb der Zuwanderer insgesamt variieren die Kontakte je nach Zuwanderergruppe (vgl. Abb. C42): Eingebürgerte weisen die häufigsten

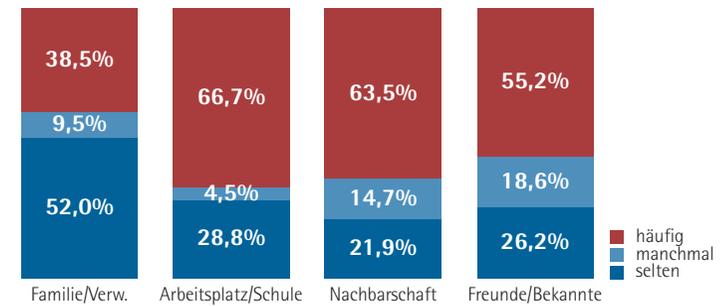
C40: Kontaktintensität und Kontaktorte: Deutsche

Kontakte zu Zuwanderern



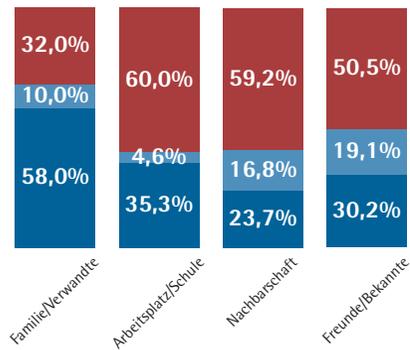
C41: Kontaktintensität und Kontaktorte: Zuwanderer

Kontakte zu Deutschen

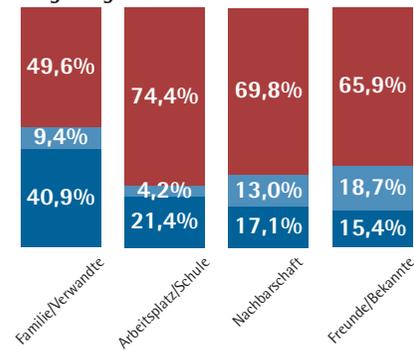


C42: Zuwandererkategorien: Kontakte zu Deutsche

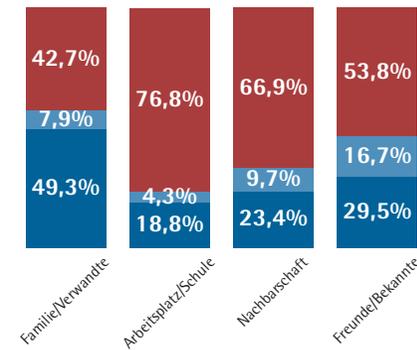
Ausländer



Eingebürgerte



Aussiedler



Anm.: "Häufig" (mind. 1x je Woche); „manchmal“ (mind. 1x je Monat/mehrmals im Jahr).

Kontakte zu Deutschen auf. Bei dieser Gruppe finden die Kontakte vorwiegend am Arbeitsplatz bzw. in der Schule statt. Dies ist sicherlich u. a. auch mit der strukturell besseren Positionierung der Eingebürgerten im Erwerbsleben erklärbar. An zweiter Stelle liegen die Aussiedler, wobei sich ihre Kontakte auf alle Lebensbereiche erstrecken (Familie, Freunde usw.). Bei den Ausländern findet sich die geringste Kontaktintensität. Offen bleibt hier, ob dies in eventuell vorhandenen Sprachdefiziten der Ausländer, einer Rückzugstendenz auf Seiten dieser Gruppe oder in einem Abgrenzungsverhalten von Seiten der Deutschen begründet ist.

Zuwanderer wünschen sich mehr Kontakte zu Deutschen

Neben den tatsächlich existierenden Beziehungen zu Mitgliedern der anderen Gruppe liefert auch die Intensität des Wunsches nach solchen Beziehungen integrationsrelevante Hinweise, in diesem Fall auf die Integrationsbereitschaft von Personen.

Ein Ausbau der Kontakte zu Zuwanderern wird von den befragten Deutschen überwiegend abgelehnt. Tatsächlich ist es nur ein Viertel der deutschen Befragten, das mehr Kontakt zu

Zuwanderern wünscht. Hingegen wünschen sich die Hälfte der befragten Zuwanderer mehr Kontakte zu Deutschen. Am meisten sind dies die Ausländer mit einem Anteil von 53%, gefolgt von den Eingebürgerten mit 46% und den Aussiedlern mit 43% (vgl. Abb. C43).

Angesichts des vorliegenden Befundes und der bereits oben formulierten These „Zuwanderer sind kontaktfreudiger“ lässt sich hier ein weiterer Beleg aufführen, dass Kontakte vermehrt von den Zuwanderern gepflegt und gewollt sind. In wieweit dies jedoch unmittelbar mit einer Distanzhaltung der Deutschen zusammenhängt, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Aufgrund der bereits gelieferten Befunde und der im letzten Teil vorgestellten lassen sich aber sicherlich begründete Einschätzungen hierzu abgeben.

Innerethnische Kontakte vorwiegend im privaten Bereich

Innerethnische Kontakte werden überwiegend in persönlichen und privaten Lebensbereichen wie Familie und Freundeskreis gepflegt. In der Tat haben über 80% der Zuwanderer häufige Kontakte zu ihrer Herkunftsgruppe innerhalb des Familien- und Verwandtenkreises (vgl. Abb.

C44). Es wird vermutet, dass dieser Befund je nach Gruppengröße der Zuwanderergruppen variiert.

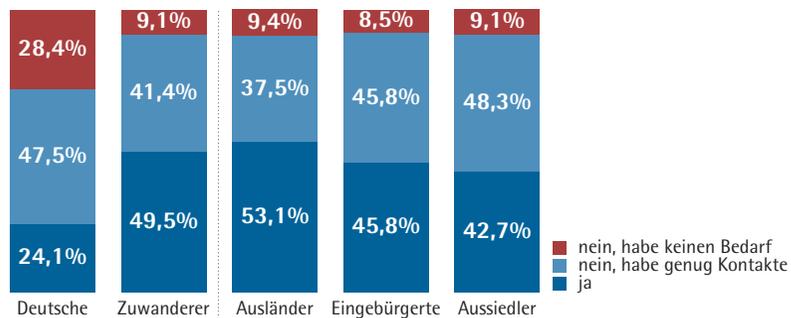
Ausländer pflegen vermehrt Kontakte zu Personen aus dem Herkunftsland

Wie sehr die Aufrechterhaltung der Kontakte zum Herkunftsland mit einer möglichen Rückkehrabsicht zusammenhängt, lässt sich im vorliegenden Befund aufzeigen. Im Vergleich zu den Aussiedlern pflegt die überwiegende Mehrheit der Ausländer und der Eingebürgerten vermehrte Kontakte zu Personen aus dem eigenen Herkunftsland (vgl. Abb. C45). Vor dem Hintergrund einer möglichen Rückkehrabsicht (siehe zeitliche Dimension: Rückkehrabsichten) dieser Gruppen erscheint ein solcher Befund plausibel. Dies zeigt sich beispielsweise an der Aussiedlergruppe, die eine Rückemigration kaum in Betracht zieht.

Deutsche haben mehr Probleme auf Zuwanderer zuzugehen als umgekehrt

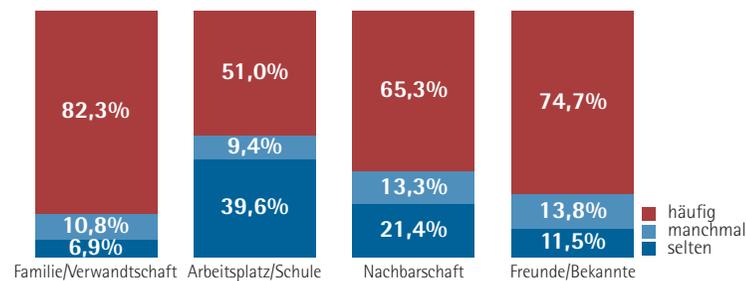
Gegenseitige Toleranz und Verständnis gelten als wesentliche Komponenten, die das Zusammenleben und somit die interpersonellen Beziehungen zwischen Zuwanderern und Deutschen determinieren. Demzufolge wurden

C43: Wünschen Sie sich mehr Kontakte zu ...



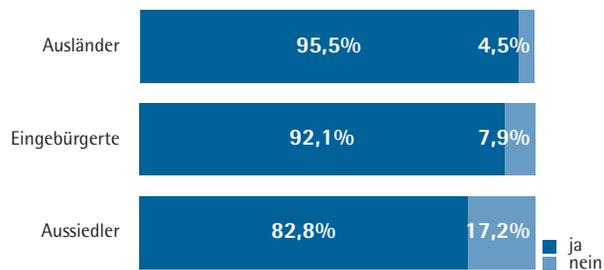
C44: Kontakte zur eigenen Herkunftsgruppe

Zuwanderer: Kontakte zu Zuwanderern

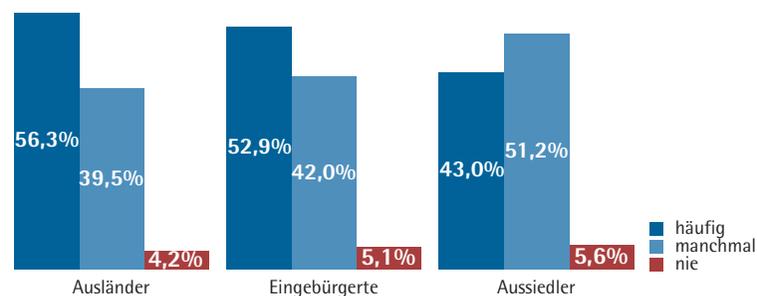


C45: Kontakte ins Herkunftsland

"Haben Sie noch Kontakt mit Personen (Familie, Verwandschaft) in Ihrem Herkunftsland?"



"Wie häufig haben Sie Kontakt?"



Subjektive Indikatoren

beide Befragtengruppen danach gefragt, welche von den ausgesuchten alltäglichen Handlungen ihnen schwer fallen. Schließlich sollen die erhobenen Werte Aufschluss über mögliche Konfliktfelder aber gleichzeitig auch über akzeptierte kulturelle Differenzen der jeweiligen Gruppen geben.

Auf den ersten Blick lassen sich keine größeren Unstimmigkeiten zwischen beiden Befragtengruppen konstatieren. Eine gegenseitige Akzeptanz ist über alle Lebensbereiche hinweg zu identifizieren (vgl. Abb. C46, C47). Der Aufbau näherer Kontakte, wie z. B. Freundschaften untereinander einzugehen, scheint sowohl Deutschen als auch Zuwanderern keine besonderen Probleme zu bereiten. In der Tat sagen sowohl Deutschen (46%) als auch Zuwanderer (51%), dass es ihnen besonders leicht fiele, Freundschaften mit Mitgliedern der anderen Gruppe einzugehen.

Im Gegensatz zu den Deutschen, die mit einem Anteilswert von 33% eher Probleme darin sehen, die „Lebensart und die Sitten der Zuwanderer“ zu verstehen, scheinen die Zuwanderer diesbezüglich eher aufgeschlossener zu sein. Tatsächlich fällt es ihnen im hohen Maße

(54%) leicht, die deutsche Lebensweise nachzuvollziehen.

Durchaus eindeutig fällt der Anteil der Deutschen auf (56%), der im Hinblick auf die Aussage „zu akzeptieren, wenn sich Zuwanderer in Ihrer Sprache unterhalten“ eher ablehnend reagiert. Die sprachliche Kommunikation mit den Zuwanderern hingegen, so 35% der deutschen Befragten, sei eher unproblematisch.

Starke Diskrepanzen in der Wahrnehmung von Diskriminierung

Für den Verlauf von Integrationsprozessen ist nicht nur entscheidend, dass überhaupt Beziehungen zwischen den beteiligten Gruppen bestehen, sondern auch die Frage, ob es sich hierbei um gleichberechtigte Kontakte handelt. Diskriminierende Beziehungen zu den Zuwanderergruppen erschweren eher eine Annäherung an die Mehrheitsgesellschaft.

Zuwanderer seien häufig resp. gelegentlich von Diskriminierung betroffen, so äußert sich die Mehrheit der deutschen Befragten (71,3%). Knapp 23% hingegen sind der Ansicht, dass Zuwanderer nie diskriminiert werden. Zuwanderer äußern sich diesbezüglich eher zurück-

haltender. Auf die Frage „wie häufig haben Sie persönlich die Erfahrung gemacht, diskriminiert worden zu sein“ behaupten rund 47% aller Zuwanderer „häufig und/oder gelegentlich“

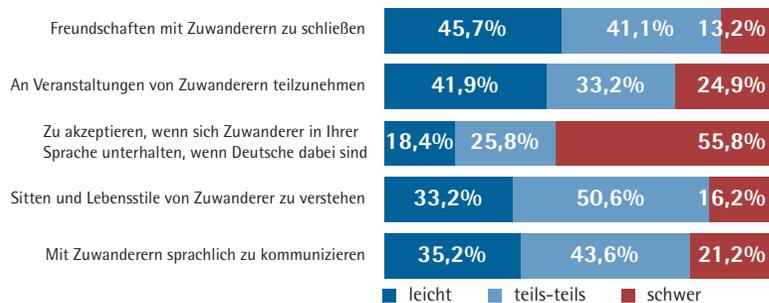
„Wider Erwarten sind die Eingebürgerten diejenigen, die Diskriminierung am häufigsten erfahren haben.“

diskriminiert worden zu sein. Wider Erwarten sind die Eingebürgerten diejenigen, die Diskriminierung am häufigsten erfahren haben (52%). Vergleichsweise sind es die Ausländer (49%) und die Aussiedler (32%), die sich am wenigsten diskriminiert fühlen (vgl. Abb. C48, C49).

Auf die unterschiedlichen Lebensbereiche bezogen, in denen Diskriminierung am meisten empfunden wurde, äußerten alle Zuwanderergruppen einstimmig und mit überwiegender Mehrheit, Diskriminierung überwiegend am Arbeitsplatz erlebt zu haben. Eine deutlich andere Wahrnehmung besitzen diesbezüglich die deutschen Befragten (vgl. Abb. C50). Jeweils ca. drei Viertel der Deutschen sind der Meinung,

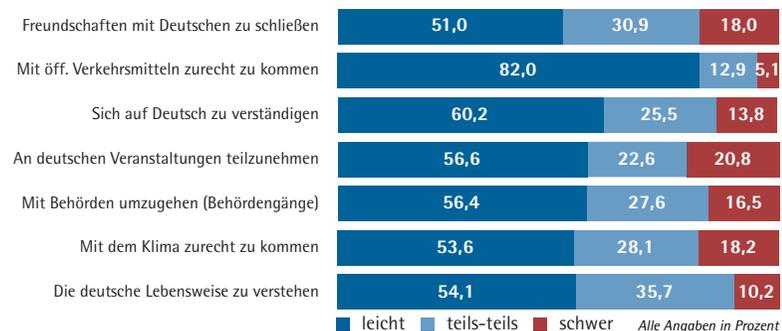
C46: Handlungen im Zusammenleben mit Zuwanderern: Deutsche

"Wie schwer bzw. wie leicht fallen Ihnen folgende Handlungen im Zusammenleben mit den Zuwanderern?"



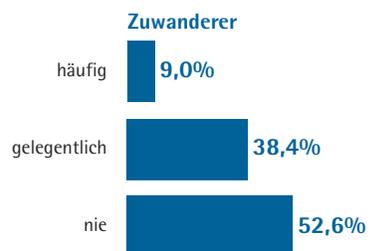
C47: Handlungen im Zusammenleben mit Deutschen: Zuwanderer

"Was fällt Ihnen hier in Deutschland besonders schwer bzw. besonders leicht?"

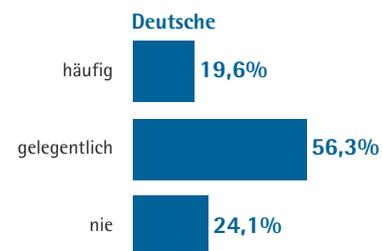


C48: Diskriminierungserfahrungen: Deutsche und Zuwanderer im Vergleich

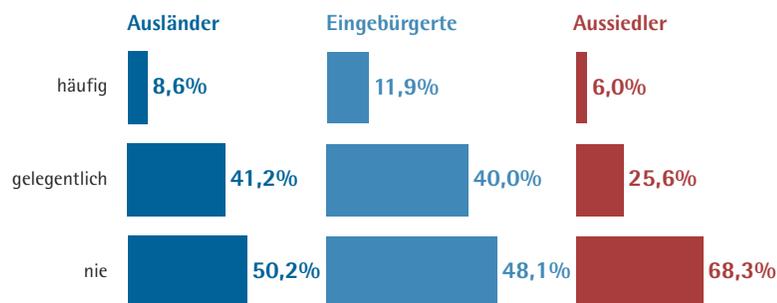
"Wie häufig haben Sie persönlich die Erfahrung gemacht, diskriminiert zu werden?"



"Sind Sie der Meinung, dass Zuwanderer diskriminiert werden?"



C49: Diskriminierungserfahrungen nach Zuwanderergruppen



Subjektive Indikatoren

dass Zuwanderer insbesondere bei der Arbeitssuche und der Wohnungssuche benachteiligt bzw. diskriminiert werden. Eine weitere Differenz zeigt sich beim Antwortverhalten der Aussiedler, sie haben an erster Stelle bei Behörden bzw. Institutionen die meisten Diskriminierungserfahrungen gemacht.

Zuwanderer gehen häufiger binationale Partnerschaften ein

Partnerbeziehungen prägen in besonderem Maße die Persönlichkeit, die Lebensperspektive und auch die sozialen Kontakte von Personen. Binationale Partnerschaften besitzen von daher große Bedeutung für die Annäherung zwischen unterschiedlichen Herkunftsgruppen. Häufig wird die Bereitschaft binationale Partnerschaften einzugehen ausschließlich in Bezug auf die Zuwanderer als ein positives Anzeichen für ihre soziale Öffnung verstanden. Vor dem Hintergrund, dass Integration als gegenseitiger Prozess der Annäherung zu begreifen ist, wurden neben den Zuwanderern auch deutsche Befragte nach ihrer Partnerwahl befragt. 92% der Deutschen gehen nur mit Deutschen eine Partnerschaft ein. Demgegenüber bevorzugen die Zuwanderer mit einem geringeren Anteilswert (81%) innerethnischen Partner-

schaften. Bei den Zuwanderergruppen gehen Ausländer im Vergleich zu Eingebürgerten und Aussiedlern am wenigsten binationalen Partnerschaften ein. Eingebürgerte und Aussiedler haben hingegen häufiger Deutsche als Partner oder Partnerin (vgl. Abb. C51).

„92% der Deutschen gehen nur mit Deutschen eine Partnerschaft ein.“

Sicherlich wirkt sich das Ausmaß „binationaler Partnerschaften“ positiv auf das Kulturverständnis der jeweiligen Gruppen aus, allerdings kann eine entsprechende „Öffnung“ nicht allein durch diese Komponente erklärt werden. Gruppengröße, persönliche Präferenzen, individuelle Erfahrungen usw. spielen bei der Partnerwahl eine nicht unwesentliche Rolle. Deshalb wird auf voreilige Schlussfolgerungen verzichtet. In diesem Zusammenhang lässt sich – aufgrund der Fragestellung – nur der Status quo der Befragten ermitteln. Ob die Bereitschaft eine binationale Partnerschaft einzugehen besteht oder nicht, kann hier nicht beantwortet werden.

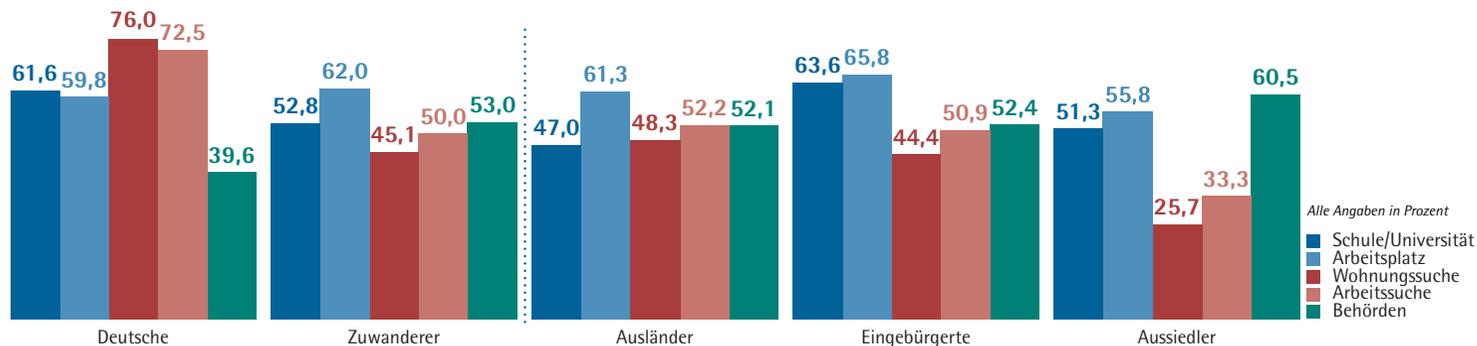
Zuwanderer sind zufriedener mit den Beziehungen

Zum Abschluss des relationalen Themenblocks wurden beide Befragtengruppen – Zuwanderer wie Deutsche – nach der Zufriedenheit mit ihren jeweiligen Beziehungen untereinander befragt. Wie aus Abbildung C52 zu entnehmen ist, scheinen die Zuwanderer insgesamt sehr zufrieden mit ihren Beziehungen zu Deutschen zu sein. Deutsche hingegen reagieren zurückhaltend. Ihre Zufriedenheit drückt sich mit einem deutlich geringeren Skalenmittelwert im Vergleich zu den anderen Befragten aus. Am zufriedensten sind die Aussiedler, gefolgt von den Eingebürgerten. Die Ausländer gehören zu der Gruppe, die innerhalb der Zuwanderer den geringsten Zufriedenheitswert aufweist.

Auch diese Befunde spiegeln, zumindest seitens der Zuwanderer, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionierungen der jeweiligen Gruppen wider. Folglich wird vermutet, dass die Zufriedenheit der Beziehungen zu Deutschen unmittelbar mit dem eigenen Erfolg verbunden wird.

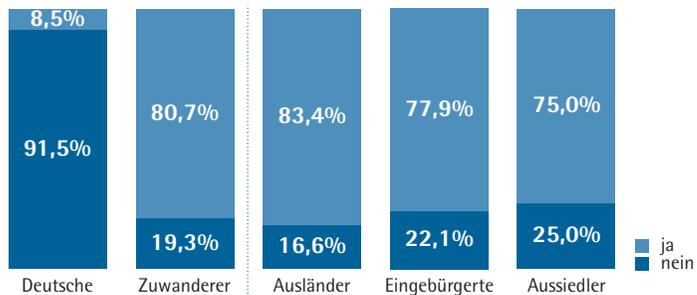
C50: Diskriminierungserfahrungen nach Lebensbereichen

"In welchen Lebensbereichen haben Sie persönlich die Erfahrung gemacht, diskriminiert zu werden?"



C51: Innerethnische und binationale Partnerschaften

"Falls Sie eine/n Ehepartner/in oder Lebensgefährten/in haben, gehört Ihr/Ihre Partner/in zur Gruppe der Zuwanderer?"



C52: Zufriedenheit mit den Beziehungen zu ...

"Wie zufrieden sind Sie mit Ihren Beziehungen zu Deutschen bzw. Zuwanderern?"



Anm.: Mittelwerte auf einer Skala von 1 (überhaupt nicht zufrieden) bis 7 (sehr zufrieden).

Subjektive Indikatoren

Konklusionen: Deutsche und Zuwanderer zwischen Annäherung und sozialer Distanz

Einige für die Beurteilung der Beziehung zwischen Zuwanderern und Deutschen relevante Befunde sind bereits vorgestellt worden. Diese lieferten erste Hinweise auf eine durchaus ausgeprägte Distanz zwischen beiden Gruppen, wobei diese meist auf Seiten der deutschen Bevölkerung stärker vorhanden war. In diesem Teil ist die Gültigkeit dieser Hinweise weiter überprüft worden.

Tatsächlich belegen alle der hier berücksichtigten Indikatoren diesen Befund. In Bezug auf die faktischen Kontakte zur anderen Gruppe geben die Zuwanderer für den Bereich der Familie/Verwandtschaft einen doppelt so hohen Anteil als die Deutschen an, und diese Verhältnisse finden sich weitgehend auch in Bezug auf den Freundeskreis wieder.

Deutlich geringere Kontakte weisen dabei erneut die Ausländer auf, die höchsten Werte die Eingebürgerten, während die Aussiedler hier eine mittlere Position einnehmen.

Auch dieser Unterschied in den tatsächlichen Kontakten hängt sicherlich mit dem quantitativ unterschiedlichen Beziehungsangebot von Seiten beider Gruppen zusammen. Dass diese tatsächlichen Verhältnisse aber auch Ausdruck einer unterschiedlichen Bereitschaft zu solchen Kontakten sind, zeigt sich darin, dass sie sich relativ exakt auch in der Verteilung der Wünsche nach solchen Kontakten widerspiegeln: Auch hier ist der Wunsch der Zuwanderer nach häufigeren Kontakten zu den Deutschen mehr als doppelt so stark ausgeprägt als der der Deutschen nach Kontakten mit ihnen.

Innerhalb der Zuwanderergruppe ergibt sich hierbei die schon mehrfach angetroffene Rangfolge: Der Nachholbedarf an Kontakten ist eindeutig am niedrigsten bei der Aussiedlergruppe, die einen geringeren Wunsch nach solchen Kontakten mit der Zufriedenheit über die bereits existierenden verbindet; mit deutlichem Abstand folgen die Eingebürgerten und bei den Ausländern besteht das stärkste Bedürfnis nach neuen Kontakten verbunden mit der stärksten Unzufriedenheit mit den bereits bestehenden.

Auch die Daten zur Anzahl der binationalen Partnerschaften (einem starken und regelmäßig in Integrationsuntersuchungen verwendeten Indikator) bestätigen diesen Befund: Hier stehen den von Deutschen geschlossenen binationalen Partnerschaftern ein doppelt so großer Anteil auf Seiten der Zuwanderer gegenüber, und auch hier ordnen sich die Anteile der drei Zuwanderergruppen nach der oben genannten Rangfolge. Schließlich belegt auch die Ausprägung der Zufriedenheit mit den Beziehungen zur anderen Gruppe, dass die Zuwanderergruppe – trotz durchaus vorhandener Gründe zur Unzufriedenheit – eine wenn auch nicht sehr ausgeprägte positivere Bewertung dieser Beziehungen trifft als die deutsche Bevölkerung. Auch hierbei zeigt sich die genannte Rangfolge der Zuwanderergruppen.

Einen weiteren Beleg für diese asymmetrische Strukturierung der Beziehungen liefern die Antworten auf die Frage nach den Problemen im Zusammenleben mit der anderen Gruppe. Zunächst bestätigt sich hier der oben dargestellte Befund in Bezug auf die Teilnahme an Veranstaltungen der anderen Gruppe: Während dies den Deutschen zwar

zum größeren Teil leicht fällt (42%) und nur zum geringeren Teil schwer (25%), fällt es den Zuwanderer auch hier eindeutig leichter, auf die andere Gruppe zuzugehen (zu 57% leicht und nur zu 21% schwer).

Schließlich zeigt sich auch, dass den Deutschen es zwar zweimal häufiger „leicht“ als „schwer“ fällt, Verständnis für die Lebensweise der Zuwanderer zu finden (33 zu 16%); bei den Zuwanderern ist dies aber mehr als fünfmal so häufig der Fall (54 zu 10%). (Auch hier variieren die Werte der einzelnen Zuwanderergruppen nach dem bekannten Muster, das sich allerdings in den Daten zur Veranstaltungsteilnahme nicht in gleicher Eindeutigkeit wieder findet.)

Insgesamt ist also aufgrund der gleichgerichteten Aussagekraft aller zu diesem Bereich vorliegenden Daten davon auszugehen, dass die Zuwanderergruppen in Bezug auf ihre Beziehungen zu Deutschen deutlich offener sind als dies umgekehrt der Fall ist. Dieser Sachverhalt gilt allerdings für Minderheitengruppen häufig aufgrund ihrer grundsätzlich schwächeren sozialen Position und der Tatsache, dass sie in ihrer Lebensführung stark

auf die Mehrheitsbevölkerung angewiesen sind. Rückzugstendenzen in die eigene ethnische Gruppe und der Aufbau einer eigenen ethnischen Kolonie und Infrastruktur stellen eine mögliche Antwort auf diese schwache Position und einen unzureichenden Ausgleich dieser strukturellen Benachteiligung gegenüber der Mehrheitsbevölkerung dar.

Diese Option scheint allerdings, wie die bisher vorgestellten Daten belegen, unter der Duisburger Zuwandererbevölkerung nicht

„Insgesamt sind die Zuwanderergruppen in Bezug auf ihre Beziehungen zu Deutschen deutlich offener als umgekehrt.“

dominierend zu sein, obwohl den innerethnischen Kontakten vor allem in den engen familiären und freundschaftlichen Beziehungen doch ein sehr starkes Gewicht zukommt. Solche Kontakte finden in Familie und Verwandtschaft zu 82% „häufig“ statt, im Freundes- und Bekanntenkreis zu 75%. Eindeutige Unterschiede zwischen den Zu-

wanderergruppen lassen sich hier nicht identifizieren.

Die Beziehungen zu Personen der eigenen Zuwanderergruppe, die weiterhin im Herkunftsland leben, werden insgesamt zu 53% täglich bzw. häufig gepflegt, wobei diese Beziehungen zum Herkunftsland erneut bei den Ausländern am stärksten aufrechterhalten werden, während die Aussiedler dies mit einem Abstand von 13 Prozentpunkten weniger tun. (Diese Werte entsprechen den oben vorgestellten Befunde zur Rückkehrabsicht der drei Gruppen.)

Auch diese Ergebnisse verstärken das Bild eines vorwiegenden Nebeneinanderherlebens von Zuwanderern und Mehrheitsbevölkerung. Allerdings zeigen die Daten auch, dass diese Distanz zwischen beiden Gruppen nicht unbedingt mit einer Diskriminierung der schwächeren Gruppe verbunden ist. Aus anderen Untersuchungen ist bekannt, dass Zuwanderer in der Bundesrepublik in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen (Bildung, Beruf, Wohnung) sich nicht nur objektiv in einer schlechteren Position als Einheimische befinden, sondern dass sol-

Subjektive Indikatoren

che Benachteiligungen auf ihre strukturelle oder intentionale Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft zurückzuführen sind. Die vorliegende Studie hat nur in Bezug auf den Übergang vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem objektive Hinweise auf solche Diskriminierungen erbracht, allerdings die subjektive Erfahrung von Diskriminierung differenziert abgefragt.

Überraschend ist hierbei die Tatsache, dass unter den in Duisburg befragten Zuwanderern nur 9% „häufig“ Diskriminierung persönlich erfahren haben und weitere 38% „gelegentlich“ diese Erfahrung machen. Mehr als die Hälfte der Zuwanderer (53%) haben hingegen „nie“ persönliche Diskriminierungen erlitten. Tatsächlich scheint dies auch für die deutschen Befragten ein überraschender Befund zu sein: Sie gehen davon aus, dass doppelt so viele Zuwanderer „häufig“ diskriminiert werden, 56% „gelegentlich“ und nur ein Fünftel der Zuwanderer ohne solche Erfahrungen ist.

Nach gesellschaftlichen Bereichen unterschieden dominiert für alle Gruppen der Arbeitsplatz als Ort der am stärksten emp-

fundenen Diskriminierung. Aussagekräftige Unterschiede zwischen den Zuwanderergruppen zeichnen sich bis auf zwei Aspekte nicht ab. Zunächst überrascht, dass die Eingebürgerten mit über 50% den höchsten Wert für häufige oder gelegentliche Diskriminierungserfahrungen aufweisen. Dies kann möglicherweise mit ihren (unter anderem aufgrund ihrer deutschen Staatsangehörigkeit) höher gesteckten Erwartungen in Bezug auf eine gleichberechtigte Behandlung zusammenhängen, die sie für erfahrene Diskriminierungen besonders sensibel macht.

Auffällig ist darüber hinaus, dass die Aussiedler sich nur zu 26% bei der Wohnungssuche benachteiligt fühlen (der mit Abstand geringste Wert). Dieser auffällig niedrige Wert betrifft mit dem Wohnbereich dabei einen Sektor, in dem sie tatsächlich unter den eindeutig beschränktesten Verhältnissen unter den drei Zuwanderergruppen leben, und stellt einen der wenigen „Ausreißer“ in dem insgesamt positiven Bild der Integrationssituation dieser Gruppe dar.

Wenn man die hier vorgestellten Befunde zusammenbindet mit den in den vorange-

gangenen Abschnitten diskutierten, ergibt sich ein Gesamtbild der Beziehungen zwischen Zuwanderern und Mehrheitsbevölkerung, das weitgehend von der Distanz eines Nebeneinanderherlebens gekennzeichnet ist. Wie im Weiteren deutlich werden wird, ist eine solche Distanz darüber hinaus auch von ausgeprägten Vorurteilen und Ängsten auf Seiten der Mehrheitsbevölkerung begleitet.

Hinweise auf eine Übertragung solcher Einstellungen auf die Handlungsebene im Sinne ausgeprägter und umfassender Diskriminierungen und konflikthafter Zuspitzungen

„Die Beziehungen zwischen Zuwanderern und Mehrheitsbevölkerung sind weitgehend von der Distanz eines Nebeneinanderherlebens gekennzeichnet.“

hat die Erhebung dagegen kaum erbracht; allerdings sind solche Verschärfungen in den Beziehungen unter sich schwieriger gestaltenden wirtschaftlichen und politischen

Rahmenbedingungen nicht auszuschließen. Nachhaltige Stabilität in den sozialen Beziehungen kann nur durch die gezielte Überwindung des Nebeneinanderherlebens in Richtung auf ein Miteinanderleben garantiert werden.

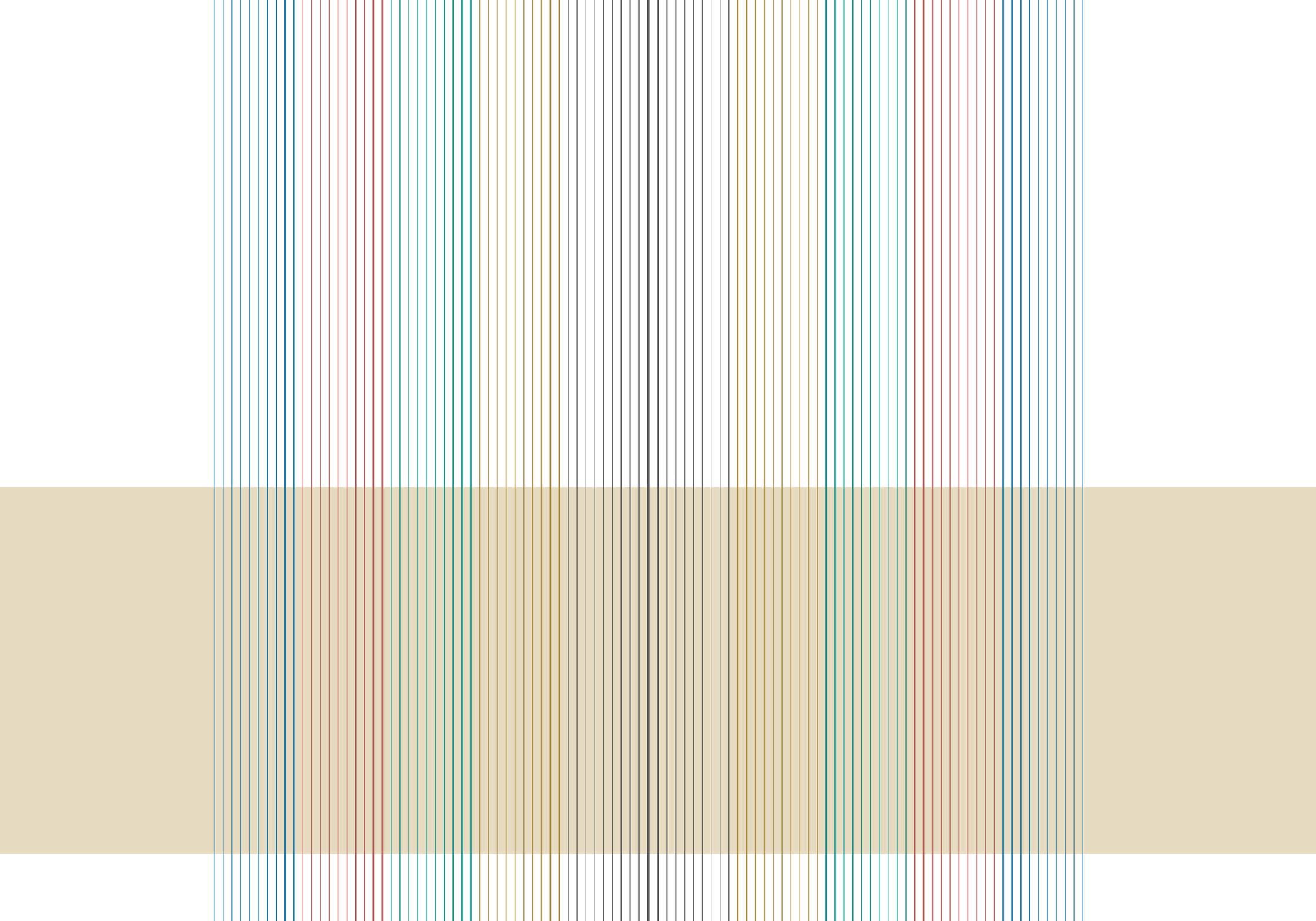
Anzeichen einer Konzentration auf innerethnische Netzwerke auf Seiten der Zuwanderer hat die Untersuchung, wenn auch in relativ eingeschränkter Form, durchaus erbracht; insgesamt sprechen die Befunde aber doch recht eindeutig dafür, dass die Bringschuld für eine Verbesserung des Zusammenlebens in erster Linie bei der Mehrheitsbevölkerung zu suchen ist.

Kurzfristige Veränderungen sind hier nur schwerlich zu bewirken, vielmehr muss es darum gehen, mittel- und langfristig wirksame Maßnahmen im Sinne der Maxime des „Verbindens“ einzuleiten. Zwar können auch einzelne politische Initiativen beschränkte Räume für eine stärkere Begegnung zwischen Mitgliedern der beiden Gruppen schaffen (etwa im kulturellen Bereich). Wenn man an ihrem Nebeneinanderherleben Grundsätzliches ändern will, müsste es aber darum ge-

hen, im Alltagsleben, d. h. vor allem auf der Ebene des Stadtteils und in den Bildungsinstitutionen, strukturelle Bedingungen für Kontakte beider Gruppen zu schaffen. Solange sich (und das gilt auch für Duisburg) das Leben von Zuwanderern zunehmend in bestimmten Stadtteilen konzentriert, in denen im Alltag nur noch selten Anlass und Möglichkeit existiert, mit Deutschen in Kontakt zu treten, und es in diesen Stadtteilen zunehmend Schulklassen gibt, die von keinem einzigen deutschen Kind mehr besucht werden, fehlen die alltäglichen Bedingungen für intensive Kontakte zwischen beiden Gruppen.

Auch nur einen ersten Schritt in diese Richtung zu tun, würde allerdings eine konzentrierte Aktion aller institutionell und zivilgesellschaftlich mit dieser Frage befassten Personen und Organisationen erforderlich machen. Dies bedeutet zum einen, Integration auch in dieser Hinsicht als eine alle Politik- und Verwaltungsbereiche übergreifende Querschnittsaufgabe zu begreifen und zu organisieren, zum anderen sie unabhängig von politischer Orientierung und Parteizugehörigkeit als gemeinsame Aufgabe von

Stadtpolitik und Stadtgesellschaft zu verstehen und anzugehen.



Einstellungen und Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung: „unerwiderte Liebe“ in den Beziehungen zwischen Mehrheitsbevölkerung und Zuwanderern

Die Integration von Zuwanderern in die Einwanderungsgesellschaft hängt entscheidend davon ab, wie die Mehrheitsbevölkerung dieser Gesellschaft die Präsenz und die Eigenarten der Zuwanderer akzeptiert und wie sie sich in ihren sozialen Beziehungen gegenüber Zuwanderern öffnet bzw. abschließt.

Erhebliche Teile der Duisburger Mehrheitsbevölkerung besitzen ein tendenziell negatives Bild von den wichtigsten der in Duisburg lebenden Zuwanderergruppen und bleiben in ihren Kontakten eher unter sich, auch wenn diese Einstellungen und Distanzierungen im Regelfall zu keinem offen ausländerfeindlichen Verhalten führen.

Einstellungen und Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung

Der Stand der Integration von Zuwanderergruppen in die Gesellschaft des Einwanderungslandes findet seinen Ausdruck nicht nur in den durch die anderen Dimensionen erfassten strukturellen und subjektiven Merkmale dieser Gruppen selbst, sondern auch in den diesen Zuwanderergruppen von der Einwanderungsgesellschaft gewährten Rechten und Unterstützungsleistungen und den Einstellungen der Mehrheitsbevölkerung zu diesen Gruppen. Nähe oder Distanz, Öffnung oder Schließung, Akzeptanz oder Ablehnung von Seiten der Mehrheitsbevölkerung sind deshalb schon in den vorangegangenen Teilen als zentrale Einflussfaktoren auf den Verlauf von Integrationsprozessen betrachtet worden und rücken im Folgenden ins Zentrum der Betrachtung.

Hierzu sind die nachfolgenden Indikatoren erhoben worden: Vorurteile gegenüber Zuwanderern, Sympathie gegenüber unterschiedlichen Zuwanderergruppen, wahrgenommene Unterschiede zu unterschiedlichen Zuwanderergruppen, Öffnung bzw. Schließung gegenüber Zuwanderergruppen, Anforderungen an die Integrationspolitik (Sprach-/Bildungsförderung, Verbesserung der Wohnverhältnisse, Mehrsprachigkeit, Unterstützung bei der Re-

ligionsausübung etc.) sowie Probleme im Zusammenleben von Deutschen und Zuwanderern.

Deutsche und Zuwanderer haben die gleichen „Vorlieben“

Sympathie bzw. Antipathie zwischen Personen und Gruppen ist einer der Faktoren, der die Art und Intensität der Beziehungen genauso wie auch der wechselseitigen Einstellungen stark beeinflusst und dadurch weitreichende Folgen für den Integrationsprozess besitzt. Insbeson-

„Zuwanderer nennen die Deutschen als sympathischste Gruppe.“

dere ist davon auszugehen, dass diese Gefühle Einfluss auf die von beiden Seiten entwickelten Vorurteile gegenüber der anderen Gruppe ausüben.

Zur Erforschung dieses Zusammenhangs wurden in einem ersten Schritt alle Befragten – Deutsche und Zuwanderer gleichermaßen – mittels einer neunteiligen Sympathie-Skala nach ihren Präferenzen bzw. Sympathien ge-

genüber ausgewählten Bevölkerungsgruppen befragt. Die Auswertung der Skalenmittelwerte brachte folgende Ergebnisse hervor (vgl. Abb. D1):

- Hinsichtlich ihrer Sympathiebekundungen lassen sich zwischen Deutschen und Zuwanderern zunächst kaum Unterschiede verzeichnen. Beide Gruppen beurteilen Spanier, Italiener und Griechen als ihre „beliebtesten“ Bevölkerungsgruppen. Eine einzige Ausnahme findet sich bei den Zuwanderern, die als sympathischste Gruppe die Deutschen mit einem Skalenmittelwert von 7,13 nennen. Dies ist innerhalb der Verteilung die höchste Nennung.
- Deutliche Unterschiede sind jedoch im Hinblick auf die „unbeliebtesten“ bzw. unsympathischsten Gruppen zu erkennen. Tatsächlich werden von den deutschen Befragten an erster Stelle Iraker (4,39), Türken (4,77) und schließlich Russen (4,95) als eher unsympathisch gewertet. Zuwanderer hingegen beurteilen US-Amerikaner (4,59), Iraker (5,1) und Russen (5,39) am negativsten. Genauso urteilen auch Ausländer und Eingebürgerte. Konträr dazu bewerten Aussiedler insbesondere Türken (4,81) und

Iraker (4,74) als ihre „unsympathischste“ Bevölkerungsgruppe.

Bemerkenswert ist beim Antwortverhalten aller Befragten, dass die Ethnien, die eher als unsympathisch eingestuft werden, hauptsächlich diejenigen Bevölkerungsgruppen sind, die in Duisburg von der Anzahl her besonders präsent sind, wie z. B. Türken und Russen. Ebenso prägnant ist die positive Beurteilung der Deutschen durch die Zuwanderer: Deutsche werden ausnahmslos von allen Zuwanderergruppen als die „beliebteste“ Gruppe eingestuft.

Zweifelsohne fungiert ein solcher Indikator (Sympathiewert) als eine mögliche Erklärung für die Distanz-Nähe-Beziehungen zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Doch zur Ermittlung der tatsächlichen Einstellungen der Befragten in Bezug auf mögliche Vorurteils- und Ablehnungshaltungen kann ein solcher Befund nicht ohne Einbeziehung weiterer Merkmale wie z. B. die Wahrnehmung der unterschiedlichen Lebensstile, die Kontaktintensität zwischen den Gruppen usw. verwendet werden.

Vorurteile und Ängste in der „Mitte“ der Gesellschaft

Vorurteile in Bezug auf die andere Gruppe beeinflussen in noch stärkerem Maße die Beziehungen und die Kommunikation von Gruppen, indem sie gefühlte Sympathie/Antipathie auf die kognitive Ebene des Urteils über das Verhalten und die Einstellungen der anderen Gruppe übersetzen. Vorurteile besitzen meistens negatives Vorzeichen, können aber auch positive Bewertungen von Personen und Gruppen enthalten.

Um Erkenntnisse über Denkweisen und Einstellungen gewinnen zu können, wurden den deutschen Befragten mehrere Aussage-Items vorgelegt, um sie anschließend nach ihrer Zustimmung bzw. Ablehnung zu befragen. Einige Aussagen bzw. Antwortoptionen beschrieben gängige Vorurteilshaltungen, andere hingegen zielten auf die Beurteilung unterschiedlicher Sichtweisen zwischen der Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung ab (vgl. Abb. D2).

Insgesamt lässt sich mittels der Skalenmittewerte eine deutliche Ablehnungstendenz der Deutschen gegenüber den meisten ausländischerfeindlichen Aussagen konstatieren. Dies kann

zunächst als ein Indiz für eine „Annäherung“ der Deutschen gegenüber Zuwanderern gewertet werden. Faktisch werden gängige aber auch veraltete Vorurteile wie z. B. „Zuwanderer nehmen den Deutschen Frauen, Wohnungen und Arbeitsplätze weg“ mehrheitlich verneint.

Die stärkste Ablehnung (1,94) erfährt hierbei die Aussage „Zuwanderer nehmen den Deutschen die Frauen weg“. Solche Vorurteile, die sich insbesondere in der „Gastarbeiterzeit“ der 60er Jahre verfestigten, verlieren heute offensichtlich immer mehr an Bedeutung. Zuwanderer werden gegenwärtig in unterschiedlichen Lebensbereichen „erlebt“ und nicht nur auf die Rolle der Arbeitskräfte reduziert. Dies bestätigt zum einen die Ablehnung der Befragten in Bezug auf Aussagen wie: „Bei Arbeitsplatzknappheit sollen die Zuwanderer zurückgeschickt werden“ bzw. „Zuwanderer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“.

Darüber hinaus soll den Zuwanderern aber auch die politische Partizipation zugestanden werden. Gleichzeitig bejahen die Befragten die „uneingeschränkte“ Partnerwahl für Zuwanderer (sog. „Mischehen“); der Skalenwert liegt hier bei 2,3 und kann als eine eindeutige

Einstellungen und Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung

Ablehnung interpretiert werden. Ebenso positiv kann die differenzierte Wahrnehmung von muslimischen Glaubensangehörigen seitens der deutschen Befragten beurteilt werden; hier lässt sich die deutliche Ablehnung der Aussage: „alle Musliminnen tragen ein Kopftuch“ (2,66) einordnen.

Eine überdurchschnittlich starke Zustimmung zeigt sich – wie erwartet – bei der Anpassungsforderung der Deutschen gegenüber den Zuwanderern. Der Zustimmungswert auf die Aussage „Zuwanderer sollten sich anpassen“ liegt bei einem Skalenmittelwert von 5,47. Dieser Wert entspricht der höchsten Zustimmung innerhalb der zur Verfügung gestellten Skala. Für eine große Mehrheit der deutschen Befragten bedeutet Integration „Anpassung“.

Mit Hilfe einschlägig bekannter und getesteter Einstellungsbatterien (u.a. aus dem ALLBUS) wurde eine Faktorenanalyse durchgeführt. Dies mit dem Ziel, eine möglicherweise erklärende Hintergrundvariable zu identifizieren¹. Die Merkmalsausprägungen bei den beteiligten Items (z. B.: „Wenn die Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Zuwanderer wieder zurückschicken“; „Zuwanderer sind eine Be-

lastung für das soziale Netz“; „Zuwanderer machen viele Kinder, um den deutschen Staat auszubeuten“) korrelieren hoch miteinander. Das lässt vermuten, dass die o. g. Merkmale durch einen oder mehrere Faktoren „erklärt“ werden können.

Der erste Faktor lässt sich hierbei als „xenophobe Einstellung“ im Sinne eines durch die Präsenz von „Fremden“ ausgelösten „Bedrohungsgefühls“ interpretieren (48% erklärte Gesamtvarianz). Eine anschließende Häufigkeitsauszählung ergab, dass nahezu 35% aller deutschen Befragten gegenüber Zuwanderern ausgeprägte Ängste aufweisen. Eine entsprechende Differenzierung aller Befragten nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss, Berufsausbildung, Berufsstatus und Erwerbsstatus brachte folgende Ergebnisse hervor:

- Keine erwähnenswerten Zusammenhänge bei der Geschlechterverteilung;
- Eindeutiger linearer Zusammenhang zwischen Alter und Ängsten gegenüber Zuwanderern: Je älter die Befragten, desto höher der Anteil von Personen, die solche Ängste besitzen;
- Tendenziell lässt sich ein Zusammenhang
- Diejenigen, die ausgeprägte Ängste gegenüber Zuwanderern besitzen, sind hauptsächlich Personen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen können (60,4%). Vermutlich kann eine solche Haltung gegenüber Zuwanderern auf Faktoren wie Konkurrenzverhalten, mangelnder Kontakt oder Angst vor Arbeitsplatz- bzw.

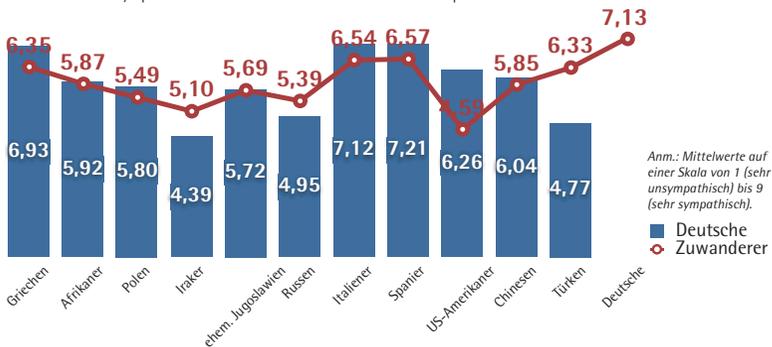
zwischen Schulabschluss und Ängsten gegenüber Zuwanderern herausstellen; die überwiegende Mehrheit der Personen, die solche Ängste aufweisen, besitzt einen Volks- bzw. Hauptschulabschluss. Angesichts der Tatsache, dass bereits in der Altersverteilung eher ältere Deutsche als „ängstlich“ identifiziert worden sind und diese Personengruppe zugleich mehrheitlich unter denjenigen zu finden sind, die hauptsächlich einen Volks- und Hauptschulabschluss aufweisen, ist der o. g. Befund nachvollziehbar.

„Nahezu 35% aller deutschen Befragten weisen gegenüber Zuwanderern ausgeprägte Ängste auf.“

¹ Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation

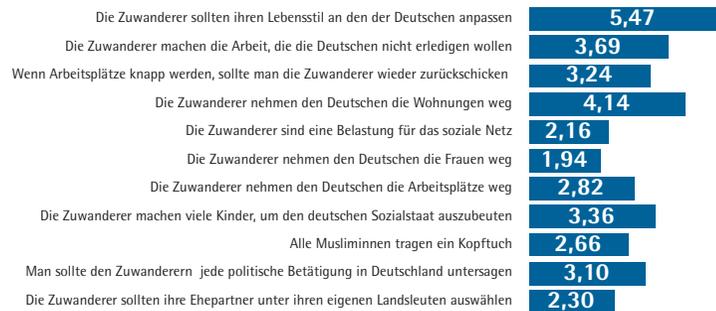
D1: Sympathien für bestimmte Bevölkerungsgruppen im Vergleich

„Die Zuwanderer, die in Deutschland leben, stammen aus verschiedenen Ländern. Man kann nun unterschiedliche Sympathien für diese verschiedene Nationalitäten empfinden. Wie ist es bei Ihnen?“



D2: Deutsche: Einstellung zu Zuwanderern

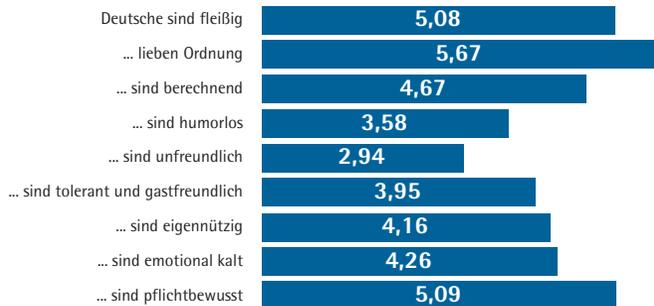
„Nun werde ich Ihnen einige Aussagen über die Zuwanderer vorlesen. Ich bitte Sie mir an Hand einer Skala von 1 bis 7 zu sagen, ob sie dieser Aussage zustimmen oder nicht.“



Anm.: Mittelwerte auf einer Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme völlig zu).

D3: Zuwanderer: Wahrnehmung der Deutschen

„Nun werde ich Ihnen einige Aussagen über die Deutschen vorlesen. Ich bitte Sie mir an Hand einer Skala von 1 bis 7 zu sagen, ob Sie dieser Aussage zustimmen oder nicht.“



Anm.: Mittelwerte auf einer Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme völlig zu).

D4: Zuwanderer: Selbst- und Fremdeinschätzung

„Nun werde ich Ihnen einige Aussagen über die Zuwanderer vorlesen. Ich bitte Sie mir an Hand einer Skala von 1 bis 7 zu sagen, ob Sie dieser Aussage zustimmen oder nicht.“



Anm.: Mittelwerte auf einer Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme völlig zu).

Einstellungen und Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung

Statusverlust zurückgeführt werden. Ein zusätzlicher Beleg für diese Annahme kann an Hand der Merkmale „Erwerbsstatus“ und „Berufstätigkeit“ erbracht werden. Tatsächlich handelt es sich hierbei gleichzeitig um Personen, die als Facharbeiter einer beruflichen Tätigkeit nachgehen und die in diesem Zusammenhang eher der Mittelschicht zugeordnet werden können.

Vorurteilshaltung gegenüber Deutschen überwiegend bei Zuwanderern aus der Unterschicht

Genauso wie die Vorurteile von Seiten der Mehrheitsbevölkerung nehmen die Vorurteile bei Zuwanderern Einfluss auf die Beziehungen und die Integration zwischen beiden Gruppen. Deshalb wurde auch eine mögliche „Vorurteilsneigung“ seitens der Zuwanderer abgefragt und vergleichend zu derjenigen der Deutschen untersucht (vgl. Abb. D3).

Auf deskriptiv-statistischer Ebene lässt sich insgesamt im Hinblick auf die „Wahrnehmung der Deutschen“ zunächst eine überwiegend positive Einstellung konstatieren. In der Tat stimmt der mehrheitliche Anteil der Zuwanderer der Einschätzung zu „Deutsche sind ordent-

lich, fleißig und pflichtbewusst“. Diese Eigenschaften können in diesem Zusammenhang durchaus als positive Eigenschaften bewertet werden. Außerdem lassen sich hohe Korrelationen zwischen den Variablen „Deutsche sind humorlos“, „Deutsche sind unfreundlich“ und „Deutsche sind eigennützig“ vorfinden.

Um darüber hinaus weitere Zusammenhänge zwischen positiv bzw. negativ ausgerichteten Merkmalszuschreibungen klarer herausstellen zu können, wurde auch in diesem Fall eine Faktorenanalyse durchgeführt:

- Bei knapp 30% der Zuwanderer zeigt sich eine Vorurteilsneigung („leichte bis starke Vorurteile“).
- Innerhalb der Personengruppe, die „starke Vorurteile“ (17%) gegenüber den Deutschen aufweist, zeigt sich in der Geschlechterverteilung eine eindeutige Prävalenz der Frauen (61%).
- Dieselbe Personengruppe ist überwiegend in der mittleren Alterskategorie „25- bis 44-Jährige“ repräsentiert.
- Im Hinblick auf die schulischen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die eine starke Vorurteilsneigung gegenüber

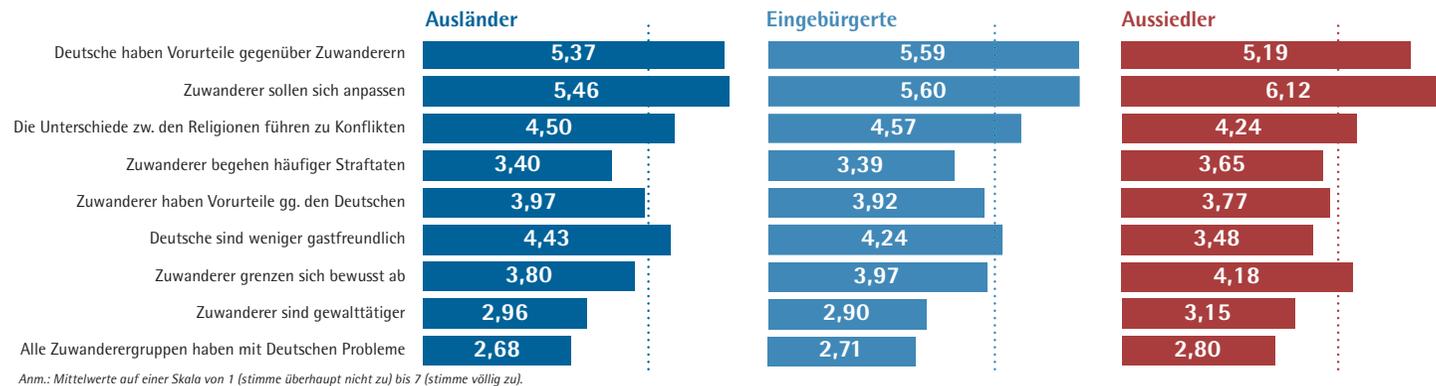
den Deutschen aufweisen, sind überwiegend Hauptschüler bzw. Personen vertreten, die noch in Ausbildung sind oder an- und ungelernten Tätigkeiten nachgehen. Neben den Berufstätigen (32,6%) überwiegen Hausfrauen innerhalb dieser Verteilung.

Insgesamt können bei beiden untersuchten Gruppen (Deutsche – im Hinblick auf ihre Ängste gegenüber Zuwanderern, Zuwanderer – im Hinblick auf ihre Vorurteile gegenüber Deutschen) keine Gemeinsamkeiten hervorgehoben werden. Signifikante Unterschiede lassen sich unter Berücksichtigung der Berufstätigkeit und des Erwerbsstatus der jeweiligen Personengruppen nachweisen.

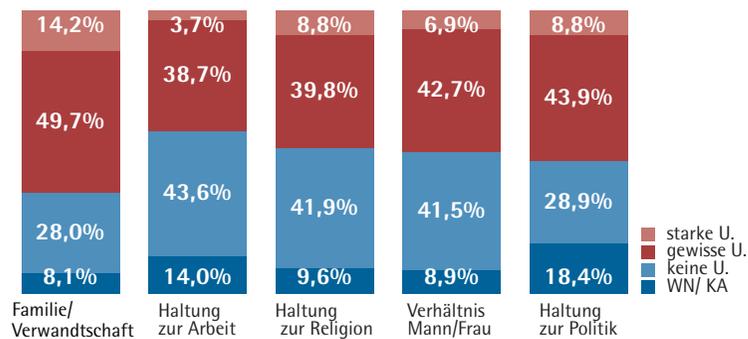
Auf Seiten der Deutschen werden mit der Präsenz von Zuwanderern verbundene Ängste überwiegend von einem mittelschichtorientierten Personenkreis zum Ausdruck gebracht, während eine ausgeprägte Vorurteilsneigung bei Zuwanderern sich überwiegend bei Hausfrauen und Personen, die geringqualifizierten Tätigkeiten nachgehen, wiederfinden lässt, und somit der „Unterschicht“ zugeordnet werden kann.

D5: Zuwandererkategorien: Selbst- und Fremdeinschätzung

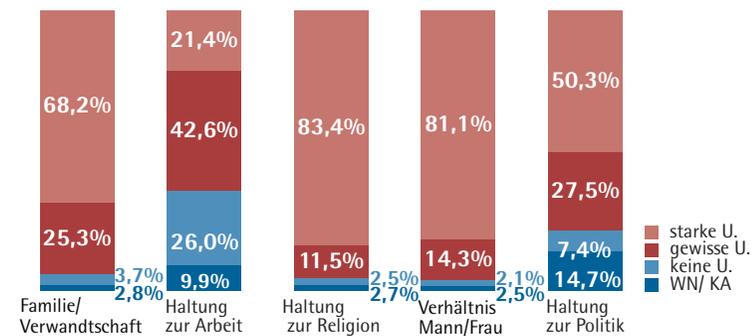
"Nun werde ich Ihnen einige Aussagen über die Zuwanderer vorlesen. Ich bitte Sie mir an Hand einer Skala von 1 bis 7 zu sagen, ob Sie dieser Aussage zustimmen oder nicht."



D6: Unterschiede zwischen Deutschen und Italienern im Hinblick auf...



D7: Unterschiede zwischen Deutschen und Türken im Hinblick auf...



Einstellungen und Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung

Vorurteilshaltungen auf Seiten der Zuwanderer können vielfache Ursachen haben und z. B. durch Kontaktmangel (Hausfrauen), Abhängigkeitsverhältnisse im Arbeitsleben, die Enttäuschungen bzw. Desillusionierungen hervorgerufen können (gering qualifizierte Tätigkeiten), aber auch durch die jeweiligen Diskriminierungserfahrungen und die räumliche Abgrenzung (Segregation) zur Mehrheitsbevölkerung erklärt werden.

Zuwanderer: „Deutsche sind uns gegenüber voreingenommen“

Beinahe alle Zuwanderergruppen äußern sich annähernd übereinstimmend sowohl im Hinblick auf die Wahrnehmung der Mehrheitsbevölkerung als auch über das Verhältnis zu dieser. Alle Befragtengruppen sind der Auffassung, dass Deutsche gegenüber Zuwanderern vorurteilsbehaftet sind (vgl. Abb. D4).

Bemerkenswert ist die hohe Übereinstimmung der Zuwanderer im Hinblick auf die Aussage „Zuwanderer sollen sich anpassen“ (5,60). Diese Anpassungsforderungen seitens der Deutschen scheinen Zuwanderer für sich bereits „internalisiert“ zu haben. Tatsache bleibt, dass die Anpassungsforderung sehr verbreitet ist,

und dies somit ohne weiteres als „sozial erwünschter Aspekt“ der Integration verstanden werden kann.

Innerhalb der Zuwandererkategorien lassen sich bei Ausländern und Eingebürgerten keine Disparitäten im Antwortverhalten verzeichnen (vgl. Abb. D5). Eine eher unterschiedliche Auffassung in Bezug auf die Verhaltensweisen der Zuwanderer und die Einstellung der Deutschen insgesamt findet sich insbesondere bei den Aussiedlern. Im Gegensatz zu den anderen Zuwanderergruppen lehnen sie eindeutig (Skalenmittelwert von 3,48) die Aussage „Deutsche sind weniger gastfreundlich“ ab. Im Zusammenhang mit den weiteren Antwortanga-

„Die Zuwanderer scheinen die Anpassungsforderungen seitens der Deutschen ‚internalisiert‘ zu haben.“

ben, die sich ebenfalls deutlich von denen der Ausländer und Eingebürgerten unterscheiden, nämlich die „ungenügende Anpassung“ einerseits und die eingeschränkte soziale Teilhabe

(„Zuwanderer grenzen sich bewusst ab“) andererseits lässt sich eine eher assimilatorische Haltung der Aussiedler erkennen. Dies wird begleitet durch die Zustimmung zu „Zuwanderer sollen sich anpassen“ (Angleichungsforderung als Problemlösungsstrategie) und zum anderen durch die Konstatierung einer bewussten und somit „selbstverschuldeten“ Abkapselung der Zuwanderer gegenüber der Mehrheitsbevölkerung.

Starke Diskrepanzen in der Wahrnehmung der Unterschiede zu den verschiedenen Zuwanderergruppen

Die Wahrnehmung von Unterschieden zu anderen Gruppen stellt sicherlich die schwächste Form der Distanzierung zu ihnen dar, ist aber häufig auch schon mit impliziten Bewertungen solcher Unterschiede verbunden und nimmt insofern auch schon deutlichen Einfluss auf die Beziehungen zwischen diesen Gruppen.

Betrachtet man zunächst nur die Perzeption bestimmter ethnischer Gruppen durch die Mehrheitsbevölkerung, so können indirekt weitere Aspekte der Vorurteils- und Abwehrhaltung eruiert und gemessen werden. Diesem Ansatz folgend wird der Versuch unternommen,

Einstellungsmuster der Mehrheitsbevölkerung mittels der wahrgenommenen Unterschiede zu einzelnen Zuwanderergruppen abzubilden. Hierbei werden den Befragten einzelne Lebenswelten und Verhaltensweisen der Zuwanderer wie z. B. Arbeit, Familie, Geschlechterverständnis, Religion und politische Haltung vorgegeben. Demnach soll überprüft werden, wie stark die Beurteilung der deutschen Befragten – je nach zu bewertender Bevölkerungsgruppe – variiert. Dementsprechend wurden einzelne Zuwanderergruppen ausgewählt.

Die hier getroffene Auswahl der zu beurteilenden ethnischen Gruppen basiert auf der Vermutung, dass innerhalb der Mehrheitsbevölkerung bestimmte Minderheiten als beliebte, andere als nicht beliebte Gruppen wahrgenommen bzw. „erlebt“ werden. Angenommen wird daher, dass Türken eher unbeliebte, Italiener dagegen eine eher beliebte Gruppe aus der Sicht der Mehrheitsbevölkerung darstellen. Aussiedler und Asylbewerber werden nicht nach ihrer ethnischen Herkunft dargestellt, um eben Beurteilungsdifferenzen gegenüber den als „homogen“ betrachteten Zuwanderergruppen herausstellen zu können. Es wird vermutet: Je größer die wahrgenommenen Unterschiede

gegenüber einer bestimmten Bevölkerungsgruppe sind, desto ausgeprägter kommen Abwehrhaltungen (Distanzbeziehungen) und Vorurteile zum Tragen (vgl. Abb. D6, D7, D8, D9).

Bei den Italienern werden – wie erwartet – seitens der Deutschen kaum Unterschiede wahrgenommen. Die größten bzw. einzigen Unterschiede gegenüber dieser Gruppe werden hinsichtlich des Familienlebens genannt. Im Hinblick auf die Religion und das Verhältnis zwischen Mann und Frau sind sogar 41% der befragten Deutschen davon überzeugt, dass zwischen der deutschen und der italienischen Lebensweise überhaupt keine Unterschiede bestehen.

Sowohl das Antwortverhalten als auch die kaum wahrgenommenen Unterschiede lassen darauf schließen, dass diese Gruppe – wie erwartet – als eine eher „beliebte“ Gruppe seitens der Deutschen wahrgenommen wird. Tatsächlich zeichnet sich genau diese Vermutung bereits in den Sympathiebekundungen der Deutschen ab, hier werden die Italiener – an Platz zwei – (Spanier an erster Stelle genannt) als die „sympathischste“ Gruppe beurteilt.

Einen weiteren Beleg hierzu liefert die Betrachtung der türkischen Gruppe. Tatsächlich fällt die Beurteilung der türkischstämmigen Personen im Vergleich zu der der Italiener gegensätzlich aus. Türken weisen, so etwa weit aus mehr als 80% der deutschen Befragten, starke Differenzen hinsichtlich ihrer religiösen Einstellung und ihrer Auffassung der Geschlechterrollen auf. Über 60% nehmen starke Verschiedenheiten zwischen dem deutschen

„Dieser Befund ist ein Indiz für eine voreingestellte Haltung der Deutschen gegenüber Türken.“

und türkischen Familienverständnis wahr. Die geringsten Unterschiede (knapp 22% der Befragten) werden hingegen in Bezug auf formale Lebensbereiche wie z. B. die Haltung zur Arbeit gewertet.

Dieser Befund, der konträr zu dem der Italiener ist, spiegelt eindeutig die stark wahrgenommenen Differenzen der deutschen gegenüber der türkischen Lebensweise wider. Gleichzeitig lie-

Einstellungen und Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung

fert er ein Indiz für eine mögliche distanzierte aber zugleich auch voreingestellte Haltung der Deutschen gegenüber Türken (z. B. die Wahrnehmung einer eher traditionell und patriarchalisch geprägten türkischen Lebensweise).

Ebenfalls starke Unterschiede werden im Vergleich zum deutschen Lebensstil bei durchgängig 30% der deutschen Befragten auch bei den Asylbewerbern genannt. Diese Differenzen werden von den Befragten ausnahmslos auf alle Lebensbereiche bezogen. Die geringsten Unterschiede werden – genauso wie bei Türken – bei den Asylbewerbern im Hinblick auf die „Haltung zur Arbeit“ gesehen.

Die vermehrte Häufigkeit des Wertes „weiß nicht“ und „keine Angabe“ kann als Folge fehlender Berührungspunkte (soziale Kontakte) zwischen den Deutschen und hier beispielhaft den Asylbewerbern verstanden werden.

Ähnlich vage, wie bei den Asylbewerbern, äußern sich die deutschen Befragten bezüglich der Gruppe der Aussiedler. Im Vergleich zu den anderen ethnischen Gruppen werden die „kulturellen“ Differenzen zwischen Deutschen und diesen ethnischen Gruppe als eher gering

eingeschätzt. Hierbei werden verstärkt Unterschiede im Hinblick auf die religiösen Einstellungen und das Familienverständnis genannt. Auch hier zeigt sich ein gewisses unentschlossenes Antwortverhalten (siehe „weiß nicht/keine Angaben“) der deutschen Befragten, so dass insbesondere über den mittleren Wert „gewisse Unterschiede“ erkennbar werden.

Fraglich bleibt in diesem Zusammenhang, ob die Befragten dies deshalb tun, weil die Gruppe der Aussiedler nicht als „homogene“ Gruppe wahrgenommen wird, oder ob tatsächlich eine gewisse Distanz (fehlende Informationen, mangelnde Kontakte usw.) zwischen beiden Gruppen ursächlich ist.

Festzuhalten gilt, dass sich eine eindeutige Antwortpolarisierung in „keine bzw. starke Unterschiede“ verzeichnen lässt, wenn kulturelle Unterschiede eindeutig wahrgenommen werden. Dies lässt sich insbesondere bei Türken konstatieren. Bei Zuwanderergruppen – wie Asylbewerbern und Aussiedlern – zeigt sich hingegen eine häufig vorkommende Tendenz zu mittleren Werten (gewisse Unterschiede), was auf ein deutlich zurückhaltendes Antwortverhalten bis hin zu einem ablehnenden

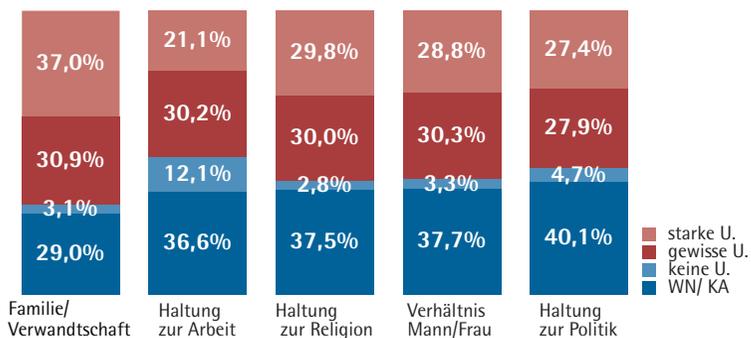
Antwortverhalten (weiß nicht /keine Angaben) hinweist. Bei Italienern und Türken lässt sich im Gegensatz dazu eine deutliche Antwortpolarisierung erkennen.

„Willkommen“ sind hauptsächlich Arbeitnehmer aus den EU-Staaten

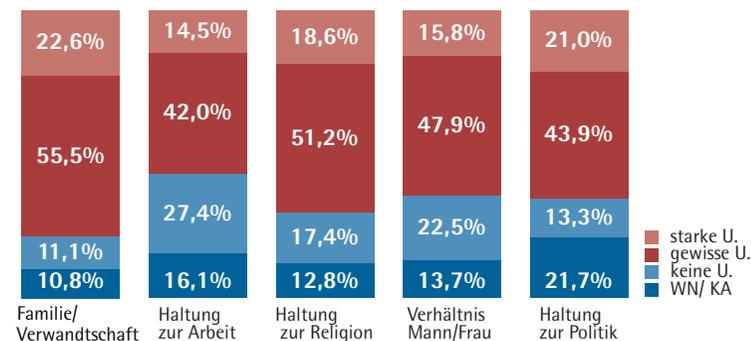
Die gängige Frage, inwieweit die Zuwanderung liberalisiert bzw. eingeschränkt werden soll, kann möglicherweise ebenfalls ein Hinweis auf soziale Nähe und die Akzeptanz der Deutschen gegenüber bestimmten ethnischen Gruppen liefern. In diesem Zusammenhang wurden die Deutschen konkret befragt, ob der Zuzug für deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa, Arbeitnehmer aus EU- bzw. Nicht-EU-Staaten und Asylsuchende völlig offen, begrenzt oder völlig verboten werden sollte.

Grundsätzlich lässt sich bei den deutschen Befragten eine tendenziell ablehnende Haltung zu liberaleren Einwanderungspraxen erkennen. Dies trifft mehr oder weniger auf alle Zuwanderergruppen zu, die vorgegeben wurden. Tatsächlich sprechen sich durchschnittlich über 60% der Befragten grundsätzlich für einen begrenzten resp. verbotenen Zuzug aus (vgl. Abb. D10).

D8: Unterschiede zwischen Deutschen und Asylbewerbern im Hinblick auf ...

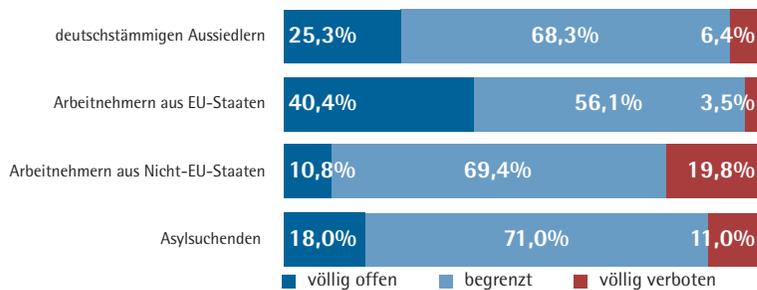


D9: Unterschiede zwischen Deutschen und Aussiedlern im Hinblick auf ...



D10: Deutsche: Liberale Zuwanderungspraxis oder ...?

„Im Folgenden geht es um den Zuzug verschiedener Personengruppen nach Deutschland. Wie ist ihre Einstellung dazu? Wie ist es mit den...?“



D11: Deutsche: Einstellung zu Zuwanderern

„In wie weit stimmen Sie folgenden Aussagen zu? Bitte geben Sie Ihre Bewertung an Hand einer Skala von 1 bis 7 ab.“



Anm.: Mittelwerte auf einer Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme völlig zu).

Einstellungen und Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung

Bei näherer Betrachtung des Antwortverhaltens in Bezug auf die zu beurteilenden Einwanderergruppen stellt sich heraus, dass die stärkste Forderung nach Zuzugsbegrenzung (Zuzug: völlig verboten) sich auf die Gruppe der Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten richtet (knapp 20%); gefolgt von der Gruppe der Asylsuchenden, bei der sich über 10% der Befragten für ein absolutes Zuwanderungsverbot aussprechen. Fast keine Zuzugsbeschränkung (3,5%) soll hingegen für Arbeitnehmer aus EU-Staaten gelten, so die überwiegende Mehrheit der Befragten. Nahezu 70% der deutschen Befragten sprechen sich für eine Zuzugsbegrenzung für deutschstämmige Aussiedler aus; und nur 25% sind der Meinung, dass sie ohne weiteres einreisen sollten.

„Nahezu 70% der Deutschen sprechen sich für eine Zuzugsbegrenzung für deutschstämmige Aussiedler aus.“

Auch dieses Ergebnis lässt sich zusammen mit den bereits oben erwähnten Vorurteils- und Abwehrhaltungen (siehe Sympathiewerte, un-

terschiedliche Wahrnehmung von bzw. Ängste gegenüber Zuwanderergruppen) als ein weiterer Beleg für die Distanz der Deutschen gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen bzw. Minderheiten deuten.

Integration soll weiterhin verbessert werden

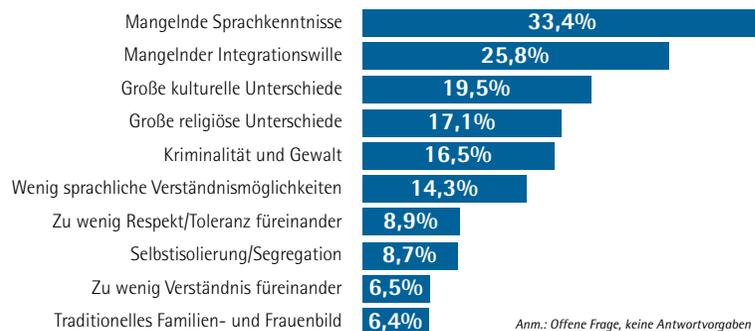
Auch die Vorstellungen der Befragten darüber, vor welchen Problemen das Zusammenleben zwischen unterschiedlichen Gruppen steht und wie diese angegangen werden sollten, stellen einen wichtigen Aspekt dar, der Einfluss auf die Integrationsverläufe selbst nimmt. Insbesondere machen sie deutlich, an welche Gruppen und Personen Handlungsanforderungen zur Verbesserung von Integration vorwiegend gerichtet werden.

Die deutschen Befragten wurden zu einigen Aussagen, die das Zusammenleben zwischen Deutschen und Zuwanderern betreffen, aber auch zu Aussagen, die bestimmte Vorurteilsthaltungen reflektieren, mittels einer Zustimmung- bzw. Ablehnungsskala befragt (vgl. Abb. D11). Bei eher „global“ ausgerichteten Aussagen zeigt sich ein Antwortverhalten, das als „sozial erwünscht“ bezeichnet werden kann.

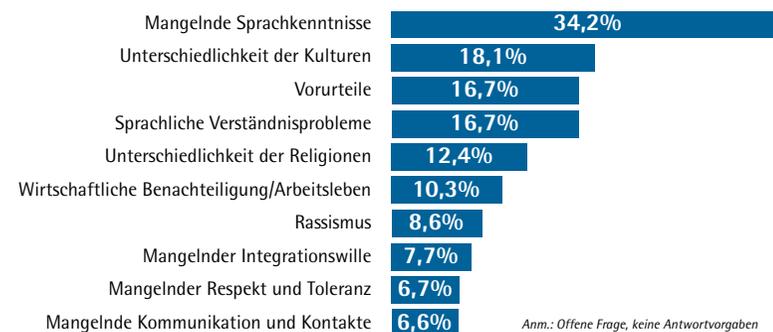
Tatsächlich findet sich eine ausgesprochen deutliche Zustimmung (6,66) zu Aussagen wie „in Frieden miteinander leben“ und „in der ganzen Welt sind wir eigentlich auch Fremde“ (5,70), gefolgt von der Forderung: „Integration soll kontinuierlich verbessert werden“ (5,27). Eine klare Positionierung im Antwortverhalten bzw. Ablehnungsverhalten zeigt sich hingegen insbesondere bei der Zurückweisung einiger ausländerfeindlicher Aussagen. Hier lassen sich vereinzelt eindeutige Ablehnungen gegenüber Aussagen wie „deutsches Geld für Deutsche“ (2,18), „schönere Wohnungen für Deutsche“ (2,26) oder „weniger Rechte für Flüchtlingen“ (2,59) hervorheben.

Keine eindeutige Ablehnung, eher ein unentschlossenes Antwortverhalten (Mittelwerttendenz: „teils/teils“) ist bei Aussagen zu beobachten, die als gängige Vorurteile zwar weit verbreitet sind, aber scheinbar mögliche „Ängste“ am besten erfassen wie: z. B. „bald sind die Deutschen in der Minderheit“ (4,28) und „das Boot ist“ voll (4,21). Die stärkste Zustimmung innerhalb der Verteilung findet sich in der Aussage „Deutschland ist kein Sozialamt für die ganze Welt“ (5,18) .

D12: Deutsche: Probleme im Zusammenleben mit Zuwanderern



D13: Zuwanderer: Probleme im Zusammenleben mit Deutschen



D14: Deutsche: Wichtigkeit von Integrationsmaßnahmen

„Ich nenne Ihnen jetzt einige Maßnahmen, die umgesetzt werden sollen. Wie wichtig beurteilen Sie folgende Maßnahmen?“



Anm.: Werte auf einer Skala von 1 (überhaupt nicht wichtig) und 7 (sehr wichtig).

Einstellungen und Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung

Dieser Befund kann als weiterer Beleg für die bereits aufgezeigte Intoleranz gegenüber den Zuwanderern betrachtet werden, die sich u. a. aus sog. „Überfremdungsängsten“, finanziellen Sorgen (z. B. Überlastung des Sozialstaates) der Mehrheitsbevölkerung speist.

Deutsche verstehen Integration vorwiegend als Aufgabe der Zuwanderer

Auf die offene Frage nach den Ursachen für die Probleme im Zusammenleben bzw. im Alltag zwischen Deutschen und Zuwanderern ergaben sich folgende Antwortmuster: Die deutschen Befragten nennen an erster Stelle

„Mangelnder Integrationswille wird als zentrales Problem gewertet.“

die sprachlichen Barrieren bzw. die fehlenden Sprachkenntnisse seitens der Zuwanderer (vgl. Abb. D12). Gleich an zweiter Stelle wird „mangelnder Integrationswille“ als zentrales Problem gewertet. Des Weiteren seien es die zu großen kulturellen und religiösen Unterschiede und zuletzt das „aggressive“ und gewalttätige Verhalten der Zuwanderer insgesamt,

das zu Konflikten zwischen Zuwanderern und der Mehrheitsbevölkerung führen kann, so die deutschen Befragten.

Im Zusammenhang mit der o. g. Forderung nach Anpassung wird einerseits der sog. „mangelnde Integrationswille“ als eine einseitig zu erbringende Leistung seitens der Zuwanderer verstanden. Andererseits werden die Probleme – betrachtet man die Reihenfolge der Antworten – ausschließlich der Alleinverantwortung der Zuwanderer zugeschrieben; d. h. Zuwanderer werden als alleinige Problemverursacher angesehen. Aspekte wie „zu wenig Respekt und Toleranz füreinander“ oder „wenig sprachliche Verständnismöglichkeiten“, die eher auf einen reziproken Prozess und somit auf eine Öffnung hindeuten würden, werden mit Abstand als unwichtigere Gesichtspunkte beurteilt.

Die Antworten der Deutschen lassen eine klare Reihenfolge der unterschiedlichen Aspekte erkennen: Deutsche werten die Beherrschung der deutschen Sprache, den Integrationswillen (scheinbar als eigenständig steuerbares Phänomen verstanden) und die kulturellen Differenzen als wesentliche Hindernisse für eine Integration. Außerdem werden, vermutlich vor dem

Hintergrund des eigenen Werte- und Normensystems, die Orientierungs- und Lebensweisen der Zuwanderer wie z. B. „große kulturelle und religiöse Unterschiede“ als unvereinbare Tatsachen genannt (gängige Anpassungsphilosophie), die sich zunehmend negativ auf den Eingliederungsprozess auswirken.

Auch Zuwanderer empfinden insbesondere Kommunikationsbarrieren wie z. B. mangelnde deutsche Sprachkenntnisse als eines der gravierendsten Probleme im Zusammenleben mit Deutschen (vgl. Abb. D13). Ähnlich problematisch – aber mit geringerer Ausprägung – wird seitens der Zuwanderer die Koexistenz unterschiedlicher Kulturen beurteilt. Ein weiterer Problemauslöser im Zusammenleben wird auf die Vorurteilsneigung der Deutschen zurückgeführt. Diese Einschätzung – betrachtet man hierbei die Reihenfolge der abgegebenen Antworten – entspricht erstaunlicherweise dem dritthöchsten Wert innerhalb der Verteilung. Begründungen wie mangelnde Kommunikation und Kontakte, die als Konsequenz der sprachlichen Barrieren betrachtet werden könnten, werden hingegen nur eine geringe Bedeutung beigemessen.

Sprach- und Bildungsförderung sowie Prävention von Zwangsehen sollen vornehmlich angegangen werden

Eine frühzeitige Sprachförderung (inkl. entsprechender Sprachtests) sowie eine prinzipielle Ausrichtung auf mehr Bildung für Zuwanderer werden von den deutschen Befragten als geeignete Maßnahmen zur Umsetzung bzw. Realisierung der Integration wahrgenommen (vgl. Abb. D14), die hierbei mit einem sehr eindeutigen Zustimmungswert (6,55) reagieren. Ebenso deutlich müssen Schutz- und Hilfsinstrumentarien für Opfer von Zwangsheirat ausgebaut werden (6,44).

Dagegen wird die Einführung des muslimischen Religionsunterrichts in den Schulen (2,94) und der Ausbau der Moscheen (2,35) mehrheitlich abgelehnt. Dies weist darauf hin, dass der Öffnung der Mehrheitsbevölkerung gegenüber unterschiedlichen religiösen Orientierungen und deren Akzeptanz eher wenig Bedeutung beigemessen wird bzw. diese Aspekte als unwesentliche Bestandteile der Integrationsförderung eingestuft werden. Dieses Ergebnis steht im Widerspruch zu dem oben vorgestellten Befund über die Einführung von muslimischem Religionsunterricht an deut-

schen Schulen. Hierbei äußerten sich die Befragten zunächst eher für ein pluralistisches Unterrichtsmodell (siehe Abb. Islamunterricht an Schulen), dass von über 45% der deutschen

„Anpassungsforderungen an Zuwanderer seitens der Deutschen rücken in den Vordergrund.“

Befragten befürwortet wurde. Beide Aussagen treffen offensichtlich auf unterschiedliche Toleranzwerte.

Muslimischer Religionsunterricht an Schulen parallel zum christlichen wird zum großen Teil toleriert, d. h. nicht als „entfremdend“ empfunden. Dies ist jedoch bei der Errichtung von symbolischen Religionsstätten (z. B. Moscheeausbau) anders. Diese treffen innerhalb der Mehrheitsbevölkerung auf hohe Ablehnung. Diese Abwehrhaltung kann in diesem Zusammenhang als Reaktion auf das Gefühl einer „bedrohlichen Entfremdung“ in der unmittelbaren Wohnumgebung interpretiert werden, das – verstärkt durch die visuelle Wahrnehmung – eine solche Intoleranz auslöst.

Eher zustimmend (aber nicht eindeutig) stehen die deutschen Befragten unterschiedlichen multikulturellen und mehrsprachigen Beratungsangeboten gegenüber.

Insgesamt betrachtet rücken Anpassungsforderungen an Zuwanderer seitens der Deutschen (wie z. B. Sprachkompetenz, Wertübernahme) in den Vordergrund. Es wird deutlich, dass eine sog. „kulturelle“ Öffnung, die unterschiedlichen Lebensweisen berücksichtigt (wie z. B. unterschiedliche religiöse Ausrichtungen) und entsprechend akzeptiert, als eher integrationshemmend betrachtet wird.

Einstellungen und Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung

Konklusionen: „Unerwiderte“ Liebe in den Beziehungen zwischen Mehrheitsbevölkerung und Zuwanderern

Eine zentrale Grundprämisse der vorliegenden Studie besteht in der als solchen trivialen Annahme, dass das Ge- bzw. Misslingen von Integrationsprozessen gleichermaßen von den Merkmalen, Verhaltensweisen und Einstellungen der Zuwanderer und der Mehrheitsbevölkerung abhängen. Dieser Aspekt ist bereits in den vorangegangenen Kapiteln zu den unmittelbar auf die Zuwanderer bezogenen Indikatoren am Rande berücksichtigt worden. In diesem Teil, der sich vor allem mit den Einstellungen der Mehrheitsbevölkerung befasst hat, ist er ins Zentrum der Betrachtung gerückt. Allerdings sind durchaus auch weitere Einstellungen der Zuwanderer berücksichtigt worden, um durch eine vergleichende Analyse Symmetrien bzw. Asymmetrien zwischen den Einstellungen beider Gruppen bestimmen zu können.

Die vorgelegten Fragen bezogen sich im Wesentlichen auf Einstellungen zur jeweils anderen Gruppe und zielten vor allem auf die Erfassung des Verhältnisses zwischen Nähe und Distanz, Öffnung und Schließung so-

wie Akzeptanz und Ablehnung ab. Darüber hinaus wurden auch Einstellungen zu den Problemen des Zusammenlebens und zum Integrationsprozess selbst erhoben, um auch auf dieser „Meta-Ebene“ Hinweise auf integrationsrelevante Faktoren zu gewinnen.

Insgesamt hat die Auswertung der Antworten die sich schon in Bezug auf die zuwandererbezogenen Indikatoren abzeichnende Asymmetrie in den Beziehungen zwischen Mehrheitsgesellschaft und Zuwanderern bestätigt. Auf Seiten der Zuwanderer dominieren eindeutig positive Bewertungen der deutschen Mehrheitsbevölkerung, während das Verhältnis dieser Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Zuwanderern doch stärker von Distanz und negativen Bewertungen bestimmt ist. Diese Asymmetrie schlägt sich auch nieder in der Sicht der zentralen Probleme des Zusammenlebens und den Vorstellungen darüber, wie diese Probleme gelöst werden könnten.

Der in Bezug auf Distanzierung gegenüber der anderen Gruppe schwächste Indikator ist die Wahrnehmung der Differenz der eigenen zu der anderen Gruppe, da diese unmittelbar

noch keine Bewertung dieser Unterschiede enthält. Die Ergebnisse haben hier gezeigt, dass die deutsche Mehrheitsbevölkerung in dieser Hinsicht Zuwanderergruppen sehr deutlich unterschiedlich wahrnimmt.

Besonders ins Auge fällt hierbei der Unterschied zwischen der italienischen und der türkischen Gruppe: Bei ersterer werden, wenn überhaupt, allenfalls geringe Unterschiede zur eigenen deutschen Gruppe gesehen; im Falle der türkischen Gruppe ist (mit Ausnahme in Bezug auf die Arbeitshaltung) der Wert für „starke“ Unterschiede sieben bis vierzigmal so groß wie der für „keine“ Unterschiede. (Die Aussiedler als weitere hier interessierende Gruppe bewegen sich zwischen beiden Polen, allerdings mit deutlich größerer Nähe zur italienischen Gruppe.) Nun haben die bisherigen Befunde durchaus signifikante Differenzen zwischen der deutschen Mehrheitsbevölkerung und den Zuwanderern (insbesondere den Ausländern) erbracht; sie allein können aber kaum die hier getroffenen recht drastischen Unterschiedswahrnehmungen begründen.

Bestätigt werden diese Befunde in einer auch explizit stärker bewertenden Einstellungsdimensionen, derjenigen der Sympathie gegenüber bestimmten Nationalitäten. Auf Seiten der Deutschen schneiden die beiden größten in Duisburg lebenden Zuwanderergruppen, nämlich die Türken und die Russen (neben der in Duisburg quantitativ relativ unbedeutenden Gruppe der Iraker) eindeutig am schlechtesten ab (mit Werten unter 5 auf der 9-stufigen Skala). Auffällig ist, dass von Seiten aller Zuwanderergruppen den Deutschen umgekehrt die deutlich höchste Sympathie entgegengebracht wird (mit Skalenwerten über 7), sodass sich tatsächlich das Bild einer „unerwiderten Liebe“ von Seiten der Zuwanderer aufdrängt.

Auch in Bezug auf die Ablehnung bzw. Akzeptanz weiterer Zuwanderung zeichnet sich ein ähnliches Muster ab: Für Zuwanderer aus den EU-Staaten möchten 40% der deutschen Befragten den Zugang „völlig offen“ halten und ihn nur 4% „völlig verbieten“. Für Nicht-EU-Zuwanderer (zu denen in der Sichtweise der Befragten in Duisburg sicherlich vor allem die türkische Gruppe gerechnet wird) optieren 11% für eine völlige Öffnung und

20% für ein vollständiges Verbot. (Die Ausiedlergruppe mit 25 bzw. 6% liegt erneut zwischen beiden Polen.)

Auch in den Vorurteilen, die von beiden Gruppen der jeweils anderen entgegengebracht werden, ergibt sich ein ähnliches Muster. Die Antworten der Deutschen belegen zwar einen Bedeutungsverlust klassischer ausländerfeindlicher Einstellungen; die durchgeführte Faktorenanalyse weist aber dann doch eindeutige mit der Präsenz von Zuwanderern verknüpfte Ängste auf, wobei die Akzente auf die Gefahr einer Ausnutzung und Überfremdung durch Zuwanderer gesetzt werden

Den Zuwanderern ist diese vorurteilsbehaftete Stellung der deutschen Bevölkerung ihnen gegenüber durchaus bewusst (unter den von ihnen bewerteten Aussagen nimmt die Behauptung „Deutsche haben Vorurteile gegenüber Zuwanderern“ den höchsten Wert an.) Und auch auf ihrer Seite lassen sich Vorurteile gegenüber den Deutschen identifizieren. Diese besitzen zwar insgesamt ein positives Vorzeichen, eine tiefer gehende Analyse zeigt allerdings, dass ca. ein Drittel

der Zuwanderer auch negative Vorurteile gegenüber den Deutschen besitzt (mit starker Konzentration in den unteren Bildungsabschlüssen und bei den Frauen). Bei den Selbst- und Fremdeinschätzungen der Zuwanderer weisen dabei erneut die Aussiedler eine Einstellungsstruktur auf, die sich derjenigen der Deutschen annähert, d. h. sie beziehen eine deutlich kritischere Position gegenüber den Zuwanderern und eine weniger kritische gegenüber den Deutschen.

Schließlich weisen auch die Ergebnisse in Bezug auf die wesentlichen Probleme im Zusammenleben zwischen Zuwanderern und Mehrheitsbevölkerung und die zu ihrer Bearbeitung zu ergreifenden Maßnahmen auf eine eindeutige Akzentsetzung bei der deutschen Bevölkerung hin, während die Zuwanderer in dieser Hinsicht eher zu gleichgewichtigen Beurteilungen tendieren.

Bei den Deutschen sind die ersten sechs Rangplätze der Nennungen zu den „Problemen im Zusammenleben mit den Zuwanderern“ von Schwierigkeiten besetzt, für die eindeutig oder vorwiegend die Verantwortung bei den Zuwanderern zu suchen ist.

Einstellungen und Verhaltensweisen der Mehrheitsbevölkerung

Besonders deutlich wird das bei der mit der zweitgrößten Häufigkeit vollzogenen Identifikation eines „mangelnden Integrationswillens“ auf Seiten der Zuwanderer. Auch das am häufigsten genannte Problem (mangelnde Sprachkenntnisse) und die danach in der Rangfolge genannten Probleme aufgrund kultureller/religiöser Unterschiede werden von den deutschen Befragten sicherlich vor allem den Zuwanderern zugerechnet. Und bevor in der Rangfolge überhaupt die ersten Problembeschreibungen folgen, die eine wechselseitige Zuschreibung von Verantwortung signalisieren (wie z. B. Mangel an gegenseitigem Respekt), wird dann auch „Kriminalität und Gewalt“ von immerhin 17% der Befragten genannt.

Die Zuwanderer setzen bei der Benennung ihrer „Probleme im Zusammenleben mit den Deutschen“ selbstverständlich andere Akzente. „Mangelnder Integrationswille“ wird zwar auch als eines der Probleme identifiziert, aber mit deutlich anderen Gewichten (von 8% der befragten Zuwanderer gegenüber 26% bei den Deutschen) und die Vorurteilsneigung der deutschen Bevölkerung nimmt den dritten Rangplatz ein. Auffällig

ist aber doch, dass die Zuwanderer sich in wichtigen Problemidentifikationen durchaus den Deutschen anschließen. Den mit großem Abstand ersten Rangplatz nehmen auch bei ihnen „mangelnde Sprachkenntnisse“ ein, und auch die Unterschiedlichkeit von Religion und Kultur wird relativ häufig als Problem benannt.

Auch in Bezug auf diejenigen Prozesse und Maßnahmen, die zur Lösung oder Abmilderung der identifizierten Probleme beitragen könnten, besitzen die deutschen Befragten recht eindeutige Positionen. Zwar werden durchaus auch und nicht selten multikulturelle Angebote genannt; das Schwergewicht liegt allerdings bei den konkreten Maßnahmen erneut auf der Sprach- und Bildungsförderung und damit auf der Behebung von Defiziten auf Seiten der Zuwandererbevölkerung. Insgesamt dominiert bei den Deutschen eine Perspektive auf den möglichen Lösungsweg von Integrationsproblemen, die sich am besten wohl mit dem Begriff „assimilationistisch“ beschreiben lässt: Die Aussage „Zuwanderer sollen sich an den Lebensstil der Deutschen anpassen“ wurde im Fragebogen zweimal abgefragt, und wies in beiden Fällen

den deutlichst höchsten Zustimmungswert von allen zur Beurteilung vorgelegten Aussagen auf.

Eher überraschend sind in dieser Hinsicht die Antworten der Zuwanderer. Auch bei Ihnen besitzt die Zustimmung zu dieser Anpassungsforderung den höchsten Wert (noch vor der Zustimmung zum Vorliegen von Vorurteilen der Deutschen). Wie dieser Befund (der für die Aussiedler erneut besonders ausgeprägt ist) zu interpretieren ist, muss offen bleiben. Ersichtlich wird aber auch hier auf jeden Fall, dass die Zuwanderer deutlich stärker bereit sind, Probleme in den Beziehungen zur Mehrheitsbevölkerung auch als von ihnen mitverursacht und damit Integration auch als ihre eigene Aufgabe zu begreifen, als dies umgekehrt auf Seiten der Deutschen der Fall ist.

Wenn man diese Befunde zusammennimmt mit den schon in den vorangehenden Kapiteln gelieferten Hinweisen ergibt sich eine empirisch und analytisch kaum zu bestreitende grundsätzliche Asymmetrie in den integrationsrelevanten Beziehungen und Einstellungen zwischen Zuwanderern und

Mehrheitsbevölkerung. Hier soll und kann nun keine politisch-normative Beurteilung dieser Asymmetrie geliefert werden. Allerdings soll vor vorschnellen Interpretationen und Bewertungen gewarnt werden. Tatsächlich ist es so, dass Beziehungen zwischen Mehrheits- und Minderheitsbevölkerungsgruppen grundsätzlich und legitimerweise von einer gewissen Asymmetrie geprägt sind. Dies findet z. B. seinen Ausdruck darin, dass Minderheitengruppen (allein schon aufgrund der quantitativen und institutionellen Dominanz der Mehrheitsgruppe) in der Regel für ihre Lebensführung weitaus stärker auf Kontakte zur Mehrheitsbevölkerung angewiesen und von daher auch stärker motiviert sind, solche Kontakte aufzunehmen und zu pflegen. Darüber hinaus weisen Über- und Unterordnungsverhältnisse zwischen Bevölkerungsgruppen im Regelfall auch die aufgewiesenen Asymmetrien in der wechselseitigen Wertschätzung auf.

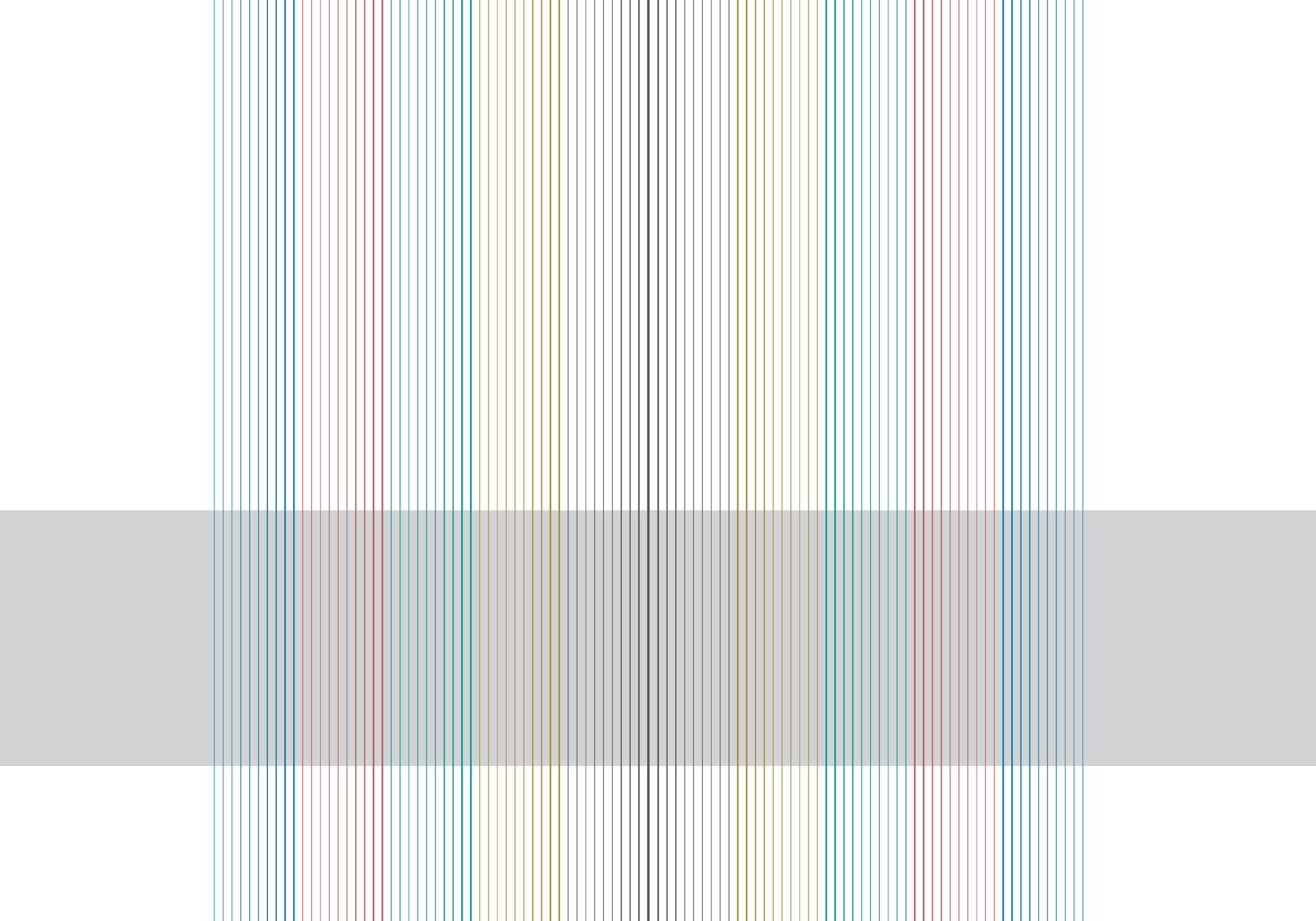
Was die Frage der an unterschiedliche Gruppen zu stellenden Anpassungsforderungen betrifft, so ist es selbstverständlich, dass Zuwanderern deutlich stärker zu einem Sich-Einlassen auf die Situation im Einwande-

rungsland verpflichtet sind als umgekehrt die Mehrheitsbevölkerung zu einer Anpassung an die Eigenschaften und Erfordernisse der Zuwanderergruppen. Deutlich wird dies beispielsweise in der Frage der zu erlernenden Sprache: Von Zuwanderern, die sich dauerhaft im Einwanderungsland niederlassen wollen, ist das Erlernen der Verkehrssprache dieses Landes durchaus zu erwarten, während das Erlernen der Minderheitensprache (und selbst wenn es sich nur um eine Minderheitensprache handeln würde) für die Mehrheitsbevölkerung sicherlich nicht ähnlich verpflichtend zu erwarten ist.

Unabhängig von dieser notwendigen Relativierung der empirischen Befunde bleibt allerdings festzuhalten, dass die von den Duisburger Deutschen geäußerte starke Distanz zur Zuwandererbevolkerung und die bei ihnen durchaus massiv vorhandenen Ängste gegenüber Zuwanderern durch die in den vorangehenden Kapiteln dargestellten empirischen Ergebnisse in Bezug auf tatsächlich existierende Unterschiede und Probleme nicht gedeckt sind. Zwar haben sich ausgeprägte Unterschiede zwischen Mehrheitsbevölkerung und Zuwanderern sowie

durchaus auch Defizite und problematische Verhaltensweisen auf Seiten der Zuwanderer ergeben, die in der Sichtweise der deutschen Bevölkerung aber stark überzeichnet werden.

An diesem deutlichen „Integrationsdefizit“ auf Seiten der Mehrheitsbevölkerung wird in Zukunft sicherlich im gleichen Maße zu arbeiten sein wie an den identifizierten Defiziten auf Seiten der Zuwanderer. Einen wichtigen Beitrag hierzu werden erneut die Medien und die politisch Verantwortlichen der Mehrheitsgesellschaft in ihrer meinungsbildenden und Vorbildfunktion zu leisten haben.



Integration in Duisburg: Ein Gesamtbild

Duisburg ist eine der multikulturellsten Städte der Bundesrepublik und weist in Sachen Integration die solchen Städten eigenen Probleme und Potenziale auf.

Auf Seiten der Zuwanderer lassen sich weiterhin in verschiedenen Lebensbereichen Integrationsdefizite identifizieren, die Gegenstand weiterer integrationspolitischer Bemühungen sein müssen. Auf Seiten der Mehrheitsbevölkerung besteht auch heute noch eine ausgeprägte Distanz gegenüber den Zuwanderern und eine mangelnde Akzeptanz in Bezug auf deren Zugehörigkeit zur Stadtgesellschaft. Auch hier besteht erheblicher Handlungsbedarf.

Integration in Duisburg: Ein Gesamtbild

Vorbemerkungen

Im Folgenden sollen die zentralen Ergebnisse der zu den einzelnen Indikatoren durchgeführten Auswertungen und Analysen zusammenfassend zu einem Gesamtbild der Integrationssituation in Duisburg zusammengefügt werden. Hierzu wird auf eine detaillierte Darstellung von Einzelbefunden verzichtet. Für solche vertiefende Analysen wird der Leser auf die vorangehenden Kapitel verwiesen. Insbesondere die Konklusionen dieser Kapitel enthalten diejenigen aus der Gesamtanalyse ausgewählten Ergebnisse, die die Grundlage der vorliegenden Gesamtzusammenfassung bilden. Auch der Bereich der Handlungsempfehlungen, dem aufgrund der empirisch-analytischen Ausrichtung der Studie grundsätzlich nur eine beschränkte Bedeutung zukommen kann, wird abschließend nur summarisch berücksichtigt.

Das Kapitel gliedert sich in vier Abschnitte: Ausgehend von einer Übersicht über Größe, Zusammensetzung und demographische Entwicklungstendenzen der Zuwandererbevolkerung wird in einem zweiten Abschnitt das Verhältnis von Mehrheitsbevölkerung und Zuwanderergruppe insgesamt zusammenfassend dargestellt. Im dritten Abschnitt wird dieses

Bild ausdifferenziert für die drei unterschiedenen Großgruppen innerhalb der Zuwandererbevolkerung, um spezifische Potentiale und Problemlagen dieser Gruppen zu benennen. Zur vergleichenden Bewertung werden punktuell zwei neuere Publikationen zur Integrationssituation in Deutschland, NRW und Duisburg herangezogen¹. Abschließend wird eine Gesamtbewertung des Standes der Integration zwischen Zuwanderer- und Mehrheitsbevölkerung versucht, mit dem Ziel, die „kleinen“ und die „großen“ Aufgaben zu umreißen, vor denen Integrationspolitik in Duisburg steht. Dabei wird auch die Frage zu beantworten sein, welchen Beitrag die vorliegende Studie zur Bewertung der Maßnahmen leisten kann, die bisher zur Bewältigung dieser Aufgaben bereits eingeleitet worden sind.

Zusammensetzung und Entwicklungstendenzen der Duisburger Zuwandererbevolkerung

Die Stadt Duisburg hat in den letzten Jahren ihren Ruf, eine der internationalsten und multikulturellsten Städte in NRW und Deutschland zu sein, und die damit verbundenen Herausforderungen angenommen. Die quantitativen (und in der Folge auch die qualitativen) Er-

gebnisse dieser Studie bestätigen eine solche Etikettierung. In der erhobenen Stichprobe der Duisburger Bevölkerung wurden 40% als Zuwanderer (genauer: als Personen mit Migrationshintergrund) identifiziert. Dieser Wert weicht von den aus anderen Untersuchungen und Studien bekannten Schätzungen ab: Die aus dem Jahr 2005 stammenden Mikrozensusdaten weisen (bei vergleichbarer Definition von „Migrationshintergrund“) 25% für diese Gruppe aus.

Die aufgrund von Informationen aus dem Einwohnermelderegister (und damit aufgrund andersartiger Definitionsmerkmale) gewonnenen Schätzungen belaufen sich für das Jahr 2006 auf 32,7%. Diese Abweichungen erklären sich zum Teil aus unterschiedlichen Definitionen, zum Teil aber auch aus der bei der Stichprobenziehung verwendeten Schichtung, die einen höheren Anteil von Mitgliedern der Zuwanderergruppe wahrscheinlich machte. Andererseits ist durch den oben beschriebenen „subjektiven“ Filter (der es Aussiedlern erlaubte, sich unter bestimmten Bedingungen als „Deutsche“ zu identifizieren und für die Befragung und ihre Auswertung dann auch als solche behandelt zu werden) ein nicht unbeträchtlicher

¹ Hierbei handelt es sich um die vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung vorgelegte Studie „Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland“, Berlin 2009 und den vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen unter dem Titel „Nordrhein-Westfalen: Land der neuen Integrationschancen“ erstellten 1. Integrationsbericht der Landesregierung, Düsseldorf 2008.

Teil von Personen aus der Zuwanderergruppe ausgegliedert worden, der unter „objektiven“ Gesichtspunkten zu dieser hätte gerechnet werden müssen.

Wenn man diese in unterschiedliche Richtungen weisenden definitions- und erhebungsbegründeten Verzerrungen gegeneinander abwägt, ist davon auszugehen, dass der oben genannte Wert von ca. einem Drittel Zuwanderern an der Duisburger Gesamtbevölkerung weitgehend die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelt. Duisburg stünde damit hinter Frankfurt a. M. und Stuttgart auf dem dritten Platz in der „Migrationsrangliste“ der deutschen Städte. Selbst wenn man systematische Unterschätzungen auch bei anderen Städten in Rechnung stellt, gehört Duisburg in jedem Fall zu den 10 Städten mit dem höchsten Zuwandereranteil in der Bundesrepublik.

Wegen der spezifischen Zuwanderergeschichte weist Duisburg (erneut belegt durch die Mikrozensusdaten von 2005) den höchsten Anteil an türkeistämmigen Zuwanderern auf, was aufgrund bereits vorliegender Untersuchungen einen wichtigen Einfluss auf die Integrationssituation der Stadt nimmt. Der Mikrozensus

weist in Duisburg für diese Herkunftsgruppe 48% aus, die Werte in der Stichprobe betragen ca. 41%. Die zweitgrößte deutlich kleinere Gruppe stammt aus den Nachfolgerstaaten der Sowjetunion (17%), gefolgt von der polnischstämmigen Bevölkerung mit 7%. Erst danach folgen die anderen klassischen Arbeitsmigrantenherkunftsländer wie Italien, Griechenland und Spanien. Der relativ hohe Prozentsatz von 14,7% für „sonstige“ Herkunftsländer weist darauf hin, dass sich die Herkunftsnationalitäten (und damit auch die gruppenspezifischen Inte-

„Duisburg weist in der Bundesrepublik den höchsten Anteil an türkeistämmigen Zuwanderern auf.“

grationsbedingungen) auch in Duisburg in der jüngeren Vergangenheit deutlich aufgefächert haben.

Kurz- und mittelfristig ist davon auszugehen, dass der Anteil von Zuwanderern an der Duisburger Bevölkerung zunehmen wird. Das lässt sich nicht nur unmittelbar aus den entsprechenden kommunalstatistischen Daten

ablesen, sondern indirekt auch aus den Ergebnissen dieser Studie. Während die 18- bis 24-Jährigen bei den deutschen Befragten 9% ausmachen, beträgt der entsprechende Anteil unter den Zuwanderern 15%. Und auch die Tatsache, dass die befragten Zuwandererfamilien eine deutlich höhere Kinderzahl aufweisen, spricht dafür, dass sich der Zuwandereranteil zumindest in den nächsten zwei Jahrzehnten deutlich erhöhen wird.

Allerdings zeigen die neuesten Daten des Duisburger Standesamtes eine eindeutige Angleichung der Geburtenraten für die deutsche und die ausländische Bevölkerung. Da die hier vorliegenden Ergebnisse belegen, dass die Gruppe der Ausländer unter den Zuwanderern das am stärksten traditionell ausgeprägte Familienmodell und entsprechend die höchste Kinderzahl besitzt, ist davon auszugehen, dass bei anderen Zuwanderergruppen noch mit einer geringeren Reproduktionsquote zu rechnen ist. Auch für diese Gruppen ist damit eine Angleichung der Geburtenraten an diejenige der deutschen Bevölkerung anzunehmen. Insgesamt ist also von einem mittelfristigen deutlichen Ansteigen des Zuwandereranteils an der Duisburger Bevölkerung auszugehen, der sich langfristig auf ho-

Integration in Duisburg: Ein Gesamtbild

hem Niveau stabilisieren wird (vorausgesetzt das keine umfangreichere Neuzuwanderung stattfindet).

Insgesamt ist aber davon auszugehen, dass der Bevölkerungszuwachs auf Seiten der Zuwanderer erheblich zum Ausgleich der starken demographischen Verluste beitragen wird, denen die Stadt Duisburg auch in Zukunft ausgesetzt sein wird. Zuwanderer sind insofern als entscheidendes „Humankapital“ für die weitere Entwicklung der Duisburger Stadtgesellschaft zu begreifen und zu behandeln.

Die in der Untersuchung unterschiedenen drei Zuwandererpopulationen verteilen sich zu 57% auf die Ausländer, zu 27% auf die Eingebürgerten und zu 15% auf die Aussiedler.

„Die Aussiedler weisen eine deutlich größere Nähe zu den deutschen Familienverhältnissen auf.“

Da, wie bereits erläutert, aus letzterer Gruppe aufgrund ihrer subjektiven Selbstverortung eine nicht unerhebliche Zahl als Deutsche

identifiziert und behandelt worden ist, hätte sich bei Zugrundelegung einer objektiven Definition ein deutlich höherer Prozentsatz an Aussiedlern ergeben. Die Verteilung zwischen ausländischer Zuwandererbevolkerung und Zuwanderern mit deutscher Staatsangehörigkeit würde sich damit weitgehend an die 50-50-Verteilung zwischen beiden Gruppen annähern, wie sie sich aus den registergestützten kommunalstatistischen Daten ergibt (und auch annäherungsweise die Verhältnisse in NRW insgesamt kennzeichnet).

Hinausgehend über diese quantitativen Befunde verweisen schon die sozio-demographischen Daten auf eine deutliche qualitative Differenzierung zwischen den drei Zuwanderergruppen: Die Aussiedler weisen sowohl in Bezug auf die Kinderanzahl als auch auf die Verteilung der familiären Lebensformen eine deutlich größere Nähe zu den deutschen Familienverhältnissen auf als die anderen beiden Gruppen, die sich in dieser Hinsicht nicht ähnlich deutlich voneinander abheben. Dies gilt auch angesichts der Tatsache, dass Aussiedler deutlich häufiger der 1. Generation angehören und durchschnittlich eine kürzere Aufenthaltsdauer in Deutschland aufweisen als

die Mitglieder der beiden anderen Zuwanderergruppen. Bevor auf diese Differenzierungen eingegangen wird, soll allerdings zunächst ein Gesamtbild der Beziehungen zwischen Deutschen und Zuwanderern skizziert werden.

Deutsche und Zuwanderer zwischen asymmetrischer Distanz und Annäherung I: die Zuwandererperspektive

Die Untersuchung hat deutliche, wenn auch nicht dramatische Disparitäten und Distanzen zwischen den beiden am Integrationsprozess beteiligten Gruppen erbracht. Dies betrifft zunächst den Aspekt der den Zuwanderern allein zuschreibbaren Eigenschaften in allen einbezogenen Dimensionen, aber dann auch diejenigen Merkmale, welche die Beziehung zwischen beiden Gruppen und insbesondere die Rolle der deutschen Mehrheitsbevölkerung für die Beziehung charakterisieren.

Klare Disparitäten haben sich bereits im Bereich der strukturellen und räumlichen Indikatoren ergeben. In bildungsmäßiger Hinsicht besitzen alle Zuwanderergruppen im untersten Qualifikationsbereich (kein Abschluss) deutlich schlechtere Werte als die deutsche Vergleichsgruppe. Die damit verbundenen schlechteren

beruflichen Startbedingungen schlagen sich dann tatsächlich auch in allen Indikatoren nieder, die die wirtschaftliche Situation von Zuwanderern betreffen. Diese sind deutlich häufiger erwerbslos als Deutsche, beziehen häufiger Transferleistungen und verfügen auch über ein deutlich niedrigeres Haushaltseinkommen (bei einer gleichzeitig höheren Anzahl an Haushaltsmitgliedern). Diese wirtschaftliche Benachteiligung, so hat sich gezeigt, hängt zum Teil mit den schlechteren bildungsmäßigen Voraussetzungen von Zuwanderern zusammen; die Tatsache, dass sich aber auch Zuwanderer mit hohen Bildungsabschlüssen (hier hat sich eine Annäherung zwischen Zuwanderern und Deutschen abgezeichnet) nur ausnahmsweise in gehobenen beruflichen Positionen wiederfinden, verweist auf strukturelle und aktuelle Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt. Eine Konsequenz dieser Benachteiligung besteht in der deutlichen Unterrepräsentierung von Zuwanderern in Schlüsselpositionen des Beschäftigungssystems, eine Konsequenz, die jüngere Untersuchungen auch für die öffentliche Verwaltung in Duisburg belegt haben.

Auszudifferenzieren sind diese Befunde nach Geschlecht und Alter. Generell sind die auf-

gewiesenen Defizite bei Zuwandererfrauen besonders ausgeprägt (was auch andere Merkmale wie beispielsweise die Beherrschung der

„Hoffnungsfroh stimmen die Befunde für die jüngere Generation der 18- bis 24-Jährigen.“

deutschen Sprache betrifft), was die immer wieder vertretene These einer „doppelten Benachteiligung“ von Zuwandererfrauen stützt. (Zu den gleichen Ergebnissen war bereits der 1989 vorgelegte „Berufsbildungsbericht Duisburg“ gekommen; auch nach zwanzig Jahren hat sich demnach nichts Grundsätzliches an der spezifischen Benachteiligung dieser Gruppe verändert.).

Hoffnungsfroh stimmen dem gegenüber die Befunde für die jüngere Generation der 18- bis 24-Jährigen: In diesen Gruppen ist eine deutliche Annäherung der Bildungs- und Berufssituation an die Situation von deutschen Jugendlichen abzulesen (die sich ebenfalls bei den deutschen Sprachkenntnissen bestätigt hat). Nicht für alle Merkmale sind geschlechts-

und altersgruppenspezifische Auswertungen durchgeführt worden. Wo dies aber getan wurde, ist diese Angleichungstendenz eindeutig und stark ausgeprägt, sodass davon ausgegangen werden kann, dass sie bei entsprechenden Analysen auch bei anderen Merkmalen zu Tage getreten wäre.

Strukturelle Defizite lassen sich auch in Bezug auf die Wohnversorgung der Zuwanderer konstatieren: Sowohl in Bezug auf den Anteil an Einfamilienhäusern und Wohneigentum als auch auf die Wohnungsgröße weisen die Zuwanderer deutlich niedrigere Werte auf, was erneut wegen der größeren Anzahl von Haushaltsmitgliedern besondere Bedeutung besitzt.

Auf der ausschließlich vergleichenden Ebene ergeben sich auch auf dem „subjektiven“ Pol der Werte und Orientierungen deutliche Unterschiede zwischen Zuwanderern und Mehrheitsbevölkerung, die ein eindeutig größeres Gewicht religiöser Orientierungen und traditioneller Familienwerte auf Seiten der Zuwanderer betreffen. Allerdings sind diese *Unterschiede*, wie sie in den Daten aufscheinen, nicht derart ausgeprägt, dass von ausgeprägten kulturellen *Gegensätzen* die Rede sein kann.

Integration in Duisburg: Ein Gesamtbild

Ein weiterer Bereich der abgefragten Merkmale und Einstellungen der Zuwanderer betraf im weitesten Sinne ihre Beziehung zur Mehrheitsbevölkerung und -gesellschaft, wobei diese Charakteristika der Zuwanderergruppe punktuell auch mit den entsprechenden Merkmalen und Einstellungen der deutschen Bevölkerung kontrastiert wurden.

Abgefragt wurde mit unterschiedlichen Fragen die Identifikation der Zuwanderer mit dem Einwanderungskontext. Dabei ist deutlich geworden, dass die Zuwanderergruppe insgesamt gewisse, allerdings erneut nicht besonders ausgeprägte Schwierigkeiten hat, sich mit dem Land, in dem sie ihr Lebenszentrum besitzen, zu identifizieren. In Bezug auf den Staat, mit dem man sich am stärksten verbunden fühlt, halten sich die Werte zwischen dem Herkunftsstaat und Deutschland noch einigermaßen die Waage; in Bezug auf die Gruppenidentifikation votieren Zuwanderer insgesamt aber deutlich eher für die Herkunftsgruppe als für die deutsche Gruppe, was allerdings durchaus auch eine Reaktion auf von Seiten der deutschen Mehrheitsbevölkerung vollzogene begriffliche Ausgrenzungen der Zuwanderer darstellen kann. (Ein Teil der

Mehrheitsbevölkerung, aber auch der Medien etikettiert beispielsweise bis heute alle Zuwanderer als „Ausländer“.) Was die Erfüllung ihrer mit der Migration verbundenen Erwartungen und die Rückkehrabsichten ins Herkunftsland betrifft, bekennen sich die Zuwanderer aber eindeutig zur Bundesrepublik: Für den weitaus größten Teil haben sich die mit dem Leben in Deutschland verbundenen Erwartungen erfüllt, und die Rückkehr ins Herkunftsland stellt für sie keine Option dar. Insgesamt ist also von einem positiven Selbstbild des eigenen Lebens in Deutschland und der festen Absicht, sich dort definitiv niederzulassen, auszugehen.

Hier bestätigt sich auch der oben genannte Befund zu den „Angleichungstendenzen“ auf Seiten der jugendlichen Zuwanderer: Die Rückkehrabsichten dieser Gruppe sind deutlich die niedrigsten unter den Zuwanderern, was dafür spricht, dass für die Mehrheit von ihnen Deutschland inzwischen tatsächlich zu „ihrem“ Land geworden ist. Dass mangelnde wirtschaftliche Perspektiven in Deutschland hingegen für andere Gruppen ein Grund sind, sich stärker in Richtung ihres Herkunftslandes zu orientieren, wird an der höheren Rückkehrabsicht von Zuwanderern mit schlechterer be-

ruflicher Position ablesbar. Die immer wieder vertretene These, dass solche Rückkehrabsichten aufgrund der oben genannten Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt auch oder insbesondere hoch qualifizierte Zuwanderer betrifft, wird von den Daten nicht bestätigt.

Eine gewisse Reserviertheit gegenüber der Teilnahme am Leben der Mehrheitsgesellschaft deuten sich auch im Umfang an, in dem Zuwanderer sich an den Institutionen und Organisationen der Mehrheitsgesellschaft beteiligen. Beispielsweise ist auch unter den wahlberechtigten Zuwanderern die Beteiligung an deutschen Wahlen deutlich niedriger als unter der deutschen Bevölkerung; und auch die Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen ist nicht nur insgesamt geringer, sondern konzentriert sich eindeutig auf die ethnisch geprägten religiösen Organisationen. Auch hier ist allerdings aus den Daten nicht ablesbar, ob diesem Befund ein Mangel an Teilnahmemotivation auf Seiten der Zuwanderer oder eine mangelnde Öffnung der mehrheitsgesellschaftlichen Organisationen gegenüber den Zuwanderern zugrunde liegt. Darüber hinaus wäre bei einer Bewertung dieses Sachverhalts die von Migrantenselbstorganisationen

durchaus auch übernommene Mittlerfunktion hin zu den öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Mehrheitsgesellschaft zu berücksichtigen.

Entgegen der Erwartungen haben sich im Allgemeinen bei der Nutzung von Beratungs- und Unterstützungsleistungen keine signifikanten Unterschiede zwischen Deutschen und Zuwanderer ergeben. Die gleichwohl existierenden Unterschiede betreffen die Art der genutzten Angebote: Zuwanderer nehmen deutlich seltener familien- und erziehungsbezogene Hilfeleistungen in Anspruch und konzentrieren

„Auf Seiten der Zuwanderer lassen sich durchaus Integrationshindernisse konstatieren.“

sich stärker auf institutionelle und sachbezogene Unterstützung. Einen für die Integration zwischen Zuwanderern und Mehrheitsbevölkerung im Sinne der Verbindung zwischen beiden Gruppen entscheidenden Einflussfaktor stellen die Kontaktmöglichkeiten und tatsächlichen Kontakte zwischen beiden Gruppen dar. Diese

wurden in der Untersuchung auf die räumliche Dimension des Zusammenlebens in Wohnhaus und Nachbarschaft, die gemeinsame Teilnahme an Veranstaltungen und die unmittelbaren Sozialkontakte zwischen beiden Gruppen bezogen. Für den ersten Bereich (der üblicherweise unter dem Titel „Wohnsegregation“ behandelt wird) liegen keine „objektiven“ sozialräumlichen fundierten Ergebnisse vor. Die subjektiven Einschätzungen beider Gruppen weisen allerdings auf eine gewisse Segregation in diesem Bereich hin, wobei Deutsche eindeutig mehr unter sich bleiben als Zuwanderer. (Diese größere Hinwendung zur anderen Gruppe bestätigt sich in gewisser Weise auch darin, dass Zuwanderer eindeutig zufriedener mit ihren Nachbarschaftsbeziehungen zu Deutschen sind, als dies umgekehrt der Fall ist.)

Ähnlich asymmetrisch verteilen sich auch die Befunde in den beiden anderen relationalen Indikatoren: Zuwanderer nehmen nicht nur deutlich häufiger an „deutschen“ Veranstaltungen teil als Deutsche an „Zuwandererveranstaltungen“, sondern haben auch deutlich mehr Kontakte zu Deutschen als Deutsche umgekehrt mit Zuwanderern (und dies betrifft alle Lebensbereiche zwischen Familie und Arbeits-

bereich). Auch im für interkulturelle Lernprozesse zentralen Partnerbereich zeigt sich, dass der Anteil von binationalen Ehen auf Seiten der Zuwanderer etwa doppelt so hoch ist wie bei den Deutschen.

Nun könnten alle diese Befunde einfach damit zu tun haben, dass allein schon aufgrund des quantitativen Ungleichgewichts zwischen Mehrheitsbevölkerung und -institutionen auf der einen, Zuwandererbevolkerung auf der anderen Seite ein deutliches Mehrangebot auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft besteht, das zu den festgehaltenen Asymmetrien führt. Gegen eine solche Interpretation spricht aber auch hier schon die Tatsache, dass es eine deutliche Entsprechung zwischen tatsächlichen und gewünschten Kontakten gibt: Zuwanderer wünschen eindeutig stärker Kontakte zur deutschen Mehrheitsbevölkerung als umgekehrt. Die weiteren Befunde zu den Einstellungen der Mehrheitsbevölkerung werden dieses Bild einer grundsätzlichen Asymmetrie in den Beziehungen zwischen beiden Gruppen noch weitaus schärfer hervortreten lassen.

Im Bereich der „kulturellen Indikatoren“ ist ein Zuwanderermerkmal abgefragt worden, dem

Integration in Duisburg: Ein Gesamtbild

auf Seiten der Zuwanderer eine entscheidende Bedeutung für Umfang und Intensität der Kontakte zur deutschen Bevölkerung zukommt, nämlich die Beherrschung der deutschen Sprache. Zunächst spricht hierbei die Selbsteinschätzung der Sprachkenntnisse durch die befragten Zuwanderer für eine bessere Beherrschung der deutschen Sprache gegenüber der Herkunftssprache. Dieser Befund ist erneut geschlechts- und altersspezifisch zu differenzieren: Zuwandererfrauen bekennen sich deutlich häufiger zu relativ schlechteren Deutschkenntnissen; nach Angabe der Zuwandererjünglichen sind ihre Deutschkenntnisse (auch im Vergleich zu den anderen Zuwanderergruppen) erheblich besser als diejenigen in ihrer Herkunftssprache.

Der tatsächliche Gebrauch beider Sprachen relativiert diese Selbsteinschätzung ein Stück weit: In informellen Kontexten, die besonderen Einfluss auf den Erwerb und die Beherrschung einer Sprache nehmen, dominiert eindeutig der Gebrauch der Herkunftssprache gegenüber demjenigen der deutschen Sprache. Insofern ist davon auszugehen, dass sich die insgesamt geringe Kontakthäufigkeit zu Deutschen auch beim Sprachgebrauch bemerkbar macht. In-

wiefern dieser Mangel im Gebrauch der deutschen Sprache zu tatsächlichen Defiziten in deren Kenntnis führt, kann aufgrund der vorliegenden Daten nicht eindeutig beurteilt werden.

Für eine solche Einschätzung spricht allerdings die Bedeutung, die Zuwanderer ihren deutschen Sprachkenntnissen für ihre Bezie-

„Die Auswertung hat mit der Präsenz von Zuwanderern verbundene Ängste hervortreten lassen.“

hungen zur deutschen Mehrheitsbevölkerung zuschreiben: Unter den Problemen, die diese Beziehungen belasten, werden mangelhafte Deutschkenntnisse mit Abstand am häufigsten genannt (nahezu doppelt so häufig wie der danach genannte Problembereich), tatsächlich sogar häufiger als dies von Seiten der Deutschen getan wird (die allerdings dieses Problem ebenfalls als das wichtigste ansehen).

Diese Abfrage zentraler Integrationshindernisse zeigt umgekehrt aber auch, dass mangelnde

deutsche Sprachkenntnisse von Zuwanderern zwar ein zentrales Problem für erfolgreiche Integration darstellen, allerdings eben auch nur ein Problem unter einer Mehrzahl struktureller, politischer und einstellungsmäßiger Einflussfaktoren, die einen solchen Integrationserfolg in Frage stellen.

Insgesamt lassen sich also durchaus auch auf Seiten der Zuwanderer Integrationshindernisse im Sinne einer Konzentration auf eigenethnische Zusammenhänge konstatieren. Aber schon bei der kontrastiven Betrachtung ihrer Merkmale deutet sich an, dass diese Hindernisse zumindest zum Teil auch bedingt sind durch die ausgeprägte Distanz, die die Mehrheitsbevölkerung ihnen gegenüber zeigt.

Genauso eindeutig wie die Daten sind, die für deutliche Disparitäten und Distanzen zwischen beiden Gruppen sprechen, zeigen sie allerdings auf, dass diese keineswegs mit dramatischen Zuspitzungen in den Beziehungen beider Gruppen verbunden sind. Dies findet seinen Niederschlag unter anderem darin, dass beide Gruppen bei der Beschreibung ihrer Beziehungen nur zu einem sehr geringen Prozentsatz einen konflikthaften Verlauf wahrnehmen.

Deutlich häufiger werden diese Beziehungen hingegen als „normales nachbarschaftliches Verhältnis“ bzw. als „Nebeneinander-Herleben“ charakterisiert, wodurch die „Distanzthese“ erneut gestützt wird. Ablesbar ist dieses „moderate“ Klima in den Beziehungen zwischen den Gruppen schließlich auch an dem – gemessen an bisherigen Forschungsergebnissen – überraschenden Befund, dass mehr als die Hälfte der Zuwanderer bisher nie und in keinem Lebensbereich Diskriminierungserfahrungen gemacht hat. Die offensichtliche Distanz und die deutlichen Vorurteile der deutschen Bevölkerung gegenüber den Zuwanderern, die von diesen durchaus wahrgenommen werden, scheinen also bisher allenfalls in bestimmten Sektoren des Arbeitsmarkts zu einer systematischen Ungleichbehandlung von Zuwanderern geführt zu haben.

Deutsche und Zuwanderer zwischen asymmetrischer Distanz und Annäherung II: die Perspektive der Mehrheitsgesellschaft

Das bereits in der zuwandererbezogenen Analyse sich abzeichnende Bild einer asymmetrischen Beziehung zwischen Zuwanderern und deutscher Mehrheitsbevölkerung hat

aufgrund der Analyse der Einstellungen und Verhaltensweisen der einheimischen Bevölkerung deutliche Konturen gewonnen. Schon in Bezug auf die Differenzwahrnehmung dieser Bevölkerung gegenüber unterschiedlichen Zuwanderergruppen hat sich gezeigt, dass der kulturelle Abstand zur größten in Duisburg lebenden Zuwanderergruppe, nämlich den Türkeistämmigen, zu ihrem Werte- und Orientierungssystem nicht nur am größten, sondern (gemessen an den tatsächlich erhobenen kulturellen Unterschieden) auch unverhältnismäßig ausgeprägt ist. Bestätigt hat sich dieser zunächst wertungsmäßig neutrale Differenz-Befund in der den verschiedenen Gruppen entgegengebrachten Sympathie. Hier steht erneut die türkische Gruppe (und hierbei auch die „russische“) am unteren Ende der Sympathieskala. Auch bei der Akzeptanz bzw. Ablehnung weiterer Zuwanderung zeigt sich, dass es wiederum die in Duisburg die Mehrheit darstellenden Zuwanderergruppen sind, deren Zuzug am stärksten abgelehnt wird.

Und schließlich hat die faktorenanalytische Auswertung zentraler Vorurteilsitems deutliche mit der Präsenz von Zuwanderern verbundene Ängste (mit einem Schwerpunkt auf

Überfremdungs- und Ausnutzungsbefürchtungen) unter der deutschen Mehrheitsbevölkerung hervortreten lassen, die darüber hinaus nicht nur in sozial benachteiligten Gruppen, sondern auch in der „Mitte der Gesellschaft“ anzutreffen sind.

Wenn man die Blickrichtung auf die Zuwanderer zurückwendet, so hat sich zwar gezeigt, dass bei einer kleineren Gruppe von Zuwanderern ebenfalls (und hier eher bei den sozial benachteiligten Gruppen und den Frauen) negativ geprägte Vorurteile vorliegen; insgesamt dominiert aber eindeutig ein positives Bild der deutschen Mehrheitsbevölkerung. Dies schlägt sich ganz deutlich darin nieder, dass die Deutschen mit Abstand die höchsten Sympathiewerte unter allen zur Auswahl stehenden Herkunftsnationalitäten erhalten. So scheint das Bild einer „unerwiderten Liebe“ zwischen Zuwanderern und Deutschen, das sich schon in anderen Indikatorenbereichen angedeutet hat, die Beziehungen zwischen beiden Gruppen durchaus treffend zu charakterisieren.

Diese Asymmetrie ist auch anhand der Antworten deutlich geworden, die die wesentlichen Probleme im Zusammenleben zwischen beiden

Integration in Duisburg: Ein Gesamtbild

Gruppen und die zu einer Lösung dieser Probleme einzuleitenden Maßnahmen betreffen. Auf der deutschen Seite dominiert dabei eine eindeutige Verantwortungszuschreibung an die Zuwanderergruppe. Hierbei werden zwar auch von den Zuwanderern selbst genannte Fragen wie mangelnde Sprachbeherrschung benannt; als zumindest genauso schwerwiegend wird allerdings ein auf religiöser und kultureller Differenz beruhender „Mangel an Integrationswillen“ auf Seiten der Zuwanderer identifiziert.

Die mehrheitlich vorgeschlagenen Lösungen der Probleme zwischen beiden Gruppen können von daher nicht überraschen: Zum einen betreffen diese nahezu ausschließlich notwendige Merkmals- und Verhaltensveränderungen auf Seiten der Zuwanderer. Zum anderen sind die aus Sicht der deutschen Bevölkerung notwendigen Veränderungen eindeutig von der Forderung an die Zuwanderer geleitet, sich an die Werte und Lebensweisen der deutschen Gesellschaft anzupassen. Auch in dieser Hinsicht ist die Problemdiagnose der Zuwanderer selbst weitaus ausgewogener; zum Teil sind sogar einzelne von den Deutschen genannte Problemdefinitionen übernommen worden;

insgesamt werden aber doch andere Akzente in der Verantwortungszuschreibung für diese Probleme gesetzt. Auf jeden Fall wird aber von ihnen ein deutlicher Anteil an Verantwortung auch der eigenen Gruppe für solche Probleme zugestanden.

Angesichts der Vielzahl und Vielfältigkeit der Befunde, die innerhalb der Daten in diese Richtung weisen, kann an einer asymmetrischen Gestaltung der Beziehung zwischen Zuwanderern und Mehrheitsbevölkerung kein Zweifel bestehen. Allerdings ist bereits darauf hingewiesen worden, dass die quantitativen Verhältnisse und das Machtgefälle zwischen hegemonialer Mehrheitsgruppe und „untergeordneten“ Minderheitengruppen im Regelfall und in einigen Hinsichten auch legitimerweise eine solche Asymmetrie impliziert. Offensichtlich besitzen Minderheitengruppen (und insbesondere wenn sie von außen zugewandert sind) eine gewisse Bringschuld in Sachen Anpassung an die Lebensverhältnisse der von der Mehrheitsgruppe historisch aufgebauten und dominierten Einwanderungsgesellschaft.

Gleichwohl haben die Befunde gezeigt, dass die asymmetrische Distanzhaltung der deut-

schen Mehrheitsbevölkerung gegenüber den Zuwanderern weit über dieses – Beziehungen zwischen Mehrheit und Minderheiten sozusagen „physiologisch“ kennzeichnende – Niveau hinausgeht, und so zum heutigen Zeitpunkt auch auf Seiten der deutschen Mehrheitsbevölkerung eine erhebliche Bringschuld in Sachen Annäherung an die Zuwanderer besteht. Bis heute scheinen beträchtliche Teile der Duisburger Mehrheitsbevölkerung sich der Tatsache nicht hinreichend gestellt zu haben, dass ein umfangreicher und zu akzeptierender Teil der Duisburger Bürger einen anderen geographischen und kulturellen Hintergrund besitzt und dass das Zusammenleben mit diesem integralen Teil der Duisburger Bürgerschaft Integrationsleistungen auch von Seiten der deutschen Bevölkerung erfordert. (Eher auf anekdotischer Ebene haben dies während der Erhebungsphase die nicht seltenen Anrufe von Seiten deutscher Befragter mit der empörten Frage gezeigt, warum sie als Deutsche – und insofern per definitionem Integrierte – im Rahmen einer Integrationsbefragung überhaupt einbezogen würden.)

Inwiefern die deutsche Mehrheitsbevölkerung in den letzten Jahren erste Schritte in diese

Richtung getan hat, kann aufgrund der Momentaufnahme, die die vorliegende Studie liefert, nicht beurteilt werden. Die im Rahmen der Duisburger Bürgerumfrage 2008 von den deutschen Befragten beispielsweise auf Fragen zur Qualität der Nachbarschaftsbeziehungen zwischen Deutschen und Ausländern gegebenen Antworten weisen allerdings darauf hin, dass die Sichtweise dieser Beziehungen im letzten Jahrzehnt deutlich positiver geworden ist. Und auch die Bedeutung, die kulturellen Unterschieden für Probleme zwischen Deutschen und Ausländern zugeschrieben wird, hat seit 1998 deutlich abgenommen. Inwiefern dies eine Tendenz ist, die auch in die Zukunft weist, ließe sich letztlich nur durch eine Wiederholung der hier dokumentierten Erhebung überprüfen.

Die (fast) eindeutige „Integrationshierarchie“ zwischen den unterschiedlichen Zuwanderergruppen

Bis in die jüngste Vergangenheit wurde die Gruppe der Aussiedler bei Integrationsuntersuchungen entweder gar nicht berücksichtigt, oder ihr wurden eigenständige Untersuchungen gewidmet. Dies hing zum einen mit der starken Orientierung der bisherigen Forschung

an der Staatsangehörigkeitskategorie und damit der Ausländergruppe zusammen, zum anderen sicherlich aber auch mit politisch motivierten Vorbehalten einer gemeinsamen Betrachtung von „Aussiedlern“ und „Ausländern“.

Inzwischen hat sich nicht nur gezeigt, dass mit dem Hinzutreten der zunehmend größer werdenden Gruppe der Eingebürgerten diese säuberliche Trennung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Darüber hinaus haben neuere Untersuchungen zur Lebenssituation, den Verhaltensweisen und den Einstellungen der Aussiedler gezeigt, dass diese durchaus mit vergleichbaren Problemen wie die anderen Zuwanderergruppen konfrontiert sind.

In der vorliegenden Untersuchung ist von vornherein davon ausgegangen worden, dass eine gemeinsame Betrachtung der ausländisch- und deutschstämmigen Zuwanderer sinnvoll ist. (Durch den oben beschriebenen Filter ist allerdings ein gewisses Zugeständnis an die andersartige Stellung der Aussiedler zur deutschen Mehrheitsbevölkerung gemacht worden.) Dieses Vorgehen hat sich weitgehend bewährt, insofern als die Aussiedler in den meisten der berücksichtigten Integrationsin-

dikatoren durchaus signifikante Unterschiede zur deutschen Mehrheitsbevölkerung aufweisen und deshalb auch in ihrem Fall von einem zuwanderertypischen Integrationsbedarf auszugehen ist.

Innerhalb dieser Gemeinsamkeit haben die Daten allerdings mit ähnlicher Deutlichkeit auch eine Sonderstellung der Aussiedler innerhalb der Zuwandererbevolkerung belegt. In nahezu allen strukturellen und subjektiven Indikatoren weist diese Gruppe die im Sinne von Integration deutlich günstigsten Werte auf: angefangen von besseren Bildungsabschlüssen, einer geringeren Erwerbslosigkeit über intensivere Kontakte zur deutschen Bevölkerung und eine größere Zufriedenheit mit diesen, eine häufigere Teilnahme an deutschen Veranstaltungen, eine deutlich stärkere Identifikation mit Deutschland und seiner Mehrheitsbevölkerung, eine im selben Ausmaß größere Nähe in religiösen Orientierungen und Familienwerten zur deutschen Bevölkerung, eine stärkere Nutzung der deutschen Sprache bis hin zu einem den Deutschen ähnlicheren Verständnis von Integrationsproblemen und deren möglichen Lösungen.

Integration in Duisburg: Ein Gesamtbild

Diese Ausnahmestellung der Aussiedler im Spektrum der Integrationssituationen haben auch andere Untersuchungen belegt. In jüngster Vergangenheit war dies vor allem die vom Berliner Institut für Bevölkerung und Entwicklung vorgelegte Integrationsstudie, die ein deutlich kontrastives Szenario von Integrationserfolgen bzw. -misserfolgen zwischen der Aussiedlergruppe auf der einen, der türkeistämmigen Gruppe auf der anderen Seite aufgebaut hat. Hier ist nun nicht der Ort, im Detail nach den Ursachen für diese Ausnahmestellung der Aussiedler zu fragen: Ohne Zweifel hängt diese aber mit den privilegierten rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen und bildungsmäßigen Integrationsvoraussetzungen und -verläufen dieser Gruppe zusammen, denen auf Seiten der Ausländer weitaus schwierigere Integrationsbedingungen gegenüber stehen.

Diese auch von der vorliegenden Studie bestätigte privilegierte Stellung der Aussiedlern widerspricht allerdings einer Vielzahl von Einzelstudien, die für diese Gruppe stark ausgeprägte Integrationsproblematiken identifizieren – sowohl struktureller Art (beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt), aber auch in identifikatorischer Hinsicht (beispielsweise in Bezug

auf die Enttäuschung der mit ihrem Migrationsprojekt verbundenen Hoffnungen). Zu vermuten ist, dass diese gegensätzlichen Befunde darauf beruhen, dass die Gruppe der „Aussiedler“ in sich höchst diversifiziert ist, insofern als sie Zuwanderer nicht nur aus den in sich schon unterschiedlichen ehemaligen Sowjetrepubliken umfasst, sondern auch aus so unterschied-

„Insgesamt scheint in Bezug auf die Aussiedlergruppe ein besonderer Bedarf an vertiefenden Analysen zu bestehen.“

lichen Ländern wie Polen, Rumänien, der Slowakei, Ungarn und den Nachfolgestaaten der Jugoslawischen Föderation.

Eine punktuelle Auswertung der von der Berliner Studie verwendeten 2005er Mikrozensusdaten zeigt beispielsweise, dass auf Bundesebene die Erwerbslosenrate bei Zuwanderern aus der Russischen Föderation und Kasachstan mit 22,2 bzw. 20,4% zwar geringfügig unter derjenigen der Türkeistämmigen liegt, die

ukrainischen Zuwanderer hingegen mit 38% deutlich höhere Werte aufweisen. Auch in dieser Hinsicht wäre in zukünftigen Auswertungen an eine Untergliederung der Befunde nach Herkunftsgruppen zu denken.

Insgesamt scheint in Bezug auf die Aussiedlergruppe ein besonderer Bedarf an vertiefenden Analysen zu bestehen. Dies wird auch an den wenigen Bereichen deutlich, in denen sich Abweichungen von diesem privilegierten Integrationsstatus ergeben. Diese betreffen zunächst den Bereich „Partizipation“: Aussiedler nehmen seltener an Wahlen teil, wünschen sich deutlich seltener eine Wahlbeteiligung und nutzen auch die Beratungs- und Unterstützungsangebote der Mehrheitsgesellschaft seltener als die anderen Zuwanderergruppen.

Besonders deutlich fallen solche Abweichungen aber im Bereich „Wohnen“ aus: Auf der einen Seite befinden sich die Aussiedler „objektiv“ in der deutlich schlechtesten Wohnsituation. Sie bewohnen vorwiegend Mehrfamilienhäuser, besitzen nur selten Wohneigentum und leben in den kleinsten Wohnungen. Auf der anderen Seite sind sie aber am zufriedensten mit ihren Wohnverhältnissen und fühlen sich

in diesem Bereich mit großem Abstand am wenigsten diskriminiert.

Aufgrund der vorliegenden Daten kann diese ausgeprägte Anomalie nicht interpretiert werden. Die Tatsache, dass Aussiedler sich unter den Zuwanderergruppen am stärksten mit Deutschland verbunden fühlen, aber am schwächsten mit der Stadt Duisburg und ihrem Ortsteil, lässt aussiedlerspezifische sozialräumliche und wohnungsbezogene Muster vermuten, die möglicherweise mit der kürzeren Aufenthaltsdauer dieser Gruppe, aber auch mit ihren unterschiedlichen Wohn- und Lebensmodellen, beispielsweise deutlich niedriger ausgeprägten Erwartungen im Wohnbereich, zusammenhängen.

Die Ergebnisse der Studie haben auch in Bezug auf die beiden anderen Gruppen weitgehend die Befunde vergleichbarer Studien bestätigt. Als eindeutig „problematischste“ Gruppe in Bezug auf die erhobenen strukturellen und subjektiven Indikatoren haben sich die Ausländer erwiesen. Mit gleich ausgeprägter Regelmäßigkeit, wie dies für die Aussiedler in Bezug auf „günstigere“ Werte für die oben genannten Indikatoren der Fall ist, weisen sie die „un-

günstigsten“ Werte auf und sind so eindeutig als zentrale Problemgruppe von Integration auszumachen. (Auch in diesem Fall wäre es allerdings in Zukunft sinnvoll, weitere nach Herkunftsgruppen differenzierende Auswertungen vorzunehmen).

Eine solche Untergliederung wird auch von den Antworten auf diejenigen Fragen an die Mehrheitsbevölkerung nahegelegt, in denen explizit zwischen unterschiedlichen Herkunftsnationalitäten unterschieden wurde: Wie dargestellt, hat sich gezeigt, dass die Wahrnehmung der beiden ausländischstämmigen Gruppen der Italiener und der Türken extrem gegensätzlich strukturiert ist, ein Unterschied, der allein mit dem Bezug auf die Gruppe der Ausländer nicht hervorgetreten wäre, und sicherlich Aussagekraft für die Beschreibung des Stands der Integration zwischen Mehrheitsbevölkerung und bestimmten Zuwanderergruppen besitzt.)

Deutlich „günstiger“ fallen die Werte für die Gruppe der Eingebürgerten aus, die im Regelfall zwischen den Werten der beiden Extremgruppen zu finden sind, insgesamt aber doch leicht näher an denjenigen der Aussiedler liegen. Hiermit bestätigt sich, dass „Einge-

bürgerte“ (erneut unter Absehung von ihrer Herkunftsnationalität) im Regelfall günstigere Integrationswerte als Ausländer aufweisen. Ob eine solche günstigere Integrationsituation als Voraussetzung häufigerer Einbürgerung anzusehen ist oder die Einbürgerung selbst die Verbesserung dieser Situation zur Folge hat, kann aufgrund der vorliegenden Daten nicht beurteilt werden. Wahrscheinlich liegt eine wechselseitige Beeinflussung beider Faktoren vor: „besser integrierte“ Personen werden eher eingebürgert; umgekehrt fördert eine einmal vollzogene „Einbürgerung“ die Integration und die Identifikation in Bezug auf die Einwanderergesellschaft. Einbürgerung stellt so sicherlich eine für Integration förderliche Bedingung dar; gleichzeitig hat die Untersuchung aber auch gezeigt, dass gelungene Integration alleine mit staatsbürgerlicher Inklusion nicht zu gewährleisten ist, sondern auf eine Vielzahl vor- und außerpolitischer Einflussfaktoren verweist.

Insgesamt hat also auch die relativ grobe Aufteilung der Zuwanderergruppen in die drei „Statusgruppen“ deutliche und handlungsrelevante Unterschiede zwischen diesen Gruppen erbracht.

Integration in Duisburg: Ein Gesamtbild

Integrationspolitik und Integrationsmonitoring in Duisburg: „kleine“ und „große“ Herausforderungen für die Integrationspolitik und die Grenzen des Integrationsmonitorings

Eine deskriptiv und analytisch ausgerichtete Studie wie die vorliegende beschäftigt sich per definitionem mit der Beschreibung und Analyse des Ist-Zustands von Integration und kann von daher keine konkreten Hinweise darauf geben, was zur Veränderung dieses Zustand praktisch zu tun ist. Handlungsempfehlungen im engeren Sinne, d. h. in der Form der Bestimmung konkreter Maßnahmen, die für bestimmte Zeiträume auf bestimmte Zielgruppen in bestimmten Sozialräumen gerichtet sind und von bestimmten Trägern umzusetzen sind, sollten und konnten deshalb in dieser Studie nicht formuliert werden. (Aus diesem Grunde sind die gleichwohl formulierten Empfehlungen auch nicht spezifisch an die kommunale Entscheidungsebene gerichtet, sondern betreffen Sachverhalte, die auf ganz unterschiedlichen politischen Ebenen zu regeln wären.)

Auch abschließend kann es nur darum gehen, die identifizierten Defizite, aber auch Potenziale auf die in ihnen vorhandenen Heraus-

forderungen hin zu befragen. Aus diesen Herausforderungen lässt sich ableiten, dass die Entwicklung konkreter Handlungsempfehlungen an den Maximen „Anerkennen“, „Stärken“ und „Anbinden“ auszurichten ist.

Anerkennen! Integration ist ein reziproker Prozess

Die Ergebnisse der Befragung haben gezeigt, dass die Mehrheit der deutschstämmigen Befragten die Integration nur als eine Aufgabe der Zuwanderer versteht. Dies gilt aber auch für die Zuwanderer selbst, die mehr Anpassung von der Zuwanderergruppe erwarten. Erfolgreiche Integration setzt zunächst die Anerkennung der Einwanderungsrealität voraus. In Richtung Mehrheitsgesellschaft muss stärker kommuniziert werden, dass die Einwanderung ein konstitutives Merkmal der Stadt Duisburg ist.

Die kommunale Politik und die lokalen Medien sind wichtige Instanzen, wenn es darum geht, diesen Bewusstseinswandel in der Mehrheitsgesellschaft erfolgreich zu initiieren. Ideologisierte und polarisierende Debatten sind gleichermaßen zu unterlassen wie Skandalisierungen. Anerkennung ist nicht mit Duldung

„Die Entwicklung konkreter Handlungsempfehlungen ist an den Maximen ‚Anerkennen‘, ‚Stärken‘ und ‚Anbinden‘ auszurichten.“

und Toleranz gleichzusetzen. Dies hat schon Johann Wolfgang von Goethe sehr prägnant formuliert: „Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein: Sie muss zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen.“

Anerkennung bedeutet auch Normalisierung. Wenn Zuwanderer in der Politik oder in den Medien thematisiert werden, dann meistens nur in einem negativen Kontext. Diese Assoziationen prägen das Bild der Zuwanderer, besonders die Sichtweise von bestimmten Zuwanderergruppen und verstärken und perpetuieren Stereotypen. In der Studie wurde dies besonders anhand der Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft gegenüber den beiden größten Duisburger Zuwanderergruppen deutlich. Deshalb müssen sowohl die Politik als auch die Medien in die Verantwortung genommen werden.

Der Normalisierungsprozess setzt auch einen Perspektivenwechsel voraus. Das Thema Integration und Migration darf nicht nur unter einem defizitären Gesichtspunkt dargestellt werden. Migration bedeutet Dynamik sowie soziale und kulturelle Innovation. Vor diesem Hintergrund müssen die Potenziale, über die Zuwanderer verfügen, akzentuiert werden. Das beginnt mit Mehrsprachigkeit – die in Zeiten der Globalisierung und in einer internationalen Stadt wie Duisburg eine sehr wichtige Ressource ist und bislang kaum wertgeschätzt wurde – bis hin zu Fertigkeiten und beruflichen Kompetenzen. Deutlich wird diese Innovation vor allem in benachteiligten Stadtteilen wie Marxloh oder Hochfeld, denen Zuwanderer durch die dort gegründete wirtschaftliche Infrastruktur ein neues Leben eingehaucht haben.

Ein wichtiges Potenzial ist im Kontext der demografischen Entwicklung und der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft die junge Altersstruktur der Zuwandererpopulation. Die soziodemografischen Daten der Studie spiegeln in diesem Zusammenhang die Duisburger Struktur wider, insofern als Menschen mit Zuwanderungsgeschichte deutlich jünger sind.

Der Duisburger Sozialbericht 2008 zeigt zudem, dass jedes zweite Kind im Vorschulalter einen Migrationshintergrund aufweist. Damit hängt die Zukunft der Stadt eng mit integrationspezifischen Themen zusammen. Menschen leben in sozialen Zusammenhängen und sind daher auf die Ressourcen und Potenziale der

„Mehrsprachigkeit ist in einer internationalen Stadt wie Duisburg eine sehr wichtige Ressource.“

Mitmenschen angewiesen. Denn von den wirtschaftlichen und sozialen Fähigkeiten dieser jungen Duisburger Bevölkerungsgruppe – quasi als öffentliches Gut – werden alle Mitglieder der Stadtgesellschaft profitieren. Zudem ist zu berücksichtigen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte durch die (noch) hohen Geburtenraten einen wichtigen Beitrag zur Reproduktion dieser Gesellschaft leisten bzw. den Bevölkerungsrückgang abdämpfen.

Schließlich führt der demografische Wandel dazu, dass die Stadtgesellschaft viel hetero-

gener wird und somit Zuwanderergruppen nicht mehr nur als Minderheit begriffen werden dürfen. Insbesondere für die Kommune ist dieser Wandel mit großen Herausforderungen verbunden, denn wurde Integration bisher reduziert auf eine Aufgabe von spezialisierten Ämtern wie der Ausländerbehörde oder der RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien), so muss das Thema heute als eine Querschnittsaufgabe verstanden werden. Praktisch alle Ämter und Institutionen müssen sich mit diesem Transformationsprozess auseinandersetzen. Das bedeutet für die Kommune im Kontext von Anerkennung und Gleichberechtigung, aber auch aus Gründen der Effizienz, dass sich die Zusammensetzung der Bevölkerung auch in der Zusammensetzung der kommunalen Beschäftigten widerspiegeln muss.

In Duisburg wurde ab dem Jahr 2005 mit dem Beginn der Duisburger Integrationskonferenz und der späteren Etablierung des Referats für Integration im Dezernat des Oberbürgermeisters die Integrationsfrage vom Rand ins Zentrum der politischen Wahrnehmung und Aktivitäten in Duisburg gerückt. Diese Schritte stellen eine umfassende Bemühung dar, die deutsche

Integration in Duisburg: Ein Gesamtbild

Mehrheitsgesellschaft als Personen und Institutionen in einen intensiven Diskussionsprozess mit den Zuwanderern über die Probleme und Potenziale von Integration in Duisburg und über die Möglichkeiten einer Verbesserung der Integrationssituation zu bringen.

Inzwischen sind die Ergebnisse der Konferenz diskutiert, von der städtischen Verwaltung systematisch aufbereitet und eingeflossen in das jüngst vorgelegte Integrationsprogramm der Stadt Duisburg. Dieses Programm ist ein positives Beispiel dafür, dass Integration nur als eine städtische Querschnittsaufgabe erfolgreich sein kann.

Dafür dass dieser Prozess in den letzten Jahren so vehement vorangetrieben worden ist, kommt sicherlich den politisch Verantwortlichen besondere Bedeutung zu; dadurch, dass sie unabhängig von politischer Ausrichtung und Parteizugehörigkeit Integration als eine der großen Herausforderungen für die Duisburger Stadtgesellschaft und -politik begriffen haben, konnten und können sie eine zentrale Vorbild- und Initiativfunktion für diesen Prozess übernehmen.

Stärken! Strukturelle Integration in den Bereichen Arbeit, Ausbildung, Bildung und Wohnen
Die Ergebnisse der ersten Duisburger Integrationsbefragung attestieren eindeutig die strukturelle Benachteiligung der Zuwanderer in den Bereichen Arbeit, Ausbildung, Bildung und Wohnung. Sogar Aussiedler und Eingebür-

„Strukturelle Exklusion würde zu einer fatalistischen Einstellung und Resignation führen.“

gerte, die innerhalb der Zuwanderergruppen in den meisten Kategorien besser abschneiden als Ausländer, weisen trotz guter Schul- und Berufsabschlüsse in der Gruppe der „Erwerbslosen“ einen deutlich höheren Anteil auf als Deutsche. Arbeitsmarkt- und bildungspolitische Maßnahmen mit dem Ziel Benachteiligungen von Zuwanderern in diesen Bereichen zu verringern, müssen auf der integrationspolitischen Agenda ganz oben stehen.

Zum einen verliert Duisburg aufgrund dieser Benachteiligungen – und dies ist ein gesamtdeutsches Phänomen – an Humankapital

und zum anderen werden die Kosten und der Preis für verfehlte Integration viel höher und drastischer ausfallen als frühzeitige Investitionen. Die Gefahr einer langfristigen strukturellen Exklusion würde zu einer fatalistischen Einstellung und Resignation führen. Negative Konsequenzen unterlassener Integrationsmaßnahmen sind heute sowohl in europäischen Ländern deutlich als auch im nationalen Kontext zu verzeichnen.

Was die Zielgruppe von einzuleitenden Maßnahmen betrifft, ist deutlich geworden, dass die Mehrzahl der im Sinne von Integration problematischen Situationen bei der Gruppe der Ausländer anzutreffen ist. Allerdings haben sich auch für die Gruppen mit deutscher Staatsangehörigkeit in allen Dimensionen Defizite und Herausforderungen ergeben.

Einbürgerung stellt also keineswegs ein „Allheilmittel“ für Integration dar. Dies gilt sowohl für die Eingebürgerten als auch für die Aussiedler als insgesamt eindeutig „am besten integrierter“ Gruppe, insofern als sich bei ihnen deutliche Probleme im Bereich politischer Partizipation und im Wohnbereich abgezeichnet haben, die eine weitere Analyse und in der

Folge die Entwicklung zielgruppenspezifischer Maßnahmen erforderlich machen.

Zuwanderergruppenunabhängig haben sich die Frauen als spezifisch von Integrationsproblemen betroffene Gruppe erwiesen; von daher wären frauenspezifische Maßnahmen beispielsweise im Bereich der Bildungs- und Arbeitsmarktförderung einzuleiten. Besondere Bedeutung kommt hierbei sicherlich den Sprachfördermaßnahmen zu, weil Gebrauch (und in der Folge auch Kenntnis) der deutschen Sprache in Erziehung und Familie entscheidend von dieser Gruppe bestimmt wird.

Die Gruppe der jungen Erwachsenen hingegen hat sich eher als „Potenzial“ im Integrationsprozess erwiesen, insofern als sich ihre „Integrationswerte“ weitgehend an die Gruppe der gleichaltrigen Deutschen angeglichen haben. Hier käme es darauf an, die Bedingungen eines solchen Erfolgs zu identifizieren, sie für die Zukunft weiter zu garantieren und gleichzeitig als Modell für die Intervention in Bezug auf andere Zuwandereraltersgruppen zu nutzen. Defizite liegen hier eher im Bereich der Pflege der Herkunftssprache als wesentlichem Element bi-kultureller Identität und sollten durch

geeignete Maßnahmen, z. B. durch eine Ausweitung und Qualifizierung des muttersprachlichen Unterrichts, angegangen werden. Die damit zu verbindende Bewahrung und Pflege der Mehrsprachigkeit der Duisburger Bevölkerung wäre dabei gleichzeitig auch als wichtiges kulturelles Kapital einer multikulturellen Stadtgesellschaft zu begreifen und zu organisieren. Für Integrationsmaßnahmen wäre es insgesamt empfehlenswert, die sozialen Aufsteiger unter den Zuwanderern in ihrer Vorbildfunktion, insbesondere im Bildungsbereich, stärker zu involvieren.

Anbinden! Identifikation durch Partizipation

Eine demokratische Gesellschaft lebt von zivilgesellschaftlichem Engagement, Kommunikation und Partizipation, die wiederum für die positive Identifikation mit eben dieser Gesellschaft entscheidend sind. In der Studie wurde deutlich, dass die Zuwanderer ihre Kontakte zur Mehrheitsgesellschaft positiv bewerten und bereit sind, diese Kontakte zu intensivieren. Dagegen ist der Öffnungsprozess auf Seiten der deutschstämmigen Befragten nicht so stark ausgeprägt. Dies spiegelt sich auch in ihrer geringen Sympathie gegenüber Zuwanderern (und besonders gegenüber bestimmten

Zuwanderergruppen) wider. Einerseits ist Distanz ein großstadtypisches Verhalten, das ein Miteinander in einer großen Gesellschaft „erträglich“ macht. Andererseits können die herrschenden impliziten Vorurteile und latenten Antipathien für das Zusammenleben langfristig zu Konflikten führen.

Zu fragen ist in diesem Kontext zudem, ob sich (wie andere Forschungsergebnisse nahe legen) hinter diesem Befund nicht eine weit aus grundsätzlichere Schwierigkeit der deutschen Mehrheitsbevölkerung in ihrer Einstellung zu Zuwanderern niederschlägt, nämlich die unzureichende Einsicht darein, dass die in Deutschland (und in Duisburg) lebenden Zuwanderergruppen inzwischen (und das auch unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit) einen integralen, allerdings bis auf Weiteres „andersartigen“ Bestandteil des Staatsvolks (und der Stadtbürgerschaft) darstellen. Hierzu hat sicherlich die Jahrzehnte lang gepflegte „Lebenslüge“ der Bundesrepublik, sie sei kein Einwanderungsland, entscheidend beigetragen, aber auch die Tatsache, dass die neunziger Jahre auch in den meisten anderen Hinsichten als „verlorenes“ Jahrzehnt in Sachen Integration zu bezeichnen sind. Auf Bundesebene hat

Integration in Duisburg: Ein Gesamtbild

diese Frage tatsächlich erst ab Beginn des neuen Jahrhunderts und Jahrtausends an Bedeutung gewonnen.

Ausgrenzungsprozesse lösen Selbstaussgrenzungsprozesse aus, daher sind Schließungsprozesse gegenüber Zuwanderern zu vermeiden und Öffnungsprozesse auf Seiten der Mehrheitsgesellschaft gezielt zu fördern. Das beginnt – wie oben bereits erwähnt – mit einem Bewusstseinswandel und der Anerkennung der pluralen Stadtgesellschaft. Darüber hinaus sollten in Richtung Zuwanderer Identifikationsangebote gemacht werden, die auf verschiedenen Ebenen und in diversen Bereichen erfolgen müssen. Für die Identifikation mit dieser Gesellschaft, ist die Möglichkeit von ökonomischer, politischer, sozialer und kultureller Partizipation unabdingbar. Eine Gesellschaft die Partizipation und Artikulation zulässt, wird mittel- und langfristig die Identifikation der Zuwanderergruppen stärken.

So kann beispielsweise eine Erleichterung der Einbürgerung die strukturellen, aber auch relationalen, kulturellen und identifikatorischen Probleme dieser Gruppe verringern. Ohne die Richtung des Einflusses zwischen Integration

und Einbürgerung durch die Daten überprüfen zu können, weisen die Ergebnisse dieser Studie (wie auch der beiden herangezogenen Vergleichsuntersuchungen) darauf hin, dass die Einbürgerung von Zuwanderern deren Zugang zu den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft deutlich erleichtert und sicherlich auch die Identifikation mit dem Einwandererland stärkt. Entscheidende Integrationshindernisse werden damit sicherlich nicht beseitigt, aber zumindest in ihrer Wirkung begrenzt.

Insofern ist die Erleichterung der Einbürgerung von langjährig in der Bundesrepublik lebenden Zuwanderern (unter anderem durch andere Regelungen im Bereich der Doppelstaatsangehörigkeit) zu wünschen. Des Weiteren müssen die Öffnungsprozesse deutscher Institutionen und Vereine, allen voran die Kommune in ihrer Vorbildfunktion, intensiviert werden. In diesem Zusammenhang sind auch die Migrantenselbstorganisation wichtige Kooperationspartner, da sie eine Scharnier- und Brückenfunktion für die Zuwanderer übernehmen. Vor diesem Hintergrund wurde auch im Nationalen Integrationsplan die Rolle dieser Organisationen noch mal deutlich akzentuiert und eine stärkere Kooperation mit ihnen postuliert. Dies

gilt für eine Stadt wie Duisburg in besonderem Maße, da hier zahlreiche Migrantenselbstorganisationen ihren Standort haben. Besonders für die Kommune werden die Migrantenselbstorganisationen als Kooperationspartner eine immer wichtigere Funktion einnehmen, zumal immer mehr jüngere Zuwanderer (Schlüsselpersonen), die über hinreichende Kenntnisse der Situation in der community verfügen, in die Vorstände gewählt werden.

Insgesamt müssen Zuwanderer und ihre Organisationen in zentrale politische und zivilgesellschaftliche Kontexte der Einwanderungsgesellschaft ausreichend einbezogen und überdies die Nutzung der von der Mehrheitsgesellschaft zur Verfügung gestellten Beratungs- und Hilfsangebote (insbesondere im psychosozialen Bereich, der in Duisburg von besonderen Zugangshindernissen gekennzeichnet zu sein scheint) ermöglicht werden.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die identifizierten Disparitäten und Distanzen sich zudem nur in dem Maße verringern werden, in dem auch die sozialräumlichen und institutionellen Voraussetzungen für häufigere und intensivere persönliche Kontakte zwischen Mit-

gliedern beider Gruppen geschaffen werden, und das in den Bereichen, die für deren Leben entscheidende Bedeutung übernehmen, wie etwa der Wohnnachbarschaft, den Bildungsinstitutionen, aber auch dem Arbeitsplatz. Dass die Grundlage dafür durch die positive Einstellung der Zuwanderer zur Mehrheitsgesellschaft gegeben ist, konnte mit dieser Studie belegt werden.

Was kann diese Studie nun für die Beurteilung der Erfolge der in Duisburg intensivierten Integrationsbemühungen leisten? Insofern als sie sich als Beitrag zum Integrationsmonitoring versteht, ist diese Frage naheliegend, muss allerdings aus unterschiedlichen Gründen mit größter Zurückhaltung beantwortet werden.

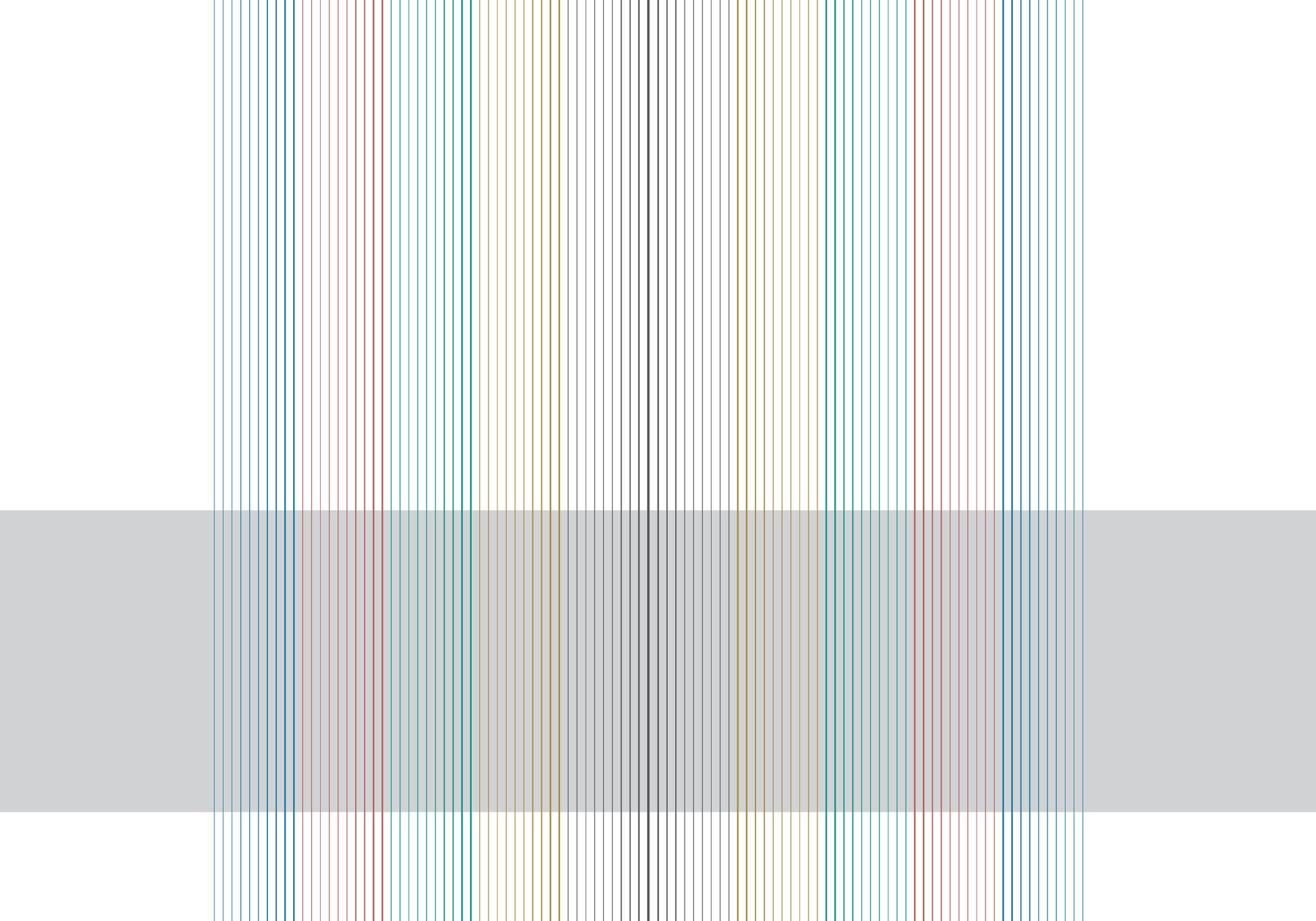
Zum einen ist aufgrund der Länge der in Sachen Integration „verlorenen“ Zeit und der Kürze der intensivierten Intervention kaum von einer kurzfristigen Veränderung langfristig konsolidierter Integrationshindernisse auszugehen. Allein schon der Erfolg von Maßnahmen, die auf strukturelle Defizite (etwa auf dem Arbeitsmarkt) abzielen, benötigt seine Zeit; viel weniger noch lassen sich aber grundsätzliche soziale Beziehungsmuster oder gar Einstellun-

gen innerhalb kurz bemessener Zeiträume verändern. Dies bedeutet, dass eventuelle Erfolge von Integrationsmaßnahmen grundsätzlich nur nach längeren Zeiträumen im messbaren Bereich liegen.

Für die vorliegende Untersuchung stellt sich zum anderen das Problem, dass es sich bei ihr um eine Momentaufnahme der Integrationssituation handelt, die als solche keinen Vergleich zu früheren Situationen erlaubt. Zwar haben die Ergebnisse für den Erhebungszeitpunkt durchaus gezeigt, dass die in Duisburg als nicht unerheblich identifizierten Integrationsprobleme im Normalbereich deutscher Städte liegen, d. h. die Werte für die einzelnen Indikatoren durchaus vergleichbar sind mit denen in der Bundesrepublik insgesamt und in NRW. (Die mehrfach genannte Berliner Studie kommt in dieser Hinsicht zu einem anderen Ergebnis und identifiziert Duisburg als Schlusslicht in Sachen Integration unter den deutschen Städten; dies hat unter anderem damit zu tun, dass in dieser ebenfalls indikatorengestützten Bewertung zwei Spezifika der Stadt Duisburg nicht berücksichtigt sind: Duisburg hat einerseits – ganz unabhängig von seiner Zuwandererbevölkerung – mit großen wirtschaftlichen und

in der Folge sozialen und Bildungsproblemen zu kämpfen, andererseits befanden sich die dort lebenden Zuwanderergruppen (vor allem Arbeitsmigranten) schon im Ausgangspunkt in einer schlechteren sozialen und bildungsmäßigen Position.)

Hinweise auf „dramatische“ Disparitäten und Zuspitzungen in den Beziehungen zwischen Zuwanderer- und Mehrheitsbevölkerung hat die Untersuchung an keinem Punkt erbracht, und insofern liefert sie durchaus einen wichtigen Beitrag zu einem Monitoring der Duisburger Integrationssituation. Inwieweit die erhobene Situation sich aber von vorangegangenen Situationen unterscheidet (ob nun im Sinne einer Verbesserung oder Verschlechterung), erlaubt sie nicht zu beurteilen; und noch viel weniger kann sie bewerten, ob eventuell stattgefundenen Veränderungen auf politische Interventionen zurückzuführen sind. Dies wäre allein möglich durch die Wiederholung der Untersuchung nach einem angemessenen Zeitraum, womit die Zukunftsperspektiven dieser Studie und eines systematischen Integrationsmonitorings in Duisburg angesprochen sind.



Ausblick: Potenziale und Nachhaltigkeit der Ersten Duisburger Integrationsbefragung

Die Erste Duisburger Integrationsbefragung hat einen wichtigen Beitrag zur Beschreibung und Bewertung der Integrationssituation in Duisburg geleistet. Ihre Ergebnisse bilden auf dieser Basis einen zentralen Baustein des Duisburger Integrationsmonitorings, das auch andersartige qualitative und kleinräumige Elemente enthält.

Für eine angemessene Beurteilung der Entwicklung von Integration im Zeitverlauf und der Erfolge integrationspolitischer Maßnahmen ist eine regelmäßige Wiederholung der Befragung sinnvoll, die auch einzelne Lebensbereiche detaillierter ins Auge fassen sollte.

Mit dem vorliegenden Bericht ist die Auswertung und Interpretation der in der Ersten Duisburger Integrationsbefragung erhobenen Daten zu einem ersten Abschluss gekommen. Damit sind die Möglichkeiten einer Verwertung dieser Daten selbst und der Nutzbarmachung der Ergebnisse der Untersuchung für andere Kontexte allerdings bei Weitem nicht ausgeschöpft.

Tatsächlich sind im Bericht keineswegs alle verfügbaren Daten berücksichtigt und auch die Auswertungsmöglichkeiten der präsentierten Daten sind – trotz der vorgenommenen detaillierten Analysen – insgesamt nur begrenzt genutzt.

Was die in die Erhebung einbezogenen Gruppen betrifft, wäre beispielsweise eine weitere Aufgliederung der vier unterschiedenen Statusgruppen denkbar, die Informationen zu den Integrationsdefiziten und -potentialen einzelner Herkunftsgruppen liefern würde. Dies könnte sinnvoll sein, da sich auch in der vorliegenden Auswertung durchaus angedeutet hat, dass einzelne Problemlagen in Bezug auf bestimmte Herkunftsgruppen besonders ausgeprägt sind.

Auf jeden Fall sinnvoll wäre eine Untergliederung der Mitglieder der Zuwanderergruppen nach ihrer Zugehörigkeit zur ersten bzw. zweiten Generation, die bisher nur im Einzelfall berücksichtigt werden konnte. Und auch andere gruppenspezifische etwa genderbezogene Analysen ließen sich auf Basis des vorliegenden Materials vollziehen.

Ein weiterer Bereich, der in den bisher durchgeführten Auswertungen nur ansatzweise und in der Hauptsache zu Kontrollzwecken berührt worden ist, betrifft die bi- und multivariate Analyse, die es erlauben würde, auch Kausalbeziehungen und Interaktionen zwischen unterschiedlichen Indikatoren zu identifizieren. Damit würde es zum einen möglich, die Aussagekraft der Indikatoren auch in Bezug auf komplexere Integrationskonstellationen zu erhöhen (z. B. indem Kenntnisse der deutschen Sprache mit derjenigen der Herkunftssprache in Beziehung gesetzt würden); zum anderen würde eine multivariate Analyse es auch ermöglichen, unterschiedliche theoretische Annahmen über den Zusammenhang integrationsfördernder bzw. -behindernder Bedingungen (beispielsweise über den Zusammen-

hang zwischen sozialen Beziehungsnetzen, Sprachkenntnissen und Schulerfolg) an den Daten zu überprüfen. Schließlich könnten auf dieser Basis auch vertiefte Analysen für einzelne Indikatorenkomplexe, etwa zum Bereich Ausbildung und Erwerbstätigkeit, durchgeführt werden.

Insgesamt steht mit den Ergebnissen der Befragung also ein umfangreicher und differenzierter Datenpool zur Integrationssituation in Duisburg zur Verfügung, der für vielfältige zukünftige Auswertungen genutzt werden könnte und sollte.

Die bisher vorliegenden und weiter zu erarbeitenden Ergebnisse wären darüber hinaus in Zukunft einzubeziehen in den umfassenderen Kontext des in Duisburg bereits durchgeführten und für die Zukunft geplanten Integrationsmonitorings. Für die Vergangenheit gehört hierzu die indikatorengestützte Datenbank zu kommunalstatistischen Daten, die im Rahmen des von der Stadt Duisburg koordinierten Interreg-Projekts „Sozialer Zusammenhalt und Integration in komplexen Stadtgesellschaften“ erstellt worden ist.

Sinnvoll wäre darüber hinaus auch eine Verzahnung der Ergebnisse der Integrationsbefragung mit den Resultaten der jährlich durchgeführten Bürgerumfrage. Dort wird zwar im Regelfall nur ein enger Kreis von integrationsrelevanten Fragen einbezogen; die Verwendung der Ergebnisse würde es aber erlauben, die Momentaufnahme, die die Duisburger Integrationsbefragung liefert, in einen größeren zeitlichen Zusammenhang zu stellen, d. h. auch längerfristige Tendenzen in der Entwicklung der Beziehungen zwischen einheimischer und Zuwandererbevölkerung in Duisburg zu identifizieren.

Für die Zukunft könnte darüber hinaus eine Integration und ein Abgleich mit den jährlich erhobenen Daten des Mikrozensus ins Auge gefasst werden, die ebenfalls Repräsentativität für Duisburg beanspruchen können. Im Mikrozensus werden in der Hauptsache strukturelle Indikatoren abgefragt; die Duisburger Befragung könnte einerseits zu einer Überprüfung dieser Strukturdaten dienen, andererseits Daten zu den „weichen“ Indikatoren beisteuern, um so ein vollständigeres Bild der Duisburger Integrationssituation zu zeichnen.

Schließlich sollen die Ergebnisse der Befragung in Zukunft auch als Baustein eines umfangreicheren Duisburger Integrationsmonitorings genutzt werden, das auch qualitative und kleinräumige Zugänge zur Beschreibung und Bewertung der Integration einzelner Gruppen umfassen und in die Erstellung eines Duisburger Integrationsberichts einmünden soll.

Wie schon angedeutet, liefern die Ergebnisse der Integrationsbefragung eine „Momentaufnahme“ der Duisburger Integrationssituation zum Zeitraum der Erhebung und erlauben daher weder Rückschlüsse auf in der Vergangenheit stattgefundenen Veränderungen und noch viel weniger in Bezug auf aktuell ablaufende und zukünftige Veränderungen – etwa als Folge der intensivierten kommunalen Bemühungen um eine Verbesserung dieser Situation. Solche Effekte können nur durch ein fortdauerndes Integrationsmonitoring, d. h. durch die regelmäßige Wiederholung der Integrationsbefragung (etwa in zweijährigem Zyklus) identifiziert werden. Für solche Wiederholungserhebungen sollten auf jeden Fall die im ersten Durchgang gesammelten methodischen und

organisatorischen Erfahrungen genutzt werden.

In Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln könnte dabei auch eine weniger umfangreiche und trotzdem gesamtstädtisch repräsentative Stichprobe mit einem gegebenenfalls reduzierten Fragebogen untersucht werden. Denkbar wäre auch die Vertiefung bestimmter Integrationsbereiche in jeder einzelnen Wiederholungserhebung: Neben einem Kernbereich von für alle Wiederholungserhebungen zu berücksichtigenden Fragen, könnten für jede einzelne Erhebungen spezifische Frageblocks zu einzelnen Integrationsdimensionen und -bereichen eingefügt werden. Dies würde eine vertiefte Analyse dieser Bereiche erlauben.

Neben diesen unmittelbar auf Duisburg bezogenen Nachhaltigkeitspotenzialen der Befragung ist abschließend auch auf die über Duisburg hinausweisenden Anknüpfungsmöglichkeiten hinzuweisen.

Im Förderkonzept des KOMM-IN-Programms, in dessen Rahmen zentrale Phasen der Befra-

gung finanziert worden sind, ist ausdrücklich der Transfer von in einzelnen Kommunen erprobten Konzeptionen auf andere NRW-Kommunen als Schwerpunkt der weiteren Arbeit benannt. Tatsächlich haben schon einige NRW-Kommunen vergleichbare Initiativen auf den Weg gebracht (z. B. Essen und Köln). Duisburg steht bereits im Austausch mit diesen Kommunen über konzeptionelle und methodische Fragen der Durchführung von Integrationsbefragungen und sollte solche Kontakte in Zukunft intensivieren und ausweiten.

Darüber hinaus befindet sich das NRW Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration gegenwärtig in der Planung einer NRW-weiten Integrationsbefragung, die die aus dem Mikrozensus vorliegenden strukturellen Daten durch die Erhebung auch „weicher“ Indikatoren ergänzen soll. Auch in diesen Prozess könnten und sollten die Duisburger Erfahrungen eingebracht werden – nicht zuletzt aufgrund der engen Zusammenarbeit und Abstimmung, die in allen Projektphasen mit dem Ministerium erfolgt ist und weiter erfolgt.

Und schließlich sollte durchaus auch die Tatsache genutzt werden, dass die Duisburger Befragung auch bundesweit eine Pionierleistung darstellt und von daher auch für vergleichbare Erhebungen in anderen Bundesländern Modellfunktion übernehmen könnte.

Impressum

Herausgeber:

Stadt Duisburg

Der Oberbürgermeister

Referat für Integration

Gutenbergstr. 24, 47051 Duisburg

Tel.: 0203/283 6917

E-Mail: integration@stadt-duisburg.de

Internet:

www.duisburg.de/zuwanderung

www.wir-sind-du.de

Amt für Statistik, Stadtforschung und

Europaangelegenheiten

Bismarckstr. 150-158, 47057 Duisburg

Tel.: 0203/283 2181

E-Mail: amt12@stadt-duisburg.de

Internet: www.duisburg.de/vv/12

N.U.R.E.C. Institute Duisburg e.V.

Bismarckstr. 150-158, 47057 Duisburg

Tel.: 0203/283 3117

E-Mail: b.beyersdorff@nurec.de

Internet: www.nurec.de

Autoren:

Stefan Böckler

Rauf Ceylan

Alessandra Frazzetto

Natalia Maxim

Roland Richter

Gestaltung:

Heimarbeit GbR

www.heimatsalon.de

Druck:

BASIS-DRUCK GmbH

Schutzgebühr: 10 Euro

ISBN: 978-3-89279-139-3

© 2009 by Stadt Duisburg

Veröffentlichungen NUREC Institute Duisburg e.V.

Reihe: Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse (Hrsg. Stadt Duisburg, Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten und NUREC-Institute Duisburg e.V.)

Bericht 1: Projektskizze und kartographische Bestandsaufnahme. Duisburg 1997, ISBN 3-933520-00-2

Bericht 2: Lebensgestaltung, Infrastrukturangebotsnutzung und soziale Kontakte in Duisburg-Marxloh: Bevölkerungsbefragung im Frühjahr 1997 („Nachfrageuntersuchung“). In Zusammenarbeit mit Empirica, Qualitative Marktforschung, Struktur- und Stadtforschung GmbH, Bonn. Duisburg 1997, ISBN 3-933520-01-0

Bericht 3: Die Zusammenhänge zwischen räumlichen Strukturmerkmalen, Meinungsbildern und Verhaltensmustern in sanierungsbetroffenen Stadtteilen: Entwicklung eines kleinräumigen Beobachtungsmodells am Beispiel des Projektgebietes Duisburg-Marxloh. Duisburg 1998, ISBN 3-933520-02-9

Bericht 4: Strukturen und Strukturentwicklung sanierungsbetroffener Stadtteile: Stadtteil-Monitoring Marxloh 1996 bis 1998 und sozialräumliche Strukturanalyse Duisburg 1998. Duisburg 1998, ISBN 3-933520-03-7

Bericht 5: Betriebe, Geschäfte, Praxen, Institutionen und Vereine in Duisburg-Marxloh: Bestand und Perspektiven; Bestandsanalyse und Befragung im Winter 1998/99. Duisburg 1998, ISBN 3-933520-04-5

Bericht 6: Meinungsbilder und Verhaltensmuster in Duisburg-Marxloh: Entwicklung 1997 bis 1999 und Zusammenhang mit der Strukturentwicklung des Stadtteils ; erneute Bevölkerungsbefragung im Frühjahr 1999. Duisburg 1999, ISBN 3-933520-05-3

Abschlussbericht: Sozio-ökonomischer Strukturwandel und Lebensbedingungen in Duisburg-Marxloh: Stadtteilentwicklung und Umsetzung des operationellen Programms URBAN ; Projektergebnisse 1996 bis 1999. Duisburg 1999, ISBN 3-933520-06-1

Reihe: N.U.R.E.C. Working Papers Europolis (Hrsg. NUREC-Institute Duisburg e.V.)

Working Paper Nr. 1: The Statistical Concept of the Town in Europe

Working Paper Nr. 2: STEAM: Urban Effects Analysis Model: An Instrument in Development

Working Paper Nr. 3: Report on Comparative Studies and Statistics of European Cities

Working Paper Nr. 4: Report on Integrated Large City Projects

Working Paper Nr. 5: City Limits: Applications of the Atlas of Agglomerations in the European Union

Working Paper Nr. 6: Urban Systems

Working Paper Nr. 7: Urban Sub-Divisions

Working Paper Nr. 8: European Business Locations

Working Paper Nr. 9: Rhine-Ruhr Continental Hub

Reihe: Materialien zur Stadtforschung. Arbeitsmarktpolitische Werkstattberichte (Hrsg. Stadt Duisburg, Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten und NUREC-Institute Duisburg e.V.)

Beyersdorff, B./Liesenfeld, J./Marschall, H./Mathejczyk, W.: Arbeitsmonitoring in Duisburg - Branchenreport Logistik. Heft 10, Duisburg 2004, ISBN: 3-89279-104-X

Beyersdorff, B./Liesenfeld, J./Marschall, H./Mathejczyk, W.: Arbeitsmonitoring in Duisburg - Branchenreport IT und Medien. Heft 11, Duisburg 2004, ISBN: 3-89279-105-8

Beyersdorff, B./Stuhldreier, J.: Neuausrichtung der Arbeits- und Wirtschaftspolitik in der Region Duisburg. Heft 13. Duisburg 2004, ISBN: 89279-109-0

Beyersdorff, B./Stuhldreier, J.: Neue Märkte in China. Heft 14, ISBN: 3-89279-110-4

Kewnetara, E./Pörschmann, A./Uske, H.: Arbeitsmarktmonitoring in Duisburg. Heft 16, ISBN: 3-89279-112-0

Dobischat, R./Stuhldreier, J.: Neuausrichtung der Arbeits- und Wirtschaftspolitik in der Region Duisburg. Heft 17, ISBN: 3-89279-113-9

Beyersdorff, B./Böckler, M./Liesenfeld, J./Loss, K./Mathejczyk, W.: Arbeitsmonitoring in Duisburg - Branchenreport Material- und Werkstofftechnologien. Heft 18, Duisburg 2005, ISBN 3-89279-116-3

Beyersdorff, B./Böckler, M./Liesenfeld, J./Loss, K./Mathejczyk, W.: Arbeitsmonitoring in Duisburg - Branchenreport Unternehmensbezogene Dienstleistungen. Heft 19, Duisburg 2005, ISBN 3-89279-117-1

Beyersdorff, B./Liesenfeld, J./Loss, K.: Prospect - Regionales Monitoring für Arbeitspolitik - Branchenreport Einzelhandel. Heft 21, Duisburg 2006, ISBN 3-89279-117-1

Beyersdorff, B./Liesenfeld, J./Loss, K.: Prospect - Regionales Monitoring für Arbeitspolitik - Branchenreport Urban Entertainment und Städtetourismus. Heft 22, Duisburg 2006, ISBN 3-89279-122-8

Beyersdorff, B./Liesenfeld, J./Loss, K.: Prospect - Regionales Monitoring für Arbeitspolitik - Branchenreport Gesundheitsdienstleistungen. Heft 23. Duisburg 2006, ISBN 3-89279-123-6

Beyersdorff, B./Bolk, P./Rosendahl, M.: Prospect - Regionales Monitoring für Arbeitspolitik - Branchenreport Logistik (Zusammenfassung). Heft 24, Duisburg 2007, ISBN 978-3-89279-124-9

Beyersdorff, B./Bolk, P./Rosendahl, M.: Prospect - Regionales Monitoring für Arbeitspolitik - Branchenreport Logistik. Heft 25, Duisburg 2007, ISBN 978-3-89279-125-6

Beyersdorff, B./Bolk, P./Rosendahl, M.: Prospect - Regionales Monitoring für Arbeitspolitik - Branchenreport Altenpflege (Kurzfassung). Heft 26, Duisburg 2007, ISBN 978-3-89279-127-0

Beyersdorff, B./Bolk, P./Rosendahl, M.: Prospect - Regionales Monitoring für Arbeitspolitik - Branchenreport Altenpflege. Heft 27, Duisburg 2007, ISBN 978-3-89279-128-7

Beyersdorff, B./Bolk, P./Rosendahl, M.: Prospect - Regionales Monitoring für Arbeitspolitik - Branchenreport Informations-, Kommunikations- und Mikrotechnologie. Heft 29, Duisburg 2008, ISBN 978-3-89279-133-1

Beyersdorff, B./Bolk, P./Rosendahl, M.: Prospect - Regionales Monitoring für Arbeitspolitik - Branchenreport Tourismus. Heft 30, Duisburg 2008, ISBN 978-3-89279-134-8

Sonstige Veröffentlichungen

Böckler, S./Esen, S.: Sprachförderung in Duisburg. Das Beispiel GGS Werthausener Straße/Stadteilladen Ursulastraße. Duisburg 2008, ISBN 978-3-933520-07-4

